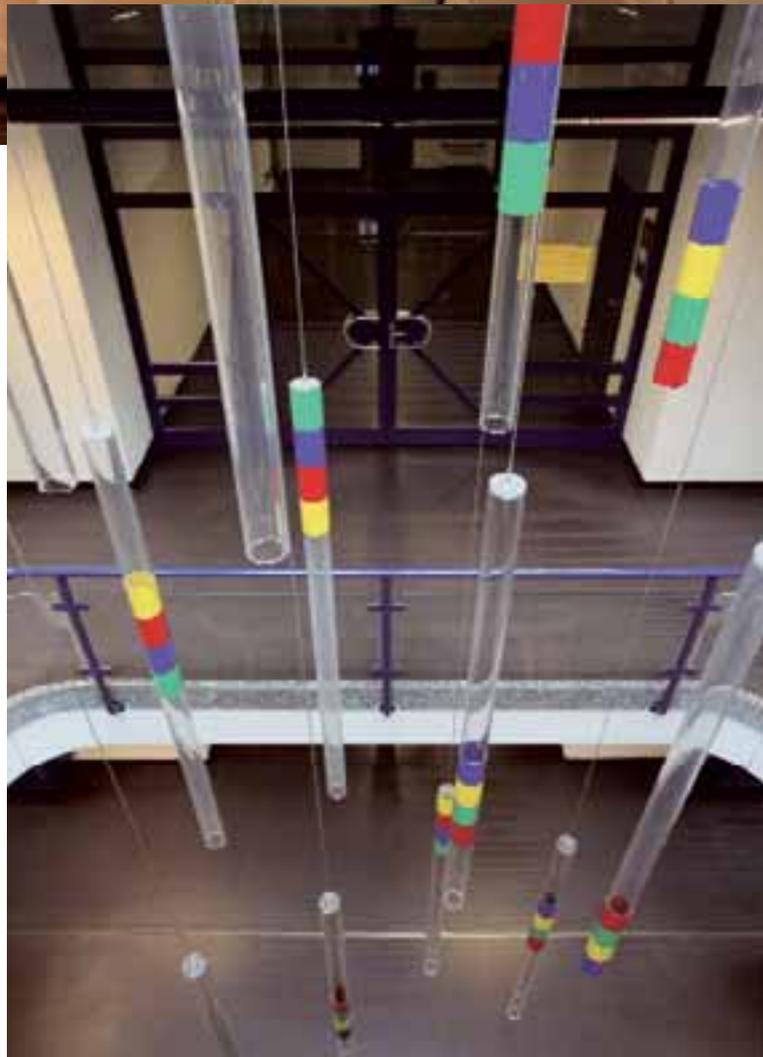
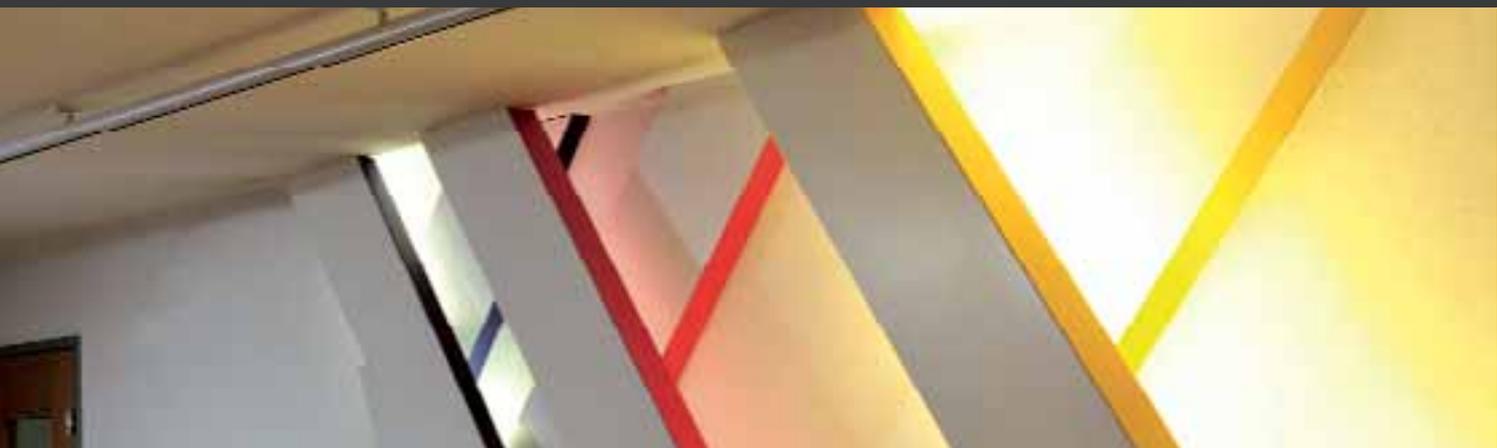




Titel unbekannt (Roland Jung)



Hängeobjekt (Alfred Rainer Auer)



Ohne Titel (Antonio Fiacco)

Staatskanzlei

Die Staatskanzlei erbringt als Stabsstelle des Regierungsrates Leistungen, die ein reibungsloses Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde gewährleisten: Sitzungsvorbereitung, Rechts- und Politikberatung, Controlling, Veranstaltungsorganisation, Informationstätigkeit, Rekursinstruktion, direktionsübergreifende Koordinationsaufgaben. Zudem erbringt sie allgemeine Dienstleistungen für die Verwaltung in den Bereichen Postdienst, Informatik und E-Government.

Neue Rechtsgrundlagen

Am 1. September 2007 ist das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR) vom 6. Juni 2005 und die dazugehörige Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR) vom 18. Juli 2007 in Kraft getreten. Damit erhielt die Staatskanzlei erstmals ein detailliertes Pflichtenheft, das auf Stufe Gesetz und Verordnung erlassen worden ist. Bisher richtete sich die Aufgabenerfüllung weitgehend nach Erlassen und Weisungen des Regierungsrates im Einzelfall. Das Berichtsjahr war geprägt durch die Überprüfung der geltenden Organisation und der Aufgabenerfüllung im Vergleich zu den Anforderungen der neuen Rechtsgrundlagen.

Corporate Design des Kantons Zürich

Das Corporate Design des Kantons Zürich muss zwei Hauptfunktionen widerspiegeln: das Erbringen von Dienstleistungen und die Förderung und Repräsentation des Standorts und seiner Interessen. Das Erscheinungsbild soll Souveränität, Zuverlässigkeit und Respekt vermitteln und den tieferen Bezug zu kantonspezifischen Leistungen herstellen. Der Regierungsrat hat sich zum Ziel gesetzt, ein einheitliches Erscheinungsbild zu entwickeln und auf Anfang 2010 einzuführen. Für die Auswahl des künftigen Corporate-Design-Partners führte die Staatskanzlei im Rahmen eines Vorprojekts ein öffentliches, zweistufiges Submissionsverfahren durch. Nach der Präqualifikation wurden im Oktober des Berichtsjahres vier Agenturen beauftragt, in der Phase II des Submissionsverfahrens Konzept- und Gestaltungsvorschläge auszuarbeiten sowie eine umfassende Kostenschätzung zu unterbreiten.

Regierungscontrolling

Die Abteilung Regierungscontrolling hat ihre Tätigkeit zwischen April und August Schritt für Schritt aufgenommen. Zur Unterstützung der strategischen Gesamtsicht des Regierungsrates stehen verschiedene Instrumente und Massnahmen zur Verfügung: Erste Arbeiten waren die Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan, die Neugestaltung des Geschäftsberichts des Regierungsrates (neu mit integrierter Jahresrechnung) und ein Gesamtmodell des Regierungscontrollings. Darüber hinaus wurden Konzepte zur Weiterentwicklung der Umfeldanalyse, zur Wirkungsprüfung und zu den langfristigen Zielen des Kantons vorbereitet.

Leitbild der Internationalen Bodenseekonferenz

Das neue Leitbild der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK), bei dessen Erarbeitung der Staatsschreiber die Projektleitung innehatte, ist am 27. Juni feierlich verabschiedet worden.

Anpassung des Finanzkontrollgesetzes und Rekrutierung des neuen Leiters der Finanzkontrolle

Der Regierungsrat hat der Staatskanzlei die Überarbeitung und Anpassung des Finanzkontrollgesetzes an die Bestimmungen der neuen Kantonsverfassung übertragen. Der Kantonsrat hat diese Gesetzesänderung am 30. Juni verabschiedet. Nachdem kein Referendum ergriffen worden ist, konnten die Änderungen auf den 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt werden. Eine wesentliche Anpassung betraf die Wahl der Leiterin oder des Leiters der Finanzkontrolle, die nunmehr auf Antrag des Regierungsrates durch den Kantonsrat erfolgt. Nachdem der amtierende Leiter der Finanzkontrolle, Hanspeter Zimmermann, auf Ende November des Berichtsjahres seinen Altersrücktritt erklärt hatte, beauftragte der Regierungsrat die Staatskanzlei, die Stelle öffentlich auszuschreiben. Nach einem umfangreichen Auswahlverfahren unter Beizug von externen Fachleuten konnte der Regierungsrat am 21. Mai dem Kantonsrat die Wahl von Martin Billeter, lic. oec. publ., Mettmenstetten, beantragen (Vorlage 4508). Am 30. Juni hat der Kantonsrat Martin Billeter mit Amtsantritt am 1. Januar 2009 für eine Amtsdauer von vier Jahren als Leiter der Finanzkontrolle gewählt.

E-Government

Im Geschäftsjahr hat die Staatskanzlei unter Einbezug der Direktionen die E-Government-Strategie des Kantons Zürich erarbeitet. Sie wurde vom Regierungsrat am 10. September festgelegt und stellt eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des elektronischen Behördenangebots dar. Damit die Umsetzung der Strategie gesteuert und die Zielerreichung überprüft werden kann, wurde mit dem Aufbau eines Strategiecontrollings begonnen. Im Rahmen eines Vorprojekts wird durch eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe unter der Leitung der Stabsstelle E-Government geprüft, ob übergeordnete rechtliche Grundlagen für den Bereich E-Government geschaffen werden sollen. Mitte Jahr wurde zudem mit dem Aufbau einer Plattform für elektronische Transaktionsangebote begonnen; der Abschluss der Arbeiten ist für Mitte 2009 vorgesehen. Im Lichte der geplanten Einführung eines neuen Corporate Designs wurde die Planung der Erneuerung des kantonalen Internetauftritts aufgenommen. Im Weiteren wurde eine verwaltungsübergreifende elektronische Lösung für die Vernehmlassungsverwaltung umgesetzt, die kurz vor der Einführung steht.

Fussball-Europameisterschaften UEFA EURO 2008

Vom 7. bis 29. Juni wurde in der Schweiz und in Österreich die EURO 08 durchgeführt. Zürich war Austragungsort von drei Vorrundenspielen. Die EURO 08 bot als weltweit drittgrösste Sportveranstaltung eine sehr gute Plattform, um die Vorzüge der Austragungsorte der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Die Stadt und der Kanton Zürich hatten dadurch die Möglichkeit, sich international zu profilieren und bekannt zu machen. Der Kantonsrat hat aus dem Lotteriefonds einen Beitrag von 4,5 Mio. Franken bewilligt. Die Projekte konnten plangemäss durchgeführt und abgeschlossen werden. Der bewilligte Beitrag, der nicht vollständig ausgeschöpft werden musste, wurde im Wesentlichen für drei EURO-08-Projekte verwendet. Mit einem Beitrag wurde die Präsenz des Standorts Zürich am Teilprojekt «Swiss Beach» in Wien ermöglicht. Das unter der Trägerschaft von «Präsenz Schweiz» und der Austragungsorte stehende Projekt konnte während der ganzen Dauer der EURO 08 die Aufmerksamkeit in der österreichischen Hauptstadt auf die Schweiz, vor allem aber auf die Austragungsorte und -kantone lenken. Zürich konnte sich wie die anderen Partner an einem Wochenende mit Kulturbeiträgen profilieren. Mit dem zweiten Teilprojekt beteiligte sich der Kanton an der Mitfinanzierung der Infrastruktur der Fanzone auf der Sechseläutenwiese in Zürich. Weiter wurde in Zürich Schwamendingen während zehn Tagen ein Fancamp mit günstigen Übernachtungsmöglichkeiten betrieben. Zusätzlich wurden mehrere kleinere Projekte im Zusammenhang mit der EURO 08 unterstützt. Die Kommunikationsabteilung des Regierungsrates organisierte im Rahmen der EURO 08 Anlässe für Medienarbeitende und für Angestellte des Kantons.

Legislaturziele

Die Staatskanzlei ist zuständig für die Massnahmen 3.2, 5.1, 5.2, 5.3, 5.6, 6.1 und 6.6 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Massnahmen berichtet. Im vorliegenden Kapitel folgt die Berichterstattung über die weiteren Legislaturziele der Staatskanzlei.

Legislaturziel	1. Aufbau und Umsetzung eines Regierungscontrollings
Massnahme	1.1
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Abteilung Regierungscontrolling ist seit Frühjahr 2008 operativ und hat die ihr übertragenen Aufgaben schrittweise übernommen. Die wichtigsten Bestandteile des neu konzipierten Regierungscontrollings sollen bis 2011 umgesetzt werden.
Legislaturziel	2. Gezielte und abgestimmte Weiterentwicklung des E-Government-Angebots
Massnahme	2.1
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit der Festsetzung der E-Government-Strategie wurde u. a. die Organisation zur Umsetzung der geforderten Massnahmen festgelegt, womit die Grundlage für eine koordinierte und zielorientierte Weiterentwicklung des Online-Angebots besteht. Der Aufbau bzw. die Weiterentwicklung der zentralen E-Government-Infrastruktur wurde in verschiedenen Vorhaben vorangetrieben.
Legislaturziel	3. Koordination Aussenbeziehungen
Massnahme	3.1
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Informationsplattform zu den Aussenbeziehungen wurde eingerichtet und funktioniert. Die Ständerätin und der Ständerat werden intensiv unterstützt. Zur Vorbereitung der Sessionsbriefe an die Bundesparlamentarier wurde zuhanden der Direktionen im Intranet ein Monitoring der Parlamentsgeschäfte eingerichtet.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,6	0,9	5,4	4,4
Aufwand	-20,7	-12,4	-22,4	-10,1
Saldo	-16,1	-11,4	-17,1	-5,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-1,3	-1,2	0,1
Saldo		-1,3	-1,2	0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	60,7	66,5	67,0	0,5

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt um 4 Mio. Franken oder 600%. Wichtigste Ursachen:

- +3 Auflösung von Rückstellungen
- +1 Übertrag aus Lotteriefonds für Projekte im Rahmen der EURO 2008

Der Aufwand steigt um 10 Mio. Franken oder 81%. Wichtigste Ursachen:

- 8 San04-Projekt Beschaffungswesen, Einsparungen wurden in den Direktionen verbucht.
- 1 Kosten für die EURO 2008 wurden über den Lotteriefonds ausgeglichen.
- 1 Bildung von Rückstellungen und Rücklagen

Investitionsrechnung

Die Investitionsausgaben sinken um 0,1 Mio. Franken oder 8%. Wichtigste Ursache:

- 0,1 Die Ersatzbeschaffung der Informatik-Ausrüstung wurde günstiger abgewickelt.

Personal

Der Personalumfang erhöht sich um 0,5 Stellen. Wichtigste Ursache:

- +0,5 Diverse Pensenveränderungen innerhalb des bewilligten Stellenplans.

Investitionen

Die Investitionen betreffen den Beitrag an das «Haus der Kantone» in Bern (1,1 Mio. Franken) und die Ablösung der Informatik-Arbeitsplätze in der Staatskanzlei (0,1 Mio. Franken).

Übersicht Investitionen in Mio. Franken

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Investition	0	1,3	1,2	0,1

Die Ersatzbeschaffung der Informatik-Ausrüstung wurde günstiger abgewickelt.

Leistungsgruppen

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Hauptereignisse

Der Leiter der Abteilung Aussenbeziehungen steht dem direktionsübergreifenden Koordinationsgremium für Aussenbeziehungen vor (KAB, vgl. § 74 VOG RR). Dieses hat in acht Sitzungen die laufenden Geschäfte besorgt, namentlich die Informationsplattform in den Direktionen etabliert und die Beiträge regelmässig ausgewertet. Ebenfalls wurde ein elektronisches Hilfsmittel zur Abschätzung des Zusammenarbeitspotenzials mit den Nachbarkantonen erarbeitet.

Im Rahmen des Vollzugs des IDG (Öffentlichkeitsprinzip) wurde ein Projekt zur Veröffentlichung der Regierungsratsbeschlüsse im Internet erfolgreich abgeschlossen. Dabei konnten Synergien mit der verwaltungsinternen RRB-Verteilung erzielt werden. Zudem wurde das Projekt zur Ablösung aller Client-Systeme der Staatskanzlei realisiert. Die Clients wurden auf ein neues Betriebssystem (MS Windows Vista) und eine neue Office-Umgebung (MS Office 2007) migriert. Im Oktober hat ein neues Tool zur Auswertung der Suche auf den Internetseiten des Kantons die bisherige Portal-Suchauswertung abgelöst und deckt seither Probleme zur Auffindung von Webangeboten des Kantons auf.

Miterleben, wie der Regierungsrat seine Entscheide bekannt gibt und begründet, das ist seit Oktober mit der Aufzeichnung der Medienkonferenzen im Internet möglich. Im Schnitt produzierte die Kommunikationsabteilung seither pro Woche ein Video einer Medienkonferenz des Regierungsrates. Aufgeschaltet werden die Videos auf dem neu konzipierten News-Portal des Kantons Zürich www.news.zh.ch. Ziel der Aufzeichnungen der Medienkonferenzen ist die verbesserte und transparentere Information der Bevölkerung und der Medienschaffenden.

Am 10. Dezember wählte die Vereinigte Bundesversammlung Nationalrat Ueli Maurer zum Nachfolger von Samuel Schmid als Mitglied des Bundesrates. Mit den Bundesräten Moritz Leuenberger und Ueli Maurer nehmen zum zweiten Mal zwei Mitglieder aus dem Kanton Zürich Einsitz in der Landesregierung. Am 18. Dezember wurde in Zürich und Hinwil, dem Wohnort von Bundesrat Ueli Maurer, eine Feier aus Anlass seiner Wahl durchgeführt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

- A1 Als Stabsstelle des Regierungsrates hat die Staatskanzlei diejenigen Leistungen zu erbringen, die ein reibungsloses Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde garantieren (Sitzungsvorbereitung, Rechts- und Politikberatung, Controlling, Veranstaltungsorganisation, Informationstätigkeit, Rekursinstruktion). Sie erbringt zudem Dienstleistungen für die Verwaltung (Postdienst, Informatik und E-Government).

Die Abteilung Regierungscontrolling (Politische Planung und Steuerung / Führungsunterstützung für den Gesamregierungsrat) hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Kommunikationsabteilung veröffentlichte 341 (Vorjahr: 360) Medienmitteilungen, davon 64 (74) Verhandlungsberichte über die Sitzungen des Regierungsrates. Es wurden 75 (87) Medienkonferenzen und Medienanlässe veranstaltet, davon 11 (8) Medienkonferenzen der Kommunikationsbeauftragten zu den Regierungsratssitzungen, und 7 (28) Pressespiegel erstellt. Die Besucherzahlen im Intranet sowie im Intranet-Portal des Kantons Zürich stiegen bis Mai und blieben bis Ende Jahr auf diesem Niveau. Einbrüche waren während Ferienzeiten sowie über die Festtage festzustellen. Beim Internetportal des Kantons Zürich stiegen die Zugriffszahlen von Januar bis Mai und gingen ab Juli leicht zurück. Bei den abgewickelten Rekursen gegen Verfügungen der Direktionen lag das Schwergewicht bei Verfahren des Ausländer- und des Strassenverkehrsrechts.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1	Aufbau und Umsetzung eines Regierungs- und Verwaltungscontrollings Planmässig Vgl. Legislaturziel 1 der Staatskanzlei	2011
E2	Gezielte und abgestimmte Weiterentwicklung des E-Government-Angebots Planmässig Vgl. Legislaturziel 2 der Staatskanzlei	2011
E3	Koordination Aussenbeziehungen Planmässig Vgl. Legislaturziel 3 der Staatskanzlei	2011

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung					
Ertrag		1,8	0,9	3,5	2,6
Aufwand		-17,7	-19,5	-20,6	-1,0
Saldo		-16,0	-18,6	-17,0	1,6
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben			-1,3	-1,2	0,1
Saldo			-1,3	-1,2	0,1
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		60,7	66,5	67,0	0,5

Erfolgsrechnung

- +0,3 Der Rabatt der Schweizerischen Post auf Frankaturen wurde zentral verbucht.
- +0,5 Verzögerter Aufbau der Abteilung Regierungscontrolling
- +1,2 Verzögerter Ausbau der Abteilung E-Government, Verzögerung bei E-Government-Projekten
- 0,3 Kosten für unvorhergesehene Veranstaltungen
- 0,1 Kosten für Projekt einheitliches Corporate Design der Verwaltung

Investitionsrechnung

- +0,1 Die Ersatzbeschaffung der Informatik-Ausrüstung konnte günstiger abgewickelt werden.

Personal

- +0,5 Diverse Pensenanpassungen innerhalb des bewilligten Stellenplans

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Leistungen						
L1	Anzahl Regierungsratsbeschlüsse	P	1 982	1 850	2 055	205
L2	Umfang Regierungsratsprotokoll in Anzahl Seiten	P	9 385	8 500	9 677	1 177
L3	Anzahl Ausfertigungen von Regierungsratsbeschlüssen	P	163 879	240 000	132 679	-107 321
L4	Anzahl durch den Regierungsrat erledigte Rekurse	P	818	850	906	56
L5	Ungedeckte Kosten pro erledigten Rekurs in Franken	max.	2 813	2 760	2 949	189
L6	Abgehende externe Postsendungen	P	5 273 751	5 150 000	5 234 535	84 535
L7	Ankommende externe Postsendungen	P	1 633 500	1 450 000	1 650 300	200 300
L8	Intern beförderte Postsendungen	P	525 000	725 000	538 450	-186 550
L9	Erstellte Publikationsseiten	P	20 899	20 000	24 730	4 730
L10	Umfang des Amtsblattes in Zeitungsseiten	P	1 520	1 450	2 407	957

Abweichungsbegründungen

- L3 Durch den vermehrten elektronischen Versand der Regierungsratsbeschlüsse nimmt die Anzahl der Ausfertigungen ab.
- L8 Die Budgetierung stellte noch auf die alte Erhebungsweise einschliesslich Steueramt ab. Dessen Postsendungen wurden im Berichtsjahr nicht mehr erfasst.
- L10 Umfangreiche Kommissionsanträge und Vorlagen an den Kantonsrat erhöhten die Anzahl Seiten des Amtsblattes deutlich.

Rücklagen

Bestand 31.12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12. 2008	Veränderung Bestand
560 200	-98 579	+180 000	641 621	+81 421

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 89 836 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Endogene Faktoren

Durch verzögerte Stellenbesetzungen und eine sehr zurückhaltende Praxis beim Bezug von Dienstleistungen Dritter konnten Minderaufwendungen von rund Fr. 739 000 erzielt werden.

- Exogene Faktoren

Durch die Bildung und Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen ergab sich netto eine Ergebnisverbesserung von Fr. 617 000. Der Umsatzrabatt der Schweizerischen Post wurde zentral bei der Staatskanzlei verbucht (Fr. 300 000). Abschreibungen auf uneinbringliche Staatsgebühren ergaben demgegenüber einen zusätzlichen Aufwand von Fr. 83 000.

1990 Sanierungsprogramm 04, Querschnittmassnahmen

Hauptereignisse

In der Leistungsgruppe 1990 wurden die Kosten der Querschnittprojekte ZERZE und Raumdisposition aus dem Sanierungsprogramm 04 erfasst. Die Leistungsgruppe wird per Ende 2008 aufgelöst.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Erfassung der Querschnittmassnahmen des Sanierungsprogramms 04, die nicht einer Direktion zugeordnet werden können.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,8		1,8	1,8
Aufwand	-3,0	-0,8	-1,9	-1,0
Saldo	-0,2	-0,8	-0,1	0,8

Investitionsrechnung

Einnahmen

Ausgaben

Saldo

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

+1,8 Auflösung von Rückstellungen

-1,0 Mehrkosten der Projekte, die durch die Auflösung von Rückstellungen gedeckt wurden.

1991 Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht MH06, Querschnittmassnahmen

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe 1991 wurde zur Erfassung der Einsparungen aus den Querschnittprojekten Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 erstellt. Die Einsparungen im Berichtsjahr wurden direkt in den Jahresrechnungen der Direktionen erfasst. Die Leistungsgruppe wird per Ende des Berichtsjahres aufgelöst.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Erfassung der Querschnittmassnahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06, die nicht einer Direktion zugeordnet werden können.
----	--

Finanzielle Entwicklung

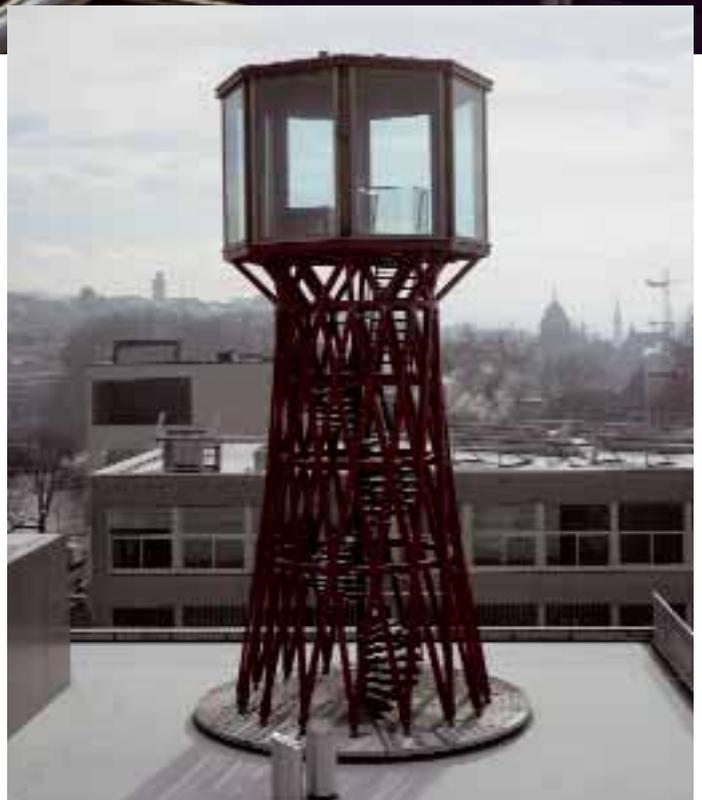
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand		8,0		-8,0
Saldo		8,0		-8,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

-8,0 Einsparungen aus dem Beschaffungsprojekt fallen direkt in den Direktionen an.



Ohne Titel (Edith Ernst-Eppenberger)



Turm (Daniel Roth)



Wandgestaltungen (Hans Hunold)

Direktion der Justiz und des Innern

Die strategischen Ziele des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans bildeten die Grundlage für die Arbeiten im Berichtsjahr. Wichtige Entwicklungen gehen aber auch über diese hinaus.

Zusammen mit den Statusberichten der Koordinationsstelle für die Verfassungsumsetzung über den Stand der Arbeiten hat sich die gesetzliche Umsetzung der Kantonsverfassung im Arbeitsalltag etabliert. Das Grossprojekt der Neuordnung der Rechtspflege und Gerichtsordnung (Gerichtsverfassungsgesetz, Zivilprozessordnung, Strafprozessordnung usw.) verläuft planmässig und wurde durch das Projekt Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an übergeordnetes Recht (Bundesrecht und Kantonsverfassung) ergänzt.

Unter Federführung der Direktion der Justiz und des Innern wurden die Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) erarbeitet und eine Einführungsveranstaltung für die unter den Geltungsbereich von Gesetz und Verordnung fallenden Behörden vorbereitet und durchgeführt. Das so konkretisierte, verfassungsrechtlich bereits seit 2006 geltende Öffentlichkeitsprinzip konnte damit erfolgreich weiter umgesetzt werden. Die Gesetzesvorlage zum Projekt «Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs» wurde in die Vernehmlassung gegeben. Der auf dieser Grundlage überarbeitete Gesetzesentwurf wird vom Regierungsrat Anfang 2009 verabschiedet.

Nach der Übersiedlung des elektronischen Wahlsystems des Kantons Zürich von Bern nach Zürich in die Direktion der Justiz und des Innern wurden drei Versuche mit elektronischer Stimmabgabe an Abstimmungen durchgeführt und das Projekt erfolgreich auf acht weitere Gemeinden und drei zusätzliche Stadtkreise in Winterthur und Zürich ausgedehnt. Der Einbezug der rund 11 000 Auslandschweizerinnen und -schweizer dieser 13 Gemeinden wird frühestens 2009 verwirklicht.

Die im vergangenen Jahr als Schwerpunktthema festgelegte Integrationsarbeit war von ersten Umsetzungsschritten der neuen Integrationspolitik geprägt, die sich am Prinzip «verbindlich fördern und fordern» ab erstem Tag ausrichtet.

Gestützt auf § 60 VOG RR hat die Direktion der Justiz und des Innern eine Organisationsverordnung erarbeitet, welche die organisatorischen Vorgaben des Direktionsvorstehers für das Generalsekretariat und die Verwaltungseinheiten zu den Führungsinstrumenten und zur Information und Kommunikation der Direktion enthält. Sie tritt 2009 in Kraft.

Von besonderem Interesse für Verwaltung und Öffentlichkeit ist die Herausgabe einer umfassenden Geschichte der Zürcher Kantonsverwaltung von 1803–1998, die vom Staatsarchiv federführend begleitet und abgeschlossen wurde.

Legislaturziele

Die Direktion der Justiz und des Innern ist zuständig für die Massnahmen 7.1, 7.2, 7.3, 7.4, 7.5, 13.1, 13.2, 15.1, 16.3, 16.4, 16.5 und 16.6 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Legislaturziele berichtet. Im vorliegenden Kapitel folgt die Berichterstattung über die weiteren Legislaturziele der Direktion der Justiz und des Innern.

Legislaturziel	1. Stärkung des Rechts als Integrations- und Steuerungsinstrument
Massnahme	1.1. Revision Gewaltschutzgesetz
Stand	Planmässig
Massnahme	1.2. Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung
Stand	Planmässig
Massnahme	1.3. Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht
Stand	Planmässig
Massnahme	1.4. Reorganisation Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte)
Stand	Planmässig
Legislaturziel	2. Optimierung föderalistischer Staatsstrukturen
Massnahme	2.1. Umsetzung neue Kantonsverfassung: Koordinationsstelle
Stand	Planmässig
Massnahme	2.2. Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs
Stand	Planmässig
Massnahme	2.3. Optimierung Betreuungswesen
Stand	Planmässig
Massnahme	2.4. Totalrevision Gemeindegesetz
Stand	Planmässig
Legislaturziel	3. Förderung von Milizengagements
Massnahme	3.1. Umsetzung neue Kantonsverfassung: Koordinationsstelle
Stand	Planmässig
Massnahme	3.2. Freiwillige Versicherung berufliche Vorsorge
Stand	Abgeschlossen
Legislaturziel	4. Verstärkung der integrativen Wirkung staatlicher und nichtstaatlicher Aktivitäten
Massnahme	4.1. Umsetzung der Neuregelung des Verhältnisses Kirche/Staat
Stand	Planmässig
Massnahme	4.2. Erweiterung Staatsarchiv/Restanzen-Abbau
Stand	Verzögert
Kommentar	Die erforderlichen Ressourcen waren noch nicht vorhanden.
Massnahme	4.3. Statistikgesetz
Stand	Verzögert
Kommentar	Registerharmonisierungsgesetz bzw. Revision Gemeindegesetz abwarten.

Legislaturziel	5. Interessenwahrung des Kantons Zürich gegenüber Bund, Kanton, Regionen und Gemeinden
Massnahme	5.1. Klärung der Federführung innerhalb der kantonalen Verwaltung durch RRB
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	In der VOG RR geregelt. Die Federführung ist je nach Thema unterschiedlich und wird laufend festgelegt.
Massnahme	5.2. Evaluation des Ist-Zustandes mit Stärken- und Schwächenanalyse
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vorarbeiten zur VOG RR
Massnahme	5.3. Sicherstellung des Informationsaustausches zwischen allen potenziell an den Agglomerationsprogrammen des Bundes interessierten Kreisen innerhalb des Kantons Zürich (Direktionen, Gemeinden, Dritte) und zwischen den Bundesstellen und dem Kanton Zürich
Stand	Planmässig
Massnahme	5.4. Förderung von Agglomerationsprogrammen und Modellvorhaben
Stand	Planmässig
Massnahme	5.5. Informationsdrehscheibe für Zürcher Stände- und Nationalrätinnen und -räte bereitstellen zwecks besserer Koordination und Vernetzung der Interessen von Kanton, Regionen und Gemeinden
Stand	Verzicht
Kommentar	Stände- und Nationalrätinnen und -räte wünschen keine zusätzlichen Informationen. Mit dem sogenannten Sessionsbrief teilt der Regierungsrat den Zürcher Stände- und Nationalrätinnen und -räten mit, welche Themen und Inhalte der anstehenden Sessionen für den Kanton von besonderer Bedeutung sind.
Legislaturziel	6. Förderung eines breiten und hochstehenden Kulturangebots
Massnahme	6.1. Umsetzung des kantonalen Kulturleitbildes
Stand	Planmässig
Massnahme	6.2. Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs
Stand	Planmässig
Massnahme	6.3. Interkantonale Kulturlastenvereinbarung
Stand	Planmässig

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	502,4	487,5	573,8	86,3
Aufwand	–1069,7	–1073,3	–1184,6	–111,3
Saldo	–567,3	–585,8	–610,7	–24,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,6	1,3	0,7
Ausgaben	–11,4	–15,5	–11,9	3,5
Saldo	–11,4	–14,9	–10,7	4,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1424,6	1471,4	1443,7	–27,7

Erfolgsrechnung

Abweichungsbegründung Ertrag in Mio. Franken:

- +66,9 höhere Steuerkraftausgleichszahlungen von Gemeinden
- +6,5 mehr Rückerstattungen aus dem Finanzausgleich als geplant
- +6,0 Mehreinnahmen an Gebühren, Bussen und Geldstrafen in der Strafverfolgung Erwachsene
- +5,2 Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen (werden im Budget grundsätzlich nicht geplant)

Abweichungsbegründung Aufwand in Mio. Franken:

- 66,2 höhere Steuerkraftausgleichszahlungen an Gemeinden
- 29,0 Sharingfall mit Japan (Teilung Beschlagnahme aus dem Jahre 2004)
- 6,5 höhere Kosten für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen (Nachtragskredit von 4,0 Mio. Franken)
- 6,4 Bildung von Rückstellungen und Rücklagen (im Budget grundsätzlich nicht geplant)
- 5,8 mehr Steuerfussausgleichszahlungen an Gemeinden
- 4,5 Zunahme der kulturellen Beiträge
- 3,6 höhere Abschreibungen (vor allem Untersuchungskosten)
- +7,1 Minderausgaben im Bereich Sachaufwand
- +3,2 weniger Personalkosten (Vakanzen, verzögerte Stellenbesetzungen usw.)

Abweichungsbegründung Saldo:

Ohne die ausserordentliche Rückzahlung im Rahmen des Sharingfalles mit Japan wurde das Budget um 4,1 Mio. Franken unterschritten.

Investitionsrechnung

Höhere Aktontozahlungen des Bundes für den Um-/Erweiterungsbau MZU sowie weniger Investitionsaufwand infolge verzögerten Projektbeginns des Nachfolgeprojektes von Opus One führten zur ausgewiesenen Budgetunterschreitung.

Personal

Da es sich beim Bestand der Rechnung 2008 um den durchschnittlichen Personalbestand handelt, ist die Abweichung insbesondere auf Vakanzen, verzögerte Stellenbesetzungen usw. zurückzuführen. Grössere Budgetunterschreitungen weisen die Strafverfolgung Erwachsene mit 8 und die Jugendstrafrechtspflege mit 5 Stellen auf. Bei den übrigen Leistungsgruppen liegen die Abweichungen unter 3 Stellen.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Umbau/Erweiterung Staatsarchiv	-2,9	-0,4	-0,9	-0,5

Aufgrund der Verschiebung von Abschlussarbeiten von 2007 ins Berichtsjahr entstand ein Mehraufwand.

Leistungsgruppen

2201 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Das Generalsekretariat gliederte sich bisher in die Bereiche Führungsunterstützung (LG 2201) sowie zentrale Dienstleistungen (Personaldienst und Logistik, Finanzen und Controlling, LG 2203). Als Ergebnis eines Reorganisationsprozesses im Berichtsjahr werden die beiden Leistungsgruppen ab 2009 zu einer Leistungsgruppe (2201) zusammengefasst. Die Führungsunterstützung wird sodann aufgrund eines weiteren Reorganisationsprojekts ab 2009 in zwei Fachteams mit spezialisierten Leistungsaufträgen wahrgenommen.

Ein Grossteil der Ressourcen wurde durch die Gesetzgebungsprojekte zur Umsetzung der Bundesverfassungsgesetze (Bundesgerichtsgesetz, Schweizerische Zivilprozessordnung, Schweizerische Strafprozessordnung) und der Kantonsverfassung gebunden. Ebenfalls intensiv bearbeitet wurde der Entwurf für ein Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht, die Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personen und Kindesrecht und die Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Information und den Datenschutz). Gestartet wurde zudem ein Projekt zur Erarbeitung von Richtlinien zum Rechtsetzungsverfahren. Der Gesetzgebungsdienst begleitete zudem 56 Gesetzesprojekte. Die zur Verordnung zum Kirchengesetz und zum Gesetz über die anerkannten jüdischen Gemeinden durchgeführte Vernehmlassung zeigte breite Zustimmung.

Das Generalsekretariat war in mehr als 50 parlamentarischen Geschäften federführend. In doppelt so vielen Fällen erstattete es Stellungnahmen an andere Direktionen. Daneben erledigte es 165 Rekurse (einschliesslich Begnadigungen). Die Rekurskommission der Gebäudeversicherung erledigte 11 Rekurse (Vorjahr 15). Bei der Rekurskommission für Grunderwerb gingen 2 (1) Beschwerden neu ein. Am Jahresende waren keine Beschwerden mehr anhängig. Bei der Schlichtungsstelle nach Gleichstellungsgesetz wurden 14 (9) Schlichtungsbegehren eingereicht, die zusammen mit einer Vorjahrespendenz bis auf sechs Verfahren in diesem Jahr erledigt werden konnten.

Im Bereich häusliche Gewalt (Gewaltschutzgesetz-Massnahmen) wurden zu 55% Massnahmen in Haushalten angeordnet, in denen Kinder leben. Mehrfachanordnungen von Gewaltschutzmassnahmen haben zugenommen. Insgesamt wurde 841 Mal an die Staatsanwaltschaft wegen eines Vergehens oder Verbrechens parallel zu angeordneten Gewaltschutzgesetz-Massnahmen rapportiert. Im gleichen Zeitraum erfolgten lediglich 36 Überweisungen in das Lernprogramm der Staatsanwaltschaften und der Strafgerichte. Unzweckmässig sind bei häuslicher Gewalt offensichtlich Geldstrafen (keine Vollzugskontrolle, Wegfall der Spezialprävention, güterrechtliche Mithaftung der Opfer, Geldforderungen als zusätzlicher, gewaltverursachender familiärer Stressfaktor).

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Das Generalsekretariat unterstützt den Direktionsvorsteher in seiner Führungsaufgabe (Stabsfunktion). Es bearbeitet parlamentarische Geschäfte und führt Rechtsmittelverfahren in Direktionskompetenz und bereitet die Entscheide vor.
A2	Es führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst sowie die Koordinationsstelle für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung. Des Weiteren ist ihm die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt angegliedert.
A3	Zudem unterstützt das Generalsekretariat die einzelnen Organisationseinheiten der Direktion sowie die ihm organisatorisch angegliederten Rekurskommissionen Gebäudeversicherung und Schlichtungsstelle gemäss Gleichstellungsgesetz bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und als Supportfunktion bei Wahlen und Abstimmungen.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar		bis
E1	Betrieb der Koordinationsstelle Umsetzung neue Kantonsverfassung Planmässig	2010
E2	Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes Verzögert Abwarten Registerharmonisierungsgesetz bzw. Revision Gemeindegesetz	2010
E3	Verbesserung der Struktur im zürcherischen Betreuungswesen und Professionalisierung, Gesetzesvorlage Planmässig	2010
E4	Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung Planmässig	2010
E5	Rückgaben Kirchen-Liegenschaften Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,6	0,1	0,2	0,0
Aufwand	-4,3	-4,5	-4,5	-0,0
Saldo	-3,6	-4,4	-4,3	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	15,3	15,7	16,4	0,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Durch weniger Rekurse sind weniger Gebühreneinnahmen zu verzeichnen.

Aufwand:

- Die Budgetüberschreitung bei den Internen Verrechnungen ist wenig oder meist nicht beeinflussbar. Einsparungen waren durch Verzicht von temporären Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter Mehrbelastung des bestehenden Personals sowie durch weniger Ausgaben bei den Dienstleistungen Dritter zu verzeichnen. Rückstellungen wurden gebildet für Dienstleistungen Dritter, die aufgrund einer Langzeitabsenz von extern beigezogen werden müssen.

Saldo:

- Die Rechnung 2008 schliesst mit einer geringen Budgetunterschreitung.

Personal

Die Abweichung ist auf die Mehrbeschäftigung von Auditoren zurückzuführen.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Direktionsvorsteher	min.	> gut	> gut	> gut	-
W2	Zufriedenheit Supportfunktion durch Ämter (Umfrage alle 2 Jahre)	min.	> gut	-	> gut	-
W3	Externe Inanspruchnahme Gesetzgebungsdienst	P	50x	50x	56x	6x
W4	Gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden	P	< 10%	< 10%	< 10%	-
Leistungen						
L1	Rekurserledigungen (einschliesslich Begnadigungen)	P	195	150–200	165	-
L2	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte	min.	100	100	98	-2
L3	Keine Wiederholung von Abstimmungen und Wahlen wegen Fehler des Generalsekretariates	P	0	0	0	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten)	P	1	1	22 Tage	-8 Tage

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
133 646	-56 869	+47 000	123 777	-9 869

Auflösung Rücklagen 2008

– davon Fr. 15 296 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Der Mehraufwand im Bereich der Personalkosten resultiert durch die neu geschaffene Stelle des Kommunikationsbeauftragten. Die Budgetüberschreitung bei den Internen Verrechnungen sind wenig oder meist nicht beeinflussbar. Einsparungen waren durch Verzicht von temporären Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter Mehrbelastung des bestehenden Personals sowie durch weniger Ausgaben bei den Dienstleistungen Dritter zu verzeichnen.

2203 Zentrale Dienstleistungen

Hauptereignisse

Im Vordergrund stand die Unterstützung des Justizvollzugs bei der Anpassung der Stellenpläne. Die Projekte «Laufbahnplanung» sowie «50+» wurden abgeschlossen und die Massnahmen gestartet. Zudem wurde Ende Oktober eine direktionsweite Personalbefragung durchgeführt.

Im Sommer konnte die Aufrichte des neuen Bezirksgebäudes Dietikon gefeiert werden. Die Bauarbeiten kommen planmässig voran und der Bezug kann auf das erste Quartal 2010 geplant werden. Wegen Witterungsschäden wurden sodann die beiden Türme der Klosterkirche Rheinau saniert.

Im Berichtsjahr erfolgten Vorbereitungsarbeiten und Schulungen für die Einführung des harmonisierten Rechnungslegungsmodells, HRM-IPSAS, auf 1. Januar 2009. Im Team Rechnungswesen erfolgte eine Reorganisation, die eine Qualitäts- und Effizienzsteigerung brachte. Beim Direktionscontrolling stand die Umsetzung der neuen Geschäftsberichterstattung im Vordergrund.

Im Handelsregisteramt Zürich wurde nach beinahe zehn Jahren Laufzeit eine neue Version der Fachapplikation (HRNet) in Betrieb genommen. Die erste Phase der Vorbereitungsarbeiten für das neue Rechtsinformationssystem (RIS2) wurde abgeschlossen. Die Machbarkeitsanalyse liegt vor und die Phase der Detailspezifikationen ist freigegeben.

Die Umsetzungsarbeiten zur Einführung der kantonalen PKI-Lösung (Public Key Infrastructure) der Direktion der Justiz und des Innern bei der Kantonspolizei wurden Ende Jahr abgeschlossen. Die gemeinsamen technischen Sicherheitsinstallationen (Gateways) werden ab 2009 durch die Informatik der Direktion betrieben. Der Aufbau des neuen Service Centers Lotus Notes für den Kanton Zürich wurde fristgerecht abgeschlossen.

Im PKI Service Center wurden die Karten bei über 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonspolizei mit einem zusätzlichen Zertifikat ergänzt. Für weitere 600 Zivilangestellte der Kantonspolizei mussten neue Chipkarten ausgestellt werden. Im Rahmen der Projekte «AVAM» der Volkswirtschaftsdirektion und «IBIS» der Sicherheitsdirektion wurden weitere 600 Chipkarten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgestellt. Rund 130 Nutzern des Projektes Polizei- und Justizzentrum (PJZ) wurden neue Swisscom-Zertifikate mit dreijähriger Laufzeit abgegeben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Amtsstellen bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und beim Personalmarketing. Er berät Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Kader. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig.
A2	Die Hauptabteilung LFC erbringt zentrale Dienstleistungen in der Direktion in den Bereichen Logistik (Gebäude, Raumplanung usw.), Informatikdienstleistungen, Betrieb des Rechtsinformationssystems in der Direktion, Finanzen und Controlling.
A3	Zusätzliche Dienstleistungen Personalausweis-/Krypto-Chipkartenbearbeitung und Bearbeitung aller IT-Sicherheitsfragen (Informatik-Sicherheitsverordnung) sowie Führung Rechnungswesen für Amtsstellen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1	Qualitätsförderung der Führungsarbeit Planmässig	2010
E2	Ausbau des Personalcontrollings auf Direktionsebene zu einem Führungsinstrument (regelmässiges, zeitgerechtes und qualitativ hochstehendes Reporting) Verzögert Personalwechsel und Aufwand durch Personalbefragung	2008
E3	Entwicklung und Umsetzung von Direktionsstandards in der Personalarbeit Planmässig	2009
E4	Weiterführung der logistischen Dienstleistungen im Bereich Bewirtschaftung von Liegenschaften und Chipkarten Planmässig	laufend
E5	Neues Gemeindeinformationssystem (GEMRIS) für das Gemeindeamt Verzögert Detailspezifikationsphase	2007
E6	Sicherstellung Führungs- und Finanzreporting auf Stufe Direktion Planmässig	laufend
E7	Einführung und Umsetzung CRG in DJI Abgeschlossen	2008
E8	Projekt neues Rechenzentrum PJZ (Planung, Ausführung) Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung					
Ertrag		12,6	12,3	12,9	0,6
Interne Verrechnungen Dienstleistungen		12,4	12,3	12,7	0,5
Aufwand		-14,7	-14,3	-14,8	-0,4
Personalaufwand		-5,5	-5,3	-5,3	0,0
Abschreibungen und Zinsen		-1,1	-0,8	-0,8	0,0
Saldo		-2,1	-2,1	-1,9	0,2
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben			-0,1		0,1
Saldo			-0,1		0,1
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		33,6	34,1	32,9	-1,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Weniger Ertrag bei der Rechnungsführung für andere Ämter durch Prozessoptimierung führten zu einer kleinen Budgetunterschreitung. Demgegenüber führten höhere Informatikeinnahmen zur positiven Abweichung.

Aufwand:

- Ergebnis als Folge von Mehrkosten bei den Informatikanschaffungen und dem Unterhalt. Die Kosten sind begründet sowohl durch die Beschaffung der Infrastruktur des neuen Service Center Lotus Notes, das seinen Betrieb auf 1. Januar 2009 aufnimmt, als auch durch zusätzliche Arbeitsplätze in den Ämtern. Positive Abweichungen zum Budget sind auf die restriktive Ausgabenpolitik im Bereich der Dienstleistungen Dritter sowie auf verzögerte Stellenbesetzungen zurückzuführen. Da ein Teil der geplanten Dienstleistungen für die Detailspezifikation RIS 2 erst 2009 erbracht werden kann, wurde eine Rückstellung gebildet.

Saldo:

- Die Jahresrechnung 2008 des Bereiches Zentrale Dienstleistungen schliesst mit einer erfreulichen Budgetunterschreitung ab.

Investitionsrechnung

Keine Investitionen infolge Miete von Informatikinfrastruktur und Projektverschiebung.

Personal

Verzögerte Stellenbesetzungen führten zum tieferen Durchschnittsbestand.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1 Auswertung Austrittsgespräche	min.	40%	90%	90%	-
W2 Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit den Vorgesetzten (Messinstrument: Personalumfrage alle 3 Jahre) (ab 2008)		-	gut	gut	-
W3 Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren	P	8%	< 10%	8%	-2%
W4 Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit den Personaldiensten im Rahmen der Personalumfragen mit separatem Modul (Umfrage alle 3 Jahre) (ab 2008)	min.	-	gut	gut	-
W5 Zufriedenheit der Informatikbenutzer (Ermittlung mittels Umfragen)	P	90%	90%	90%	-
W6 Keine wesentlichen Revisionsbemerkungen	P	0	0	0	-
W7 Zufriedenheit der LFC-Nutzer im Rahmen der Personalumfragen mit separatem Modul (Umfrage alle 3 Jahre) (ab 2008)	min.	-	gut	gut	-
W8 Zufriedenheit Direktionsvorsteher mit Controlling und Finanzreporting	P	gut	gut	gut	-

Leistungen

L1	Anzahl spezifisch geschulter Führungskräfte in Prozenten Gesamtführungskräfte	min.	80%	90%	85%	-5%
L2	Personalreporting durchführen	P	1x	1x	1x	-
L3	Anzahl unterstützender Massnahmen zur Erweiterung der Führungs- kompetenzen (Schulungen, Meetings, Qualitätszirkel, Interventionsgruppen)	P	6	10	5	-5
L4	Betreuung der PC-Arbeitsplätze	P	1418	1392	1450	58
L5	Einhaltung der vereinbarten Reaktionszeiten von 4 Stunden durch Informatik	max.	4 Std.	4 Std.	4 Std.	-
L6	Anzahl Rechnungsführungen für Amtsstellen		10	9	9	-
L7	Verbesserung Aussagekraft Kosten-/Leistungsrechnung/Controlling		gut	sehr gut	gut	-

Wirtschaftlichkeit

B1	Kosten pro geschulte Führungskraft	P	4000	5000	5000	-
B2	Kosten des Personalcontrollings gemessen am Gesamtpersonalaufwand	JI	0,02%	0,1%	0,1%	-
B3	Kosten pro PC-Arbeitsplatz	P	8342	8280	8350	70
B4	Kosten je PC-Arbeitsplatz in % der Vorgabe Gartner Group (Fr. 14 000)	P	59,6%	60%	59,7%	-
B5	Kostendeckungsgrad Rechnungsführung BVS; StA!; StAZ	P	69%	100%	-	-

Abweichungsbegründungen

Allgemein: Durch die Zusammenlegung mit der LG 2201 fallen ab 2009 die meisten Indikatoren weg.

- B5 Kostendeckungsgrad Rechnungsführung: Da ab 2009 von einer Verrechnung der Rechnungsführung abgesehen wird, wurde der bisherige Kostensatz beibehalten und auf die Berechnung des Indikators verzichtet.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
84 222	-51 989	+82 000	114 233	+30 011

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 30 511 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Ergebnis als Folge von exogen verursachten Mehrkosten bei der Informatik-Anschaffung und dem Unterhalt. Die Kosten sind begründet sowohl durch die Beschaffung der Infrastruktur des neuen Service Center Lotus Notes, das seinen Betrieb auf 1. Januar 2009 aufnimmt, als auch durch zusätzliche Arbeitsplätze in den Ämtern. Dem gegenüber stehen höhere Informatikeinnahmen. Weniger Ertrag bei der Rechnungsführung für andere Ämter durch Prozessoptimierung führten zu Budgetüberschreitung. Positive, endogen verursachte Abweichungen zum Budget sind auf die restriktive Ausgabenpolitik im Bereich der Dienstleistungen Dritter sowie auf verzögerte Stellenbesetzungen zurückzuführen.

2204 Strafverfolgung Erwachsene

Hauptereignisse

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Konsolidierung des revidierten Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs. Die Euro 2008 führte auch dank der umfassenden Vorarbeiten zu keinen Problemen.

Die Vorbereitungen auf die Schweizerische Strafprozessordnung, die per 1. Januar 2011 in Kraft tritt, wurden im zweiten Halbjahr verstärkt.

Namhafte Fortschritte wurden in den Aufgabengebieten Versicherungsbetrug, Vermögensabschöpfung, Kommunikationskonzept, Personalrekrutierung, Krisenmanagement und umgekehrte Reporterstattung erzielt. Weiterbearbeitet oder neu eingeleitet wurden unter anderem die Projekte Gesundheitsförderung (Start mit Umgang mit Stress und Burn-out), Polizei- und Justizzentrum, Internektriminalität, Berufsbild Staatsanwalt und Übersicht Geschädigte/Opfer bei allen Straftatbeständen.

Neben dem ordentlichen Führungsrhythmus mit den wichtigsten Schnittstellenpartnern wurden Treffen mit dem Ombudsmann und dem Datenschutzbeauftragten vereinbart, um die Zusammenarbeit zu verbessern.

Gestützt auf einen Kantonsratsbeschluss vom 31. März hat der Regierungsrat am 3. September die Zahl der in den Bezirken zu wählenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälte für die 2009 durchzuführenden Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2009–2013 festgelegt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsverfassungsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Einstellungen oder Strafbefehle erledigt. Die Oberstaatsanwaltschaft entscheidet über Rekurse und Beschwerden gegenüber den Staatsanwaltschaften.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

		bis
E1	Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre) Planmässig	2011
E2	Optimierung der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Bundesanwaltschaft Planmässig	2011
E3	Umsetzung AT StGB Abgeschlossen	2008
E4	Umsetzung der Schwerpunkte in der Strafverfolgung Planmässig	2009
E5	Vorbereitungsarbeiten Eidgenössische Strafprozessordnung Planmässig	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	22,6	19,6	24,2	4,6
Aufwand	-79,2	-84,0	-114,2	-30,1
Saldo	-56,7	-64,4	-89,9	-25,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0,2		0,2
Saldo		-0,2		0,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	309,6	317,5	309,7	-7,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Der Ertrag bei den Bussen/Geldstrafen und Gebühren war um 5,9 Mio. Franken höher als budgetiert, bei den Beschlagnahmungen konnte der Budgetwert nicht erzielt werden (Unterschreitung um 1,6 Mio. Franken). Rücklagen wurden im Umfang von 0,3 Mio. Franken mehr als geplant aufgelöst.

Aufwand:

- Hauptgrund für das gegenüber dem Budget markant negative Ergebnis ist ein Sharingfall mit Japan. Im Jahr 2004 konnte eine ausserordentliche Beschlagnahmung im Umfang von 58,4 Mio. Franken erzielt werden. 29,0 Mio. Franken wurden im Berichtsjahr an Japan überwiesen. Unterschritten werden konnte das Budget beim Personalaufwand (1,0 Mio. Franken) und bei den Dolmetschern (0,8 Mio. Franken). Überschritten wurden die Abschreibungen von Untersuchungskosten (3,1 Mio. Franken).

Saldo:

- Ohne den Sharingfall wäre das Ergebnis mit 3,5 Mio. Franken gegenüber dem Budget positiv ausgefallen.

Personal

Der Personalbestand der Rechnung 2008 zeigt den durchschnittlichen jährlichen Personalbestand. Teilweise erfolgten Stellenbesetzungen verzögert.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1 Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen	max.	33,9%	≤35%	34,5%	-
W2 Anteil erstmaliger Strafbefehle	min.	77,8%	≥75%	78,6%	3,6%
W3 Zugelassene Anklagen	min.	98,5%	≥95%	98,5%	3,5%
Leistungen					
L1 Anklagen	P	2 305	2 000	2 369	369
L2 Einstellungen der Verfahren (einschliesslich Sistierungen)	P	9 210	8 000	9 198	1 198
L3 Strafbefehle	P	12 364	11 500	12 028	528
L4 Total der Erledigungen (Summe L1–L3)	P	23 879	21 500	23 595	2 095
L5 Rekurs- und Beschwerdeentscheide	P	140	200	150	-50
L6 Pendenzen total	P	8 780	10 000	8 229	-1 771
L7 Pendenzen älter als 1 Jahr	P	13,5%	13,1%	11,9%	-1,2%
L8 Pendenzen älter als 2 Jahre	P	3,9%	3,8%	3,2%	-0,6%
Wirtschaftlichkeit					
B1 Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr.	P	2 347	2 651	2 476	-175
B2 Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr.	P	19 777	21 541	19 884	-1 657
B3 Bruttoaufwand pro erledigten Fall total in Fr.	P	3 318	3 908	3 611	-297
Abweichungsbegründungen					
L4	Das Total der Erledigungen liegt auf Vorjahreshöhe. Die einzelnen Budgetwerte wurden alle deutlich übertroffen. Die Verfahren mit Anklage (L1), als arbeitsintensivste Erledigungsart, liegen 18,5% über dem Budgetwert.				
L6	Eine positive Entwicklung ergab sich auch bei der Anzahl der pendenten Verfahren, das Total liegt unter dem erwarteten Wert. Das ist auf einen leicht geringeren Geschäftszuwachs, aber eine über der Planung liegende Erledigungsquote zurückzuführen.				
L7+L8	Ein Entwicklungsschwerpunkt entwickelte sich besonders erfreulich, die Altersstruktur der pendenten Verfahren. Der Anteil der «Pendenzen älter als 1 Jahr» beträgt 11,9 %, jener der «Pendenzen älter als 2 Jahre» 3,2%.				
B1–B3	Bei den Indikatoren zur Wirtschaftlichkeit wurde zur Berechnung der Bruttoaufwendungen der ausserordentliche Sharingfall nicht berücksichtigt.				

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
2 565 963	-292 590	+820 000	3 093 373	+527 410

Auflösung Rücklagen 2008

Fr. 51000 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Hauptgrund für das gegenüber dem Budget deutlich negative Ergebnis ist ein Sharingfall mit Japan. Im Jahr 2004 konnte eine ausserordentliche Beschlagnahme im Umfang von 58,4 Mio. Franken erzielt werden. 29,0 Mio. Franken wurden im Berichtsjahr mit Japan geteilt. Die Unterschreitung des Voranschlages im Personalaufwand ist höher als ausgewiesen, da wegen des MH06 eine Stelle über Rücklagen finanziert wurde. Verschiedene Vakanzen wurden dank Mehrleistung des Personals aufgefangen. Sparanstrengungen führten zu weiteren endogenen Abweichungen bei Dolmetscherentschädigungen und Sachaufwendungen.

2205 Jugendstrafrechtspflege

Hauptereignisse

Das Berichtsjahr war geprägt durch eine anhaltend hohe Geschäftslast und die weitere praktische Umsetzung des am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Jugendstrafgesetzes.

Erneut war bei den Jugendanwaltschaften eine Zunahme (+4%) der Geschäftseingänge zu verzeichnen (12 000; Vorjahr 11 555).

Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 218 (151) Schutzmassnahmen und 3973 (3180) Strafen ausgesprochen. Am 31. Dezember befanden sich 94 (89) Jugendliche im Vollzug einer stationären und 378 (299) Jugendliche im Vollzug einer ambulanten Schutzmassnahme. Als Strafen wurden ausgesprochen: 1714 (1644) Verweise, 1556 (1032) Persönliche Leistungen, 431 (298) Bussen, 177 (122) Freiheitsentzüge. In 44 (77) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 36 (7) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften 51 (7) Erwachsenenstrafen an.

Der vom Regierungsrat im Frühjahr 2007 und im Berichtsjahr erhöhte Stellenplan mit insgesamt 14,6 neuen Stellen in der Jugendstrafrechtspflege führte zu einer spürbaren Entlastung bei den Jugendanwaltschaften. Die Zahl der schriftlich erledigten Fälle konnte daher vermindert und gleichzeitig ein Abbau der Pendenzen erreicht werden (-13%).

Mit der Arbeitsgruppe «Junge Intensivtäter» konnte im laufenden Jahr das Zusammenwirken von Polizei, Jugendstrafrechtspflege und geschlossenen Institutionen weiter verbessert werden. Die verschiedenen Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität führten zu einem deutlichen Anstieg der vorsorglich und endgültig angeordneten Schutzmassnahmen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Erziehungsverfügung, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
A2	Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

		bis
E1	Umsetzung des Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht (JStG) Abgeschlossen	2008
E2	Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität Planmässig	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,2	2,6	2,2	-0,5
Aufwand	-35,8	-36,7	-42,8	-6,1
Saldo	-33,6	-34,1	-40,7	-6,6

Investitionsrechnung

Einnahmen

Ausgaben

Saldo

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	66,5	79,1	73,8	-5,3
----------------------------------	------	------	------	------

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Die tiefer als budgetiert eingegangenen Schulbeiträge von Gemeinden an Schutzmassnahmen sowie die geringer als erwartet eingegangenen Ersatzleistungen an Schutzmassnahmen verschlechterten den Ertrag.

Aufwand:

- Die vermehrte Anordnung von jugendstrafrechtlichen Schutzmassnahmen, insbesondere vorsorglicher Schutzmassnahmen, mehr Strafuntersuchungskosten, die abgeschrieben werden mussten, und Mehrkosten für Untersuchungs- und Sicherheitshaften erhöhten den Aufwand. Durch Minderausgaben in einzelnen Bereichen, insbesondere bei den Personalkosten (die neuen Stellen konnten zum Teil erst in der zweiten Jahreshälfte besetzt werden), konnte nur ein Teil des Mehraufwandes kompensiert werden. Im Rahmen der 3. Serie von Nachtragskrediten gewährte der Kantonsrat einen Nachtragskredit von 4 Mio. Franken für das Rechnungsjahr 2008.

Saldo:

- Im Saldo weist die Rechnung 2008 der Jugendstrafrechtspflege eine Abweichung von -19,3% gegenüber dem Voranschlag 2008 aus.
- Unter Berücksichtigung des in der 3. Serie der Nachtragskredite bewilligten Nachtrages von 4 Mio. Franken weist die Rechnung 2008 der Jugendstrafrechtspflege eine Abweichung von -6,7% gegenüber dem Voranschlag 2008 aus.

Personal

Mit RRB Nr. 423/2008 wurde der Stellenplan der Jugendstrafrechtspflege um neun Stellen erweitert. Ein Teil der Stellen konnte erst in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres besetzt werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1 Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmevollzug Entlassenen)	P	66%	>60%	65%	5%
W2 Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel einschliesslich Rechtsbehelfe)	P	2,1%	<5%	1,8%	-

Leistungen

L1	Verurteilungen von Jugendlichen (Anzahl mit Erziehungs- und Strafverfügung verurteilte Jugendliche)	P	3 256	3 750	4 003	253
L2	Verfahrenserledigungen (Anzahl erledigte Verfahren)	P	11 731	12 000	13 324	1 324
L3	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen)	P	128	150	128	-22
L4	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen)	P	386	420	484	64
L5	Vorsorgliche Schutzmassnahmen (Neuanordnungen und Versetzungen im vorläufigen Vollzug von ambulanten oder stationären Schutzmassnahmen)	P	369	200	413	213
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens) (ab 2008)	P	-	150	201	51
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens) (ab 2008)	P	-	60	150	90
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche (ab 2008)	P	-	950	1 556	606
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen (ab 2008)	P	-	3 600	5 866	2 266
L10	Haftfälle (Anzahl Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge)	P	174	215	153	-62
L11	Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen)	P	317	300	657	357
L12	Pendenzen pro Jugendanwalt/-anwältin	P	115	<105	89	-
L13	Durchschnittliche Pendenzenalter in Tagen	P	191	<180	195	15
L14	Anteil der Pendenzen > 750 Tage	P	2%	0%	3%	3%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer (in Tagen)	P	141	<160	181	21
B2	Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen	P	72%	>65%	66%	1%

Abweichungsbegründungen

L1/L2	Durch die im laufenden Jahr erfolgte Erhöhung des Stellenplans konnten mehr Urteile gesprochen und Verfahren erledigt werden.
L3/L4	Da einige Verfahren noch bei den Jugendgerichten ausstehend sind, werden diese Fälle bei den vorsorglichen Schutzmassnahmen ausgewiesen.
L5-L7	Die verstärkten Bemühungen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität führten zu einer höheren Anzahl vorsorglicher Unterbringungen und ambulanter Schutzmassnahmen.
L11	Die Zunahme der Schutzaufsichten ist eine Auswirkung des Jugendstrafgesetzes, das bei jeder bedingten Strafe die Anordnung einer Begleitung vorschreibt.
L12	Durch die im laufenden Jahr erfolgte Erhöhung des Stellenplans konnten die Pendenzen pro Jugendanwalt gesenkt werden.
L13	Da insgesamt weniger Strafuntersuchungen ausstehend sind, wirken sich die lange dauernden Untersuchungen nachteilig auf das durchschnittliche Pendenzenalter aus.
L14	Da weiterhin umfangreiche Untersuchungen ausstehend sind, konnte das Ziel von 0% noch nicht erreicht werden.
B1	Die Erledigung umfangreicher und lange andauernder Strafuntersuchungen belastete die durchschnittliche Untersuchungsdauer.
L5/B1	Werte B 2008 gemäss Novemberbrief

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
171 342	-15 653	0	155 689	-15 653

Auflösung Rücklagen 2008

- Fr. 0 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Die Jugendstrafrechtspflege beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2008.

2206 Amt für Justizvollzug

Hauptereignisse

Zu Beginn des Berichtsjahres tötete in der Strafanstalt Pöschwies ein Insasse einen Mithäftling. Die Tat erschütterte Mitarbeitende, Gefangene und die Öffentlichkeit. Die interne Aufarbeitung der Tat und die öffentliche Berichterstattung forderten die Mitarbeitenden neben dem Alltagsgeschäft zusätzlich stark. Die Empfehlungen des Untersuchungsberichts der Oberstaatsanwaltschaft und des Obergerichts wurden im Nachgang zum Taxi-Tötungsdelikt in Wetzikon vom September 2007 schrittweise umgesetzt. Mit den eingeleiteten Massnahmen werden die internen Abläufe und die Zusammenarbeit mit externen Stellen verbessert und die Rückfallprävention wird weiter verstärkt.

Im Juni hat der Regierungsrat den Auftrag für die Umsetzung des Konzepts zum Aufbau einer Abteilung für den Stationären Massnahmenvollzug innerhalb der Strafanstalt Pöschwies erteilt, womit das Justizvollzugs-Leistungsangebot bedeutend erweitert wird. In der geplanten Massnahmenabteilung wird bei endgültiger Inbetriebnahme im Laufe des zweiten Quartals 2009 zusätzlich zu deliktorientierten Therapien und allgemeinen psychotherapeutischen Behandlungsinterventionen ein milieutherapeutischer Behandlungspfeiler aufgebaut werden.

Im September wurde der Rohbau des Bezirksgebäudes Dietikon fertiggestellt. Die Eröffnung des im Gebäude integrierten Gefängnisses Limmattal mit gesamthaft 72 Vollzugsplätzen ist auf den Beginn des Jahres 2010 vorgesehen. Sodann wurden die Sanierungsarbeiten und baulichen Anpassungen in der Offenen Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) aufgenommen. Zusammen mit dem geplanten Umbau und der Erweiterung der Geschlossenen Abteilung können die Vorgaben des Bundesamtes für Justiz umgesetzt sowie die Voraussetzung für den Vollzug von Freiheitsstrafen und geschlossenen Massnahmen an Jugendlichen ab 16 Jahren geschaffen werden. Dazu hat der Regierungsrat im Oktober einen Kredit für die Neuinvestition im Bereich der Baukosten beim Kantonsrat beantragt.

Im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Massnahmenabteilung in der Pöschwies, die Eröffnung des Gefängnisses Limmattal, das mit dem Umbau des Massnahmenzentrums Uitikon verbundene neue Betriebskonzept sowie die endgültige Etablierung der Strafmediation hat der Regierungsrat im Dezember 55 neue Stellen bewilligt.

In den Justizvollzugsinstitutionen wurden knapp 470 000 Aufenthaltstage gezählt, was einer Auslastung von rund 92% entspricht. Damit hat sich der bereits im Vorjahr erkennbare Trend eines leichten Belegungsrückgangs (-4%) bestätigt. In Bezug auf die Vollzugskategorien wurden insbesondere beim Strafvollzug und der Halbgefängenschaft weniger Aufenthaltstage verzeichnet, was auf die Umsetzung des revidierten Strafgesetzbuchs und des damit verbundenen Ersatzes der kurzen Freiheitsstrafen durch Geldstrafen zurückzuführen ist. Untersuchungs- und Sicherheitshaft wurden dagegen ab Mitte des Berichtsjahres wieder vermehrt angeordnet, was zu einer Zunahme der Aufenthaltstage führte.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen
A2	Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Durchführung von Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft
A3	Betreuung der inhaftierten Personen, Bewährungshilfe durchführen, Weisungen kontrollieren
A4	Betrieb und Planung der notwendigen Anstalten und Therapie-/Behandlungsformen
A5	Vernetzung und Zusammenarbeit mit Justiz-, Sozial-, Gesundheitswesen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Fachgerechte und effiziente Umsetzung des revidierten Strafgesetzbuches Abgeschlossen	2008
E2	Anpassung der Infrastruktur an die Belegungssituation unter Einbezug von Dietikon und PJZ Planmässig	2012
E3	Wirkungsevaluation der JuV-Leistungen im Hinblick auf die Rückfallprävention Planmässig	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag	50,5	48,1	50,5	2,4
Aufwand	-183,1	-189,0	-186,0	3,0
Saldo	-132,6	-140,9	-135,5	5,4

Investitionsrechnung

Einnahmen		0,6	1,3	0,7
Ausgaben	-3,1	-5,1	-5,7	-0,6
Saldo	-3,1	-4,6	-4,4	0,1

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	721,6	731,2	728,7	-2,5
----------------------------------	-------	-------	-------	------

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Erfreulicherweise konnte der Ertrag der Rechnung 2008 im Vergleich zum Voranschlag 2009 um insgesamt 2,4 Mio. Franken gesteigert werden. Im Wesentlichen ist dies auf den hohen Anteil an ausserkantonalen Insassen (Steigerung des Kostgeldertrages) und auf die höheren Einnahmen in der Bussen- und Geldstrafenadministration (Ablaufoptimierung) zurückzuführen. Zudem halfen die Entnahmen aus Rücklagen und Rückstellungen mit, das gute Ertragsergebnis zu erreichen.

Aufwand:

- Der starke Rückgang von ausserkantonalen Platzierungen von Zürcher Insassen und die bessere Präventions- und Pflegemassnahmen zur Senkung der Klinikeinweisungen halfen wesentlich mit, die Kosten zu senken. Die geringere Anzahl an Aufenthaltstagen half ferner mit, das Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie die Lebensmittelkosten zu senken. Zudem führte der zentrale Einkauf von Betriebsmaterial und Lebensmitteln nachhaltig zu weiteren Aufwandeinsparungen. Tiefere Kosten im Bereich Planung/Projektierung als im Budget vorgesehen, verbesserten ebenfalls den Endstand des Gesamtaufwandes.

Saldo:

- Die Jahresrechnung 2008 weist ein erfreuliches Ergebnis auf, konnte der Budgetsaldo insgesamt um 5,4 Mio. Franken unterschritten werden. Bei der Belegung der JuV-Institutionen ist im Berichtsjahr ein Rückgang von -6% oder 33 000 Aufenthaltstagen im Vergleich zum Budget zu verzeichnen. Ebenso ist bei den ausserkantonalen Strafvollzugsplatzierungen ein Rückgang gegenüber dem Budget zu erkennen. Dies führte insbesondere bei den Betriebs- und Lebensmitteln sowie bei den Strafvollzugskosten zu Kosteneinsparungen. Bedeutende Aufwandminderungen konnten jedoch auch durch eigene Anstrengungen erreicht werden, im Besonderen durch bewusst verzögerte Stellenbesetzungen und neue Tarifverhandlungen mit externen Stellen. Zudem führten interne Pflege- und Präventionsmassnahmen zu deutlich weniger und kürzeren Klinikeinweisungen mit entsprechend tieferen Klinikkosten. Der zentrale Einkauf von Betriebsmaterial und Lebensmitteln konnte ferner nachhaltig hauptabteilungsübergreifend konsolidiert werden, und dadurch wurden weitere Kosteneinsparungen erzielt. Bei der Bussen- und Geldstrafenadministration wurde durch konsequente Ressourcennutzung im Vergleich zum Vorjahr und zum eingestellten Budgetwert wiederum eine Ertragssteigerung erzielt.

Investitionsrechnung

- Durch vorgezogene Arbeiten beim Umbau der «Offenen Abteilung MZU» werden die Ausgaben leicht überschritten. Dank verhandelten und zusätzlich überwiesenen Akontozahlungen durch den Bund konnte der Saldo der Investitionsrechnung im Vergleich zum Budget insgesamt leicht unterschritten werden.

Personal

- Der durchschnittliche Beschäftigungsumfang im Berichtsjahr beträgt gesamthaft 728,7 Stellenprozent im JuV. Dies ergibt gegenüber dem B 2008 eine Abweichung von minus 2,5 Stellen. Teilweise konnten offene Stellen nicht unmittelbar wieder besetzt werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Anzahl Urlaube aus dem Strafvollzug	P	2 159	1 800	2 318	518
W2	– davon korrekt zurückgekehrt in %	min.	99	99	99,4	–
W3	Anzahl Ausbrüche aus Strafvollzug	max.	0	0	0	–
W4	Anzahl Ausbrüche aus Untersuchungshaft	max.	0	0	0	–
W5	Anzahl Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit (bis 2008)	P	1 129	850	1 200	350
W6	– davon erfolgreich in %	P	81,4	80	80,4	–
W7	Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	P	646	650	519	–131
W8	– davon Rückversetzungen (bis 2008)	P	–	120	–	–
W9	Anzahl Suizide	max.	0	<2	1	–
W10	Anzahl Übergriffe auf Personal	max.	6	<12	12	–
Leistungen						
L1	Anzahl Aufenthaltstage	P	487 953	500 000	467 691	–32 309
L2	– davon Untersuchungs- und Sicherheitshaft	P	152 256	160 000	161 431	1 431
L3	Belegung aller Anstalten und Gefängnisse in %	P	96,2	98	92,2	–5,8
L4	Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	P	11 967	12 000	12 081	81
L5	Vollzugsfälle und Sozialberatung (Bewährungs- und Vollzugsdienste) (bis 2008)	P	5 971	6 000	5 603	–397
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettokosten (Staatsbeitrag) pro Aufenthaltstag in Franken:					
B2	– Strafanstalt Pöschwies	P	192	204	192	–12
B3	– Gefängnisse Kanton Zürich	P	121	116	128	12
B4	– Massnahmenzentrum Uitikon	P	447	420	430	10
B5	– Vollzugszentrum Urdorf	P	150	131	198	67
B6	– Halbgefangenschaft Winterthur	P	82	75	101	26
B7	Kostendeckungsgrad Psychiatrisch-Psychologischer Dienst in %	P	33	27	30	3
B8	Gemeinnützige Arbeit:					
B9	– eingesparte Hafttage (bis 2008)	P	28 170	25 000	21 703	–3 297
B10	– geleistete Stunden	P	112 681	100 000	86 812	–13 188
B11	– volkswirtschaftlicher Nutzen (geleistete Stunden x Fr. 20) (bis 2008)	P	2 253 620	2 000 000	1 736 240	–263 760
Abweichungsbegründungen						
W1	Die im Vergleich zum Budget höher ausgefallene Anzahl Urlaube aus dem Strafvollzug ist vollumfänglich der Zunahme der Urlaube aus den offenen Anstalten zuzuschreiben. Die Gründe dafür liegen in einigen Wechseln urlaubsberechtigter Gefangenen von geschlossenen in offene Anstalten und vermehrten Sachurlauben zu medizinischen, therapeutischen und Reintegrationszwecken.					
W5	Die Zunahme der Abschlüsse bei der Gemeinnützigen Arbeit ist eine direkte Folge des revidierten Strafgesetzbuches.					
W7	Die Abnahme bei den Strafvollzugsfällen in den vergangenen zwei Jahren hat zeitverschieben auch zu einem Rückgang bei den bedingten Entlassungen geführt.					

- L1–L3 Die Belegung der Justizvollzugsinstitutionen hat sich im Berichtsjahr mit gesamthaft knapp 470 000 Aufenthaltstagen wiederum rückläufig entwickelt und liegt rund sechs Prozentpunkte unter dem Budgetwert von 98%. Über die einzelnen Vollzugskategorien verteilt, haben in erster Linie die Aufenthaltstage beim geschlossenen und offenen Strafvollzug (insbesondere Kurzstrafen) sowie bei der Halbfangenschaft überproportional eingebüsst, während die Untersuchungs- und Sicherheitshaft zugelegt hat und knapp über dem Budget zu liegen kommt.
- L5 Die Vollzugsfälle und Sozialberatungen bei den Bewährungs- und Vollzugsdiensten haben gegenüber dem Vorjahr und Budget um rund 400 Fälle abgenommen. Die Differenz ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Strafvollzugsfälle – eine direkte Auswirkung des revidierten Strafgesetzbuches – mit einem Minus von rund 300 Fällen zurückzuführen.
- B9–10 Die geleisteten Stunden, eingesparten Hafttage und der volkswirtschaftliche Nutzen bei der Gemeinnützigen Arbeit (GA) erreichen die prognostizierten Werte nicht. Der Grund dafür liegt im grossen Anteil der in GA umgewandelten Bussen, die tendenziell weniger Arbeitsstunden aufweisen als direkt vom Gericht angeordnete GA.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
4 545 160	1 512 897	1 400 000	4 432 263	–112 897

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 595 005 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 192 000 für gesundheits-/gemeinschaftsfördernde Massnahmen
- davon Fr. 100 000 für Infrastrukturausstattung BVD
- davon Fr. 95 000 für Reorganisationsprojekte MZU

Bildung von Rücklagen 2008

Der Budgetsaldo konnte erfreulicherweise deutlich unterschritten werden. Bezieht man die Teuerung in die Betrachtungsweise mit ein, so schliesst die Rechnung 2008 sogar noch leicht besser ab als die Rechnung 2007. Dieses gute Ergebnis ist sowohl auf exogene als auch auf endogene Faktoren zurückzuführen. Einerseits ist bei den Aufenthaltstagen in den JuV-Institutionen ein leichter Rückgang durch exogene Faktoren zu verzeichnen (–6% zum Budget und –4% zum Vorjahr), was insbesondere bei den Betriebs- und Lebensmitteln zu leichten Kosteneinsparungen führte. Andererseits konnten durch eigene, endogene Anstrengungen im Bereich der Kosteneindämmung und der Ertragsausweitung eine deutliche Saldoverbesserung im Vergleich zum Budget erzielt werden. Im Besonderen konnten Einsparungen durch verzögerte Stellenwiederbesetzungen und durch neue Tarifverhandlungen mit externen Stellen erreicht werden. Ferner wurden die Einweisungskosten in Kliniken dank interner Präventions- und Pflegemassnahmen deutlich gesenkt. Zudem konnte der zentrale Einkauf von Betriebsmaterialien und Lebensmitteln nachhaltig und hauptabteilungsübergreifend konsolidiert werden, was zu zusätzlichen Einsparungen führte. Bei der Bussen- und Geldstrafenadministration führten zudem Ressourcen- und Ablaufoptimierungsmassnahmen zu einer zusätzlichen Steigerung und trugen damit auch auf der Ertragsseite zum erfreulichen Ergebnis der Jahresrechnung bei.

2207 Amt für Gemeinden

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr genehmigte der Regierungsrat 25 Neufassungen und neun Änderungen von politischen Gemeinde- und Schulgemeindeordnungen, acht Neufassungen von Zweckverbandsstatuten, die Vereinigung einer Schulgemeinde mit ihrer politischen Gemeinde, die Vereinigung von drei Schulgemeinden und einem Schulgut zu einer neuen Schulgemeinde sowie von sechs Zivilgemeinden mit ihrer politischen Gemeinde. Weiter erfolgten Vorprüfungen von 93 Entwürfen für Gemeindeordnungen und 74 Entwürfen für Zweckverbandsstatuten.

Zu Fragen der Haushaltsführung und Rechnungslegung wurden zwölf Kurse durchgeführt, an denen 223 Exekutiv- und Verwaltungsmitglieder teilnahmen. Anlässlich des Gemeindeforums 2008 konnten sich fast 500 Interessierte über die neuesten Entwicklungen der Rechnungslegung informieren.

Im Zivilstandswesen wurden rund 2500 Entscheide im Zusammenhang mit Ehen und Vaterschaftsanerkennungen in der Schweiz sowie rund 5200 Entscheide im Zusammenhang mit Zivilstandsvorfällen im Ausland gefällt. Im Zivilstandsregister wurden rund 2800 Berichtigungen und Löschungen vorgenommen und rund 950 Namensänderungsgesuche behandelt.

Zudem wurden rund 6200 Gesuche um ordentliche und rund 2700 Gesuche um erleichterte Einbürgerungen erledigt.

Zuhanden des Regierungsrates wurden Leitsätze für eine Reform der Gemeindestrukturen ausgearbeitet. Der Entwurf für ein Bürgerrechtsgesetz wurde in die Vernehmlassung gegeben. Mit einer Änderung der Verordnung über den Gemeindehaushalt wurden im Bereich der Rechnungsprüfung höhere Anforderungen an die Fachkunde und die Unabhängigkeit der Prüfenden festgelegt.

Seit Jahren wird unter dem Titel «REFA» an der Reform des Finanzausgleichs zwischen den Zürcher Gemeinden gearbeitet. Der Entwurf für ein neues Finanzausgleichsgesetz wurde aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung überarbeitet und dem Regierungsrat zur Verabschiedung an den Kantonsrat vorgelegt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

- | | |
|----|--|
| A1 | Das Gemeindeamt ist allgemeiner Ansprechpartner für Gemeinden, Behörden sowie Gemeindeverbände und zuständige Stelle in den Bereichen Gemeindefinanzen, Gemeinderecht, Einbürgerungen, Zivilstandswesen, Vormundschaft (2. Aufsichtsinstanz). Die Aufgaben umfassen insbesondere die Aufsicht (einschliesslich Informations- und Schulungsangebote), Revision, Koordination, Kommunikation, Beratung sowie die Rechtsprechung und Weiterentwicklung aller Verantwortungsbereiche. Daneben betreut das Gemeindeamt den Finanz- und Lastenausgleich (mit dem Investitions- und Ausgleichsfonds), die in separaten Globalbudgets (2215, 2291 und 2292) publiziert werden. |
|----|--|

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1	Berichterstattung über den Stand der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden Verzögert Aufwendige Informationsbeschaffung bei den zuständigen Amtsstellen	2008
E2	Ausarbeiten eines Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht Abgeschlossen Bericht und Antrag an den Regierungsrat Anfang 2009	2008
E3	Inkraftsetzung neuer Bestimmungen zur fachkundigen und unabhängigen Rechnungsprüfung Abgeschlossen	2008
E4	Sicherstellung der kantonsweiten Rückerfassung der seit 1. Januar 1988 angelegten Familienregisterblätter ins Informatisierte Standesregister Verzögert Abstimmungsschwierigkeiten in einzelnen Gemeinden	2008
E5	Neue Rechnungslegung bei den Gemeinden des Kantons Zürich (Gesetzesvorlage, Entwurf einer Verordnung, Erarbeitung eines Handbuchs zur Rechnungsführung) Planmässig	2009
E6	Anpassung der Gemeindegesetzgebung an die neue Kantonsverfassung / Erarbeitung eines neuen Gemeindegesetzes Planmässig	2010
E7	Reform der Bezirks- und Gemeindestrukturen / Erprobung neuer Formen der interkommunalen Zusammenarbeit (Interkommunalkonferenzen / kantonsübergreifende Agglomerationen) Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung					
Ertrag		6,3	6,7	6,9	0,2
Aufwand		-10,9	-11,4	-11,0	0,4
Saldo		-4,7	-4,7	-4,1	0,6
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		57,0	58,7	57,9	-0,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Die Einbürgerungsgebühren erzielten einen Umsatz von etwas über 3 Mio. Franken und haben damit das im Budget eingestellte Ziel erreicht (detaillierte Begründung vgl. Indikatorenrechnung, Kostendeckungsgrad Einbürgerungen). Die höhere Anzahl Erledigungen beim Zivilstandswesen, insbesondere im Fachbereich ausländische Urkunden, ermöglichte ein Gebührentotal von 0,391 Mio. Franken, was die Vorgaben im Budget (0,3 Mio. Franken) erfreulicherweise übertraf. Ausserdem gelang es, die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Namensänderungen nochmals zu reduzieren, was neben den wirtschaftlichen auch die Leistungsergebnisse zeigen. Für das Projekt «Agglomeration» erhielt das Gemeindeamt Beiträge von 0,13 Mio. Franken.

Aufwand:

- Beim Personalaufwand resultiert als Folge von geringeren Ausbildungskosten eine Ergebnisverbesserung. Vermehrte Eigenleistungen bei Projektarbeiten erlaubten es, Beraterdienstleistungen einzusparen, weshalb die im Budget eingestellten Expertenonorare nicht ausgeschöpft werden mussten. Erhöhte Anschaffungen beim Normmobiliar führten zu höheren Kosten und lagen über dem Budget.

Saldo:

- Mehrertrag und vor allem Minderaufwand führten zur positiven Budgetabweichung.

Personal

Längere Ausfälle bei den Revisionsdiensten hatten Konsequenzen auf den jährlichen, durchschnittlichen Beschäftigungsumfang.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Kursteilnehmer	min.	gut bis sehr gut	gut bis sehr gut	–	
W2	Aufhebung/Rückweisung gemeinderechtlicher Entscheide der Rechtsmittelinstanz	max.	0%	< 1%	0%	–
W3	Anzahl Webseitenbenützung «www.gaz.zh.ch»	P	267 529	150 000	204 863	54 863
Leistungen						
L1	Anzahl Schulungstage für Behörden und Angehörige der Kommunalverwaltung	P	32	26	21	–5
L2	Teilnehmerzahlen Kurse und Schulungen	P	592	420	437	17
L3	Anzahl abgeschlossene Fälle im Zivilstandswesen und bei den Einbürgerungen	P	18 897	19 950	20 743	793
L4	Beantwortung telefonischer, juristischer Anfragen innert 24 Stunden	min.	94,6%	80%	97%	17%
L5	Verfahrensdauer bei Namensänderungen (in Monaten)	max.	1,5	3,0	1,2	–1,8
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad Einbürgerungen	P	162%	173%	187%	14%
B2	Kostendeckungsgrad Revisionsdienste	P	105%	110%	104%	–6%

Abweichungsbegründungen

- W1 Bei der Zufriedenheit der Schulungsteilnehmer wurden gute bis sehr gute Kursbeurteilungen (Themengebiete: Vormundschaftsrecht, öffentlicher Finanzhaushalt und Zivilstandswesen) gemessen.
- W2 Von 14 Entscheiden wurde einer angefochten. Es erfolgten keine Aufhebungen.
- W3 Die elektronische Verfügbarkeit von immer mehr Daten für die Verwaltungstätigkeiten unserer Anspruchsgruppen hat dazu geführt, dass die Webseite noch stärker genutzt wurde als ursprünglich angenommen. Die meisten Hits und Downloads verzeichnen Themen, die für Behörden und Verwaltungen einen direkten Nutzen bei der täglichen Arbeit beisteuern, wie beispielsweise Wegleitungen und Handbücher. Die Ausrichtung der Website wird beibehalten.
- L1 Gemeinderecht: 4 (B 2008: 3), Gemeindefinanzen: 13 (B 2008: 8) und Zivilstandswesen: 4 (B 2008: 15)
- L2 Gemeinderecht: 96 (B 2008: 100), Gemeindefinanzen: 223 (B 2008: 120) und Zivilstandswesen: 118 (B 2008: 200)
- L3 Einbürgerungen: 8891 (B 2008: 8000) und Zivilstandswesen: 11 852 (B 2008: 11 950)
- L4 Die Anzahl telefonischer Anfragen ist wieder auf den Spitzenwert von 2005 gestiegen. Trotzdem konnte in 97% der Fälle eine Anfrage innert 24 Stunden beantwortet werden.
- L5 Erneut konnte die durchschnittliche Bearbeitungszeit gesenkt werden.
- B1 Aufgrund längerer Ausfälle von Revisoren im Berichtsjahr konnten die Kostensenkungen sowie der erhoffte Zuwachs von Neukunden noch nicht umgesetzt werden, weshalb das ehrgeizige Kostendeckungsziel von 110% nicht vollständig erreicht wurde. Der Erlösüberschuss beträgt Fr. 108 000.
- B2 Im Bereich der ordentlichen Einbürgerungen führten die wegen vermehrter Kantonsbürgerrechtserteilungen deutlich gesteigerten Erledigungszahlen zu entsprechend höheren Gebührenerträgen. Dagegen wirkten sich die im Bereich der erleichterten Einbürgerungen schwergewichtig erst in der zweiten Jahreshälfte erfolgten Antragstellungen und Berichterstattungen ans Bundesamt für Migration noch nicht ertragssteigernd aus.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
210 251	-129 750	+120 000	200 501	-9 750

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 0 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 71 000 für Normmobiliar

Bildung von Rücklagen 2008

- Die beantragten Rücklagen von Fr. 120 000 beruhen im Wesentlichen auf folgenden endogenen Aufwandminderungen:
Weniger Expertenonorare beim Gemeinderecht:
Die Reform der Gemeindestrukturen im Kanton Zürich konnte planmässig weiterentwickelt werden. Im Berichtsjahr wurden die Leitsätze für eine Reform der Gemeindestrukturen ausgearbeitet. Ausserdem ist der Entwurf für ein Bürgerrechtsgesetz in die Vernehmlassung gegeben worden. Bei diesen Projekten wurden Berater eingespart, was die Kosten senkt. Die Eigenleistungen und die fachlichen Kompetenzen der Abteilung Gemeinderecht führten somit zu Minderausgaben bei den Expertenonoraren. Diese endogen verursachte Kostensenkung, neben Einsparungen bei den Personalkosten, bildet die Argumentation für die Rücklagenbildung im Umfang von Fr. 120 000.

2215 Finanz- und Lastenausgleich

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr stellten 21 Gemeinden ein Gesuch um Zusicherung von Steuerfussausgleichsbeiträgen für das Jahr 2009. Nach Prüfung der Voranschläge und Verhandlung mit Vertretern der Gemeinden wurde provisorisch ein Beitrag von 78,6 Mio. Franken (Vorjahr 85,8 Mio. Franken) zugesichert. Bei der endgültigen Festsetzung der Beiträge für 2007 aufgrund der Jahresrechnungen wurden 37,5 Mio. Franken zurückgefordert bzw. verrechnet.

Die Abgeltung der Sonderlasten an die Stadt Zürich für die Bereiche Kultur, Polizei und Sozialhilfe betrug im abgelaufenen Jahr 103,3 Mio. Franken. Die grossen Kulturinstitute der Städte Zürich und Winterthur erhielten Beiträge in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Vollzug und Entwicklung des Steuerfussausgleichs, Einlagen in den Investitionsfonds, Lastenausgleich an die Stadt Zürich in den Bereichen Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

E1	Verabschiedung der Gesetzesvorlage zum neuen Finanzausgleich Planmässig	bis
	Bericht und Antrag an den Regierungsrat Anfang 2009	2008

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	21,6	31,0	37,5	6,5
Aufwand	-184,9	-190,9	-197,5	-6,6
Steuerfussausgleichsbeiträge	-78,5	-80,0	-85,8	-5,8
Lastenabgeltung an Stadt Zürich	-100,9	-102,5	-103,3	-0,8
Saldo	-163,2	-159,9	-159,9	-0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Die Rückerstattung von zugesicherten Steuerfussausgleichsbeiträgen hängt im Wesentlichen von den Rechnungsergebnissen der Empfängergemeinden ab. Die Rechnungsabschlüsse 2007 der Steuerfussausgleich beziehenden Gemeinden sind mehrheitlich besser ausgefallen als budgetiert. Einerseits weil sich die Erträge bei wenig beeinflussbaren Positionen besser entwickelten, andererseits weil die budgetierten Aufwandpositionen nicht ausgeschöpft wurden oder ausgeschöpft werden mussten. Einige Gemeinden konnten deshalb ganz, die anderen mindestens teilweise auf die ausgerichteten Beiträge verzichten.

Aufwand:

- Die Aufwandsteigerung ist durch zwei neue Gesuche sowie die Anpassung der Lastenabgeltung begründet.

Saldo:

- Die höheren Erträge konnten die erhöhten Aufwendungen fast kompensieren.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1 Akzeptanz von Empfehlungen und Entscheidungen / Ergreifung von Rechtsmitteln	max.	0,4%	<3%	0%	-
W2 Aufhebung / Rückweisung von Entscheiden	max.	0%	<1%	0%	-
W3 Lastenabgeltung für die Stadt Zürich (Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe)	P	erfüllt	erfüllt	erfüllt	-
Leistungen					
L1 Steuerfussausgleich (Anträge)	P	26	32	21	-11
L2 Lastenausgleich Zürich (Verfügung)	P	1	2	1	-1
Abweichungsbegründungen					
W1	Die Ergreifung von Rechtsmitteln durch die Gemeinden soll unter 3% der Anzahl ausgestellter Verfügungen liegen. Gegen die im Berichtsjahr ausgestellten 222 Verfügungen wurde kein Rechtsmittel ergriffen. Ausgestellte Verfügungen: 170 Steuerkraftausgleich im Berichtsjahr, 6 nachträgliche Kürzungen Steuerkraftausgleich 2006, 21 Steuerfussausgleichszusicherungen für 2009, 24 Kürzungen Steuerfussausgleichsbeiträge 2007, 1 Lastenausgleich Stadt Zürich.				
W2	Die Aufhebung von Entscheiden durch die Rechtsmittelinstanzen soll unter 1% liegen. Das hängige Rechtsmittelverfahren 2007 wurde an das Verwaltungsgericht weitergezogen.				
W3	Die Lastenabgeltung für die Bereiche Kultur, Polizei und Sozialhilfe leistet einen Beitrag für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt der Stadt Zürich. Der Beitrag an die Sonderlasten betrug im Berichtsjahr Fr.103 280 000 (Kultur Fr. 25 549 000, Polizei Fr.49 418 000, Sozialhilfe Fr.28 313 000). Diese Beträge entsprechen dem RRB Nr. 950/2008 für die Periode 2008–2010.				
L1	Die guten Steuererträge bei den Gemeinden führten zu weniger Anträgen um Steuerfussausgleich. Im Vergleich zum Vorjahr stellten fünf Gemeinden keinen Antrag mehr.				
L2	Im Juni legte der Regierungsrat den Beitrag an die Sonderlasten für die drei Abgeltungsperioden (2008–2010) für die Stadt Zürich fest.				

2221 Handelsregisteramt

Hauptereignisse

Am 1. Januar traten Änderungen im Obligationenrecht sowie eine neue Handelsregisterverordnung in Kraft (neue Bestimmungen zur GmbH sowie betreffend Revision der Gesellschaften). Die Herausforderung, eine neue Rechtspraxis zu bilden, prägte das Berichtsjahr. Ein Zuwachs an Gesellschaften sowie zahlreiche Eintragungen betreffend Verzicht auf eine eingeschränkte Revision führten zu einer gegenüber dem Vorjahr erhöhten Zahl an Eintragungen. Zudem waren im ersten Quartal bei der Einführung einer neuen, handelsregisterspezifischen Software Anfangsschwierigkeiten zu verzeichnen.

Diese verschiedenen Umstände führten für die Mitarbeitenden zu einer hohen Belastung.

Im Handelsregisteramt Kanton Zürich eingetragene Unternehmen 2008

Bezeichnung	Bestand per 1.1.2008	Bestand per 31.12.2008
Einzelunternehmen	25 231	25 967
Kollektiv- und Kommanditgesellschaften	3 112	3 084
Aktiengesellschaften	29 421	30 035
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	19 140	20 684
Genossenschaften	1 397	1 365
Vereine	1 266	1 332
Stiftungen	3 561	3 496
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz Schweiz	1 062	1 122
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz im Ausland	568	638

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich bedeutsamer Sachverhalte und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 VE Handelsregisterverordnung).
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

E1	Gegenwärtig nachgeführtes und wahres Register Planmässig	bis 2011
----	---	-------------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	13,4	12,7	13,5	0,8
Aufwand	–10,0	–10,4	–10,4	–0,0
Saldo	3,4	2,3	3,1	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	53,4	53,4	53,8	0,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Das am 1. Januar 2008 in Kraft getretene neue GmbH-Recht sowie die Möglichkeit des Verzichts auf Revision (Opting-Out) haben zu einer erhöhten Anzahl von Eintragungen (bei gleichzeitig erhöhter Komplexität) wie auch zu einer vermehrten Inanspruchnahme von Dienstleistungen geführt. Diese vorübergehenden Mehrerträge konnten die – ab 2008 dauerhaften – Mindererträge (beispielsweise aufgrund der neu unentgeltlichen Abgabe von unbeglaubigten Handelsregisterauszügen via Internet) in 2008 mehr als kompensieren. Diese Mehrerträge sind jedoch nur während der Übergangsfrist der neuen Gesetze, also 2008 und 2009, zu erwarten.

Aufwand:

- Der Aufwand bewegt sich im Bereich des prognostizierten Budgets.

Saldo:

- Das positive Ergebnis ist auf den Mehrertrag zurückzuführen.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen	min.	100%	80%	87%	7%
W2	Periodische Kundenumfrage bezüglich Zufriedenheit, 2-jährlich					
	Gesamtwertung	min.	–	gut	gut	–
W3	Revisionsbericht EHRA	min.	–	gut	sehr gut	–
W4	Kundenbefragung: Juristische Korrektheit, Beratungsqualität	min.	–	gut	sehr gut	–
Leistungen						
L1	Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	P	266 392	271 000	273 488	2 488
L2	Anzahl Rechtsauskünfte	P	19 837	20 000	25 306	5 306
L3	Anzahl Eintragungen ins Tagesregister	P	36 156	37 500	37 925	425
L4	Anzahl Registerauskünfte	P	77 684	60 000	61 847	1 847

Wirtschaftlichkeit

B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt	P	134%	122%	130%	8%
----	--	---	------	------	------	----

Abweichungsbegründungen

- L1 Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.
- L2 Die Zunahme im Bereich der Rechtsauskünfte ist darauf zurückzuführen, dass telefonische Auskünfte in handelsregisterrechtlichen Fragen seit 2008 gratis erfolgen (Abschaffung der kostenpflichtigen 0900er-Nummer).
- L3 Beim Indikator Eintragungen ins Tagesregister wurde eine rein sprachliche Anpassung der Bezeichnung an die am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Handelsregisterverordnung vorgenommen (Tagesregister = Tagebuch).
- L4 Die Anzahl der Registerauskünfte reduziert sich ab 2008 dauerhaft (unentgeltliche Abgabe von unbeglaubigten Handelsregisterauszügen via Internet).

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
317 879	-45 834	+103 000	375 045	+57 166

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 45 834 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Das Handelsregisteramt kann erfreulicherweise im Berichtsjahr einen gegenüber dem Budget 2008 stark verbesserten Saldo ausweisen. Diese Saldoverbesserung ist auch auf verschiedene endogene Bemühungen auf Ertrags- und Aufwandseite zurückzuführen. Eine umsichtige und zurückhaltende Ausgabenpolitik führte sowohl im Personalaufwand (beispielsweise Verzicht auf Temporärstellen) als auch im Sachaufwand zu Einsparungen. Die Ertragssteigerung (im Vergleich zu Budget 2008 wie auch Rechnung 2007) beruht unter anderem auf der Bewältigung einer grösseren Anzahl Eintragungen bei erhöhter Komplexität der Geschäftsvorgänge (neues GmbH-Recht, Verzicht auf eingeschränkte Revision [Opting-out] usw.) sowie auf vermehrter Inanspruchnahme von nicht hoheitlichen Dienstleistungen mit konstantem Personalbestand.

2223 Statistisches Amt

Hauptereignisse

Der Anteil elektronisch erhobener Daten konnte nochmals deutlich gesteigert werden. Im Rahmen der Vorbereitung der registerbasierten Volkszählung 2010 wurde in Zusammenarbeit mit dem Bund das Konzept für die amtliche Wohnungsnummerierung fertiggestellt.

Für eine tatsächlichere Information der Öffentlichkeit wurde im April die neu in Themenportale gegliederte Webseite aufgeschaltet.

An vier Wochenenden wurden die Abstimmungen über insgesamt zehn eidgenössische und acht kantonale Vorlagen erfolgreich durchgeführt.

Aufgrund der Beschlüsse des Bundesrates und des Regierungsrats wurde das Angebot der elektronischen Stimmabgabe auf elf Gemeinden, zwei Kreise der Stadt Zürich und einen Kreis der Stadt Winterthur mit insgesamt rund 90 000 Stimmberechtigten erfolgreich ausgeweitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich in angemessen guter Qualität
A2	Anbieten von ergänzenden Statistikdienstleistungen für kantonale und kommunale Verwaltungsstellen, die Wirtschaft und für Private
A3	Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen, sowie Prüfung von Initiativen und Referenden

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes Verzögert Abwarten Registerharmonisierungsgesetz bzw. Revision Gemeindegesetz	2009
E2	Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen u. a. für die Volkszählung 2010 Planmässig	
E3	Ausbau des Statistikangebots auf Internet Planmässig	
E4	Ausbau des E-Votings Planmässig	

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,8	0,5	0,8	0,3
Aufwand	-8,5	-8,3	-8,0	0,3
Saldo	-7,7	-7,7	-7,1	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,3		0,0	0,0
Saldo	-0,3		0,0	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	30,0	31,0	29,4	-1,6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Dank verstärkten Anstrengungen bei der Akquisition und der Ausführung von Dienstleistungsaufträgen wurden die budgetierten Beträge deutlich übertroffen. Trotz des Wegfalls der mit Fr. 60 000 budgetierten Benützungsgebühr für eine EDV-Plattform liegt das Total der Erträge um nahezu 0,3 Mio. Franken über dem Budget.

Aufwand:

- Durch die Nichtbesetzung von befristeten Stellen konnte der Personalaufwand trotz enthaltener Restrukturierungskosten annähernd im budgetierten Rahmen gehalten werden. Anstelle des nicht beanspruchten Budgets von 0,4 Mio. Franken für das Projekt amtliche Wohnungsnummerierung wurde eine Rückstellung in dieser Höhe vorgenommen. Der Ausbau des E-Voting-Systems auf elf Gemeinden, zwei Kreise der Stadt Zürich und einen Kreis der Stadt Winterthur verursachte erhebliche Mehrkosten. Durch den Umzug des E-Voting-Systems zur JI-Informatik und die Beschaffung eines kleineren Systems konnten die jährlich wiederkehrenden Kosten reduziert werden. Weitere Einsparungen konnten vor allem bei den Dienstleistungen Dritter und den Druckkosten erzielt werden.

Saldo:

- Nach Einlage in die Rücklagen von Fr. 68 000 schliesst die Rechnung 2008 um 0,6 Mio. Franken unter dem Globalkredit ab.

Personal

Vor allem aufgrund der Nichtbesetzung von befristeten Stellen liegt der mittlere Personalbestand um 1,6 Stellen unter dem Planwert.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Berichte in der Presse über statistische Analysen	P	77	>45	108	63
W2	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Anwendungen auf Homepage	P	1 213 773	>1 000 000	824 985	-175 015
W3	Positive Beurteilung der Publikationen durch Nutzer (Anteil zufriedener Kunden)	P	-	>90%	86%	-4%
W4	Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter sieben vergleichbaren Ämtern	P	3	<4	-	-
W5	Zufriedenheitsgrad bei Wahlen und Abstimmungen der beteiligten Instanzen (in %)	P	81%	>80%	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl geführte Statistiken	P	27	27	27	-
L2	Anzahl Statistikanfragen an Data Shop	min.	2 836	>2 500	2 666	166
L3	Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen	min.	25	>22	28	6
L4	Anzahl Verkäufe statistisches Jahrbuch	P	1 175	>500	570	70
L5	Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 500 je Fall	min.	69	>35	85	50
L6	Anzahl durchgeführte Wahlen und Abstimmungswochenende	P	10	4	4	-
L7	Rasche Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeindeergebnisses)	max.	5	<15	6	9
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten)	P	-	100%	97%	-3%
B2	Umsatz European Statistical Data Support in Franken (bis 2007)	P	9 116	-	-	-
Abweichungsbegründungen						
W1	Die verbesserte Homepage und die veröffentlichten statistischen Analysen fanden ein verstärktes Echo in den Medien. Dies führte zu einer Zunahme der Anzahl Berichte in der Presse um 40%.					
W2	Aufgrund der vollständig überarbeiteten Struktur der Webseite (Themenportale) hat sich das Surfverhalten der Besucher leicht verändert: Während die Zahl der betrachteten Seiten weiterhin kontinuierlich zugenommen hat, hat die Anzahl der Benutzersitzungen stagniert. Die hohen Zahlen an Abstimmungswochenenden (und besonders im Vorjahr an Wahlwochenenden) sind durch eine konsequente Auslagerung des Angebots auf unsere Webseite www.wahlen.zh.ch ebenfalls zurückgegangen.					
W4+W5	Im Berichtsjahr wurden keine Befragungen durchgeführt.					
L5	Dank verstärkten Anstrengungen für die Akquisition von Dienstleistungsaufträgen konnte die Zahl der Aufträge mit einem Honorar von über Fr. 500 klar gesteigert werden.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
149 788	-44 632	+68 000	173 156	+23 368

Auflösung Rücklagen 2008

– davon Fr. 26 681 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Das Berichtsjahr schliesst (vor Rücklagen) mit einer Budgetunterschreitung von rund Fr. 668 000 ab. Dieses erfreuliche Ergebnis konnte trotz erheblichen Mehrkosten für den Ausbau des E-Voting-Systems auf elf Gemeinden, zwei Kreise der Stadt Zürich und einen Kreis der Stadt Winterthur erzielt werden. Die verschiedenen zusätzlichen Aufwendungen konnten vollständig kompensiert werden durch eine klar restriktive Vergabe von Aufträgen an Dritte. Dank verstärkten Anstrengungen für die Akquisition von Dienstleistungsaufträgen und deren ökonomisch effiziente Ausführung konnte der budgetierte Ertrag deutlich übertroffen werden.

2224 Staatsarchiv

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr ging es darum, die neuen Strukturen in neuen Dimensionen und im Rahmen der neuen Infrastruktur zu konsolidieren. Als Schwerpunkte sind zu nennen:

- Überlieferungsbildung: Aufnahme einer arbeitsteiligen, prospektiven Beratung der anbietepflichtigen Dienststellen.
- Aktenerschliessung: Inventarisierung aller Zwischenarchivbestände und Generalplanung zum Abbau der rund 6,2 Laufkilometer umfassenden Bestände.
- Individuelle Kundendienste: Betrieb der gesamten Infrastruktur in nunmehr alleiniger Verantwortung. Bewältigung einer teilweise stark gestiegenen Nachfrage nach Dienstleistungen in verschiedensten Bereichen (Besucherinnen und Besucher, schriftliche Anfragen, Führungen usw.).
- Beständeerhaltung: Durchführung von Pilot und Los 1 des Projekts Aufbereitung Plansammlung. Aufnahme bzw. Weiterführung grosser Konservierungsprojekte auf der Grundlage der Zustandserfassung. Weiterführung Aufbau Kompetenzzentrum Audiovisuelle Medien.
- Kunstdenkmäler-Inventarisierung: Erarbeitung und Verabschiedung des konzeptionellen Rahmens für die Bände V und VI der Kunstdenkmäler des Kantons Zürich.
- Daneben machten eine Reihe von Projekten erfreuliche Fortschritte:
 - Projekt Globus-Replik: Abschluss der Teilprojekte Metall, Holz, Kugelmantel und Kreidegrund. Planmässige Fortschritte im Teilprojekt Malerei, Neuplanung Teilprojekt Kalligrafie
 - Projekt Verwaltungsgeschichte: Erfolgreicher Abschluss, Buchvernissage Anfang Mai.
 - Projekt Transkription und Digitalisierung der Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse seit 1803: Einstimmige Bewilligung der beantragten Mittel durch den Kantonsrat.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Überlieferungsbildung: Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten
A2	Akten: Aktenerschliessung der Archivalien unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
A3	Individuelle Kundendienste: Gewährleistung der Benützung der Archivbestände durch die Kunden
A4	Beständeerhaltung: Erhaltung und Pflege der Archivbestände

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

E1	Überlieferungsbildung: 1) Aktenführung in der Verwaltung (Records Management); 2) Langzeitarchivierung elektronischer Akten Planmässig	bis 2011
E2	Aktenerschliessung: 1) Aktenerschliessung Akten 19./20. Jh.; 2) Abbau Restanzen Zwischenarchiv Verzögert Die Ressourcen sind noch nicht vorhanden.	2011
E3	Individuelle Kundendienste/Marketing: Aufbau Plattform für historische Forschungsprojekte (z. B. Universitäten) Planmässig	2011

	Aufgabe/Kommentar	bis
E4	Beständeerhaltung: 1) Konservierung Akten 19./20.Jh.; 2) Aufbau Kompetenzzentrum Konservierung/Restaurierung moderne Medien Planmässig	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,4	0,5	0,9	0,3
Aufwand	-7,4	-8,8	-9,1	-0,3
Saldo	-7,0	-8,3	-8,3	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-2,9	-0,4	-0,9	-0,4
Saldo	-2,9	-0,4	-0,9	-0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	25,2	27,2	27,2	0,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Die positive Abweichung im Ertrag von Fr. 319 000 setzt sich einerseits aus der Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen, Fr. 200 000 und Fr. 11 000, und andererseits aus Subventionen von Fr. 40 000 und Beiträgen für die Verwaltungsgeschichte in der Höhe von Fr. 50 000 zusammen.

Aufwand:

- Die Rechnung 2008 weist gegenüber dem Budget 2008 eine Aufwandsteigerung von Fr. 317 000 aus. Es wurden Rückstellungen von Fr. 460 000 für verschiedene Projekte und Rücklagen von Fr. 60 000 gebildet. Für das Projekt Globus-Replik wurden wegen Projektverschiebung ins 2009 Fr. 280 000 weniger ausgegeben. Des Weiteren wurden für Fr. 435 000 weniger Dienstleistungen Dritter in Anspruch genommen. Demgegenüber mussten für Fr. 260 000 Archivgestelle und Schränke angeschafft werden.

Saldo:

- Die Rechnung 2008 schliesst entsprechend dem Budget 2008 ab.

Investitionsrechnung

Bei der Investitionsrechnung verzeichnen wir aufgrund der Verschiebung von Abschlussarbeiten vom 2007 ins 2008 einen Mehraufwand von Fr. 438 000.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1	Gesamtzufriedenheit der Kunden (alle Segmente ausser Ämter) mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 2 Jahre)	min.	90%	-	-
W2	Gesamtzufriedenheit Kundensegment Ämter mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 3 Jahre)	min.	-	90%	90%
W3	Anzahl erreichte potenzielle Leser/innen: 100 000	min.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
W4	Anzahl Internetbenutzungen: 150 000	min.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Leistungen					
L1	Anzahl Ablieferungen	min.	126	80	139
L2	Anzahl Ablieferungsvereinbarungen	min.	42	40	56
L3	Abgelieferte Mengen in Laufmetern	min.	826	600	1 018
L4	Neuzugänge innerhalb eines Jahres auf Endarchiv-Niveau erfasst (Laufmeter)	P	78%	100%	75%
L5	Anzahl Besucher/innen und schriftliche Anfragen	min.	1 993	1 600	2 045
L6	Schriftliche Anfragen sind innert 3 Wochen beantwortet	min.	erfüllt	95%	erfüllt
L7	Anzahl katalogisierte Neueingänge	min.	1 327	2 000	1 614
L8	Anzahl Konservierungsschachteln	min.	250	200	230
L9	Anzahl erstellte Mikrofilmaufnahmen	min.	460 000	400 000	174 450
L10	Anzahl Aufsicht / Fachberatungen für Gemeinden / Zweckverbände	min.	19	20	110
Abweichungsbegründungen					
W3	3,6 Mio. erreichte potenzielle Leser/innen (Medienpräsenz Projekt Globus-Replik)				
L1	Kleinstablieferungen (wenig Laufmeter)				
L2	Durch die Erhöhung der Personalressourcen konnten mehr Vereinbarungen abgeschlossen werden.				
L3	Ablieferung eines umfangreichen Bestandes, der auf Wunsch der Forschung (Uni ZH) vorläufig integral aufbewahrt wird.				
L4	Nicht ausreichende Personalressourcen				
L7	Budgetwerte werden ab 2009 gemäss Bibliothekskonzept von 2000 auf 1500 reduziert.				
L9	Personelle Gründe (nicht besetzte Stelle, Krankheit)				
L10	Umfassende Visitationen der Zweckverbände				

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
194 967	-10 994	+60 000	243 973	+49 006

Auflösung Rücklagen 2008

Fr. 10994 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Die Rechnung 2008 konnte infolge optimierten Kostenmanagements positiv abgeschlossen werden. Die zur Verfügung gestellten Mittel wurden weiterhin konsequent nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen eingesetzt. Durch qualitativ verbesserte Planungs- und Entscheidungsgrundlagen und optimierte Prozesssteuerungen mussten weniger Dienstleistungen Dritter in Anspruch genommen werden.

2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr war die Thematik der Unterdeckung von Vorsorgeeinrichtungen (Finanzkrise) erst teilweise von Bedeutung. Aufgrund der Jahresrechnungen 2007 sieht der finanzielle Zustand der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz im Kanton wie folgt aus: 2,08% (Vorjahr: 1,46) der vom Amt beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz im Kanton, die dem Freizügigkeitsgesetz (FZG) unterstehen, wiesen Ende 2007 eine Unterdeckung auf. Ohne Berücksichtigung derjenigen Vorsorgeeinrichtungen, die einen Kollektivversicherungsvertrag abgeschlossen haben, wiesen 2,26% (1,67) der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen eine Unterdeckung aus. Der durchschnittliche Deckungsgrad dieser Vorsorgeeinrichtungen betrug 96,58% (97,83).

Am Jahresende umfasste das Register für die berufliche Vorsorge 487 (509) zur Durchführung des Obligatoriums registrierte Vorsorgeeinrichtungen. Aufgrund der ersten Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) hatten die Vorsorgeeinrichtungen insbesondere ihre Vorsorge- und Anlagereglemente zu revidieren und neu Teilliquidations- und Rückstellungsreglemente zu erlassen.

Unter der Aufsicht des Amtes für berufliche Vorsorge und Stiftungen stehen 1334 (1426) Personalvorsorgeeinrichtungen einschliesslich 610 (654) Wohlfahrtsfonds und reine Finanzierungsstiftungen mit Sitz im Kanton Zürich oder Schaffhausen. Dazu kommen 603 (595) klassische Stiftungen mit Sitz im Kanton, 1 (1) Anlagestiftung sowie 4 (4) Freizügigkeitsstiftungen und Stiftungen der Dritten Säule.

Insgesamt erliess das Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen 660 (488) beschwerdefähige Verfügungen, davon 309 (136) Genehmigungen von Teilliquidationsreglementen. Die anderen Verfügungen betrafen zur Hauptsache aufsichtsrechtliche Genehmigungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und über die klassischen Stiftungen
A2	Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge des Kantons Schaffhausen
A3	Verstärkte Pensionskassen-Aufsicht wegen der Unterdeckungsproblematik
A4	Das BVS prüft als Aufsichtsorgan Pensionskassen und Stiftungen. Neben der Prüfung und Genehmigung von Bestimmungen und/oder Massnahmen gehören dazu auch die Kontrolle der Berichterstattungen der Einrichtungen und Rechtsmittelentscheide.
A5	Informations- und Beratungstätigkeit

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Umsetzung der 1. BVG-Revision Verzögert Die Umsetzung der ersten BVG-Revision konnte zu einem grossen Teil abgeschlossen werden, sie wird das Amt aber auch in den kommenden Jahren noch beschäftigen, da noch nicht alle Einrichtungen die notwendigen Anpassungen der Vorsorge- und Anlagereglemente vorgenommen bzw. die neu notwendigen Teilliquidations- und Rückstellungsreglemente erlassen haben.	2008
E2	Übernahme Sammeleinrichtung vom BSV Verzögert Die Übernahme der Sammeleinrichtungen vom Bundesamt für Sozialversicherungen wird voraussichtlich erst 2010 erfolgen, wobei den Kantonen möglicherweise eine Übergangsfrist von bis zu drei Jahren gewährt wird. In der Frühjahrssession 2009 wird der Nationalrat als Zweitrat die Strukturreform in der beruflichen Vorsorge behandeln.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,7	3,2	3,5	0,3
Aufwand	-3,2	-3,4	-3,1	0,3
Saldo	-0,5	-0,2	0,4	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	16,6	18,1	16,4	-1,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Ein Mehrertrag wurde bei Kursen und Gebühren erzielt.

Aufwand:

- Weniger Aufwand wurde durch unbesetzte Stellen verzeichnet, was nur teilweise durch den Einsatz von Externen kompensiert wurde und zur Mehrbelastung des Personals und zur Budgetüberschreitung bei den Dienstleistungen Dritter führte.

Saldo:

- Die Rechnung 2008 schliesst gegenüber dem Budget mit einem Saldoüberschuss ab. Sparanstrengungen ergaben Einsparungen beim übrigen Sachaufwand.

Personal

Vorübergehend nicht besetzte Stellen (170%)

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Teilnehmer mit BVS-Weiterbildungsveranstaltungen	min.	gut	gut	gut bis sehr gut	-
W2	Aufhebung/Rückweisung aufsichtsrechtlicher Entscheide der Rechtsmittelinstanz	max.	< 5%	5%	0,15%	-4,85%
W3	Zufriedenheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit der Amtstätigkeit	min.	gut	n.q.	n.q.	-
W4	Anzahl Unterdeckungsfälle mit Problemen im Verhältnis zu den gesamten Unterdeckungsfällen	max.	< 10%	10%	11%	1%
Leistungen						
L1	Lückenlose Erfassung aller zu beaufsichtigenden Vorsorgeeinrichtungen Vollständige Erfassung	P	100%	100%	100%	-
L2	Verfahrensdauer für spruchreife Rechtsgeschäfte: Verfahrensdauer (in Monaten)	max.	< 6	6	< 6	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad: PK- und Stiftungsaufsicht	P	84%	94%	113%	19%
Abweichungsbegründungen						
W4	2 von 18 Unterdeckungsfällen					
B1	Betreffend den Indikator «Kostendeckungsgrad» siehe Erklärung zur Erfolgsrechnung.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
68 620	-56 377	+46 000	58 243	-10 377

Auflösung Rücklagen 2008

– davon Fr. 15 429 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Die Rechnung 2008 schliesst gegenüber dem Budget mit einem Saldoüberschuss ab. Es wurde weniger Aufwand durch unbesetzte Stellen verzeichnet, was nur teilweise durch den Einsatz von Externen kompensiert wurde und einerseits zur Mehrbelastung des Personals und andererseits zur Budgetüberschreitung bei den Dienstleistungen Dritter führte. Sparanstrengungen ergaben Einsparungen beim übrigen Sachaufwand; zudem wurde ein Mehrertrag bei Kursen und Gebühren erzielt.

2232 Fachstelle Opferhilfe

Hauptereignisse

Im Vordergrund stand die Auseinandersetzung mit dem revidierten Opferhilfegesetz, das am 1. Januar in Kraft getreten ist. Die Kantonale Opferhilfestelle hat sämtliche Richtlinien zur Umsetzung des Opferhilfegesetzes (z.B. Richtlinien zur Übernahme von Therapiekosten) überarbeitet und dem neuen Recht angepasst. Ebenfalls aktualisiert und überarbeitet wurden die Webseite und die Informationsbroschüre. Die Kantonale Opferhilfestelle hat sodann an verschiedenen Tagungen und Weiterbildungsveranstaltungen zum revidierten Opferhilfegesetz mitgewirkt und mitgearbeitet.

Im Berichtsjahr wurden Leistungen in der Höhe von insgesamt Fr. 3 547 181 an Opfer ausgerichtet. Allein die Genugtuungszahlungen betragen Fr. 1 449 487. Die elf anerkannten Opferberatungsstellen erhielten gestützt auf die Leistungsaufträge Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 4 461 1385.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe, administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfverfahren Planmässig	2010
E2	Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung Planmässig	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag	0,7	0,4	0,3	-0,1
Aufwand	-9,8	-8,1	-9,7	-1,6
Saldo	-9,1	-7,7	-9,4	-1,6

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	6,2	6,6	6,3	-0,3
----------------------------------	-----	-----	-----	------

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Trotz konsequenter Regresspolitik ist eine geringere Verbuchung von Erträgen zu verzeichnen.

Aufwand:

- Der Mehraufwand ist auf die höheren, nicht beeinflussbaren direkten Leistungen an Opfer zurückzuführen. Demgegenüber stehen Einsparungen durch eine restriktive Ausgabenpolitik beim übrigen Sachaufwand.

Saldo:

- Die Rechnung 2008 schliesst gegenüber dem Budget mit einem Aufwandüberschuss ab.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Beratungsstellen mit der administrativen Aufsicht (einschliesslich Finanzierung) und mit der Beurteilung der mithilfe von ihnen eingereichten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (messbar mittels Umfragen)	min.	–	–	–	
W2	Anteil vom Sozialversicherungsgericht gutgeheissener Beschwerden gegen im Rechnungsjahr erlassene Entscheide der Opferhilfestelle	max.	15%	5%	10%	5%
Leistungen						
L1	Anzahl der beurteilten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe	P	474	500	507	7
L2	Anzahl der beurteilten Gesuche von Beratungsstellen	P	25	20	2	–18
L3	Anzahl der Pendenzen (spruchreife und nicht spruchreife Opferhilfegesuche) ohne sistierte Verfahren	max.	165	280	156	–124
L4	Durchschnittliche Dauer eines Opferhilfeverfahrens (ohne Dauer allfälliger Sistierung)	P	3,7 Mte.	2 Mte.	3,6 Mte.	1,6 Mte.
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad der 50%-Regressstelle	P	100%	100%	100%	–
B2	Kosten je Opferhilfeverfahren im Durchschnitt in Fr. (einschliesslich Leistungen an Opfer)	P	8274	5900	8187	2287
Abweichungsbegründungen						
W1	Umfragen werden erst erfolgen, wenn bezüglich des neuen Finanzierungssystems mehr Erfahrungswerte vorliegen.					
L2	Die Finanzierung erfolgt neu über zweijährige Leistungsverträge.					
L3	Anders als im Budget erwartet, hat sich die Anzahl der ausstehenden Verfahren im Vergleich zum Jahr 2007 nicht erhöht. Dies ist wohl u. a. darauf zurückzuführen, dass sich die Anzahl der neuen Gesuche nicht wesentlich erhöht hat.					
B2	Entspricht dem Vorjahreswert; Budget zu tief angesetzt.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
32 421	-8 071	+14 000	38 350	+5 929

Auflösung Rücklagen 2008

– davon Fr. 4173 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Die Rechnung 2008 schliesst gegenüber dem Budget mit einem Aufwandüberschuss ab. Der Mehraufwand ist auf die höheren, nicht beeinflussbaren direkten Leistungen an Opfer zurückzuführen. Demgegenüber stehen Einsparungen durch eine restriktive Ausgabenpolitik beim übrigen Sachaufwand.

2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 17 Projekte zur Förderung und Durchsetzung der Gleichstellung gestartet oder weitergeführt.

Zur Prävention von sexueller Gewalt wird in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich und der kantonalen Kinder- und Jugendförderung okaj seit 2008 das Projekt «Respekt ist Pflicht – für alle!» im Kanton Zürich durchgeführt. Unter anderem fanden in Jugendtreffs Workshops und Projektwochen mit den Jugendlichen statt zu Themen wie sexualisierte Gewalt, persönliche Grenzen, Frauen- und Männerbilder in Werbung und Medien. Daraus sind Plakate mit Selbstporträts und Botschaften von Mädchen entstanden, die in der weiteren Kampagne verwendet werden.

Innerhalb des mittlerweile etablierten Nationalen Tochtertags haben im Kanton Zürich rund 260 Mädchen das neue Angebot genutzt, sich einen eigenen Eindruck von der IT-Branche und den Technikberufen zu verschaffen. Knaben haben in der Schule den Tag mit Rollen teilenden Vätern zum Thema partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit gestaltet oder sind der Einladung von rund 50 Alters- und Pflegeheimen sowie Kindertagesstätten gefolgt, den dortigen Arbeitsalltag kennenzulernen.

Die Fachstelle wirkte in mehreren kantonsübergreifenden Gremien mit, darunter in der Expertengruppe zu einer nationalen Marktanalyse «Kurse für den beruflichen Wiedereinstieg», im Steuerungsorgan der Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel, im Think-tank zu Projektideen des neuen Fachbereichs Gleichstellung in der Familie des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann. Weiter nahm sie an Netzwerktreffen der kantonalen Familienbeauftragten teil. Auch auf internationaler Ebene erfolgte eine starke Vernetzung.

Von der Webseite der Fachstelle wurde im Berichtsjahr 27 000 Mal eine Publikation heruntergeladen, was eine beträchtliche Erhöhung gegenüber dem vorherigen Jahr bedeutet.

Bei den Beratungen stand die Gleichstellung im Erwerbsleben im Vordergrund. Am häufigsten wurde Beratung zu Fragen der Lohndiskriminierung in Anspruch genommen, gefolgt von Diskriminierungen im Zusammenhang mit Mutterschaft und sexueller Belästigung.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Förderung, Durchsetzung und Sicherung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
A2	Verbesserung der Erkenntnis- und Informationsgrundlage über die Defizite der Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Zürich
A3	Aufzeigen und Beseitigung von Diskriminierungen
A4	Unterstützung von Regierungs- und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der kantonalen Gleichstellungspolitik
A5	Sensibilisierung der Bevölkerung für Gleichstellungsfragen
A6	Förderung und Unterstützung einer gleichstellungskonformen Personalpolitik
A7	Gezielte Frauenförderung zur Verbesserung der beruflichen Stellung und Vertretung der Mitarbeiterinnen in der kantonalen Verwaltung

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne des Gender Mainstreaming in der Verwaltung verankern (Gender Mainstreaming bedeutet, Tätigkeiten und Vorhaben immer auf ihre eventuell geschlechts-spezifischen Auswirkungen zu prüfen). Planmässig	laufend
E2	Aktivitäten im Bereich «Vereinbarkeit Beruf und Familie» werden verstärkt (Art. 107 Abs. 2 KV). Planmässig	laufend

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,1	0,1	0,1	0,0
Aufwand	-1,0	-1,3	-1,2	0,1
Saldo	-0,9	-1,2	-1,1	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3,4	4,9	4,1	-0,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Geringere Bundesbeiträge (projektabhängig); Beitrag von Lotteriefonds für das Projekt «Respekt ist Pflicht» führte zu Mehrertrag.

Aufwand:

- Sparsame Ausgabenpolitik im Bereich Dienstleistungen Dritter sowie der zeitlich verzögerte Stellenausbau (4. Quartal) führten zu diesem positiven Ergebnis.

Saldo:

- Die Rechnung 2008 schliesst dank leichtem Mehrertrag und Kosteneinsparungen beim Personal- und Sachaufwand gegenüber dem Budget mit einer Saldoverbesserung ab.

Personal

Der geplante Stellenausbau erfolgte erst auf das 4. Quartal.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Direktion, Ämter, Abteilungen mit den Leistungen der FFG (bis 2009)	min. n. erhoben	-	-	-	
W2	Zufriedenheit mit den Leistungen der FFG von anderen Leistungsempfängerinnen und -empfängern / Umfrage alle 2 Jahre (bis 2009)	min. n. erhoben	-	-	-	
Leistungen						
L1	Gleichstellungsprojekte; Anzahl pro Jahr	min.	16	15	17	2
L2	Erarbeiten von Stellungnahmen (ab 2008)	min.	-	20	21	1
L3	Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf Website (Durchschnitt/Mt.) (ab 2008)	min.	-	4500	8649	4149
L4	Auskünfte und Beratungen, Anz. Auskunfts- u. Beratungsstunden (Durchschnitt/Mt.) (ab 2008)	min.	-	34	26	-8
L5	Umsetzung der in den Projekten vorgeschlagenen Massnahmen je Projekt (bis 2007)		1	-	-	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anlauf- und Informationsstelle für Fragen und Beschwerden aus der Öffentlichkeit (einschliesslich Dokumentation und Bibliothek)					
B2	Einhaltung einer Frist: Anzahl Arbeitstage für Auskünfte (bis 2007)		2			
B3	Einhaltung einer Frist: Anzahl Arbeitstage für Beratungen (bis 2007)		10			
Abweichungsbegründungen						
L4	Im LERF (interne Zeiterfassung) wurden die im Zusammenhang mit Auskünften und Beratungen geleisteten Arbeitsstunden der Sekretariatsmitarbeiterinnen nicht erfasst; würden diese (geschätzten) Arbeitsstunden hinzugezählt, würde die Richtgrösse erreicht.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
29 017	-5 569	+13 000	36 448	+7 431

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 0 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Die Rechnung 2008 schliesst gegenüber dem Budget mit einer Saldoverbesserung ab. Umsichtige und zurückhaltende Ausgabenpolitik im Bereich Dienstleistungen Dritter sowie der zeitlich verzögerte Stellenausbau (4. Quartal) führen zu diesem positiven Ergebnis.

2234 Fachstelle Kultur

Hauptereignisse

Der Regierungsrat erteilte auf Antrag der Kulturförderungskommission den Kompositionsauftrag in Höhe von Fr. 25 000 dem Komponisten, Flötisten und Saxofonisten Daniel Schnyder. Im Bereich Literatur wurden vier Auszeichnungen in der Höhe von jeweils Fr. 10 000 verliehen sowie ein Jubiläumsbeitrag von Fr. 50 000 an das Literaturhaus Zürich ausgerichtet.

Aus dem allgemeinen Kulturkredit wurden über 180 subsidiäre Beiträge und Defizitgarantien mit einer Gesamtsumme von 1,4 Mio. Franken für rund 1400 Veranstaltungen aus den verschiedensten Kunstbereichen eingesetzt. Damit wurde ein reichhaltiges und interessantes Kulturleben im ganzen Kantonsgebiet gefördert.

Von insgesamt 576 Gesuchseingaben konnte auf 466 eingetreten werden. Die Kulturförderungskommission prüft diese Gesuche und entschied in 164 Fällen positiv: Im Bereich Bildende Kunst wurden 26 Veranstaltungen und Publikationen mit Projektbeiträgen von gesamthaft Fr. 105 000 unterstützt. An 14 im Kanton wohnhafte Kunstschaaffende wurden Werkbeiträge von jeweils Fr. 18 000 (insgesamt Fr. 252 000) vergeben. Zudem wurden für die kantonale Kunstsammlung 34 Werke von 25 Künstlerinnen und Künstlern im Wert von Fr. 453 273 angekauft. Aus den Musik-, Theater-, Literatur- und Tanzkrediten wurden Fr. 327 000 an 71 Musikprojekte, Fr. 315 000 an 32 Theaterproduktionen, 5 Literatur-Werkbeiträge mit einer Gesamtsumme von Fr. 140 000 sowie Fr. 200 000 an 16 Tanzproduktionen vergeben. Der Kanton Zürich ist im Tanzbereich zudem an einem kooperativen Fördermodell beteiligt: zusammen mit der Stadt Zürich und der Kulturstiftung Pro Helvetia bestehen mit drei Zürcher Tanzkompanien kooperative Fördervereinbarungen. Der Anteil des Kantons betrug Fr. 110 000. Für 40 Kulturinstitute, einschliesslich der Opernhaus Zürich AG und der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich, wurden Subventionen in der Höhe von Fr. 83 177 568 gesprochen. In dieser Summe eingerechnet ist auch der jährliche Staatsbeitrag von 1,5 Mio. Franken für die 2004 gegründete Zürcher Filmstiftung.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Erhaltung des Kulturschaffens und Unterstützung der damit verbundenen Aufgaben der historischen Pflege, Aufbewahrung, Erforschung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes zur Wahrnehmung der kulturellen Kontinuität
A2	Förderung zeitgenössischer künstlerischer Produktion: Ermöglichen von kürzeren und längeren Arbeitsprozessen, von Veranstaltungen und Projekten
A3	Förderung der Kunstvermittlung: Unterstützung der Bestrebungen, künstlerische Produktionen einem breiten Publikum näherzubringen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1	Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen Planmässig	laufend
E2	Umsetzung des Kulturförderungsleitbildes, insbesondere die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute, sowie die Förderung des kulturellen Lebens in den Landgemeinden und von überregionalen Kulturprojekten Planmässig	laufend
E3	Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen trotz wachsender Zahl der Gesuche Planmässig	laufend

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung					
Ertrag		32,7	32,0	35,2	3,2
Aufwand		-114,8	-116,0	-120,5	-4,6
Beitrag an Opernhaus Zürich		-68,2	-72,0	-75,7	-3,7
Saldo		-82,1	-83,9	-85,3	-1,4
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben		-3,0	-6,5	-3,0	3,5
Saldo		-3,0	-6,5	-3,0	3,5
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		5,3	5,3	5,6	0,3

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Zu Mehrerträgen führten die Rückzahlung eines Darlehens, höhere Erlöse aus Dienstleistungen für die Stiftung der Schweizerischen Landesausstellung 1939 sowie die Auflösung von Rückstellungen aus 2007 zur Finanzierung zweier kostenwirksamer Vorhaben im Zusammenhang mit dem Opernhaus Zürich, die – um ein Jahr verzögert – erst im abgelaufenen Rechnungsjahr 2008 realisiert werden konnten (siehe Erläuterungen unter Aufwand). Die Einnahmen aus dem Ausgleichfonds des Gemeindeamts fielen höher aus als budgetiert (saldoneutral, ihnen stehen entsprechende Mehrausgaben gegenüber).

Aufwand:

- Infolge der unerwartet hohen Jahresteuern und des Stufenanstiegs per 1. Januar 2008 sowie wegen zwei Personalmutationen (Folgekosten wie Übergangsrrente BVK infolge vorzeitiger Pensionierung, kurzzeitige Doppelbesetzung zur Sicherstellung der Arbeitsübergabe und Einarbeitung) fielen die Personalausgaben höher aus als budgetiert. Dank haushälterischem Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und durch das Nichtausschöpfen des für Beratungsdienstleistungen eingesetzten Kredits fielen die Kosten für Sachmittel niedriger aus als vorgesehen. Mehrausgaben für das Opernhaus Zürich entstanden durch die Auswirkungen der effektiven Jahresteuern sowie durch die Folgekosten der Gleichbehandlung des Opernhaus-Personals mit dem Staatspersonal auf den 1. Januar 2008 und die Anpassung der Musikerlöhne des Orchesters. Höher als budgetiert fielen die Finanzausgleichsbeiträge an die Städte Zürich und Winterthur aus (saldoneutral, siehe Ertrag).

Saldo:

- Die Rechnung 2008 schliesst gegenüber dem Budget 2008 mit einem um 1,38 Mio. Franken höheren Aufwandüberschuss ab (Abweichung 1,62%).

Investitionsrechnung

Die für das Nachfolgeprojekt Opus One (Opernhausparking) budgetierten Investitionen in der Höhe von 3,5 Mio. Franken wurden wegen Projektverzögerungen nicht beansprucht.

Personal

Befristete Doppelbesetzung von zwei Stellen infolge Personalmutationen zur Sicherstellung der Arbeitsübergabe und Einarbeitung.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1	Publikumserfolg am Opernhaus, Publikumsumfrage mit Ergebnis «gut»	min.	-	-	-
W2	Publikumserfolg am Opernhaus, Auslastung	P	78%	74-78%	77,5%
W3	Zufriedenheit der Gesuchstellenden mit der Arbeit der Fachstelle Kultur mit Ergebnis mindestens «gut» als Ziel geplant (Fragebogen, jährlich wechselnde Sparten)	min.	-	gut	-
W4	Theater für den Kanton Zürich: Anzahl Vorstellungen (neu ab 2008)	P	-	135	131
W5	Theater für den Kanton Zürich: Zufriedenheit der Gemeinden, Umfrage mit Ergebnis mindestens «gut»	min.	-	-	-
W6	Freie Kredite, Musik: Anzahl Uraufführungen, Neubearbeitungen, in % (neu ab 2008)	P	-	35	40
W7	Freie Kredite: Anzahl geförderte Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge (neu ab 2008)	P	-	12	17
W8	Freie Kredite: Anzahl fremdsprachiger Veranstaltungen (neu ab 2008)	P	-	20	15
W9	Staatsbeitrag Opernhaus Zürich AG; jährlicher Beitrag (in Mio. Franken) (bis 2007)	P	68,2	-	-

Leistungen

L1	Anzahl mit regelmässigen Staatsbeiträgen unterstützte Institutionen	P	40	41	40	-1
L2	Anzahl Geschäfte Fachstelle Kultur	P	1450	1650	1580	-70
L3	davon Kulturkredit: Anzahl Gesuche / Anzahl daraus ergebende subsidiär unterstützte Veranstaltungen in den Zürcher Gemeinden	P	200/1300	160/1200	202/1394	42/194
L4	davon in Zürich und Winterthur / in den übrigen Gemeinden (neu ab 2008)	P	-	620/580	408/986	-212/406
L5	davon Projektbeiträge Musik, Tanz, Theater, Literatur und bildende Kunst: Anzahl Gesuche / Anzahl genehmigte Projekte	P	588/182	500/200	576/164	76/-36
L6	Anzahl Wiedererwägungsgesuche (neu ab 2008)	max.		≤30	3	-
L7	Anzahl Kunstschaaffende, von denen Werke für die kantonale Kunstsammlung angekauft werden	P	30	45	25	-20

Wirtschaftlichkeit

B1	Eigenwirtschaftlichkeit des Opernhauses in %	P	47,5	44-46	45,8	-
B2	Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kantons Zürich am Saldo Opernhaus	P	53,55	57,34	58,24	0,9
B3	Jährliche Staatsbeiträge an die übrigen Institutionen (ohne Opernhaus, in Mio. Franken)	P	7,43	7,86	7,48	-0,38
B4	Freie Kredite bildende Kunst, Musik, Tanz, Theater, Literatur, Kulturkredit (in Mio. Franken)	P	3,17	4,09	3,47	-0,62
B5	Freie Kredite (wie vorgängig) im Vergleich zu den regelmässigen Staatsbeiträgen in %	P	4,19	5,12	4,17	-0,95
B6	Anteil Kosten in Fr. / J./Einw. des Kantons Zürich am Saldo Kulturförderung	P	64,42	66,85	65,61	-1,24
B7	Anteil Personalkosten der Fachstelle Kultur im Vergleich zum Saldo der Laufenden Rechnung in %	P	1,16	1,15	1,19	-

Abweichungsbegründungen

W6-W8	Neue Indikatoren, die budgetierten Werte beruhen auf Schätzungen und weichen daher von den tatsächlich erhobenen Werten ab.					
L7	Durch den Ankauf teilweise höherpreisiger Werke sowie durch den Ankauf verschiedener Werke eines Künstlers bzw. einer Künstlerin weicht der tatsächliche Wert gegenüber dem budgetierten relativ stark ab. Der preisliche Wert der angeschafften Werke jedoch übersteigt den budgetierten deutlich (saldoneutral, da die Mehrausgaben gegenüber dem Lotteriefonds abgerechnet werden und ihnen somit entsprechende Mehreinnahmen gegenüberstehen).					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
28 668	-14 294	+16 000	30 374	+1 706

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 4708 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Im Vergleich zum Budget schliesst die Rechnung 2008 der Fachstelle Kultur mit einem Aufwandüberschuss um 1,365 Mio. Franken (vor Rücklagen) ab. Infolge der unerwartet hohen Jahresteuern, die gemäss Subventionsvertrag mit dem Opernhaus Zürich bei der Bemessung des jährlichen Staatsbeitrags zu berücksichtigen ist, aber auch durch die Umsetzung der GFO-Studie (Anpassung der Musikerlöhne des Opernhauses in Abstimmung mit einer Erhöhung der Musikerlöhne des Tonhalle-Orchesters durch die Stadt Zürich) sowie durch die Folgekosten der Gleichbehandlung des Opernhaus-Personals mit dem Staatspersonal auf den 1. Januar des Berichtsjahres überstiegen die Ausgaben den veranschlagten Wert um rund 3,74 Mio. Franken. Mit der Auflösung der für die genannten Vorhaben gebildeten Rückstellungen von 2,26 Mio. Franken und durch den äusserst haushälterischen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sowie dank einer konsequenten Kostenkontrolle liess sich die Abweichung vom budgetierten Rechnungsergebnis auf 1,62% senken.

2241 Fachstelle für Integrationsfragen

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden die organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen der Integrationsarbeit angepasst. Insbesondere wurde ein neues Umsetzungsmodell entwickelt, das am Prinzip «verbindlich fördern und fordern ab erstem Tag» ausgerichtet ist und das ab 2009 schrittweise im ganzen Kanton etabliert werden soll. Zentraler Punkt des neuen Umsetzungsmodells ist ein Modulkonzept, das in Zusammenarbeit mit Bund, Gemeinden und Dritten entwickelt wird. Es bedeutet eine Abkehr vom «Antennensystem» (vier Zweigstellen in den Bezirken mit regionaler Verankerung) hin zu einer auf die einzelnen Gemeinden massgeschneiderten Integrationsförderung.

Im Rahmen einer Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Migration (BFM) wurden Leistungen von diesem übernommen. Neu ist die Fachstelle für die Begleitung sämtlicher mit Bundesgeldern finanzierten Integrationsprojekte im Kanton Zürich zuständig. Im Hinblick darauf wurde ein Programmkonzept für die nächsten drei Jahre entwickelt.

Die Förderung von Projekten aus privater Initiative ist ein zentraler Pfeiler der Integrationspolitik. Unterstützt wurden 69 kantonale sowie 8 städtische (Zürich und Winterthur) Projekte, welche die sprachliche, berufliche und soziale Integration fördern und Begegnungen der Migrationsbevölkerung mit der einheimischen Bevölkerung ermöglichen, damit diese die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse und Lebensbedingungen kennenlernen und Vorurteile abbauen können.

Im Berichtsjahr wurden sodann zwei Ausgaben der Migrationszeitung MIX zu den Themen «Integrationspolitik in der Schweiz» und «Frühe Integration» herausgegeben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung des Kantons Zürich im Rahmen einer Informations-, Beratungs- und Koordinationstätigkeit in der kantonalen Verwaltung, für die Gemeinden und für private Organisationen
A2	Zusammenarbeit mit allen Akteuren im Bereich Integration im Kanton und auf Bundesebene, insbesondere mit der EKA (Eidgenössische Kommission für Ausländerinnen und Ausländer)

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

		bis
E1	Entwicklung von Dienstleistungen für die Gemeinden Verzögert Die Abkehr von den regionalen Antennen im Zuge der Strategieänderung erfordert auch Anpassungen an den zu entwickelnden Dienstleistungen für die Gemeinden.	2008
E2	Etablierung der Antennen im Integrationsnetz und Erweiterung der Angebote Sistiert Die Strategieänderung erfordert den Aufbau neuer, alternativer Strukturen in den Gemeinden.	2008
E3	Erste Schritte zur Sensibilisierung für Integrationsfragen in der kantonalen Verwaltung Abgeschlossen	2008

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,3	0,3	1,2	0,9
Aufwand	-1,6	-1,5	-2,4	-0,9
Saldo	-1,4	-1,2	-1,2	-0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	2,9	4,0	3,5	-0,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Die Projektunterstützung des Bundes fiel grosszügiger aus als budgetiert. Zusätzlich gelangte erstmals die Integrationspauschale für Integrationsprojekte für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge zur Auszahlung. Davon konnte allerdings erst ein Teil beansprucht werden, der Rest wurde für zukünftige Projekte zurückgestellt.

Aufwand:

- Durch eine strategische Neuausrichtung und die Übernahme neuer Aufgaben des BFM änderte sich das verlangte Stellenprofil für Mitarbeitende der Fachstelle, es entstanden Rotationsverluste nach der Festanstellung einer externen Beraterin als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Im Gegenzug konnten durch die zusätzlichen Personalressourcen auch wieder vermehrt Aufgaben selber übernommen werden, sodass bei Dienstleistungen Dritter ein Minderaufwand resultiert. Mit der Neuausrichtung der Fachstelle entfiel ausserdem eine geplante Schriftenreihe, sodass weniger Sachaufwand entstand.

Saldo:

- Für das Berichtsjahr kann trotz Budgetabweichungen bei Ertrag und Aufwand eine budgetkonforme Rechnung präsentiert werden.

Personal

Der Personalbestand zu Beginn des Berichtsjahres lag bei 2,8 Stellen, die vakanten Stellen konnten erst im Verlauf des Jahres wieder besetzt werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Gemeinden (Umfragen alle 3 Jahre) bis 2008	min.	–	sehr gut	–	
W2	Zufriedenheit der Fachorganisationen (Umfrage alle 3 Jahre) bis 2008	min.	–	gut	–	
Leistungen						
L1	Beanspruchung des Dienstleistungsangebots durch die Gemeinden (bis 2008)	min.	25	25	40	15
L2	Prüfung von Beitragsgesuchen / Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten	P	60	60	77	17
L3	Mitarbeit beim Aufbau regionaler Strukturen (bis 2008)	min.	0	2	2	–
L4	Mitwirkung bei der Behandlung von Beitragsgesuchen an den Bund und weitere Stellen (bis 2008)	P	71	150	111	–39

Abweichungsbegründungen

Bemerkungen zu Indikatoren:

Allgemein: Sämtliche Indikatoren – ausser L2 – sind ab 2009 durch neue ersetzt (gemäss KEF 2009–2012).

L1–L4 Die Werte bei den Leistungsindikatoren wurden leicht übertroffen:

- Im Zuge der Neuausrichtung wurde das Dienstleistungsangebot für die Gemeinden erweitert.
- Dank der grosszügigeren Projektunterstützung des Bundes konnten mehr Projekte geprüft und finanziert werden.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
24 310	–6 397	+4 000	21 913	–2 397

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 0 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Das positive endogene Ergebnis kommt vor allem durch zwei Faktoren zustande. Erstens ergibt sich wegen des Verzichts auf einen Massenversand ein Minderaufwand bei Sachaufwand und internen Verrechnungen. Zweitens konnte dank strikter Ausgabendisziplin bei Fachliteratur, Spesen und Dienstleistungen Dritter gespart werden.

2251 Bezirksräte

Hauptereignisse

Gegenüber dem Vorjahr (1289) war mit 1578 Rechtsmitteleingängen gesamthaft eine starke Zunahme zu verzeichnen (+22%), die vor allem im Zusammenhang mit der neuen Zuständigkeit für die Behandlung der Volksschulrekurse steht. In zehn Bezirken hat sich die Zahl der Rechtsmitteleingänge um 10% bis 56% (Bezirk Dietikon) erhöht. Lediglich in den Bezirken Pfäffikon (-1%) und Zürich (-0,5%) sind weniger Rechtsmittel eingegangen. Dank effizienter Geschäftserledigung entschieden die Bezirksräte im Geschäftsjahr über 1596 Beschwerden und Rekurse (+24,59%). Trotz einer weiterhin hohen Komplexität der Fälle wurde mit 73,75% fristgerecht erledigten Rechtsmitteln die Zielsetzung von 68% deutlich übertroffen. Im Geschäftsjahr ist die Anzahl der erledigten Entscheide und Bewilligungen gestiegen (+3,5%). Im Bereich Aufsicht und Genehmigungen konnte eine leichte Abnahme (-2,97%) der zu erledigenden Geschäfte verzeichnet werden.

Die Anzahl der spruchreifen ausstehenden Geschäfte hat sich nur leicht erhöht (+4%). Das Gesamttotal der ausstehenden Geschäfte auf Ende Geschäftsjahr hingegen verzeichnete eine deutliche Zunahme (+42%). Die hohe Anzahl Rechtsauskünfte an Gemeinden und Private (10741) bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres (+0,85%). Dank der hohen Erledigungszahlen kann gegenüber dem Voranschlag wiederum ein positives Jahresergebnis ausgewiesen werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Rechtspflegefunktion / Aufsicht und Genehmigungen gegenüber Gemeinden / Erstinstanzliche Entscheide und Bewilligungsverfahren / Auskunft-, Beratungs- und Schulungstätigkeit
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

		bis
E1	Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27a Abs. 1 VRG) Planmässig	2011
E2	Abbau der Pendenzen Planmässig	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,9	1,6	2,0	0,3
Aufwand	-8,7	-9,3	-9,2	0,2
Saldo	-6,8	-7,7	-7,2	0,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	36,4	39,5	37,5	-2,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Leistungssteigerung der Mitarbeiter, höhere Gebühren für Prüfung der Jahresrechnungen, Zunahme von Prüfung der Berichte mit Vermögen, Mehrertrag infolge erstmaliger Bearbeitung Schulreurse

Aufwand:

- Einsparungen durch Nichtbesetzen einzelner juristischer und adminstrativer Stellen sowie durch geschicktes Personalmanagement (Rotationsgewinne). Die Verminderung des Sachaufwandes ergibt sich allgemein aus zurückhaltender und kostenbewusster Praxis im Umgang mit den benötigten Sach- und Betriebsmitteln.

Saldo:

- Die Rechnung 2008 konnte sowohl durch Ertragsverbesserung sowie durch Aufwandsminderung verbessert werden.

Personal

Nichtbesetzen einzelner juristischer und adminstrativer Stellen mit Teilzeitpensum

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %)	P	16,29	14,00	13,38	-0,62
Leistungen						
L1	Anzahl erledigte Rechtsmittel	P	1 281	1 525	1 596	71
L2	Anzahl Rechtsauskünfte	P	10 650	10 050	10 741	691
L3	Entscheide und Bewilligungen	P	1 245	1 155	1 289	134
L4	Aufsicht und Genehmigungen: Jahresrechnung, Visitation und Kontrollbericht	P	2 671	2 635	2 607	-28
L5	Aufsicht und Genehmigungen: – Fürsorgebehörden, Heime, Stiftungen, Zivilstandsämter	P	778	727	740	13

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
L6	Aufsicht und Genehmigungen: – Berichte und Inventare Vormundschaftswesen	P	10 253	9 390	9 948	558
L7	Ausstehende Geschäfte: – spruchreife Pendenzen	P	288	293	300	7
L8	Ausstehende Geschäfte: – total Pendenzen	P	933	850	1 325	475
Wirtschaftlichkeit						
B1	Fristgerecht erledigte Rechtsmittelverfahren gem. § 27a Abs. 1 VRG (in %)	P	64	68	74	6
Abweichungsbegründungen						
L1	Neue Aufgaben im Bereich der Schulkurse durch zusätzliche Bearbeitung von Entscheiden der Schulpflege (zu R 2007 +315, zu B 2008 +71)					
L2	Im Schwankungsbereich, da Anfragehäufigkeit nicht vorhersehbar (zu R 2007 +91, zu B 2008 +691)					
L3	Im Schwankungsbereich (zu R 2007 +44, zu B 2008 +134)					
L4	Im Schwankungsbereich (zu R 2007 –64, zu B 2008 –28)					
L5	Im Schwankungsbereich (zu R 2007 –38, zu B 2008 +13)					
L6	Schwankungen im Eingang durch die Gemeinden betreffend Beurteilung im Vormundschaftswesen; nicht beeinflussbar (zu R 2007 –305, zu B 2008 +558)					
L7	Im Schwankungsbereich (zu R 2007 +12, zu B 2008 +7)					
L8	Grössere Arbeitslast durch erweiterte und zum Teil zeitintensive Aufgaben der BZR (zu R 2007 +392, zu B 2008 +475)					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
258 552	–93 669	+119 000	283 883	+25 331

Auflösung Rücklagen 2008

– davon Fr. 33 115 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

– Das Ergebnis konnte sowohl durch Senkung des Aufwandes als auch durch Mehreinnahmen bei den Gebühren verbessert werden. Auf der Aufwandseite konnten die hauptsächlichlichen Einsparungen durch Nichtbesetzen einzelner juristischer und administrativer Stellen sowie durch geschicktes Personalmanagement (Rotationsgewinne) erzielt werden. Die Verminderung des Sachaufwandes resultiert allgemein aus zurückhaltender und kostenbewusster Praxis im Umgang mit den benötigten Sach- und Betriebsmitteln, Leistungs- und Ertragssteigerung durch konsequentes Gebührenmanagement und effizientes Arbeiten der Mitarbeitenden.

2262 Baurekurskommissionen

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr waren gegenüber dem Vorjahr 5% mehr Rekurseingänge zu verzeichnen. Stark gestiegen ist die Anzahl der Verfahren, in denen auf Gesuch der Parteien nach den verfahrensrechtlichen Vorgaben zwingend ein zweiter Schriftenwechsel durchgeführt werden musste. Zudem waren auch vermehrt Zwischenentscheide zu treffen (aufschiebende Wirkung, vorsorgliche Massnahmen). Diese Faktoren führten zu einer Verlängerung von Verfahren und zu einem leichten Anstieg der Pendenzen. Die vorgegebene Behandlungsfrist (§ 27a VRG) konnte trotz allem in 87% der Fälle eingehalten werden. Die Quote der Aufhebungen der Entscheide der Baurekurskommissionen durch das Verwaltungsgericht ist weiterhin tief. Nur 16 der insgesamt 104 beurteilten Verwaltungsgerichtsbeschwerden wurden gutgeheissen. Dazu kamen weitere 10 teilweise Gutheissungen (zumeist geringfügige Korrekturen der Entscheide der Baurekurskommissionen). Alle übrigen Urteile der Baurekurskommissionen wurden von den Parteien akzeptiert oder hielten einer Überprüfung durch das Verwaltungsgericht stand. Schliesslich bleibt zu erwähnen, dass die Baurekurskommissionen im August ihr 30-Jahre-Jubiläum mit einem gemeinsamen Betriebsausflug feierten.

Gesamtübersicht über die Erledigungen

Übersicht	vom Vorjahr pendent	Eingänge	total zu erledigen	erledigt	pendent			
Planungsrecht								
Bau- und Zonenordnung, Erschliessungsplan	18	13	31	17	14			
Bau- und Niveaulinien, Ski- und Schlittellinien	19	4	23	18	5			
Quartierplan, Grenzberreinigung	32	19	51	34	17			
Natur- und Heimatschutz	27	31	58	31	27			
Baupolizei-, Umweltschutzrecht und baurechtliches Verfahren	469	845	1314	759	555			
UVP-pflichtige Vorhaben	11	5	16	11	5			
Vorhaben ausserhalb Bauzonen	49	89	138	65	73			
Verschiedenes	0	8	8	7	1			
Total	625	1014	1639	942	697			
Erledigungsart	Formelle Erledigung		Materielle Erledigung		Total			
	Rückzug/ gegen- standslos	Nicht- eintreten	Abweisung	Gutheissung				
				ganz	teilweise			
Total Erledigungen	479	64	214	101	84	942		
Pendenzen aus dem Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	1	5	3	5	5	34	71	573
davon sistiert	1	5	3	5	5	28	51	177

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie kantonaler Amtsstellen
A2	Qualitativ gute Rechtsprechung im Sinne eines hinreichenden Rechtsschutzes für die Rechtsuchenden
A3	Fristgerechte und für die Rechtsuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung von Rekursverfahren (§ 27a VRG und Art. 18 KV)
A4	Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Erzielung von möglichst hohen Gebühreneinnahmen – unter Beachtung des von Art. 18 der Kantonsverfassung («wohlfeile Erledigung des Verfahrens») gesetzten Rahmens Planmässig
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007 B 2008 R 2008 Abw. von
B 2008

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,7	1,6	1,9	0,3
Aufwand	-5,7	-6,0	-5,7	0,3
Saldo	-4,0	-4,4	-3,8	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	26,0	27,0	24,9	-2,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Die budgetierten Gebühreneinnahmen konnten leicht übertroffen und gegenüber dem Budget 2008 um rund 9% gesteigert werden. Dies aber nur, weil – trotz einer gegenüber dem Jahre 2007 tiefer ausgefallenen Gesamterledigungszahl – fast gleich viele, ertragsmässig ins Gewicht fallende materiell-rechtliche Verfahren erledigt, verrechnet und etwa Fr. 100 000 mehr an Gebühren von erledigten Weiterzügen als im Vorjahr verbucht werden konnten. Hinzu kamen einmalige Rückerstattungen aus der Mutterschaftsversicherung, der Betriebskostenabrechnung und von der Sozialversicherungsanstalt im Gesamtbetrag von rund Fr. 90 000.

Aufwand:

- Aufwandseitig blieben die personalbezogenen Ausgaben trotz der gegenüber dem Budget 2008 verdoppelten Teuerung unter Budget. Dies hauptsächlich aufgrund der nicht vollständigen Ausschöpfung der bewilligten Stellen, der Gewährung von unbezahlten Urlauben, des Bezugs von Dienstaltersgeschenken in Urlaubstagen sowie aufgrund von kleineren Rotationsgewinnen. Zudem fiel der Entschädigungsaufwand für die Kommissionsmitglieder tiefer aus. Auch die übrigen Ausgaben blieben unter Budget. So konnte unter anderem – dank BRK-intern vorhandenem Wissen – der Internetauftritt weiterhin ohne externe Hilfe bzw. Kosten betrieben werden. Letztlich konnten Einsparungen in den Bereichen Spesenzahlungen, Büromaterial und Mobiliarbedarf erzielt werden.

Saldo:

- Da in der Rechnung 2008 aufwandseitig gegenüber dem Budget 2008 nicht geringfügige Einsparungen erzielt werden konnten und sich auch die Ertragsseite erfreulich präsentiert, schliesst der Saldo der Rechnung 2008 gegenüber dem Budget 2008 positiv ab.

Personal

Der Beschäftigungsumfang der Rechnung 2008 schliesst die Vakanzen und die Fehlzeiten infolge unbezahlten Urlaubs mit ein und weicht deshalb von den budgetierten Stellen gemäss Stellenplan um 2,1 Stellen ab.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Weiterzüge (Beschwerden) ans Verwaltungsgericht	P	13,3%	< 15%	13,3%	-
W2	Vom Verwaltungsgericht korrigierte BRK-Entscheide	P	3,0%	< 5%	2,8%	-
W3	Abweisung von Beschwerden durch Verwaltungsgericht	P	75,8%	> 66%	71,8%	5,8%
Leistungen						
L1	Einhaltung der Verfahrensdauer (§ 27a VRG)	P	92,0%	> 80%	87,3%	7,3%
L2	Verhältnis Eingänge: Erledigungen	P	1,00:1,05	1:1	1,00:0,93	-
L3	Eingänge	P	963	1240	1014	-226
L4	Erledigungen	P	1012	1240	942	-298
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad	P	30,0%	27,1%	33,45%	6,35%
B2	Kosten je Rekursverfahren in Franken (netto)	P	3908	3550	4056	506
Abweichungsbegründungen						
W1	Jahresausstoss der Baurekurskommissionen. Der Indikator lässt auf die Akzeptanz der BRK-Entscheide schliessen.					
W2	Jahresausstoss der Baurekurskommissionen					
W3	Alle durch das Verwaltungsgericht materiell beurteilten Fälle.					
L2-L4	Die budgetierte Anzahl von Eingängen und Erledigungen beruht auf einer zu optimistischen Einschätzung und wird mit dem KEF 2010-2013 korrigiert werden. Wichtig ist diesbezüglich aber, dass den Eingängen in etwa gleich viele Erledigungen gegenüberstehen.					
B2	Aufgrund der zu optimistischen Einschätzung der budgetierten Anzahl von Erledigungen (vgl. L2-L4) fielen die Kosten je Rekursverfahren dementsprechend im Budget relativ tief aus bzw. sind diese in der Rechnung 2008 um ca. Fr. 500 höher ausgefallen. Gegenüber der Rechnung 2007 sind aber die Kosten, trotz geringerer Erledigungszahl, nur geringfügig höher.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
264 666	-54 952	+80 000	289 714	+25 048

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 21 868 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Nichtbesetzung von (Teil-)Vakanzen, Gewährung von unbezahltem Urlaub sowie Urlaubsbezüge aufgrund von DAG unter Mehreinsatz des übrigen Personals und entsprechende Minder Ausgaben auch bei den Arbeitgeberbeiträgen haben zu dem positiven Rechnungsabschluss beigetragen. Sparsamer Umgang mit allgemeinen Sachmitteln, KDMZ-Material und Mobiliar sowie die leichte Überschreitung der budgetierten Gebühreneinnahmen u.a. durch moderate Erhöhung des Gebührentarifs und eine hohe Anzahl von zu verrechnenden Erledigungen führten zu einer weiteren endogenen Senkung des Rechnungssaldos gegenüber dem Voranschlag.

2263 Steuerrekurskommissionen

Hauptereignisse

Nach im ersten Semester nur sehr verhaltenem Eingang von Rechtsmitteln haben vermehrte Rechtsmitteleingänge im zweiten Semester zur Erreichung der vorgesehenen Anzahl neu eröffneter Verfahren geführt. Die Vorgabe betreffend Geschäfts erledigungen konnten die Steuerrekurskommissionen nicht vollständig erfüllen, da ein Teil der erst im zweiten Semester zahlreicher eingegangenen Geschäfte noch nicht bis zum Ende der Berichtsperiode abgeschlossen werden konnte. Die Anzahl oberinstanzlicher Urteilsaufhebungen lag leicht über dem angestrebten Wert. Die geplanten Nettokosten pro Verfahren wurden leicht überschritten. Begründet ist dies einerseits mit der geringeren Erledigungszahl sowie mit deutlich unter dem Ziel liegenden Gebührenerträgen. Erhebliche Einsparungen im Personal- und Sachkostenbereich verhinderten einen weiteren Anstieg der Nettokosten pro Verfahren. Der prognostizierte Kostendeckungsgrad wurde aufgrund der deutlich unter den Erwartungen liegenden Gebührenerträge deutlich verfehlt. Insgesamt wurde der für das Berichtsjahr eingestellte Saldo der laufenden Rechnung erreicht bzw. sogar leicht unterschritten.

Der Regierungsrat hat die auf 1. Januar 2009 angestrebte Erweiterung der Rechtsprechungskompetenzen der Steuerrekurskommissionen zur Wahrung der Rechtsweggarantie zugunsten der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts abgelehnt. Im November startete ein Projekt zur Übertragung der administrativen Aufsicht über die Steuerrekurskommissionen von der Direktion an das Verwaltungsgericht.

Gesamtübersicht der Rekurse und Beschwerden sowie deren Erledigung

Steuerart	Vom Vorjahr pendent	Eingänge	Total	Erledigungen	Pendent
Staatssteuer	127	412	539	406	133
Verrechnungssteuer	0	3	3	2	1
Gemeindesteuer	0	6	6	0	6
Steuerbefreiung	0	1	1	0	1
Grundsteuern	63	72	135	79	56
Direkte Bundessteuer	71	258	329	222	107
Wehrpflichtersatz	0	1	1	0	1
Total 2008	261	753	1014	709	305
Total 2007	252	772	1024	763	261

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
A2	Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
A3	Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	<p>Neuordnung/Erweiterung Rechtsprechungszuständigkeiten</p> <p>Verzögert</p> <p>Im Dezember beschloss der Regierungsrat, der von den Steuerrekurskommissionen angestrebten Erweiterung der eigenen Rechtsprechungszuständigkeiten in verschiedenen Bereichen nicht stattzugeben, sondern in diesen Verfahren ab 1. Januar 2009 einen direkten Weiterzug an das Verwaltungsgericht vorzusehen. Eine von der Verwirklichung der Rechtsweggarantie unabhängige allgemeine Neuordnung des Steuerjustizverfahrens auf Gesetzesstufe mit einer allfälligen Erweiterung der Rechtsprechungszuständigkeiten der Steuerrekurskommissionen ist nicht vor 2011 zu erwarten.</p>	2009
E2	<p>Reorganisation</p> <p>Verzögert</p> <p>Zur Wahrung der Unabhängigkeit der Gerichte gegenüber Regierung und Parlament gemäss Art. 73 Abs. 3 der Kantonsverfassung hat der Direktionsvorsteher am 16. Mai die administrative Neuunterstellung der Bau- und Steuerrekurskommissionen unter das kantonale Verwaltungsgericht angeregt. Das Projekt für die administrative Neuunterstellung ist im November angelaufen und endet voraussichtlich Ende 2010. Erst im Rahmen dieses Projekts sind in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht die Richtlinien für eine neue, flexiblere interne Organisation der Steuerrekurskommissionen festzulegen.</p>	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,9	1,2	0,8	-0,4
Aufwand	-3,5	-4,1	-3,6	0,5
Saldo	-2,6	-2,9	-2,8	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	15,4	18,1	15,6	-2,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Der vorgesehene Ertrag konnte bei Weitem nicht erzielt werden. Dies ist einerseits darin begründet, dass nicht die vorgesehene Anzahl Geschäfte erledigt werden konnte. Andererseits führte der weiterhin sich verringernde durchschnittliche Streitwert pro Fall zu Gebührenauffällen. Als Folge der geringeren Anzahl expertisebedürftiger Geschäfte gingen zudem weniger Rückerstattungen für Expertisekosten ein als geplant.

Aufwand:

- Aufwandseitig sparten die Steuerrekurskommissionen erheblich bei den Personalkosten (Nichtbesetzung Vakanzen juristisches Sekretariat / Richterstelle, Beibehaltung Pensumsverkleinerung im Administrativsekretariat, Gewährung unbezahlter Urlaub im juristischen Sekretariat) sowie bei den Sachkosten (Hauswartungs-, KDMZ-Material- und Expertisekosten).

Saldo:

- Da die Aufwandeinsparungen die Mindererträge insgesamt übertrafen, wurde das Budgetziel (Verlustsaldo zulasten Erfolgsrechnung) auch unter Berücksichtigung der Neubildung von Rücklagen im Umfang von Fr. 40 000 erreicht bzw. sogar unterschritten.

Personal

Eine seit längerer Zeit vakante Stelle im juristischen Sekretariat wurde weiterhin nicht wiederbesetzt. Dasselbe gilt für eine seit Januar 2007 vakante Richterstelle. Die im August 2006 erfolgte Pensumsverminderung in der Administrativkanzlei (0,4 Personalstellen) blieb auch im Berichtsjahr bestehen. Die verbleibende Verkleinerung des durchschnittlichen Personalsbestandes im Berichtsjahr um 0,1 Stellen ist auf die zusätzliche Nichtbesetzung einer Vakanz im jur. Sekretariat während eines Monats zurückzuführen.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Geringe Anzahl Weiterzüge (Akzeptanz der gefällten Urteile)	max.	16,66%	<20%	18,33%	-
W2	Geringe Anzahl oberinstanzlicher Urteilsaufhebungen	max.	17	<32	35	3
Leistungen						
L1	Verhältnis Eingänge/Erledigungen = 1:1	P	0,987:1	1:1	1:0,94	-
L2	Eingänge	P	772	750	753	3
L3	Erledigungen	P	762	750	709	-41
L4	Pendenzen	P	262	<300	305	5
L5	Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	max.	4,6	<6	4,93	-
L6	Anteil Dispositivurteile	min.	25,07%	>30%	21,4%	-8,6%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten je Rekursverfahren im Durchschnitt (netto Fr.)	P	3461	3800	3899	99
B2	Kostendeckungsgrad	P	24,9%	29,7%	22,73%	- 6,97%

Abweichungsbegründungen

- W1 Die Anzahl Weiterzüge an Oberinstanzen hat sich im Vergleich zu 2007 leicht erhöht, ohne indes die Schranken gemäss B 2008 zu erreichen.
- W2 Im Vergleich zu 2007 wurden fast doppelt so viele Urteile durch Oberinstanzen aufgehoben. Die geplante Höchstanzahl Urteilsaufhebungen wurde geringfügig überschritten.
- L1-3 Es ging beinahe exakt die prognostizierte Anzahl Rechtsmittel ein. Da diese Rechtsmittel indes erst im zweiten Semester vermehrt eingingen, konnte ein grösserer Teil derselben als im Vorjahr nicht mehr bis Ende des Berichtsjahres erledigt werden. Die Erledigungsvorgabe konnte daher nicht vollständig erreicht werden.
- L5-6 Deutlich weniger Geschäfte als erwartet konnten mittels eines Dispositivurteils erledigt werden; dennoch blieb die durchschnittliche Verfahrensdauer unter dem Planungswert.
- B1 Die budgetierten Nettoverfahrenskosten pro Fall wurden aufgrund der geringeren Anzahl Erledigungen leicht überschritten.
- B2 Der angestrebte Kostendeckungsgrad wurde aufgrund der geringeren Anzahl Erledigungen und wegen des als Folge eines weiterhin sinkenden durchschnittlichen Streitwerts pro Fall erodierenden Gebührenertrags deutlich verfehlt.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
129 078	-30 267	+40 000	138 811	+9 733

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 16 532 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Aufgrund des beinahe vollständigen Verzichts auf den Beizug nebenamtlicher Mitglieder, der unterbliebenen Neubesetzung einer Stelle im juristischen Sekretariat und einer Richterstelle, der Beibehaltung eines reduzierten Pensums im Administrativsekretariat sowie zufolge Gewährung eines unbezahlten Urlaubs im juristischen Sekretariat konnten die Personalkosten deutlich unter dem budgetierten Betreffnis gehalten werden. Beim Sachaufwand ergaben sich Einsparungen insbesondere im Bereich Hauswartungs- und KDMZ-Materialkosten. Trotz der Nichtwiederbesetzung der Vakanzen konnte die im Berichtsjahr bestehende Geschäftslast - mit Ausnahme eines Teils der erst im 2. Semester zahlreicher eingegangenen und daher aufgrund der durchschnittlichen Verfahrensdauer von rund fünf Monaten bis zum Ende der Berichtsperiode nicht mehr erledigbaren Geschäfte - bewältigt werden. Das Ertragsziel wurde deutlich verfehlt. Begründet ist dies insbesondere durch den anhaltenden Zerfall des durchschnittlichen Streitwerts pro Geschäft sowie durch den Umstand, dass ein Teil der spät in der Berichtsperiode vermehrt eingegangenen Geschäfte bis Ende Jahr nicht mehr abgeschlossen werden konnte (weitestgehend exogene Faktoren). Dies stand einem noch besseren Saldo der Laufenden Rechnung entgegen.

2271 Evangelisch-reformierte Landeskirche

Hauptereignisse

Über die Hauptereignisse wird im Jahresbericht der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich berichtet, der im Juni von der Kirchensynode verabschiedet wird.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 Seelsorge / Evangelisch-reformiertes Kirchenwesen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	16,3	17,5	17,2	-0,3
Aufwand	-58,1	-60,6	-60,0	0,6
Saldo	-41,8	-43,1	-42,8	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-1,6	-1,5	-1,5	-0,0
Saldo	-1,6	-1,5	-1,5	-0,0

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Leicht tiefere Rückerstattungen der Kirchgemeinden und ein tieferer Beitrag der reformierten Kirche an die Wiederherstellungskosten der Bergkirche Rheinau führen zu Mindereinnahmen von 0,3 Mio. Franken.

Aufwand:

- Rotationsgewinne bei den ordentlichen Pfarrstellen führen zu Minderaufwand.

Saldo:

- Die Rotationsgewinne zeigen sich auch in einem gegenüber dem Budget positiven Saldo von 0,3 Mio. Franken.

2272 Römisch-katholische Landeskirche

Hauptereignisse

Über die Hauptereignisse wird im Jahresbericht der Römisch-katholischen Landeskirche im Kanton Zürich berichtet, der im Juni von der Kirchensynode verabschiedet wird.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 Seelsorge / Römisch-katholisches Kirchenwesen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007 B 2008 R 2008 Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag	0,1	0,4	0,3	-0,0
Aufwand	-8,8	-9,5	-9,1	0,4
Saldo	-8,7	-9,1	-8,7	0,4

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben		-0,5	-0,9	-0,4
Saldo		-0,5	-0,9	-0,4

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Der Beitrag der Zentralkommission an den erweiterten Wiederaufbau der Bergkirche in Rheinau ist tiefer als budgetiert ausgefallen.

Aufwand:

- Der Beitrag des Staates an den Unterhaltsrückstand des Pfarrhauses Rheinau ist 0,3 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Da der Übertrag erst 2009 vollzogen wird, wurde für die erwarteten 0,3 Mio. Franken eine Rückstellung gebildet. Die im Budget 2008 zusätzlichen Abschreibungen und Kapitalkosten für die Turmsanierung der Klosterkirche Rheinau fallen erst 2009 an. Per saldo ist der Aufwand der Laufenden Rechnung um 0,4 Mio. Franken tiefer als budgetiert ausgefallen.

Investitionsrechnung

Die Investitionsausgaben für die in den Jahren 2008 und 2009 durchzuführende Turmsanierung der Klosterkirche Rheinau sind im Berichtsjahr um 0,4 Mio. Franken höher als erwartet ausgefallen.

2273 Christkatholische Kirchgemeinde

Hauptereignisse

Die staatlichen Beiträge an die Christkatholische Kirchgemeinde beschränken sich auf die Finanzierung einer ordentlichen und einer befristeten Pfarrstelle. Die Finanzierung der befristeten Pfarrstelle wurde vom Regierungsrat mit Beschluss vom 27. Februar bis 2009 geregelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 Seelsorge / Christkatholisches Kirchenwesen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007 B 2008 R 2008 Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag				
Aufwand	-0,2	-0,2	-0,3	-0,0
Saldo	-0,2	-0,2	-0,3	-0,0

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

Aufwand:

- Die Neubesetzung der Pfarrstelle führte zu höheren Lohnkosten und neu auch zur BVK-Beitragspflicht. Diese neue Ausgangslage war im Budget 2008 noch nicht berücksichtigt. Die Beiträge an die zeitlich befristeten Pfarrstellen lagen leicht unter dem Budget.

2291 Investitionsfonds

Hauptereignisse

Zulasten des Investitionsfonds wurden im Zusammenhang mit drei Gesuchen 1,2 Mio. Franken zugesichert, Beiträge wurden jedoch nicht ausgerichtet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Dient der Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates. Mit den Einlagen in den Fonds soll die Finanzierung der Abschreibungen der ausbezahlten Investitionsbeiträge sichergestellt werden. Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe Nr. 2215, Finanz- und Lastenausgleich.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Die im KEF 2008–2011 eingestellten Planwerte führen zu einer Fondssanierung bis 2012. Planmässig	2012
----	---	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag	5,5	8,4	8,4	0,0
Übertrag aus Erfolgsrechnung	5,5	8,4	8,4	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-5,5	-8,4	-8,4	0,0
Abschreibungen	-2,1	-2,0	-1,9	0,1
Einlagen in Bestandeskonto	-1,8	-5,0	-5,1	-0,2
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben	-0,3	-1,2		1,2
Saldo	-0,3	-1,2		1,2

Fondsbestand

Fondsbestand	-24,8	-19,9	-19,7	0,2
--------------	-------	-------	-------	-----

Erfolgsrechnung

Ertrag:

– Der Ertrag entspricht exakt dem Budgetposten. Damit soll das längerfristige Sanierungsziel erreicht werden.

Aufwand:

– Die tieferen Abschreibungen sowie Zinsen für das Verwaltungsvermögen und die Fondsschuld wurden durch eine höhere Fondseinlage kompensiert, weshalb keine Abweichung zum Budget entstehen konnte.

Saldo:

- Die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand wird zum Abbau der Fondsschuld verwendet. Aufwand und Ertrag der Erfolgsrechnung gleichen sich deshalb immer aus.

Investitionsrechnung

Im Berichtsjahr musste keine Zahlung an die Gemeinden geleistet werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1 Erhalten der finanziellen Selbstständigkeit der gesuchstellenden Gemeinden gemäss Leistungsindikator Nr. L1	P	0	3	3	-
Leistungen					
L1 Prüfung der Gesuche, Antragstellung an den Regierungsrat	P	0	4	6	2
Abweichungsbegründungen					
W1	Es wurden für das Berichtsjahr insgesamt drei Verfügungen für die Ausrichtung von Investitionsbeiträgen erstellt.				
L1	Es sind sechs Gesuche um Ausrichtung von Investitionsbeiträgen eingegangen. Bei drei Gemeinden konnte infolge fehlender oder lückenhafter Unterlagen noch kein Beitrag zugesichert werden.				

2292 Ausgleichsfonds

Hauptereignisse

Die Abschöpfungen im Steuerkraftausgleich waren gegenüber dem Vorjahr um ungefähr 51,5 Mio. Franken höher, die Abschöpfungen und die Zuschüsse um ungefähr 42,8 Mio. Franken. Der Spitzenwert der relativen Steuerkraft 2007 erhöhte sich um Fr.790 auf Fr. 12 569, währenddem der tiefste Wert bei Fr. 1241 (Vorjahr 1051) lag.

Der einfache Steuerertrag der Gemeinden im Kanton Zürich (ohne Stadt Zürich) hat sich seit 2003 stetig erhöht. Der Anteil der juristischen Personen am Gesamtertrag 2007 betrug 10,6% und blieb gegenüber dem Vorjahr konstant. Die positive Entwicklung der Steuererträge hatte eine Erhöhung des Kantonsmittels der relativen Steuerkraft (ohne Stadt Zürich) von Fr.2953 auf Fr.3184 zur Folge. Der Vergleich zwischen Gemeinden mit einer Zunahme der Steuerkraft (135 Gemeinden) und Gemeinden mit einer Abnahme der Steuerkraft (35 Gemeinden) bei einer Gemeinde mit unveränderter Steuerkraft zeigt, dass die meisten Gemeinden von der Entwicklung profitieren konnten. Absolut betrachtet, führte diese Entwicklung beim Steuerkraftausgleich im Berichtsjahr zu ungefähr 51,5 Mio. Franken höheren Abschöpfungen und ungefähr 42,8 Mio. Franken höheren Zuschüssen gegenüber dem Vorjahr. Der Spitzenwert der relativen Steuerkraft 2007 erhöhte sich um Fr. 790 auf Fr.12 569, währenddem der tiefste Wert bei Fr. 1241 (Vorjahr 1051) lag. Die Steuerfussdisparität konnte innerhalb der in §8 des Finanzausgleichsgesetzes vorgegebenen Spannweite gehalten werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Instrument des horizontalen Finanzausgleichs. Ziel: Annäherung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden untereinander. Mit dem Fondsbestand werden vorübergehende Schwankungen zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen abgefangen.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	308,3	286,6	353,2	66,6
Beiträge finanzstarker Gemeinden / Steuerkraftausgleich	300,5	285,0	351,9	66,9
Entnahme aus Bestandeskonto	6,3			
Aufwand	-308,3	-286,6	-353,2	-66,6
Beiträge an finanzschwache Gemeinden / Steuerkraftausgleich	-278,3	-256,5	-321,2	-64,7
Einlagen in Bestandeskonto		-1,6	-2,0	-0,4
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	35,1	44,1	37,1	-7,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- Die Abschöpfungen bei den finanzstarken Gemeinden richten sich nach dem Kantonsmittel der Steuerkraft des Vorjahres und dem Verhältnis der eigenen Steuerkraft zum Kantonsmittel. Die positive Entwicklung des Kantonsmittels der Steuerkraft sowie die Steuerkraft in den einzelnen Gemeinden, insbesondere auch bei den finanzstarken Gemeinden, weichen von den getroffenen Annahmen ab. Die Abschöpfungen fielen entsprechend höher aus.

Aufwand:

- Die Zuschüsse an die Gemeinden richten sich nach dem Kantonsmittel der Steuerkraft und der eigenen Steuerkraft des Vorjahres. Diese Grundlagen können im Zeitpunkt der Erstellung des Budgets nur geschätzt werden. Die gegenüber den Budgetannahmen erfreulichere Entwicklung der Steuererträge 2007 hat zu einer Erhöhung des Kantonsmittels der Steuerkraft geführt, weshalb die Zuschüsse an die Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Steuerkraft höher liegen als budgetiert.

Saldo:

- Der Ausgleichsfonds ist eine in sich geschlossene Rechnung. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wird über den Fondsbestand ausgeglichen.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Erhalten der gegebenen Strukturen und der finanziellen Eigenständigkeit (Anzahl Gemeinden)	P	91	91	96	5
W2	Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %)	P	50	51	50	-1
Leistungen						
L1	Angleichung der Steuerkraft in den Gemeinden zwischen 70 und 90% des Kantonsmittels (Anzahl Gemeinden)	P	91	93	96	3
L2	Steuerkraftabschöpfung (Anzahl Verfügungen)	P	24	24	24	-
L3	Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kulturinstitute)	P	93	99	94	-5
L4	Steuerkraftzuschuss (Kürzungen)	P	3	3	6	3

Abweichungsbegründungen

- W1 Der Planwert wurde um 5 Gemeinden mit einer unterdurchschnittlichen Steuerkraft im Berichtsjahr überschritten. 4 Gemeinden hatten keinen Anspruch auf den Steuerkraftausgleich, da ihr Steuerfuss nicht mindestens dem Kantonsmittel entsprach. 66 Gemeinden konnten mit dem Steuerkraftausgleich ihre finanzielle Eigenständigkeit behaupten, während 26 Gemeinden zusätzlich auf Steuerfussausgleichsbeiträge angewiesen waren.
- W2 Mit den budgetierten Abschöpfungen und Zuschüssen im Berichtsjahr wurde der tiefste Steuerfuss auf 73% angesetzt, währenddem der Höchststeuerfuss (123%) gegenüber dem Vorjahr unverändert blieb. Die Sollvorgabe konnte um einen Prozentpunkt unterschritten werden. Die Zielnorm gemäss § 8 Finanzausgleichsgesetz –95% (162 Gemeinden) aller Steuerfüsse innerhalb eines bestimmten Bereichs – wurde eingehalten.
- L1 Die Anzahl Gemeinden mit unterdurchschnittlicher eigener Steuerkraft lag wenig höher als angenommen, wobei vier Gemeinden aufgrund ihres zu tiefen Steuerfusses (unter dem Kantonsmittel) keinen Anspruch auf Beiträge hatten.
- L2 Die Anzahl Gemeinden mit überdurchschnittlicher eigener Steuerkraft entspricht dem Planwert. Infolge der gestiegenen Steuerkraft resultierte im Vergleich zum Vorjahr ein höherer Abschöpfungsbetrag.
- L3 Tatsächliche Ausrichtung von Steuerkraftzuschüssen an 92 Gemeinden sowie Beiträge an die Kunstinstitute der Städte Zürich und Winterthur von kantonaler und regionaler Bedeutung
- L4 Sechs Gemeinden wiesen ein sehr günstiges Verhältnis von Nettovermögen zur Steuerkraft aus. Aufgrund dieser ausserordentlich guten Finanzlage der betroffenen Gemeinden wurde der Steuerkraftzuschuss teilweise gekürzt.



Venezia-sole (Eliza Thoenen-Steinle)



Plastischer Schmuck (Werner Hurter)



Die Heilkraft (Margaretha Dubach)

Sicherheitsdirektion

Öffentliche und soziale Sicherheit zu gewährleisten war auch im Berichtsjahr Kernanliegen der Sicherheitsdirektion. Unverändert bestand aber auch das Bestreben, (noch) mehr Leute zu aktiver sportlicher Betätigung zu bewegen. Es ist zu hoffen, dass die EURO 08 einen Beitrag dazu geleistet hat. Zusammen mit Österreich hat die Schweiz diesen weltweit drittgrössten Sportanlass organisiert, und Zürich wurde nicht nur als Durchführungsort von Vorrundenspielen vom Fussballfieber erfasst. Das gesteckte Ziel, die EURO 08 zu einem sicheren Sportfest zu machen, wurde voll erreicht. Dies war das Resultat eines umsichtigen Polizeieinsatzes und einer hervorragenden Zusammenarbeit von Kantons-, Stadt- und Gemeindepolizeien.

Wiederum war die Arbeit in der Sicherheitsdirektion geprägt durch Neuerungen im übergeordneten Recht. Zu erwähnen sind internationale Entwicklungen, aber auch neue Bundesgesetze. Sie führten zu Anpassungsbedarf in gesetzgeberischer oder organisatorischer Hinsicht:

- Am 1. März 2008 ist das Schengener Abkommen in Kraft getreten. Verschiedene Expertenteams der EU evaluierten die Schweiz. Im Kanton Zürich erfolgte dies namentlich unter Einbezug der Kantonspolizei.
- Am 1. Januar 2008 trat das neue Ausländergesetz in Kraft, welches das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer von 1931 ablöste. Vor allem für das Migrationsamt hatte dies erhebliche Umsetzungsarbeiten zur Folge.
- 2008 war das erste ganze Jahr unter dem Regime der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Gewichtige Auswirkungen hatte dies im Tätigkeitsbereich des Sozialamtes.
- Im Bereich des Strassenverkehrs galt es, das neue Massnahmenrecht des Bundes umzusetzen.
- Im Passwesen wurden die Arbeiten für die flächendeckende Einführung biometrischer Pässe fortgeführt. Dies geschah auf der Grundlage des aktuell laufenden Pilotprojekts.

Zu erwähnen sind aber auch wichtige Rechtsetzungsvorhaben des Kantons:

- In der Volksabstimmung vom 24. Februar fand das Polizeigesetz eine wuchtige Annahme. Erfreulich war dabei die Zustimmung in allen Städten und Gemeinden. Das Polizeigesetz wird in Ergänzung des bereits in Kraft stehenden Polizeiorganisationsgesetzes künftig das Handeln von Kantons-, Stadt- und Gemeindepolizeien einheitlich regeln.
- Ebenfalls eine deutliche Zustimmung fand das neue Hundegesetz in der Volksabstimmung vom 30. November. Bei der Alternativfrage sprach sich die Mehrheit der Stimmenden für ein Kampfhundeverbot aus.

- Auf den 1. Juli ist das neue Bevölkerungsschutzgesetz in Kraft getreten. Es schafft die rechtliche Grundlage für die Bewältigung ausserordentlicher Lagen durch Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz. Der Einsatz der Partnerorganisation Zivilschutz erhielt eine neue Rechtsgrundlage mit der kantonalen Zivilschutzverordnung, die am 1. November in Kraft trat.

Von der Vielzahl organisatorischer Änderungen ist vorab die Verschmelzung des Polizeikorps mit der bisherigen Flughafen-Sicherheitspolizei zu nennen. Damit werden künftig alle Polizeiangehörigen einheitlich ausgebildet. Ein neues Laufbahnmodell erhöht die Attraktivität und gleichzeitig wird mit einem einzigen, grossen Polizeikorps dessen Einsatzbereitschaft für Sicherheit erhöht. Um eine Annäherung an den Sollbestand zu erreichen, starteten im Berichtsjahr drei Aspirantenklassen.

Ebenfalls im Berichtsjahr wurden zwei Projekte für die Schaffung einer Polizeischule für den ganzen Kanton Zürich und für die Schaffung einer Organisationseinheit «Polizeiwissenschaften» gestartet. Letztere soll unter einer gemeinsamen Trägerschaft die heutige Kriminaltechnische Abteilung der Kantonspolizei und den Wissenschaftlichen Dienst der Stadtpolizei Zürich umfassen. Das Raumprogramm des Polizei- und Justizzentrums wurde auf die Realisierung dieser Projekte ausgerichtet.

Legislaturziele

Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für die Massnahmen 9.1, 12.2 (Teil Sozialsystem), 13.3, 14.1, 16,1 und 16.2 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Kapitel 1.2 wird über den Umsetzungsstand der Legislaturziele berichtet. In diesem Kapitel folgt die Berichterstattung zu den zusätzlichen Legislaturzielen der Sicherheitsdirektion.

Legislaturziel	1. Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags
Massnahme	1.1. Gesetzliche Aufträge erfüllen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die in der Sicherheitsdirektion zusammengefassten Ämter haben sehr unterschiedliche Aufgaben und Ziele. Alle Bereiche nehmen zur Hauptsache Vollzugsaufgaben wahr, welche sich zwingend aus dem Bundesrecht ergeben.
Massnahme	1.2. Durch möglichst standardisierte und laufend optimierte Arbeitsabläufe und gezielten Informatikeinsatz die in allen Ämtern zahlenmässig grosse Geschäftslast bei Vollzugsaufgaben effizient bewältigen
Stand	Planmässig
Kommentar	Diverse Informatikprojekte wurden gestartet bzw. erfolgreich abgeschlossen (z.B. technische Erneuerung der Strassenverkehrsamtsapplikation VIACAR, Einführung eines elektronischen Versicherungsnachweises für Fahrzeughalter, informatikgestütztes Abrechnungswesen für Staatsbeiträge im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV).
Legislaturziel	2. Laufende Anpassung der Organisation der Kantonspolizei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeien zu optimieren; interkantonale Polizeizusammenarbeit, soweit sinnvoll
Massnahme	2.1. Organisation und Zusammenarbeit auf der Basis des Polizeiorganisationsgesetzes konsolidieren und ausgehend von neuen Anforderungen und Erwartungen der Bevölkerung weiterentwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeikörpern ist institutionalisiert. Die Anforderungen und Erwartungen von Bevölkerung, Gemeinden und Kommunalpolizeien werden mittels Befragungen erhoben. Community Policing war Schwergewichtsthema der Kantonspolizei im Berichtsjahr. Die interkantonale Polizeizusammenarbeit erfolgt einerseits fallbezogen, andererseits durch Zurverfügungstellung von personellen und materiellen Ressourcen wie auch Pikettstellung zugunsten anderer Kantone.
Massnahme	2.2. Realisierung des Funknetzes POLYCOM
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Aufnahme des operativen Betriebs ist ab Herbst 2009 vorgesehen (vgl. Dir. LZ 6.4).

Massnahme 2.3. Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage (Polizeigesetz und dessen Verordnung)

Stand Planmässig

Kommentar Das Polizeigesetz wird im Jahr 2009 zusammen mit der vom Kantonsrat noch zu genehmigenden Verordnung in Kraft gesetzt.

Legislaturziel 3. Optimierung der Verkehrssicherheit

Massnahme 3.1. Mit präventiven, repressiven und technischen Massnahmen sind die kantonalen Möglichkeiten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auszuschöpfen.

Stand Planmässig

Kommentar Die Kantonspolizei hat wie in den Vorjahren diverse Präventionskampagnen und gezielte Verkehrskontrollen durchgeführt. Die sorgfältige Auswertung der Verkehrsunfallstatistik dient auch der Ergreifung technischer Massnahmen.

Massnahme 3.2. Einführung eines Qualitätssicherungssystems im Bereich Fahrzeugprüfungen

Stand Planmässig

Kommentar Im Strassenverkehrsamt wird das Qualitätssicherungssystem laufend überprüft und verbessert. 2009 wird eine vollständige Rezertifizierung durchgeführt.

Massnahme 3.3. Umsetzung von diversen Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes und dessen Ausführungsverordnungen

Stand Planmässig

Kommentar Mitarbeitende werden kontinuierlich bezüglich Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes und dessen Ausführungsverordnungen informiert und weitergebildet.

Massnahme 3.4. Auswertung Verkehrsunfallstatistik (VUSTA 2)

Stand Planmässig

Kommentar Bei der Kantonspolizei erfolgt die Auswertung der Verkehrsunfallstatistik kontinuierlich und dient der Eruiierung von sogenannten Unfallschwerpunkten und als Beurteilungsgrundlage für die Ergreifung weiterer verkehrspolizeilicher Massnahmen.

Legislaturziel 4. Verursachergerechte Besteuerung von Motorfahrzeugen

Massnahme 4.1. Revision des Verkehrsabgabengesetzes (im Rahmen der Überprüfung des gesamten Strassenfinanzierungskonzeptes durch die Volkswirtschaftsdirektion)

Stand Planmässig

Kommentar Die Revision des Verkehrsabgabengesetzes ist mit der Vorlage der Volkswirtschaftsdirektion (Strassenfinanzierung/Revision Strassengesetz) gekoppelt.

Legislaturziel	5. Einflussnahme beim Bund im Ausländer- und Asylwesen
Massnahme	5.1. Auf Direktions- und Amtsebene ist laufend darauf Einfluss zu nehmen, dass der Bund bei der Weiterentwicklung der Ausländer- und Asylgesetzgebung die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kantone berücksichtigt.
Stand	Planmässig
Kommentar	Mitwirkung des Migrationsamtes in diversen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Bundesweisungen zum Ausländergesetz
Legislaturziel	6. Bedarfsgerechte Umsetzung des Bevölkerungsschutzes im Kanton unter Berücksichtigung der aktuellen Bedrohungslage
Massnahme	6.1. Bevölkerungsschutz im Kanton Zürich
Stand	Planmässig
Kommentar	2009 sind Weiterbildungen für die Verantwortlichen der Gemeinden unter der Federführung der Kantonspolizei und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Militär und Zivilschutz geplant.
Massnahme	6.2. Kantonale Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen
Stand	Planmässig
Massnahme	6.3. Anpassung des Übungsdorfes des Ausbildungszentrums Andelfingen an die zukünftigen Schulungsbedürfnisse des Bevölkerungsschutzes
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine Kreditvorlage, welche die Anpassung des Übungsdorfes an die zukünftigen Ausbildungsbedürfnisse bezweckt, ist in Vorbereitung.
Massnahme	6.4. Realisierung des Funknetzes POLYCOM
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Aufnahme des operativen Betriebs ist ab Herbst 2009 vorgesehen (vgl. Dir. LZ 2.2).
Massnahme	6.5. Übertragung des Waffenplatzes Reppischtal an den Bund
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Gespräche mit dem Bund zeigten, dass dieser kein Interesse am Kauf des Waffenplatzes Reppischtal hat. Anstelle einer Übertragung konnte eine höhere Entschädigung ausgehandelt werden.

Legislaturziel	7. Zielgerichtete Ausrichtung der finanziellen Mittel im Sozialbereich
Massnahme	7.1. Konsequente, zielgerichtete Umsetzung des teilrevidierten SHG und der SKOS-Richtlinien
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Kantonale Sozialamt initiierte im vierten Quartal des Berichtsjahres ein Projekt zur Systematisierung aller im Kanton Zürich für Sozialhilfebeziehe- hende angebotenen Programme nach Zielgruppen- und Programmtypologie. Dabei sollen die Angebote erfasst und die Leistungen und Kosten analysiert werden. Das Projekt soll unter Beizug des Amtes für Wirtschaft und Arbeit durchgeführt werden. In verschiedenen Bezirken führte das Kantonale Sozialamt Veranstaltungen über die teilrevidierten SKOS-Richtlinien durch. Ausserdem wurde im Rahmen von «metier», dem Weiterbildungsprogramm der Sozialkonferenz des Kantons Zürich, eine Weiterbildung für Mitarbeitende in Sozialsekretariaten bzw. Sozialdiensten und Behördenmitglieder zur Umsetzung des teilrevidierten SHG angeboten. Zudem übernahm das Kantonale Sozialamt die Schulung der angehenden Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber zum Thema Sozialhilferecht an der ZHAW und informierte in diesem Rahmen über die aktuelle Ausrichtung von Sozialhilfe im Kanton Zürich. Die teilrevidierten Paragraphen des Sozialhilfegesetzes wurden zudem im Sozialhilfe-Behördenhandbuch beschrieben und kommentiert.
Massnahme	7.2. Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) (Projekt in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der Sozialversicherungsanstalt)
Stand	Planmässig
Kommentar	Auf Bundesebene arbeitet das Kantonale Sozialamt in der nationalen Arbeitsgruppe IIZ MAMAC mit. Dadurch kann der Kanton Zürich auch über die Kantonsgrenzen hinaus Akzente setzen. Ausserdem findet zwischen allen Kantonen ein regelmässiger Erfahrungsaustausch statt. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit im Rahmen des «iiz netzwerk kanton zürich» wurde weitergeführt und ausgeweitet: Neben den Städten Zürich, Winterthur und Uster ist das Netzwerk nun auch in den Bezirken Affoltern, Andelfingen und Horgen tätig. Die Umsetzung von IIZ im Bezirk Meilen steht unmittelbar bevor. Eine gesicherte elektronische Austauschplattform, die von allen Institutionen eingesehen und benützt werden kann, wurde implementiert. Dies vereinfacht die interinstitutionelle Zusammenarbeit beträchtlich.

Massnahme	7.3. Gezielte Finanzierung der Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen
Stand	Planmässig
Kommentar	Seit dem Berichtsjahr erfolgt die Finanzierung der Invalideneinrichtungen nicht mehr durch das Bundesamt für Sozialversicherungen, sondern durch die einzelnen Kantone. Mit der Übernahme der Leistungsvereinbarungen des Bundes wurde sichergestellt, dass in der Übergangszeit bis Ende 2010 die bisherigen Leistungen der IV weiter gewährt werden können. Zudem wurden die Projektierungsarbeiten in Angriff genommen, um das Finanzierungsmodell für die Invalideneinrichtungen ab 2011 an die Anforderungen einer zeitgemässen und leistungsorientierten Abgeltung anzupassen.
Legislaturziel	8. Erhöhung des Anteils der sportlich aktiven Bevölkerung in allen Alterskategorien und Bevölkerungsgruppen
Massnahme	8.1. Mittel des Sportfonds gezielt einsetzen, um weitere Bevölkerungsgruppen zur sportlichen Betätigung zu motivieren.
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Studie «Sport Kanton Zürich 2008» hat gezeigt, dass die Bevölkerung sportlicher ist als im Jahr 2003.
Legislaturziel	9. Einführung von biometrischen Daten in Ausweisen (Pässe, Identitätskarten, Reisedokumente für Ausländer usw.)
Massnahme	9.1. Schaffung von Erfassungszentren für die Ausstellung von Ausweisen mit biometrischen Daten
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Stand des Projekts ist aus Sicht des Kantons grundsätzlich planmässig. Vorbehalten bleiben das weitere Vorgehen nach einem allfälligen negativen Ausgang der Referendumsabstimmung über das revidierte Ausweisgesetz des Bundes vom 17. Mai 2009. Ob und wann die Identitätskarten mit biometrischen Daten ausgestellt werden, ist offen.
Legislaturziel	10. Konzentration der Zuständigkeiten im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter
Massnahme	10.1. Im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung ist die Untersuchung und Beurteilung von Übertretungsstraftatbeständen den Statthalterämtern zu übertragen
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Vernehmlassungsentwurf zu einem Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Straf- und Zivilprozess (GOG) ist die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen grundsätzlich den Statthalterämtern zugewiesen.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	829,9	909,7	943,2	33,6
Aufwand	–2044,1	–1889,7	–1858,4	31,3
Saldo	–1214,3	–980,0	–915,2	64,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,6	1,7	7,0	5,3
Ausgaben	–36,1	–66,9	–58,3	8,7
Saldo	–34,5	–65,3	–51,3	14,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3729,2	3780,0	3818,6	38,7

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt im Vergleich zum Budget 2008 um 33,6 Mio. Franken oder 3,7%.

Wichtigste Ursachen:

- +28,6 Mehrertrag vom Bund für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (NFA-bedingte, fehlende Erfahrungswerte)
- +3,7 Mehrertrag beim Amt für Militär und Zivilschutz, vor allem Benützungsgebühren für Kaserne Reppischtal, Wehrpflichtersatz, Bussen für Schiesspflichtversäumer usw.
- +3,3 Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge höheren Fahrzeugbestands
- +2,6 Mehrertrag beim Migrationsamt, vor allem dank gesteigener Gebührenerträge und höherer Haftkostenpauschale des Bundes
- 4,7 Mindererträge für wirtschaftliche Hilfe, vor allem saldoneutrale durchlaufende Beiträge von anderen Kantonen

Der Aufwand sinkt im Vergleich zum Budget 2008 um 31,3 Mio. Franken oder 1,7%.

Wichtigste Ursachen:

Die Verbesserung kann fast ausschliesslich mit den folgenden Veränderungen beim Sozialamt begründet werden:

- +26,3 Minderaufwand infolge Rückerstattungen des Bundes (Abrechnung Rechnungsjahr 2007) für die Sozialversicherungen (FL/AHV/IV)
- +10,6 Minderaufwand für Invalideneinrichtungen (NFA-bedingte, fehlende Erfahrungswerte)
- +7,2 Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe, u. a. saldoneutrale Beiträge von Kantonen an Gemeinden
- +2,0 Minderaufwand im Sozialamt für den Asylbereich (vor allem Asylliegenschaften)
- 14,0 Mehraufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV (NFA-bedingte, fehlende Erfahrungswerte)

Der Minderaufwand bei der Kantonspolizei von 4,3 Mio. Franken vor allem bei den Abschreibungen und Zinsen wird u. a. durch eine höhere Einlage in den Strassenfonds von 3,5 Mio. Franken kompensiert.

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen steigen im Vergleich zum Budget 2008 um 5,3 Mio. Franken.

Wichtigste Ursachen:

- +5,1 Vorzeitige Beitragszahlung des Bundes an das Projekt POLYCOM (Ersatz Funknetz)

Die Investitionsausgaben fallen im Vergleich zum Budget 2008 um 8,7 Mio. Franken geringer aus.

Wichtigste Ursachen:

- +5,0 Kapazitätsbedingte Verschiebung oder Änderung von Vorhaben beim Amt für Militär und Zivilschutz vor allem auf dem Waffenplatz Reppischtal
- +4,4 Geringere Investitionsausgaben des Sportfonds für den Unterhalt des Sportzentrums Kerenzerberg sowie gesuchsbedingt weniger Beitragszahlungen
- +1,7 Weniger Investitionsbeiträge aufgrund verzögerten Baufortschritts bei Invalideneinrichtungen
- +1,1 Beim Strassenverkehrsamt wurden geplante Investitionen kapazitätsbedingt ins Rechnungsjahr 2009 verschoben.
- 3,4 Mehrausgaben für das Projekt POLYCOM (Verschiebung von Teilzahlungsterminen 2007 bis ins Berichtsjahr) wurden teilweise durch Einsparungen und Projektverzögerungen in anderen Projekten der Kantonspolizei kompensiert.

Personal

Der Beschäftigungsumfang fällt im Vergleich zum Budget 2008 um 38,7 Stellen bzw. 1,0% höher aus als geplant.

Wichtigste Ursachen:

- +48,9 Höherer Beschäftigungsumfang bei der Kantonspolizei infolge zusätzlicher von der Unique verlangter und finanzierter Sicherheitsbeauftragter (+91). Bei Polizeikorps und Flughafenpolizei konnte der geplante Personalbestand nicht erreicht werden.
- 12,2 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen sowie schrittweiser leichter Abbau des Personalbestandes beim Amt für Militär und Zivilschutz

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Fr.	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Ersatz Funknetz (POLYCOM)	-2,2	-13,7	-14,4	-0,7
Übrige Investitionen	-32,3	-51,6	-36,9	+14,7
Investition	-34,5	-65,3	-51,3	+14,0

Leistungsgruppen

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat als Direktionsstab sowie die Zentralen Vollzugsaufgaben, welche sich aus dem Passbüro, der Fachstelle Sport, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen sowie dem Eichamt zusammensetzen.

Für das Generalsekretariat standen auch im Berichtsjahr die Führungsunterstützung für den Direktionsvorsteher im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Einzelne Gesetzgebungsvorhaben erfolgten unter der federführenden Bearbeitung durch das Generalsekretariat (Hundegesetzgebung, Ausführungsgesetzgebung zur Gewalt an Sportveranstaltungen). Das Generalsekretariat vertrat zudem die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittsprojekten namentlich in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur.

Im Passwesen wurden gemäss den Vorgaben des Bundes und auf der Grundlage des aktuell laufenden Pilotprojekts die Arbeiten für die flächendeckende Einführung biometrischer Pässe fortgesetzt. Bei diesem Projekt geht es um die Umsetzung internationaler Verpflichtungen der Schweiz. Im Bereich Sport hat der Kanton aktiv bei der Kandidatur für die Leichtathletik-Europameisterschaft 2014 in Zürich mitgewirkt, dies zusammen mit dem Trägerverein von Weltklasse Zürich, dem Schweizerischen Leichtathletikverband und der Stadt Zürich. Der Kanton engagierte sich zudem im Hinblick auf die Durchführung der Eishockey-Weltmeisterschaft 2009 in Bern und Zürich-Kloten. Im Auftrag der Fachstelle Sport wurde die Studie «Sport im Kanton Zürich» erarbeitet. Deren Ergebnisse dienen dem Kanton als wichtige Grundlage für seine sportpolitischen Entscheide.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung (Thinktank)
A2	Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
A3	Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
A4	Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligung von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
A5	Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
A6	Wahrnehmung und Koordination der kantonalen Aufgaben im Bereich des ausserschulischen Sports

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Abschluss des Pilotprojektes Pass06 (biometrischer Pass) und voraussichtlich ab Mitte 2009 flächendeckende Einführung (gemäss Bundesvorgaben) Planmässig (Vorbehalt bezüglich der Volksabstimmung zum revidierten Ausweisgesetz des Bundes am 17. Mai 2009). Termin für die flächendeckende Einführung ist der 1. März 2010.	2009
E2	Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben) Planmässig (Vorbehalt bezüglich der Volksabstimmung zum revidierten Ausweisgesetz des Bundes am 17. Mai 2009). E2 muss aber inhaltlich neu formuliert werden: «Zusammenlegung der Verfahren zur Ausstellung von biometrischen Pässen und von Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben).» Diese Zusammenlegung der Verfahren hat gemäss Ausweisgesetz spätestens zwei Jahre nach der flächendeckenden Ausstellung der biometrischen Pässe zu erfolgen, somit ab 1. März 2012. Ob und wann die Identitätskarten mit biometrischen Daten ausgestellt werden, ist im Gegensatz zur Bezeichnung von E2 offen.	2011

E3	Umsetzung von Grundlagen im Bereich Sport (sportpolitisches Konzept des Kantons, Sportanlagenkonzept) Planmässig	laufend
E4	Optimierung Führungsunterstützung, Dienstleistungen gegenüber Ämtern, Koordination bei amts- und direktionsübergreifenden Aufgaben Planmässig	laufend

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,1	14,7	13,3	-1,4
Aufwand	-15,1	-16,6	-15,9	0,8
Saldo	0,0	-1,9	-2,6	-0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			-0,5	-0,5
Saldo			-0,5	-0,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	44,1	46,5	46,0	-0,5

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ertrag:

- 1,6 Die Gebührenerträge sanken aufgrund geringerer Nachfrage nach Ausweisen.
- +0,2 Mehrertrag aufgrund verstärkter Nachfrage nach Beglaubigungen

Aufwand:

- +0,4 Ablieferungen an Bund sanken aufgrund geringerer Nachfrage nach Ausweisen. Dieser Aufwandverbesserung wird infolge IPSAS-bedingter (buchhalterisch) 13-monatiger Abrechnungsperiode mit dem Bund teilweise kompensiert.
- +0,4 Minderaufwand für Informatik und Dienstleistungen Dritter

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ausgaben:

- 0,5 Mit Nachtragskredit bewilligte Vorverschiebung von Investitionen aufgrund technischer Abhängigkeiten mit anderen Ämtern und zur Ausnützung von Volumenrabatten im Rahmen der Informatik-Ersatzbeschaffung (KR-Nr. 4561/2008: Bewilligung Nachtragskredit, III. Serie).

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

- 0,5 Im Schwankungsbereich (-1,1%)

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Gesetzeskonformer Aufgabenvollzug					
W2	Zufriedenheit mit der Leistungserstellung (direktionsintern und -extern)					
Leistungen						
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	P	175	150	163	13
L2	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen (in %)	P	100	100	100	0
L3	Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien	P	1 333	1 000	1 226	226
L4	Anzahl Beglaubigungen	P	27 750	24 000	29 198	5 198
L5	Anzahl Ausweisgeschäfte	P	208 517	220 000	204 297	-15 703
L6	Anzahl Teilnehmende Jugend+Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und -fortbildung sowie Leiteraus- und -fortbildung)	P	2 111	2 100	2 256	156
L7	Anzahl bewilligte Jugend+Sport-Kurse	P	6 466	6 400	6 765	365
L8	Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel	P	16 244	15 000	15 764	764
L9	Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	P	1 794	1 800	1 866	66
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion in % (Beschäftigungsumfang)		0,6	0,6	0,5	0,1
B2	Anzahl Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand Direktion (in %)		0,3	0,3	0,4	-0,1
Abweichungsbegründungen						
L4	Anzahl Beglaubigungen: Höhere Nachfrage infolge zunehmender internationaler Beziehungen (Firmen/Privatpersonen)					
L5	Anzahl Ausweisgeschäfte: Aufgrund der längeren Gültigkeitsdauer des Pass CHP 03 (neu: 10 Jahre) verminderte sich die Nachfrage nach neuen Pässen (-7%).					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
127 976	-50 786	+30 000	107 190	-20 786

Auflösung Rücklagen im 2008

Total Fr. 50 786
- davon Fr. 3600 für Einmalzulagen an Personal

Antrag zur Bildung von Rücklagen 2008

Der Ertragsrückgang ist exogen bedingt (geringere Nachfrage nach Ausweisgeschäften im Passbüro). Dank Mehrleistung des Personals konnten zusätzliche Kosten infolge langfristiger Absenzen von Mitarbeitenden unter anderem wegen Krankheit, Unfall und Mutterschaft verhindert werden.

3100 Kantonspolizei

Hauptereignisse

Herausragendstes Ereignis im Berichtsjahr war die polizeiliche Bewältigung der EURO 08.

Nachdem das Schengener Abkommen am 1. März in Kraft getreten ist, wurde die Schweiz von verschiedenen Expertenteams der EU evaluiert. Beim Kanton Zürich war dies bezüglich Datenschutz, Schengener Informationssystem und der Flughafenpolizei betreffend Grenzkontrollen der Fall. Neben den grossen Vorbereitungsarbeiten galt es, alle Mitarbeitenden adäquat auszubilden.

Der Regierungsrat hat die Integration des Personalkörpers Flughafen-Sicherheitspolizei in das Polizeikorps auf Anfang 2009 genehmigt. Mit der Schaffung eines einzigen polizeilichen Personalkörpers und einer neuen Laufbahn kann der bisher ungenügenden Bewerbungslage für die Flughafen-Sicherheitspolizei begegnet werden. Die Umsetzungsarbeiten und Rechtsanpassungen erfolgten termingerecht.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements der Kantonspolizei sind seit dem Frühjahr des Berichtsjahrs die Kriminaltechnische Abteilung, der Unfallfotodienst, die Führung und die Grundausbildung ISO 9001: 2000 zertifiziert. Damit erfüllt Letztere die Vorschriften des Bildungspolitischen Gesamtkonzeptes. Das Urkundenlabor der Kriminaltechnischen Abteilung ist zudem akkreditiert.

Im Rahmen der Umsetzung der Vorgaben des Polizeiorganisationsgesetzes galt es, mit allen Gemeinden, die ein Gesuch um Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen auf Staatsstrassen eingereicht hatten, einen entsprechenden verwaltungsrechtlichen Vertrag abzuschliessen. Zwischenzeitlich konnten 27 Verträge abgeschlossen werden. Von insgesamt 38 Kommunalpolizeien mit 223 Mitarbeitenden (ausgenommen die Stadtpolizeien Zürich und Winterthur, die das System mitbetreiben) sind 34 Kommunalpolizeien (200 Mitarbeitende) operationell dem Polizeiinformationssystem POLIS angeschlossen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Durchsetzung der Rechtsordnung
A2	Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
A3	Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
A4	Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
A5	Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
A6	Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1	Konsolidierung der Organisation und laufende Weiterentwicklung zur Umsetzung übergeordneter Rechts sowie zur Bewältigung neuer Sicherheits Herausforderungen Planmässig	laufend
E2	Schaffung klarer Planungsgrundlagen für die polizeiliche Bewältigung der EURO 08 Abgeschlossen	2008
E3	Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes Abgeschlossen (Einführungsphase). Das neue Gesetz wird laufend angewandt	2008
E4	Schaffung einer Verordnung über die Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen sowie Einbindung von Partnerorganisationen im Rahmen von Übungen Planmässig	2009
E5	Umsetzung des Polizeigesetzes und Schaffung einer Polizeiverordnung Planmässig	2009
E6	Planung / Realisierung Funknetz POLYCOM unter Einbezug der Partnerorganisationen (Feuerwehr, Sanität, Städte und Gemeinden usw.) Planmässig	2009
E7	Umsetzung des Projekts Schwerpunktbildung Kriminalitätsbekämpfung gemäss RR-Entscheid Planmässig	2009
E8	Umsetzung der Schengen/Dublin-Abkommen in den Bereichen Asyl, Visa und Polizeikooperation (u.a. Fahndungssystem) Planmässig	2010

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung					
Ertrag		155,7	158,4	158,7	0,2
Aufwand		-467,5	-489,4	-485,1	4,3
Saldo		-311,7	-331,0	-326,4	4,5
Investitionsrechnung					
Einnahmen		0,0		5,6	5,6
Ausgaben		-11,6	-25,1	-28,4	-3,4
Saldo		-11,6	-25,1	-22,8	2,2
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		2991,1	3028,0	3076,9	48,9

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ertrag:

- +4,1 Mehrertrag: Sicherheitsmassnahmen im Flughafen
- 4,2 Minderertrag: Tieferer Bussenerlös

Aufwand:

- +3,7 Minderaufwand: Tiefere Abschreibungen und Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen infolge niedrigerer Vorjahresinvestitionen
- +1,3 Minderaufwand: Vor allem durch Nichtbesetzung freier Stellen und höheren Rotationsgewinn
- 0,6 Mehraufwand: Sachaufwand im Zusammenhang mit der EURO 08

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Einnahmen:

- +5,1 Mehreinnahmen: Vorzeitige Beitragszahlung des Bundes an das Projekt POLYCOM (Ersatz Funknetz)
- +0,5 Mehreinnahmen: Schlusszahlung des Bundes an das Projekt ENEZ (Ersatz Einsatzzentrale)

Ausgaben:

- 5,8 Mehrausgaben für das Projekt POLYCOM: Aufgrund der Ausarbeitung der Wartungsverträge mit dem Lieferanten verschoben sich u. a. Teilzahlungstermine für die Funknetz-Infrastruktur von 2007 bis ins Berichtsjahr
- +2,4 Minderausgaben diverse Projekte dank Einsparungen und Projektverzögerungen (u. a. wird die Klimaanlage der Verkehrsleitzentrale Letten später direkt durch den Bund realisiert)

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Höherer Beschäftigungsumfang infolge zusätzlicher von der Unique verlangter und finanzierter Sicherheitsbeauftragter (+91). Bei Korps und Flughafensicherheitspolizei konnte der geplante Personalbestand nicht erreicht werden.

Indikatoren

		Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen						
W1	Relative Entwicklung Anzahl Verstösse (vgl. Kantone BE, GE, SG [in %])	P	9,25	0	-	-
W2	Positive Zufriedenheit Bürger mit Kontakt, Befragung [in %]	min.	95	80	-	-
W3	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen [in Min.]	max.	19	20	22	2
W4	Anteil Interventionszeit über 30 Min. (in %)	min.	14	10	12	2
W5	Aufklärungsquote (alle Delikte [in %])	min.	33	30	31	1
W6	Aufklärungsquote (schwere Delikte: Verbrechen gegenüber Leib und Leben [in %])		85	81	85	4
Leistungen						
L1	Anzahl Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrolle)	P	82	80	62	-18
L2	Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen)	P	7 917	8 000	7 934	-66
L3	Anzahl Notrufe	P	176 935	200 000	197 058	-2 942
L4	Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen	P	67 025	65 000	72 573	7 573

L5	Anzahl Interventionen pro Korpsangehörigen	P	46	40	49	9
L6	Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	P	8 378	8 500	8202	-298
L7	Anzahl Ordnungsdienst-Stunden	P	26 887	45 000	112 876	67 876
L8	Anzahl Geschwindigkeitskontrollen	P	2 762	2 500	2 446	-54
L9	Anzahl erfasste Straftaten	P	140 015	160 000	135 147	-24 853
L10	Anzahl erfasste Straftatverdächtige	P	34 100	34 000	32 302	-1 698
L11	Anzahl Ordnungsbussen	P	109 476	125 000	92 761	-32 239
L12	Anzahl Arrestanteneingänge	P	9 924	11 500	9 567	-1 933
L13	Anzahl Arrestantentransporte	P	39 489	41 000	38 880	-2 120
L14	Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	P	248 199	252 000	230 074	-21 926
L15	Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio.	P	10,3	10,0	11,0	1
L16	Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck	P	13 074	15 000	11 697	-3 303
L17	Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg	P	4 780	5 000	4 292	-708

Wirtschaftlichkeit

B1	Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung [in %]		0,8	0	1,4	1,4
----	--	--	-----	---	-----	-----

Abweichungsbegründungen

- W1 Relative Entwicklung Anzahl Verstösse: Werte der Vergleichskantone waren zum Zeitpunkt der Abgabe des Geschäftsberichts 2008 noch nicht bekannt. Im Rechnungsjahr 2007 war die Entwicklung besser als in den Vergleichskantonen (weniger Verstösse in Relation zu den Vergleichskantonen).
- W2 Positive Zufriedenheit Bürger mit Kontakt, Befragung: Die Umfrageauswertung des externen Partners liegt zum Zeitpunkt der Abgabe des Geschäftsberichts 2008 noch nicht vor.
- L1 Anzahl Spezialkontrollen: Wegen der EURO 08 mussten die Spezialkontrollen verringert werden.
- L4 Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen: Zunahme der Interventionen zum Vorjahr um 8,3%, Abweichung zum Budget um 11,7%. Seit 2006 enthält dieser Indikator auch an Kommunalpolizeien delegierte Fälle.
- L5 Anzahl Interventionen pro Korpsangehörigen: Die Zunahme der Interventionen über Einsatzzentralen sowie der Unterbestand beim Korps führen zu einer Zunahme der Interventionen pro Korpsangehörigen.
- L7 Anzahl Ordnungsdienst-Stunden: Die Zunahme zum Vorjahr von rund 86000 Stunden ist auf die EURO08 zurückzuführen, die rund 84300 Stunden verursachte. Zum Zeitpunkt der Budgetierung konnte dieser Stundeneinsatz nicht abgeschätzt werden, weil die Auftragslage nicht vorlag. Deshalb beträgt die Abweichung zum Budget rund 68000 Stunden.
- L11 Anzahl Ordnungsbussen: Abnahme zum Vorjahr um rund 16700 Ordnungsbussen. Der Trend vom Vorjahr bestätigt sich. Präventionskampagnen gegen Raser und mehr Kontrollen in Kommunen und in anderen Kantonen zeigen ihre Wirkung.
- L14 Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei: Rückläufig infolge knapper Personalressourcen
- L15 Anzahl sicherheitskontrollierte Pasagiere (in Mio.): Die Steigerung des Passagieraufkommens am Flughafen führt zu einer Zunahme der sicherheitskontrollierten Passagiere.
- L16 Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck: Der Trend aus dem Vorjahr bestätigt sich. Die Passagiere sind risikobewusster geworden und führen weniger gefährliche Gegenstände im Gepäck mit.
- L17 Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg: Dieser Leistungsindikator kann von der Kantonspolizei nur marginal beeinflusst werden. Die Auszuschaffenden werden von Kantonen, Liechtenstein und Vorarlberg zugewiesen. Für die Ausschaffungsverfügungen sind das Bundesamt für Migration (Asylgesetz) und die kantonalen Migrationsämter (Ausländergesetz) zuständig. Der Vollzug wird immer schwieriger (fehlende Rückführungsabkommen mit anderen Staaten, Herkunftsländer unklar und fehlende Papiere, zunehmende rechtliche Anfechtung von Entscheiden, aktiver Widerstand mit Verunmöglichung der Ausschaffung).

Rücklagen

Bestand 31.12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12. 2008	Veränderung Bestand
+4 798 000	0	0	+4 798 000	0

3200 Strassenverkehrsamt

Hauptereignisse

Der Bestand an Strassenfahrzeugen (per 30. September) hat im Kanton Zürich innerhalb des letzten Jahres um 1,4% von 846 169 auf 858 408 zugenommen. Ebenso ist das gesamte Arbeitsvolumen angestiegen. Dieses konnte nur dank dem Einsatz aller Kräfte in der geforderten Qualität bewältigt werden. Von der Finanzkrise mit ihren Auswirkungen auf die Realwirtschaft ist das Strassenverkehrsamt bis heute noch nicht berührt worden.

Im Bereich der technischen Verkehrssicherheit war eine leichte Abnahme bei den Führerprüfungen zu verzeichnen, die mit einer markanten Steigerung bei den Fahrzeugprüfungen mehr als kompensiert wurde. Ein neuer Prüfbericht, der künftige Anforderungen an die Qualitätssicherung und elektronische Archivierung bereits erfüllt, wurde erfolgreich eingeführt.

Im Bereich der administrativen Verkehrssicherheit erhöhte sich die Erteilung von Ausweisen in unerwartetem Ausmass. Nur bei den Bewilligungen sowie bei den Geschäften im Zusammenhang mit erloschener Versicherungsdeckung war eine geringe Reduktion zu verzeichnen. Das Projekt Motorfahrzeuginformationssystem / elektronischer Versicherungsnachweis (MOFIS/eVn), das die Anbindung an die zentrale Fahrzeug-Datenbank des Bundes zusammen mit dem elektronischen Datenaustausch mit den Versicherern enthält, konnte ohne nennenswerte Probleme planmässig verwirklicht werden.

Im Bereich der Administrativmassnahmen führte das neue Massnahmerecht zu einer weiteren Zunahme von komplexen Verfahren. Der Bestandeszuwachs bei den älteren Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenkern sowie den Berufschauffeuren, die sich regelmässig einer ärztlichen Kontrolle unterziehen müssen, konnte verwaltungsmässig nur dank organisatorischer und personeller Anpassungen bewältigt werden.

Der Bund beschliesst nach wie vor in hoher Kadenz neue Rechtserlasse. Als Stichworte seien erwähnt: Verkehrssicherheitsprogramm Via sicura, Einführung und Verfeinerung von Energie- bzw. Umweltetikette für Fahrzeuge, neue Chauffeurzulassungsverordnung. Die Umsetzung dieser Regulierungsdichte wird auch in den nächsten Jahren von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Strassenverkehrsamtes eine hohe Bereitschaft an Leistung und Flexibilität verlangen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkerinnen und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
A2	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
A3	Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften. Beantwortung von Anfragen
A4	Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
A5	Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1	Optimierung der Verkehrssicherheit (u. a. Umsetzung Neuanforderungen des Bundesamtes für Strassen [ASTRA]) Planmässig	2008
E2	Konsequente Einhaltung der Intervalle für periodische Fahrzeugprüfungen, insbesondere bei älteren Fahrzeugen Planmässig	2009
E3	Keine oder nur minimale Prüfrückstände bei Fahrzeugen, die dem berufsmässigen Personentransport oder dem Transport gefährlicher Güter dienen Planmässig	2009
E4	Konzentration auf Fälle gravierender Verkehrsregelverletzungen und Rückfalltäter/innen (Administrativmassnahmen) Planmässig	2009
E5	Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen Planmässig	2009

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung					
Ertrag		369,8	368,2	372,1	3,9
Verkehrsabgaben		286,5	287,0	290,3	3,3
Aufwand		-347,2	-346,5	-350,1	-3,6
Übertrag an Strassenfonds		-285,7	-286,1	-289,6	-3,5
Saldo		22,6	21,7	22,0	0,3
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben		-2,4	-4,0	-2,9	1,1
Saldo		-2,4	-4,0	-2,9	1,1
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		335,6	337,0	338,9	1,9

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ertrag:

+3,3 Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge höheren Fahrzeugbestands

+0,6 Auflösung Rücklagen

Aufwand:

-3,5 Höhere Einlage in den Strassenfonds infolge höheren Fahrzeugbestands und weniger Debitorenverluste

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ausgaben (Total: +1,1 Mio. Franken)

+1,1 Geplante Investitionen wurden kapazitätsbedingt auf 2009 verschoben.

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

+1,9 Besetzung von vakanten Stellen infolge Mehrbelastung im Bereich Administrativmassnahmen

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3–5 Jahre)	-	-	-	-	
Leistungen						
L1	Theoretische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.)	P	245	260	224	-36
L2	Praktische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.)	P	249	240	240	0
L3	Technische Fahrzeugprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.)	P	1 706	1 700	1 856	156
L4	Anzahl Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	P	443	500	417	-83
L5	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	P	7 276	7 000	7 176	176
L6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung)	P	5 332	5 100	5 054	-46
L7	Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	P	52 871	50 000	52 150	2 150
L8	Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmedizinischen Kontrollen	P	54 157	50 000	63 554	13 554
L9	Verfügte Administrativmassnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in	P	1 830	1 750	1 528	-222
L10	Anzahl erstellte Rechnungen (Mio.)	P	1,621	1,600	1,623	0,023
L11	Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	P	271 402	294 000	253 831	-40 169
L12	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	P	6 685	6 250	7 306	1 056
L13	Anzahl Chauffeurfahrten	P	1 785	1 700	1 782	82
L14	Anzahl Selbstfahrten durch Verwaltungsmitarbeiter/innen	P	5 970	6 000	6 351	351
Wirtschaftlichkeit						
B1	Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Strassenfonds und Rücklagen)	P	178 141	176 000	174 914	-1 086
B2	Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Strassenfonds)	P	246 699	239 000	241 175	2 175

Abweichungsbegründungen

- L3 Technische Fahrzeugprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen-u.Wasser-Fz.): Aufgrund der bilateralen Verträge müssen schwere Fahrzeuge (LKW usw.) in kürzeren Intervallen geprüft werden.
- L7 Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte: Die Menge der eingegangenen Polizeirapporte ist u.a. abhängig von der polizeilichen Schwerpunktbildung.
- L8 Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmed. Kontrollen: Deutlicher Anstieg infolge demografischer Entwicklung und Systemänderung im Aufgebotswesen
- L11 Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge): Optimierung der Mahnläufe (Einsparung bei Druck- und Portokosten)
- L12 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen): Höhere Anzahl beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen) infolge tieferen Personalbestands

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
641 639	-561 163	+500 000	580 476	-61 163

Auflösung Rücklagen im 2008

Total Fr. 561 163

– davon Fr. 233 628 für Einmalzulagen an Personal

Antrag zur Bildung von Rücklagen 2008:

Die Produktivität insbesondere im Bereich Technische Fahrzeugprüfung konnte gegenüber Budget und Vorjahr markant gesteigert werden.

Der Minderertrag aus der Gebührensenkung auf den 1. Januar von rund 2,5 Mio. Franken wurde nicht im Budget 2008 berücksichtigt. Trotz dieser Gebührensenkung wurde der Gebührenertrag um rund 0,6 Mio. Franken übertroffen, was einen Gesamtmehrertrag von 3,1 Mio. Franken ergibt.

Dank straff geführtem Debitorenmanagement konnten die Debitorenverluste auf tiefem Niveau gehalten werden.

Ausserhalb des Tagesgeschäfts wurden gewichtige Projekte erfolgreich abgeschlossen (Beispiel Motorfahrzeuginformationssystem / elektronischer Versicherungsnachweis).

3300 Migrationsamt

Hauptereignisse

Am 1. Januar trat das neue Ausländergesetz (AuG) in Kraft und löste das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) von 1931 ab. Das neue Gesetz samt zugehörigen Verordnungen enthält gegenüber den alten Rechtserlassen detailliertere Bestimmungen. Teils wurde die bisher von der Rechtsprechung entwickelte Praxis ins gesetzte Recht übernommen, teils wurden neue Regelungstatbestände aufgenommen. Dies führte zu einer besseren Transparenz für die Rechtsbetroffenen. Der neue Erlass brachte erhebliche Umsetzungsarbeiten mit sich. Da die erforderlichen Bundesweisungen bis Ende des Berichtsjahrs nicht vorlagen, musste die entsprechende kantonale Praxis entwickelt werden.

Am 3. März wurden die bisher bestehenden ausländerrechtlichen Register (Zentrales Ausländerregister [ZAR] und Automatisiertes Personenregister [Auper]) durch das neue Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS) abgelöst. Das gegenüber den alten Systemen erheblich langsamere System führte (und führt immer noch) zu einer längeren Bearbeitungszeit für die einzelnen Geschäfte.

Am 12. Dezember sind die Abkommen von Schengen und Dublin für die Schweiz operationell geworden. Gestützt darauf muss für Staatsangehörige eines Nicht-EU-/EFTA-Staats ein neuer Ausweis in Kreditkartenformat hergestellt werden, was die Einrichtung neuer Verfahrensabläufe im Bewilligungsverfahren erforderlich machte. In diese Abläufe sind die Gemeinden (Einwohnerkontrollen) stärker als bisher einbezogen. Sie leisten eine wesentliche Vorarbeit für die reibungslose Herstellung des Ausländerausweises. Produziert wird der Ausweis nicht mehr im Migrationsamt, sondern von der Firma Trüb in Aarau (wie die Identitätskarte für Schweizer).

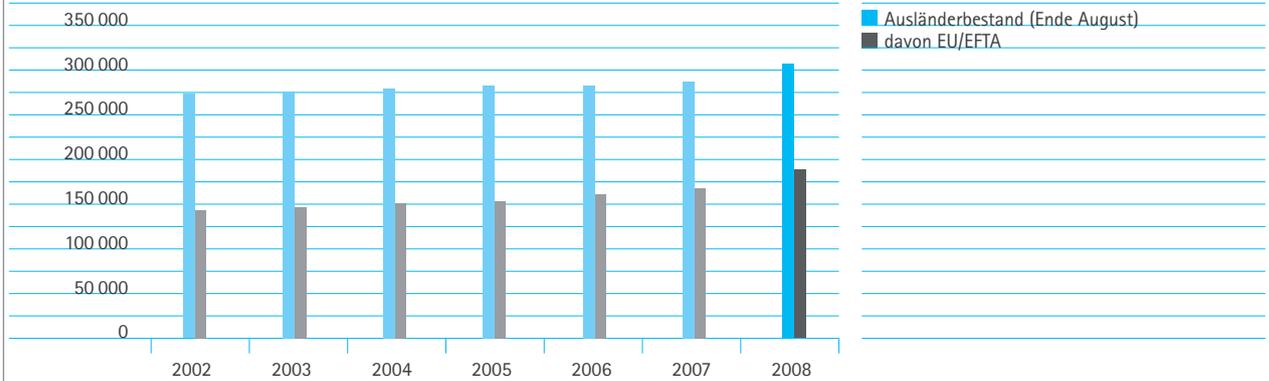
Das Inkrafttreten von «Schengen» hat weiter zur Folge, dass bei der Bearbeitung von Aufenthaltsgesuchen sowie Gesuchen um Erteilung eines Rückreisevisums jeweils zu prüfen ist, ob gegen die gesuchstellende Person in einem anderen Schengen-Staat ausländerrechtliche Massnahmen bestehen oder nicht. Dies kann sich je nach Ursache der fremdenrechtlichen Massnahme des anderen Staats auf den Entscheid über das zu beurteilende Gesuch auswirken.

Die Mitgliedschaft beim Abkommen von «Dublin» bewirkt, dass bei Asylgesuchen in der Schweiz festgestellt werden kann, ob die gesuchstellende Person bereits in einem andern Mitgliedstaat in ein Asylverfahren involviert ist. Im positiven Fall kann diese Person in den fraglichen Staat überstellt werden.

Die permanente Zunahme des Ausländerbestands, namentlich von Angehörigen von EU-/EFTA-Staaten, führte zu einem markanten Anstieg der Bewilligungsgeschäfte, welcher nicht nur die Bewilligungsabteilungen, sondern auch den Publikumsverkehr (Schalter und Auskunftsstelle) sowie den rückwärtigen Dienst stark belastete und sich auf die Verfahrensdauer auswirkte.

Zur besseren Bewältigung des mit den verschiedenen Änderungen einhergehenden Mehraufwands wurde auf 1. Januar des Berichtsjahrs das Bewilligungsverfahren neu organisiert und je eine Abteilung Einreise/Freizügigkeitabkommen (FZA) und Aufenthalt/Ausländergesetz (AuG) gebildet sowie ein Spezialteam für die Bearbeitung einfacherer Bewilligungsgeschäfte geschaffen.

Ausländerbestand 2002-2008 (Stand: jeweils Ende August)



Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u. a.)
A2	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechtes des Bundes
A3	Die Hauptaufgaben des Amtes sind a) die Prüfung von Gesuchen und das Erteilen, Verweigern, Verlängern, Nichtverlängern oder Widerrufen von Bewilligungen, b) Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und administrative Aufgaben im Asylbereich sowie c) das Treffen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, dauerhaftem Sozialhilfebezug, Verstössen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung und bei Missbräuchen sowie von illegaler Anwesenheit.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

E1	Planung und Umsetzung der Änderungen des Bundes im Ausländer- und Asylbereich Planmässig	bis laufend
E2	Umsetzung der Reorganisation in der Abteilung Bewilligungsverfahren (Projekt BV 2008) Abgeschlossen	2008
E3	Verfeinerung und Anwendung des amtsinternen Controllingkonzepts Verzögert, wegen Abhängigkeit von anderen Projekten	2008
E4	Einführung/Umsetzung Neuregelung Ausländerausweis (gemäss Bundesvorgaben) Planmässig, 1. Etappe abgeschlossen	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	16,2	14,9	17,5	2,6
Aufwand	-23,7	-23,4	-24,6	-1,3
Saldo	-7,5	-8,5	-7,1	1,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	0,0	-0,5	-0,4	0,1
Saldo	0,0	-0,5	-0,4	0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	122,6	120,0	127,0	7,0

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ertrag:

- +1,8 Mehr Gebührenerträge infolge Zunahme der Anzahl Bewilligungen und des höheren Gebührenansatzes seit 1. März 2008.
- +0,6 Erhöhte Haftkostenpauschale des Bundes (BFM)

Aufwand:

- 0,8 Höherer Personal- und Sachaufwand infolge Kapazitätserweiterung wegen der immer zahlreicheren und komplexeren Bewilligungsverfahren
- 0,3 Mehr Hafttage von Ausländern mit Aufenthaltsbewilligung haben insgesamt höhere Haftkosten zur Folge.

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ausgaben:

- +0,1 Projektverzögerung bei der Erneuerung des elektronischen Archivs

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

- +7,0 Kapazitätserweiterung aufgrund der immer zahlreicheren und komplexeren Bewilligungsverfahren

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1 Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	max.	4	5	6	1
Leistungen					
L1 Anzahl bewilligte Einreisegesuche	P	20 155	24 000	13 715	-10 285
L2 Anzahl Visageschäfte/Schalteversprachen	P	59 618	50 000	65 660	15 660
L3 Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	P	138 953	135 000	153 298	18 298
L4 Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit	P	15 892	16 000	14 204	-1796
L5 Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen	P	6 437	6 000	6 379	379
L6 Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender	P	31 123	32 000	30 210	-1790
L7 Anzahl Pendenzen pro Mitarbeitende	max.	146	80	101	21
L8 Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen)	max.	11	8	13	5
Wirtschaftlichkeit					
B1 Saldo pro Bewilligung (in Fr.)	P	-3	-10	-6	4
Abweichungsbegründungen					
L1 Anzahl bewilligte Einreisegesuche: EU-/EFTA-Angehörige benötigen seit 1. Juni 2007 keine Einreisebewilligung mehr.					
L2 Anzahl Visageschäfte / Schalteversprachen: vor allem mehr Schalteversprachen von Nicht-EU-/EFTA-Staatsangehörigen					
L3 Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung: Wachstum der ausländischen Bevölkerung, vor allem aus dem EU-/EFTA-Raum					
L4 Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit: Abnahme bei den Bewilligungen zum Stellenantritt infolge des seit 1. Januar 2008 gültigen Ausländergesetzes					
L7 Anzahl Pendenzen pro Mitarbeitende: Das seit 1. Januar 2008 gültige Ausländergesetz sowie die immer zahlreicheren und komplexeren Bewilligungsverfahren haben vermehrte Abklärungen zur Folge.					
L8 Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen): Das seit 1. Januar 2008 gültige Ausländergesetz sowie die immer zahlreicheren und komplexeren Bewilligungsverfahren haben vermehrte Abklärungen zur Folge. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer liegt mehr als 50% über dem budgetierten Wert. Überlange Verfahrensdauern führten zu massiv zunehmenden Beanstandungen. Da mit einem Rückgang der Geschäftslast nicht gerechnet werden kann, ist eine massive personelle Verstärkung unumgänglich.					
B1 Saldo pro Bewilligung (in Fr.): Saldo-Verbesserung dank der grösseren Zahl erteilter Bewilligungen sowie höherer Gebührensätze seit 1. März 2008.					

Rücklagen

Bestand 31.12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12. 2008	Veränderung Bestand
+215 047	-180 525	+180 000	+214 522	-525

Auflösung Rücklagen im 2008

- davon Fr. 60088 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 88 430 für neue Hardware

Antrag zur Bildung von Rücklagen 2008

Im Vergleich zur Rechnung 2007 und zum Budget 2008 nahm die Geschäftslast wiederum zu. Dies führte im Rechnungsjahr 2008 bei den Bewilligungen zu Mehreinnahmen von 1,8 Mio. Franken.

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Hauptereignisse

Am 1. Juli trat das neue Bevölkerungsschutzgesetz und am 1. November die total revidierte kantonale Zivilschutzverordnung in Kraft.

An 108 Orientierungstagen wurden 5608 Stellungspflichtige über die Möglichkeiten der Dienstleistungen informiert. Es gingen 8730 Dienstverschiebungsgesuche ein; von 6075 Gesuchen im Zuständigkeitsbereich des Kantons wurden 2153 abgelehnt. Es wurden insgesamt 4228 Angehörige der Armee (424 Offiziere) aus der allgemeinen Wehrpflicht entlassen. Für die Soldaten, Unteroffiziere und höheren Unteroffiziere fanden hierzu acht Entlassungsfeiern auf dem Militärflugplatz Dübendorf statt. Die Offiziere wurden an einer Feier im Albisgütli durch den Sicherheitsdirektor verabschiedet. Die neu brevetierten Leutnants begrüsst der Sicherheitsdirektor – in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Offiziersgesellschaft – an einem speziellen Anlass.

Der Umsatz des Armee-Shops im kantonalen Zeughaus betrug Fr. 292 895; davon brachte der Verkauf über das Internet Fr. 94 314 ein. Es wurden rund 3500 Sturmgewehre 90 instand gestellt und wieder der Rekrutenausrüstung zugeführt. An rund 3300 Stgw 90 wurde eine grosse Revision durchgeführt. Der Waffenplatz Zürich-Reppischtal war mit der Infanterie Durchdienereschule 14 – neben der Militärakademie – praktisch vollständig belegt.

Es wurden 38 435 Ersatzpflichtige veranlagt, was zu Einnahmen von rund 25,1 Mio. Franken führte. 20% fallen dem Kanton als Bezugsprovision zu (rund 5 Mio. Franken).

Im kantonalen Ausbildungszentrum Andelfingen wurden 1147 Angehörige des Zivilschutzes ausgebildet. Der Werterhalt von Schutzräumen, Anlagen und Material erforderte rund 4500 Personentage. Der Zivilschutz unterstützte die EURO 08 im Rahmen von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft mit 6500 Personentagen. Zudem betreuten Angehörige des Zivilschutzes während rund 13 000 Personentagen ältere und jüngere Menschen in Spitälern, Kranken- und Altersheimen.

Im Rahmen des Projektes IBIS08 wurde die IT-Basisinfrastruktur im vorgesehenen Rhythmus abgelöst. Dank der Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat, dem Kantonalen Sozialamt und den Statthalterämtern konnten erhebliche Einsparungen erzielt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Das AMZ mit seinen Abteilungen Militärverwaltung, Militärbetriebe, Wehrpflichtersatz sowie Zivilschutz erfüllt vor allem vom Bund vorgeschriebene Aufgaben in den Bereichen Militärwesen und Zivilschutz.
A2	Dazu gehören insbesondere das Dienstverschiebungswesen und die Überprüfung der obligatorischen Schiesspflicht der im Kanton Zürich wohnhaften Angehörigen der Armee sowie das Verhängen und der allfällige Vollzug von Disziplinarstrafen.
A3	Sodann werden die Wehrpflichtersatzpflichtigen (jährlich rund 30 000) veranlagt, Zivilschutzpflichtige ausgebildet sowie bestehende Zivilschutzinfrastrukturanlagen unterhalten.
A4	Weiter werden alle in der Schweiz wohnhaften Schweizerinnen und Schweizer im 16. Altersjahr über die Möglichkeiten der Dienstleistungen vororientiert, und für alle Stellungspflichtigen werden Orientierungstage durchgeführt.
A5	Schliesslich ist das AMZ zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und für die Entlassung mehrerer tausend Armeeangehöriger aus der Militärdienstpflicht.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1 Erarbeitung der Konzeption «Bevölkerungsschutz im Kanton Zürich» und Regelung der Zusammenarbeit aller zivilen Partner (Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Gesundheitswesen und technische Betriebe), einschliesslich kantonaler Gesetzgebung Abgeschlossen	2008
E2 Umsetzung neues Entschädigungsmodell Waffenplatz Planmässig	2011
E3 Einbezug der Entwicklungsschritte von Armee/Bevölkerungsschutz (u. a. «08/11») Planmässig	laufend

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,1	13,2	16,9	3,7
Aufwand	-31,3	-32,5	-32,4	0,0
Saldo	-16,2	-19,2	-15,6	3,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,6	1,7	1,4	-0,3
Ausgaben	-9,0	-12,2	-7,0	5,3
Saldo	-7,5	-10,6	-5,5	5,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	124,9	133,0	120,8	-12,2

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ertrag:

- +2,7 Höhere Mieterträge für Benützung der Kaserne Reppischtal
- +0,7 Mehrertrag an Bussen Schiesspflichtversäumnis, Benützungsgebühren, Dienstleistungen usw.
- +0,4 Höherer Anteil am Wehrpflichtersatz

Aufwand:

- +0,9 Geringerer Personalaufwand (Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen)
- 0,5 Höhere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen
- 0,3 Höherer Sachaufwand (vor allem im Bereich Liegenschaftenunterhalt)

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Einnahmen:

- 0,2 Geringere durchlaufende Investitionsbeiträge vom Bund für Anlagen der Zivilschutzorganisationen

Ausgaben:

- +5,0 Geplante Vorhaben, vor allem im Waffenplatz Reppischtal, wurden kapazitätsbedingt ins Folgejahr verschoben oder geändert
- +0,2 Geringere durchlaufende Investitionsbeiträge an Gemeinden für Anlagen der Zivilschutzorganisationen

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

- 12,2 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen sowie schrittweiser leichter Abbau des Personalbestandes

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Verschiebungsgesuche einrückungspflichtiger Angehöriger der Armee (AdA); Erledigung innerhalb von 14 Tagen (in %)	min.	96	90	95	5
W2	Zufriedenheit der Stellungspflichtigen bezüglich Information und Ablauf am Orientierungstag [OT] (in %)	min.	93	90	94	4
W3	Hoher Bereitschaftsgrad der persönlichen Ausrüstung, Mängel der kontrollierten Ausrüstung (in %)	P	14	9	10	1
W4	Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten / Material (in %)	min.	92	80	92	12
Leistungen						
L1	Betreuung Anzahl Meldepflichtige (einschliesslich Stellungspflichtige) mit Wohnsitz im Kt. ZH pro Mitarbeitende in der Militärverwaltung	min.	4303	3400	3450	50
L2	Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen	max.	25	7	10	3
L3	Gleichbleibende Kosten im Bereich der persönlichen Ausrüstung (Zeughaus); Kosten pro Angehöriger der Armee im Kt. ZH für die persönliche Ausrüstung (in Fr.)	max.	73	60	61	1
L4	Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage	min.	7468	9600	8684	-916
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag [OT] (in Fr.)	max.	27	28	28	0
B2	Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %)	min.	213	139	180	41
B3	Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %)	min.	103	90	104	14

Abweichungsbegründungen

- W4 Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten/Material (in %): Abnahme der Mängel mit dem Ausscheiden von alten Anlagen
- L2 Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen: Noch einige wenige Fälle, bei denen die Akten vorhanden sind und die RIPOL-Ausschreibung (Recherches informatisées de la police) erfolgreich ist, aber die polizeiliche Zuführung nicht erfolgen kann
- L4 Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage: Vorzeitig Entlassene (u. a. Krankheit), Nichteinrückende, weniger gemeldete Kader- und Spezialistenanwärter als vorgesehen
- B2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %): Der höhere Anteil am Wehrpflichtersatz ergibt sich aus mehr Dienstpflichtverschiebern und dem Mehrertrag aus Gebühren für Amtshandlungen bei tieferen Gesamtkosten der Wehrpflichtersatzverwaltung.
- B3 Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %): Die Anwendung der höheren und einheitlichen Disziplinarstrafansätze seit 1. März 2004 führt bei rückläufiger Disziplin der Schiesspflichtigen zu mehr Bussenerträgen bei tieferen Gesamtkosten der Militärverwaltung.

Rücklagen

Bestand 31. 12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31. 12. 2008	Veränderung Bestand
145 633	-139 540	+120 000	126 093	-19 540

Auflösung Rücklagen im 2008

Total Fr. 139 540

– davon Fr. 60 695 für Einmalzulagen an Personal

Antrag zur Bildung von Rücklagen 2008

Das Ergebnis konnte dank Mehreinnahmen (unter anderem Benützung Waffenplatz Reppischtal und Wehrpflichtersatz) endogen verbessert werden.

3500 Sozialamt

Hauptereignisse

Das Berichtsjahr war das erste Jahr der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Mit dem neuen Gesetz über Einrichtungen für invalide Personen (IEG) und dem angepassten Zusatzleistungsgesetz (ZLG) bestehen seit dem 1. Januar die rechtlichen Grundlagen für die Umsetzung im Sozialbereich. Zudem ist der Kanton Zürich per 1. Januar der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) beigetreten, welche die Finanzierung ausserkantonalen Heimaufenthalte gewährleistet. Im Bereich der Öffentlichen Sozialhilfe waren die Schwerpunkte die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes sowie die Weiterentwicklung der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ). Im Weiteren galt es, die Einführungsgesetzgebung zum neuen Bundesgesetz über die Familienzulagen zu erarbeiten. Weitere Schwerpunkte der Arbeit waren die Gewährleistung ausreichender Unterbringungsplätze für die vom Bund den Kantonen zugewiesenen Asylsuchenden, nachdem die Zuweisungen seit Mitte Jahr stark zu steigen begannen, sowie die Gewährung von Nothilfe für Personen mit einem rechtskräftig abgewiesenen Asylgesuch oder einem Gesuch, auf welches nicht eingetreten worden war.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen (Beratung, Unterstützung, Beaufsichtigung und Koordination der Gemeinden)
A2	Vollzug des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger und die Koordination der Asylfürsorge
A3	Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Ergänzungsleistungen und Beihilfen) Im Berichtsjahr wurden erstmals neben Ergänzungsleistungen und Beihilfen auch die im Rahmen der Umsetzung der NFA geschaffenen kantonalen Zuschüsse ausgerichtet.
A4	Durchführung des Kinderzulagengesetzes
A5	Bewilligung und Subventionierung von Heimen und Einrichtungen für Erwachsene Im Berichtsjahr wurden erstmals die bisherigen Leistungen der IV, welche die Kantone mit der NFA zu gewährleisten haben, an die Invalideninstitutionen ausgerichtet.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Planung und Umsetzung der Änderungen des Bundes im Asylbereich (Sozialhilfestopp, Asylgesetzrevision) Es sind dies insbesondere die Umsetzung des Sozialhilfestoppes und die Ausrichtung von Nothilfe, der Integrationsprogramme für Personen mit voraussichtlich längerem Aufenthalt in der Schweiz sowie ein neues Abrechnungswesen. Die Umsetzungsarbeiten werden im Jahr 2009 fortgeführt (LZ RR 14/1).	2008
E2	Einführung der kantonalen Gesetzgebung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen Am 20. August 2008 hat der Regierungsrat die Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Familienzulagen erlassen, welche am 1. Januar 2009 in Kraft tritt und gilt, bis die endgültige gesetzliche Regelung in Kraft tritt. Der Kantonsrat wird das kantonale Einführungsgesetz 2009 verabschieden.	2009

E3	Umsetzung NFA in den Bereichen Behinderteneinrichtungen und Zusatzleistungen zur AHV/IV Planmässig (LZ RR 13.3)	2011
E4	Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kanton Zürich zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der SVA Zürich Planmässig (LZ RR 14.1)	laufend

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	211,0	295,4	319,1	23,7
Rückerstattung an wirtschaftliche Hilfe	56,8	76,1	71,4	-4,7
Rückerstattungen an Asylaufgaben	103,1	69,5	69,4	-0,1
Rückerstattungen an Zusatzleistungen und Kinderzulagen	50,7	149,5	178,1	28,6
Aufwand	-1119,4	-942,6	-910,5	32,1
Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-162,7	-166,0	-158,8	7,2
Beiträge an Asylaufgaben	-96,5	-87,6	-86,5	1,1
Beiträge an Zusatzleistungen und Kinderzulagen	-245,4	-272,5	-286,5	-14,0
Beiträge an Soziale Einrichtungen	-13,4	-281,4	-271,2	10,2
Beiträge an Sozialversicherungen des Bundes	-582,0	-113,3	-87,0	26,3
Saldo	-908,4	-647,2	-591,4	55,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-8,1	-17,7	-15,6	2,1
Saldo	-8,1	-17,7	-15,6	2,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	49,5	50,5	48,6	-1,9

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ertrag:

- +28,6 Mehrerträge vom Bund für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (NFA-bedingte, fehlende Erfahrungswerte)
- 4,7 Mindererträge für wirtschaftliche Hilfe, vor allem saldoneutrale durchlaufende Beiträge von anderen Kantonen

Aufwand:

- +26,3 Minderaufwand infolge Rückerstattungen des Bundes (Abrechnung Rechnungsjahr 2007) für die Sozialversicherungen (FL/AHV/IV)
- +10,6 Minderaufwand für Invalideneinrichtungen (NFA-bedingte, fehlende Erfahrungswerte)
- +7,2 Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe; u. a. saldoneutrale durchlaufende Beiträge von Kantonen an Gemeinden
- +2,0 Minderaufwand im Asylbereich
- 14,0 Mehraufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV (NFA-bedingte, fehlende Erfahrungswerte)

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ausgaben:

- +1,7 Weniger Investitionsbeiträge aufgrund verzögerter Baufortschritte bei Invalideneinrichtungen
- +0,4 Ausführung des Baus einer Asylliegenschaft noch nicht erfolgt

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

- 1,9 u. a. Kurzvakanzen nach Personalwechsell

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Franken)	P	518,2	807,5	802,9	4,6
W2	Anteile des Kantons an den Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV und an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen (in Mio. Franken)	P	581,9	113,3	87,0	26,3
Leistungen						
L1	Anzahl Rechnungen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe	P	19 919	21 000	15 713	-5 287
L2	Vom Bund zugewiesene Asylbewerber	P	1 379	1 700	2 308	608
L3	Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich	P	5 769	5 000	5 452	452
L4	Verfügbare Plätze in sozialen Einrichtungen	P	13 774	12 600	13 961	1 361
L5	Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	P	40 698	43 000	41 679	-1 321
L6	Anzahl Leistungserbringer im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	P	115	105	113	-8
Wirtschaftlichkeit						
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %)	P	50	90	80	-10
B2	Auslastungsgrad Soziale Einrichtungen (in %)	P	95	94	96	2

Abweichungsbegründungen

- W1 Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Franken): Minderaufwand für Soziale Einrichtungen und wirtschaftliche Hilfe, Mehraufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV (siehe Erfolgsrechnung)
- W2 Anteile des Kantons an den Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV und an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen (in Mio. Franken): Minderaufwand infolge Rückererstattungen des Bundes (Abrechnung Rechnungsjahr 2007) für die Sozialversicherungen (FL/AHV/IV)
- L1 Anzahl Rechnungen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe: Systemumstellungen in grösseren Gemeinden und Änderungen im Bereich der Flüchtlingsabrechnungen führten u.a. zu weniger Rechnungen.
- L2 Vom Bund zugewiesene Asylbewerber: Anstieg der Zuweisungen von Asylsuchenden vom Bund
- L3 Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich: Mit den steigenden Zuweisungen des Bundes ist auch der Bestand an fürsorgeabhängigen Asylsuchenden angestiegen.
- L4 Verfügbare Plätze in Sozialen Einrichtungen: Entgegen der Annahme im Budget 2008 verbleiben die Plätze für berufliche Massnahmen der Invalidenversicherung im Indikator des Kantons.
- L5 Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV: Weniger starke Zunahme, insbesondere der Fälle mit IV, als erwartet
- B1 Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %): Im Jahresverlauf stark gestiegen, gegen Ende Jahr praktisch Vollbelegung

Rücklagen

Bestand 31. 12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31. 12. 2008	Veränderung Bestand
194 751	-45 119	+70 000	219 631	+24 880

Auflösung Rücklagen im 2008

Total Fr. 45 119

– davon Fr. 27 573 für Einmalzulagen an Personal

Antrag zur Bildung von Rücklagen 2008

Sowohl die Umsetzung der NFA als auch der Asylgesetzrevision führten zu einer erheblichen Mehrbelastung des Personals. Mit der Einführung einer Informatiklösung konnte das Abrechnungswesen mit den Gemeinden im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV verbessert werden. Die Aufgabenerfüllung erfolgte mit gleichbleibendem Personalbestand, Vakanzen wurden jeweils intern aufgefangen.

3600 Statthalterämter

Hauptereignisse

Die zwölf Statthalterämter haben für das Berichtsjahr wiederum einen Rückgang bei den Verzeigungseingängen zu verzeichnen. Die Rückgänge betreffen in der Hauptsache Tatbestände des Straf- und des Strassenverkehrsrechts. Hingegen mussten einzelne Statthalterämter sehr komplexe Strafverfahren wegen Verstössen gegen die Lotterie-, Heilmittel- und Waldgesetzgebung führen. Diese waren jeweils von aufwendigen Einziehungsverfahren von unrechtmässig erworbenen Vermögenswerten in der Höhe von mehreren Millionen Franken begleitet.

Die sehr hohen Abschreibungen von Bussen- und Gebührenerträgen sowie hohe Zahlungsrückstände aus dem Bussenvollzug beeinflussen den Kostendeckungsgrad negativ.

Für verschiedene Verfahrensabläufe im Strafvollzug, u. a. im Jugendstrafrecht, konnten mit anderen Behörden und Verwaltungen Abgrenzungsprobleme bereinigt werden. Die Statthalter konnten in zahlreichen Vernehmlassungsverfahren Stellung nehmen. Insbesondere unterstützten sie die Zielsetzungen der im Vorentwurf zum Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Straf- und Zivilprozess (GOG) vorgeschlagenen grundsätzlichen Zuweisung der Strafkompentenz im Übertretungsstrafrecht an die Statthalterämter.

Die Statthalterämter konnten eine gemeinsam erarbeitete Website für die zwölf Bezirksbehörden und -verwaltungen als Informations- und Kommunikationsmittel ins Netz stellen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen
A2	Aufsicht über Polizei- und Feuerwehrwesen mit Bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden, Kontrolle der feuerpolizeilichen Arbeit, Inspektionen der Feuerwehren
A3	Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
A4	Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenergebnisse
A5	Ausstellen von Waffentragscheinen und Beschlagnahmung von Waffen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

E1	Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter Planmässig	bis 2011
E2	Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompentenz der Statthalter Planmässig	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	23,1	22,7	22,6	-0,1
Aufwand	-16,2	-16,6	-16,7	-0,1
Saldo	6,9	6,1	5,9	-0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			-0,5	-0,5
Saldo			-0,5	-0,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	61,4	65,0	60,4	-4,6

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ertrag:

- 0,1 Geringere Bussenerträge, die teilweise durch Mehrerträge bei Strafverfügungsgebühren kompensiert werden

Aufwand:

- 0,1 Höhere Abschreibungen, die teilweise durch geringeren Personal- und Sachaufwand kompensiert werden

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ausgaben:

- 0,5 Mit Nachtragskredit bewilligte Vorverschiebung von Investitionen aufgrund technischer Abhängigkeiten mit anderen Ämtern und zur Ausnützung von Volumenrabatten im Rahmen der Informatik-Ersatzbeschaffung (KR-Nr. 4561/2008: Bewilligung Nachtragskredit, III. Serie)

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

- 4,6 Die Geschäfte und Dienstleistungen konnten wie in den vergangenen Jahren mit konstantem Personalbestand erledigt werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. zu B 2008	
Wirkungen						
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen	P	2 085	2 600	1 993	-607
W2	- in % der erledigten Fälle	P	4,25	5,00	3,97	-1,03
W3	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr	P	5 432	5 000	4 071	-929
W4	- in % aller Fälle	P	9,97	9,60	7,50	-2,10
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate	P	1 360	1 500	1 352	-148
W6	- in % der erledigten Fälle	P	2,77	2,80	2,69	-0,11
Leistungen						
L1	Anzahl erledigte Straffälle	P	49 074	52 000	50 185	-1 815
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren	P	36	40	63	23
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	P	3 482	2 000	4 734	2 734
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	P	3 327	3 000	2 589	-411
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen	P	90 321	90 000	72 798	-17 202
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %)	P	73	66	63	-3
W1+W2	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen sowie in % der erledigten Fälle: Abnehmende Tendenz infolge sorgfältiger Bearbeitung der Übertretungsstraffälle. Damit werden die Gerichte wirksam entlastet (Abweichungen: zu Planwert 2008 -23,3%, zu Rechnung 2007 -4,4%).					
W3+W4	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr sowie in % aller Fälle: Gegenüber Vorjahr mehr erledigte Straffälle und weniger neue Geschäftsfälle					
L1	Anzahl erledigter Straffälle: Leichter Anstieg der Straffälle, welche ausführlicheren Bearbeitungsaufwand verursachen (Abweichungen: zu Planwert 2008 -3,4%, zu Rechnung 2007 +2,3%)					
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren: Mit 63 Rechtsmittelverfahren im Jahr 2008 leichter Anstieg im langjährigen Durchschnitt (2004-2007: Durchschnitt 43). Die Zunahme ist vorwiegend bei Rekursen in Polizei- und Feuerwehrangelegenheiten.					
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen und Ausweise: Zunahme vor allem bei den Invalidenbegleitkarten, welche nur alle 4 Jahre neu ausgestellt werden. Leichter Rückgang bei den Fahr- und Motorfahrzeug-Kennzeichen					
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen: Abnahme vor allem bei Brand- und Elementarschäden (Abweichungen: zu Planwert 2008 -12,7%, zu Rechnung 2007 -22,2%)					
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen: Die Menge der eingegangenen Polizeirapporte kann nicht beeinflusst werden.					
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %): Der Rückgang bei der Anzahl Verzeigungen, vor allem bei den Tatbeständen des Straf- und Strassenverkehrsrechts, führte gegenüber der Planung zu einem leicht tieferen Kostendeckungsgrad.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
+163 297	-95 158	+0	+68 139	-95 158

Auflösung Rücklagen im 2008

Total Fr. 95 158

- davon Fr. 49 297 für Einmalzulagen an Personal

3910 Sportfonds

Hauptereignisse

Der Beitrag der interkantonalen Landeslotterie (SWISSLOS) betrug Fr. 15 602 000. Insgesamt wurden Fr. 11 228 000 zur Unterstützung des Jugend-, Breiten- und Amateursports ausbezahlt.

Der Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) und die ihm angeschlossenen Sportverbände und -vereine wurden mit Fr. 5 765 000 (einschliesslich Betriebsbeitrag für kantonales Sportzentrum und Entschädigung an ZKS aus Leistungsvereinbarung), 31 Sportanlagen von Gemeinden und nicht dem ZKS angehörenden Institutionen mit Fr. 2 194 000, 40 Sportanlässe mit Fr. 126 000 und 4 Sportprojekte mit Fr. 26 000 unterstützt.

Erstmals wurden zudem für Bauvorhaben an zehn Sportanlagen, die im Katalog des kantonalen Sportanlagenkonzepts aufgeführt sind, Beiträge von Fr. 4 768 000 gesprochen. Deren Auszahlung erfolgt in den kommenden Jahren.

Die Kosten für den Bau und Unterhalt des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg belasteten den Fonds mit Fr. 3 117 000 (Aufwand Erfolgsrechnung, einschliesslich Zinsen und Abschreibungen). Zudem wurden Investitionen für die Erneuerung von insgesamt Fr. 4 869 000 beschlossen, insbesondere für den Neubau einer Holzschnitzelheizung (Fr. 3 309 000). Im Sportzentrum Kerenzerberg mit dem dazugehörigen Hotel fanden 1191 Anlässe und Kurse mit 31 734 Übernachtungen statt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

- A1 Einsatz/Verwendung der kantonalen Swisslos/Sport-Toto-Gelder zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursportes (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Anlässe, Kurse, Geräte, Sportanlagen und Projekte]; Unterstützung Sportstättenbau; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg)
Die Sport-Toto-Gesellschaft überweist seit dem Jahr 2008 keine Beiträge mehr.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	19,5	17,9	18,5	0,6
Toto/Lotto	16,8	15,0	15,6	0,6
Zinsen	2,7	2,7	2,9	0,2
Entnahme Bestandeskonto				
Aufwand	-19,5	-17,9	-18,5	-0,6
Betriebsbeiträge	-5,7	-7,6	-5,8	1,9
Einlagen in Bestandeskonto	-7,0	-2,6	-5,9	-3,3
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-4,9	-7,5	-3,1	4,4
Investitionsbeiträge	-1,6	-4,2	-2,2	2,0
Saldo	-4,9	-7,5	-3,1	4,4
Fondsbestand				
Fondsbestand	78,4	75,0	84,4	9,3

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ertrag:

- +0,6 Mehrertrag aufgrund besseren Betriebsergebnisses 2007 der SWISSLOS
- +0,2 Bestandesbedingter, höherer Zinsertrag
- 0,2 Keine Umbuchung von Projektierungskosten in die Investitionsrechnung infolge Projektverzögerungen

Aufwand:

- 3,3 Mehrertragsbedingte, höhere Einlage in den Sportfonds
- +1,9 Tieferer Beitrag an den Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS); vor allem infolge geringeren Kantonsanteils der SWISSLOS aus Betriebsergebnis 2006 (+1,4) und gesuchsbedingten Rückgangs (+0,3)
- +0,5 Niedrigere Vorjahresinvestitionen haben tiefere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen zur Folge
- +0,3 Geringerer Sachaufwand

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ausgaben:

- +2,4 Geringere Ausgaben für Unterhalt und Ersatzinvestitionen für das Sportzentrum Kerenzberg in Filzbach
- +2,0 Gesuchsbedingt weniger Auszahlungen an Anlagen von Gemeinden und Dritten

Fondsbestand

Wichtigste Abweichungsbegründungen Rechnung 2007 / Rechnung 2008:

- +6,0 Der Ertrag der SWISSLOS (Kantonsanteil) war im Berichtsjahr höher als die Aufwendungen, sodass der Fonds geäufnet werden konnte.

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus

Hauptereignisse

Gemäss Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrags aus der Besteuerung der gebrannten Wasser. Diese Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden.

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten für eine Leistungserfassung und Qualitätsüberprüfung der Alkoholberatungsstellen im Kanton Zürich, welche in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sucht- und Gesundheitsforschung der Universität Zürich erfolgen, fortgesetzt. Ein Behandlungskonzept wird Aussagen bezüglich Wirkungen, Leistungen und Wirtschaftlichkeit beinhalten und eine Optimierung der finanziellen Mittel ermöglichen. Daraus soll die Abgeltung zukünftig vermehrt aufgrund der erbrachten Leistungen erfolgen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Der Fonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche, eigene und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention)
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,3	4,3	4,6	0,3
Anteil am eid. Alkoholmonopol	4,3	4,2	4,5	0,3
Entnahme aus Bestandeskonto				
Zinsen aus Bestandeskonto	0,1	0,1	0,1	0,0
Aufwand	-4,3	-4,3	-4,6	-0,3
Betriebsbeiträge	-2,1	-2,2	-2,1	0,1
Einlagen in Bestandeskonto	-0,4	-0,3	-0,7	-0,4
Übertrag an GD/Prävention	-1,8	-1,8	-1,8	0,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	2,6	2,7	3,2	0,5

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2008 / Rechnung 2008:

Ertrag:

+0,3 Höherer Ertrag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung

Aufwand:

-0,4 Höhere Einlage in das Bestandeskonto des Spezialfonds

+0,1 Geringere Betriebsbeiträge

Fondsbestand

Wichtigste Abweichungsbegründungen Rechnung 2007 / Rechnung 2008:

+0,7 Der Ertrag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung war im Berichtsjahr höher als die Aufwendungen, sodass der Fonds geäufnet werden konnte.

Indikatoren

Die erstmalige Budgetierung der Indikatoren erfolgte mit KEF 2009–2012 (Budget 2009)



Künstlerische Gestaltung des Andachtsraumes (Eva Pauli)



Mehrteilige Installation (Hans Hunold)



Ohne Titel (Edith Ernst-Eppenberger)

Finanzdirektion

Finanzkrise

Das Berichtsjahr stand ganz im Zeichen der Finanzkrise. Auch wenn die Schweiz – und damit der Kanton Zürich – erst spät davon erfasst worden ist, konnte sie sich deren weltweiten Auswirkungen nicht entziehen. Die Finanzdirektion hat deshalb Ende 2007 eine interne Arbeitsgruppe «Finanzkrise» gebildet. Ziel dieser Arbeitsgruppe war und ist es, die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Kanton Zürich abzuschätzen sowie den entsprechenden Handlungsbedarf zu erkennen. Der Schwerpunkt wird dabei insbesondere auf die Entwicklung der Steuererträge sowie des Staatshaushaltes gelegt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe pflegen dazu einen intensiven, regelmässigen Kontakt mit internen und externen Stellen, namentlich Vertretern anderer Kantone, Gemeinden, des Bundes, Unternehmungen sowie der Lehre und Forschung. Die Folgerungen aus den Abklärungen der Arbeitsgruppe werden bei der finanziellen Lagebeurteilung und den Planungen laufend berücksichtigt und haben bereits den KEF 2009–2012 vom 10. September beeinflusst.

Gesetz über Controlling und Rechnungslegung

Nachdem der Kantonsrat am 9. Januar 2006 das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) verabschiedet hat, sind im Berichtsjahr mit der Rechnungslegungsverordnung (RLV) und der Finanzcontrollingverordnung (FCV) die entsprechenden Ausführungsbestimmungen erlassen worden. Das CRG und die beiden Verordnungen sind am 1. April in Kraft getreten. Die RLV regelt die wichtigsten Grundsätze der Rechnungslegung sowie weitere Themengebiete, die eng mit der Rechnungslegung zusammenhängen. Sie bestimmt die IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) als für die Rechnungslegung anwendbares Regelwerk. Die FCV regelt insbesondere das Controlling und die Ausgabenbewilligungen detaillierter.

Der vom Kantonsrat am 8. Dezember verabschiedete Bilanzanpassungsbericht zeigt die Auswirkungen der neuen Rechnungslegung auf die Bilanz 2007. Die neu bewertete Bilanz ist Ausgangspunkt für den Budgetentwurf 2009. Die vorgelegte Bilanz per 31. Dezember 2007 umfasst alle nach CRG zu konsolidierenden Einheiten, so auch die Universität Zürich, die Fachhochschulen, den Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation), das Universitätsspital Zürich, das Kantonsspital Winterthur und die Zentralbibliothek.

Mit der Inkraftsetzung des CRG und seiner Ausführungsverordnungen sowie dem Bilanzanpassungsbericht wurden die Grundlagen geschaffen, dass der KEF 2009–2012 und das Budget 2009 erstmals nach der neuen Rechnungslegung erstellt werden konnten. Um die Vergleichbarkeit des Budgets 2009 mit dem Budget 2008 zu gewährleisten, wurde das vom Kantonsrat nach bisheriger Rechnungslegung beschlossene Budget 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst. Es zeigte sich dabei, dass die Auswirkungen der neuen Rechnungslegung auf den Saldo der Erfolgsrechnung gering sind.

Stärkung der Position des Kantons Zürich im Steuerwettbewerb

Ein wesentliches Geschäft war im Berichtsjahr die Steuergesetzrevision betreffend die natürlichen Personen. Mit der Vorlage 4516 des Regierungsrates vom 12. Juni wurde dem Kantonsrat eine Revision des Steuergesetzes unterbreitet, in der, neben dem Ausgleich der kalten Progression, Entlastungen für niedrige und hohe Einkommen, hohe Vermögen sowie Familien vorgesehen sind. Mit der Steuergesetzrevision soll unter anderem erreicht werden, dass der Kanton Zürich im interkantonalen Steuerwettbewerb auch bei hohen Einkommen und Vermögen wieder konkurrenzfähig wird. Bis Ende 2008 konnten die Arbeiten in der vorberatenden Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Kantonsrates abgeschlossen werden. Weiter hat das kantonale Steueramt erste Abklärungen für die Anpassung des Steuergesetzes an die Unternehmenssteuerreform II des Bundes eingeleitet; dabei werden auch Entlastungen für die juristischen Personen geprüft. Bei diesen Massnahmen geht es um die Erreichung des Legislaturziels des Regierungsrates: «Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrats stärken.»

Informatikstrategie

Der Regierungsrat hat am 9. Dezember die Informatikstrategie festgelegt und das Kantonale IT-Team (KIT) mit deren Umsetzung beauftragt. Die Informatikstrategie legt auf Basis des Informatikleitbilds die mittelfristige Ausrichtung der Informatik der kantonalen Verwaltung fest. Ziel ist, dass die Informatik die effektive und effiziente Verwaltungstätigkeit unterstützt und damit für eine zuverlässige und wirtschaftliche Leistungserbringung der kantonalen Verwaltung sorgt.

Im Bereich der Führung und Steuerung der Informatik ist insbesondere die Zentralisierung der Informatikführungsprozesse auf der Stufe Direktion zu erwähnen. Die Führungsinstrumente strategisches IT-Controlling und Strategiekonformitätsprüfung werden institutionalisiert und zur Sicherung des Fortschritts und der Qualität eingesetzt. Gemeinsame Informatikleistungen werden nach dem Grundsatz «für gleiche Anforderungen eine Informatiklösung» definiert und einheitlich erbracht. Der Beschaffungsprozess für bedeutende und umfangreiche Beschaffungen wird professionalisiert und standardisiert. Die interne betriebliche Leistungserbringung wird auf drei Standorte zentralisiert.

Legislaturziele

Die Finanzdirektion ist zuständig für die Massnahmen 2.1, 3.6, 4.1, 6.2–6.4 und 12.2–12.6 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsratteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Legislaturziele berichtet. Im vorliegenden Kapitel folgt die Berichterstattung über die weiteren Legislaturziele der Finanzdirektion.

Legislaturziel	1. Zentrales Steuerregister bereitstellen, Informationsqualität gegen aussen und innen verbessern.
Massnahme	1.1. Ausbau des Informatikprogramms ZüriPrimo
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Informatikprogramm ZüriPrimo konnten wesentliche Meilensteine erreicht werden. Im Berichtsjahr waren keine grösseren Korrekturmassnahmen erforderlich. Die Vorhaben im Rahmen der Realisierungseinheit RE01 (Register/Veranlagung) schreiten planmässig voran. Insbesondere bei der Vernetzung zwischen Kanton und Gemeinden sowie der Ausführung des zentralen Steuerregisters konnten merkliche Fortschritte erzielt werden. Die Projektstätigkeit in der Realisierungseinheit RE02 (Scanning/Archivierung) konnte abgeschlossen werden. Die Realisierungseinheit RE03 (Workflow) schreitet plangemäss voran. Die Realisierungseinheit RE05 (E-Government) ist in Vorbereitung. Die Planung der weiteren Realisierungseinheiten bis 2015 wurde aktualisiert.
Legislaturziel	2. Das kantonale Beschaffungswesen optimieren.
Massnahme	2.1. Lieferantenmanagement aufbauen, verschiedene Pilotprojekte aufbauen und durchführen, Beschaffungsprozesse verbessern und ein Prototyp einer Portal-Lösung erstellen.
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Grundlagenarbeiten sind im Wesentlichen abgeschlossen und die Umsetzung kann gezielt vorangetrieben werden. Das Projekt ist im Vergleich mit der bisherigen Planung durch einen Terminverzug von rund einem Jahr gekennzeichnet. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass breit angelegte und aufwendige Arbeiten zur Aufbereitung und Analyse von Daten durchgeführt wurden. Die aktualisierte Planung sieht vor, dass die weiteren Arbeiten mit einer hohen Intensität vorangetrieben werden, womit der Terminverzug bis zum Ende der Legislaturperiode zu einem grossen Teil wieder aufgefangen werden kann.

Legislaturziel	3. Die dezentrale Organisationsstruktur für den Einsatz von Informatikmitteln überprüfen.
Massnahme	3.1. Regierungsratsbeschluss betreffend Auftrag an die Finanzdirektion zur Überprüfung der dezentralen Organisationsstruktur für den Einsatz von Informatikmitteln erwirken. Auftrag an externen Experten erteilen.
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Der Regierungsrat hat am 9. Dezember die neue Informatikstrategie der kantonalen Verwaltung als verbindliche Arbeitsgrundlage für die Direktionen des Regierungsrates, die Staatskanzlei und die unselbstständigen Anstalten festgelegt. Die Strategie äussert sich auch zu Ausmass und Vorgehen bezüglich der anzustrebenden Zentralisierung der Informatik auf Stufe Gesamtverwaltung und Direktion. Die in Legislaturziel 3 der Finanzdirektion aufgeführten Massnahmen sind darin aufgegangen.
Legislaturziel	4. Die Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK) bis 1. Januar 2011 verselbstständigen.
Massnahme	4.1. Verordnung über die Wahl des ersten Stiftungsrates der Stiftung BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich erlassen. Fusionsvertrag mit der Stiftung BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich abschliessen. Regierungsratsbeschluss über den Vollzug der Verselbstständigung erwirken.
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Verordnung liegt als fertig ausgearbeiteter Antrag bei der BVK. Dem Erlass kommt zurzeit keine zeitliche Priorität zu, da der gegenwärtige Deckungsgrad weit von der für eine Verselbstständigung erforderlichen Höhe entfernt ist. Die Unterlagen zum Fusionsvertrag liegen seit mehr als einem Jahr bei der Aufsichtsbehörde zur Vorprüfung auf. Es besteht zurzeit kein Anlass, die Aufsichtsbehörde zu einem Entscheid zu drängen. Die Vorbereitung des Antrags wurde ausgesetzt.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6709,5	6864,8	7069,8	205,0
Aufwand	–703,7	–1225,4	–1229,8	–4,3
Saldo	6005,8	5639,4	5840,0	200,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,0	0,2	0,1	–0,1
Ausgaben	–12,8	–28,7	–14,2	14,5
Saldo	–12,8	–28,5	–14,0	14,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	810,8	787,6	834,6	47,0

Erfolgsrechnung

- +283,2 Höhere Nachträge für frühere Steuerperioden, insbesondere für 2006 und 2007
- +80,0 Höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank
- +54,9 Höherer Bundessteuerertrag
- +41,9 Höherer Ertrag aus Verrechnungssteuern infolge deutlichem Mehrertrag des Bundes für die Steuerperiode 2007 und früher
- +41,0 Wegfall eines zentral im Budget 2008 eingestellten Mehraufwands (höherer Teuerungsausgleich als im Budgetentwurf 2008 vorgesehen). Der Mehraufwand ist dezentral in den einzelnen Leistungsgruppen angefallen.
- +22,0 Höhere Erträge aus Quellensteuern aufgrund der steigenden Zahl quellensteuerpflichtiger Personen
- +15,3 Höhere Nettoerträge des Kapital- und Zinsendienstes Staat (Zinserträge, Zinsaufwand, Dividenden)
- 331,9 Tiefere Staatssteuern für die laufende Steuerperiode. Die Auswirkungen der Finanzkrise führten bereits zu erheblichen Mindererträgen bei den juristischen Personen.
- 13,3 Wegfall eines zentral budgetierten Minderaufwands bei den Abschreibungen (wegen der Annahme, dass das Investitionsbudget 2007 nur zu 85% ausgeschöpft wurde). Die tieferen Abschreibungen sind in den einzelnen Leistungsgruppen angefallen.
- +7,5 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +9,1 Tiefere Investitionen für ZüriPrimo (vgl. Kapitel Investitionen)
- +3,0 Verschiedene Beschaffungen von Hard- und Software im Steueramt fielen nicht wie geplant an oder konnten günstiger als budgetiert getätigt werden.
- +2,0 Die für 2008 geplante Aktienkapitalerhöhung der MCH Messe Schweiz wurde durch die Gesellschaft verschoben.
- +0,4 Übrige Abweichungen

Personal

- +54,7 Steueramt: Der budgetierte Wert basiert auf Annahmen über Stellenabbau, der für die Erreichung der Saldoverbesserung gemäss Sanierungsprogramm San04 notwendig sein würde. Auf Ende des Berichtsjahres wurde die angestrebte Saldoverbesserung vollumfänglich erreicht, Stellen wurden aber wegen Zunahme der Geschäftslast (Bevölkerungswachstum) und betrieblichen Gründen (Einführung Scanning usw.) nur in geringem Mass reduziert. Für den Vergleich ist daher als realistische Richtgrösse der tatsächlichen Beschäftigungsumfang von 667,0 Stellen Ende 2007 heranzuziehen. Der Zuwachs gegenüber diesem Wert beträgt 20,2 Stellen und ist darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zu Vorjahren vakante Stellen rascher wiederbesetzt werden konnten.
- 4,1 Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale kdmz: Einzelne vakante Stellen wurden mit leichter Verzögerung wiederbesetzt. Stellenbesetzungen in Zusammenhang mit der Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens wurden nicht vorgenommen, da die Arbeiten verzögert sind.
- 4,0 Finanzverwaltung: Zwei neue Stellen wurden erst während des Jahres und zwei andere neue Stellen noch gar nicht besetzt. Ein Abgang wurde während des ganzen Jahres nicht kompensiert.
- +0,4 Übrige Abweichungen: Da die fünf Stellen der Liegenschaftenverwaltung im Beschäftigungsumfang der R 2007 (810,8) bereits nicht mehr enthalten sind, führt der Übergang dieser Stellen in die Baudirektion beim Beschäftigungsumfang – anders als beim Personalaufwand – zu keiner Abweichung.

Investitionen

Das Programm ZüriPrimo ist die einzige Grossinvestition der Finanzdirektion. Mit ZüriPrimo wird ein Informatiksystem verwirklicht, das eine umfassende und integrierte Ausrichtung des Prozesses «Steuern erheben» vorsieht. Das Programm ist in zwölf Realisierungseinheiten (RE) unterteilt und wird zwischen 2004 und 2015 ausgeführt.

Übersicht Investitionen in Mio. Franken

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
ZüriPrimo	-12,2	-16,6	-7,5	+9,1
Übrige Investitionen	-0,6	-12,1	-6,7	+5,4

Die Projektplanung von ZüriPrimo wurde im Berichtsjahr aufgrund geänderter Bedürfnisse und beschränkter Personalressourcen überarbeitet. Dies führte dazu, dass die Investitionen nicht im budgetierten Umfang getätigt werden konnten.

Leistungsgruppen

4000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen zugunsten der Direktionsvorsteherin bzw. der Ämter beschäftigte sich das Generalsekretariat insbesondere mit den folgenden Schwerpunkten:

- Informatikstrategie der kantonalen Verwaltung: Bei der Erarbeitung der im Dezember verabschiedeten Informatikstrategie des Kantons Zürich durch das KITT hatten alle Direktionen und die Staatskanzlei ihre Beurteilungen einzubringen. Die Eingaben der Finanzdirektion wurden durch das Generalsekretariat begleitet.
- Eigentümerstrategie Abraxas AG: Der Kanton St. Gallen als hälftiger Miteigentümer der Abraxas Informatik AG und der Kanton Bern als Eigentümer der Bedag Informatik AG prüften eine engere interkantonale Zusammenarbeit im Informatikbereich. Aufgrund dieses Projektes waren verschiedene rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Beteiligung des Kantons Zürich an der Abraxas Informatik AG zu prüfen.
- Kommunikation zu den Folgen der Finanzmarktkrise: Die Ereignisse auf dem Finanzmarkt führten zu einem erhöhten Koordinationsbedarf bei der Erstellung von amtsübergreifenden Lageanalysen und der darauf beruhenden internen und externen Kommunikation.
- Änderung der Notariatsgebühren: Die vom Regierungsrat dem Kantonsrat unterbreitete Vorlage für eine Teilrevision des Notariatsgesetzes und eine Totalrevision der Verordnung des Kantonsrates über die Notariats- und Grundbuchgebühren, die unter anderem Gebührensenkungen beinhaltet, wurde durch das Generalsekretariat erarbeitet.

Das Berichtsjahr war zudem geprägt durch personelle Veränderungen. Die Überbrückung mehrmonatiger Vakanzen auf den Positionen des Generalsekretärs und einer juristischen Sekretärin erforderte einen grossen Einsatz der übrigen Mitarbeitenden. Bis zum Jahresende konnte bei beiden Stellen die Einführung der jeweiligen Nachfolger erfolgreich abgeschlossen werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	<p>Stabsdienste: Unterstützung der Direktionsvorsteherin, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten</p> <p>Wie im Vorjahr bedurften die laufenden Arbeiten zur Anpassung kantonalen Erlasses an übergeordnetes Recht (einschliesslich neuer Kantonsverfassung) der Koordination durch das Generalsekretariat. Ebenso zog die Inkraftsetzung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz und der dazugehörigen Verordnung auf den 1. Oktober verschiedene, direktionsweit zu koordinierende Umsetzungsarbeiten nach sich.</p>
A2	<p>Verschiedene eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächtnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen</p>
A3	<p>Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Policen; Begleitung der versicherten Schadenfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle</p> <p>Verschiedene parlamentarische Geschäfte boten den Versicherungsdiensten Gelegenheit, das Versicherungskonzept des Kantons und die bei Staatshaftungsfällen verfolgten Schadenerledigungsziele detailliert darzustellen. Im Spitalhaftpflichtversicherungsbereich konnten dank eines günstigen Schadenverlaufs und der gegenwärtigen Marktsituation namhafte Prämiensenkungen erwirkt werden.</p>
A4	<p>Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds</p> <p>Siehe Leistungsgruppe Nr. 4980.</p>

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,0	5,0	5,6	0,6
Übertrag aus Lotteriefonds	0,4	0,4	0,4	0,0
Regalien	0,5	0,3	0,5	0,2
Ertrag aus Erbanfällen	0,8	4,3	4,6	0,3
Aufwand	-3,6	-3,8	-4,0	-0,2
Versicherungsprämien	-1,0	-1,2	-1,1	0,1
Saldo	-1,6	1,2	1,7	0,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	10,7	10,5	10,5	0,0

Erfolgsrechnung

- +0,6 Die Ertragsverbesserung gegenüber dem Budget ergab sich insbesondere durch höhere Erträge aus Erbfällen und durch Mehrerträge aus dem Salzregal sowie durch höhere Rückerstattungen.
- 0,2 Die Aufwandsteigerung ergab sich durch personelle Veränderungen im Generalsekretariat und die daraus entstehenden Folgeaufwendungen, die nicht budgetiert waren. Durch leicht tiefere Sach- und Kaskoversicherungsprämien konnte der Mehraufwand teilweise kompensiert werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Direktionsvorsteherin mit Unterstützung GS (vgl. A1)	min.	gut	gut	gut-sehr gut	
W2	Durch Gericht korrigierte Notariatsgebührenrekursentscheide (vgl. A2)	max.	0%	10%	0%	
W3	Durch Gericht korrigierte Haftpflichtentscheide (vgl. A3)	max.	0,5%	1%	0%	
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Unterstützung der Direktionsvorsteherin (vgl. A1)	P	5052	5100	4798	-302
L2	Anzahl überprüfter und z.T. mitgestalteter RR-Anträge der FD (vgl. A1)	P	189	180	161	-19
L3	Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen (vgl. A1)	P	1982	1800	1894	94
L4	Anzahl erledigter Notariatsgebührenrekurse (vgl. A2)	P	8	14	8	-6
L5	Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle (vgl. A2)	P	9	4	13	9
L6	Anzahl Abordnungen in Institutionen und Kommissionen (vgl. A2)	P	18	18	17	-1
L7	Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	51	42	75	33
L8	Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	158	150	163	13
L9	Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen (vgl. A3)	P	25	25	22	-3
L10	Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds (vgl. A4)	P	392	410	412	2
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschn. Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	21	29	15	-14
B2	Durchschn. Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	8	9	7	-2
B3	Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien (vgl. A3)	max.	0,60%	1%	0,43%	
Abweichungsbegründungen						
L1	Infolge personeller Veränderung standen temporär weniger Mitarbeitende im Generalsekretariat zur Verfügung bzw. wurden die Unterstützungsaufträge teilweise direkt durch die Ämter und nicht durch das Generalsekretariat erledigt.					
L4	Infolge hoher Arbeitslast konnten nur acht von zwölf eingegangenen Rekursen im Berichtsjahr erledigt werden.					
L7	Der Anstieg umfasst mehrheitlich einfache Fälle.					
B1	Die durchschnittliche Anzahl Stunden pro Fall ist gesunken. Die nicht versicherten Haftpflichtfälle (L7) waren mehrheitlich einfache Fälle.					

Rücklagen

Bestand 31. 12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31. 12. 2008	Veränderung Bestand
65 625	-24 985	+31 000	71 640	+6 015

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 13 528 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Die Überbrückung mehrmonatiger Vakanzen bei der Funktion des Generalsekretärs, einer juristischen Sekretärin sowie des Vorzimmers des Generalsekretärs erforderte einen grossen Einsatz der übrigen Mitarbeitenden. Die Arbeiten wurden auf die bestehenden Mitarbeitenden verteilt.
- Aufgrund der grossen Arbeitsbelastung verzichteten die Mitarbeitenden des Generalsekretariats teilweise auf die vorgesehene interne und externe Weiterbildung.
- Trotz Personalengpässen wurden keine Mandate an externe Anwälte erteilt und grosse Zurückhaltung bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter geübt.

4100 Finanzverwaltung

Hauptereignisse

CRG

Für die Inkraftsetzung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und der beiden Ausführungsverordnungen wird auf den Überblick der Finanzdirektion verwiesen.

Der Kantonsrat kann neu gemäss § 13 Abs. 2 des CRG Erklärungen zum KEF beschliessen. Diese Bestimmung trat bereits am 1. November 2007 in Kraft und hat daher erstmals im KEF 2009–2012 Wirkung entfaltet. In Zusammenarbeit mit den Direktionen hat die Finanzverwaltung die KEF-Erklärungen Nr. 1 «Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan» und Nr. 5 «Transparenz bei den Ausgaben für Dienstleistungen Dritter» umgesetzt.

ZERZE

Das Projekt ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren) ist Teil des Sanierungsprogramms 2004 (San04) und des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 2006 (MH06). Im Berichtsjahr wurden weitere SAP-Einführungen realisiert (Kantonales Laboratorium, Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst). Die SAP-Systeme der Zentralverwaltung und der Baudirektion wurden im Rahmen des Projekts ZERZE zusammengelegt. Die Zentralisierung von kantonalen Rechnungswesenaufgaben im Buchungszentrum der Finanzverwaltung wurde vorangetrieben.

Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder»

Das Ziel der Volksinitiative war es, die Kantonsverfassung so zu ergänzen, dass Privatisierungsgewinne und Ausschüttungen der Nationalbank für den Schuldenabbau verwendet werden müssen. Deshalb sollten diese Erträge bei der Berechnung des mittelfristigen Haushaltsausgleichs nicht berücksichtigt werden. Der Regierungsrat war der Ansicht, dass die Initiative nicht geeignet sei, ihre Ziele zu erreichen. In der Volksabstimmung vom 30. November wurde die Initiative mit 60% Nein-Stimmen abgelehnt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Organisation/Koordination des Rechnungswesens der Gesamtverwaltung, Betreiben eines Buchungszentrums sowie eines Kompetenzzentrums SAP, Führung der konsolidierten Buchhaltung
A2	Controllerdienst für Finanzdirektion und Regierungsrat; Erstellung des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplanes, des Budgets und des Rechnungsabschlusses
A3	Weiterentwicklung des finanziellen Controllingsystems

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Projekt ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren) Planmässig	2009
E2	Einführung neue Rechnungslegung (IPSAS) Planmässig	2010
E3	Umsetzung des Finanzcontrollings der Beteiligungen des Kantons, der Risiken und der Substanzerhaltung des kantonalen Vermögens Verzögert Die verwaltungsinterne Abstimmung nahm mehr Zeit als erwartet in Anspruch.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,3	1,5	2,2	0,7
Interne Verrechnungen Dienstleistungen	1,1	1,5	1,8	0,3
Aufwand	-9,4	-9,7	-9,6	0,1
Personalaufwand	-4,9	-5,8	-5,2	0,7
Abschreibungen und Zinsen	-1,2	-0,8	-1,1	-0,3
Saldo	-8,1	-8,2	-7,4	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,3	-1,0	-1,0	-0,0
Saldo	-0,3	-1,0	-1,0	-0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	33,1	39,0	35,0	-4,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +0,3 Entnahmen aus Rückstellungen wegen Projektverzögerungen 2007
- +0,3 Höhere Erträge für Dienstleistungen des Buchungszentrums

Aufwand:

- +0,7 Tieferer Personalaufwand wegen diverser nicht besetzter Stellen (vgl. Bemerkungen unter Personal)
- 0,3 Währungskursverluste werden nicht budgetiert.

Personal

Zwei neue Stellen im kantonalen Rechnungswesen wurden erst während des Jahres und zwei Stellen im Stab noch gar nicht besetzt. Im Controllerdienst war eine Stelle nach einer Pensionierung während des ganzen Jahres nicht besetzt.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Beanstandungen im Bericht der Finanzkontrolle über die formelle Prüfung der Rechnung (vgl. A1)	max.	0	0	0	
W2	Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung gemäss Planung (kumulierter Saldo der jeweils letzten 8 Jahre in Mio. Franken, vgl. A2)	P	1 590	546	1 562	1 016
W3	Verschuldung (Fremdkapital – Finanzvermögen in Mrd. Franken), max. 6,5 (vgl. A2)	max.	3,7	5,2	3,5	-1,7
W4	Angemessene Selbstfinanzierung gemäss Planung (durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der jeweils letzten 8 Jahre, vgl. A2)	P	162%	106%	135%	
Leistungen						
L1	Anzahl Buchungen (vgl. A1)	P	802 000	840 000	955 000	115 000
L2	Anzahl SAP-Benutzer, die durch das CCC SAP (Kompetenzzentrum) betreut werden (vgl. A1)	P	956	900	1 085	185
L3	Anzahl Support-Tickets CCC SAP (Kompetenzzentrum, vgl. A1)	P	1 415	1 440	1 758	318
L4	Arbeitsstunden für Planung des Regierungsrates (KEF/Budget/Nachtragskredite, vgl. A2)	P	3 060	2 950	3 220	270
L5	Arbeitsstunden für Berichtswesen für den Regierungsrat (Rechnung/Zwischenberichte/Kreditüberschreitungen, vgl. A2)	P	879	785	841	56
L6	Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen: komplexe über Fr. 50 000 / einfache unter Fr. 50 000 (vgl. A2)	P	0/5	0/12	0/5	0/-7
L7	Anzahl Stellungnahmen (vgl. A2)	P	664	650	725	75
L8	Anzahl Grossprojekte (über 1 Mio. Franken, vgl. A3)	P	2	2	2	0
L9	Anzahl Projekte (zwischen Fr. 100 000 und 1 Mio. Franken, vgl. A3)	P	3	5	5	0
Abweichungsbegründungen						
L1	Zusätzliche Verarbeitung vorkontierter Rechnungen					
L2/L3	Die starke Zunahme gegenüber dem Budget ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in den psychiatrischen Kliniken mehr Personal Zugang zum Managementinformationssystem hat.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
225 272	-61 487	+90 000	253 785	+28 513

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 37 500 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Vakanz in den Abteilungen Controllerdienst und Kantonales Rechnungswesen wurden durch vermehrte Belastung der übrigen Mitarbeitenden kompensiert.
- Wegen hoher Belastung sind rund 425 Gleitzeitstunden verfallen.

4300 Amt für Tresorerie

Hauptereignisse

Das Amt für Tresorerie sorgt für die stete Zahlungsbereitschaft des Staates. Dazu wurden 547 Geldmarktgeschäfte mit einem Volumen von rund 28 Mrd. Franken getätigt. Aufgrund der Finanzkrise wurde grosser Wert auf die Auswahl der Gegenparteien und die Überwachung der Risiken gelegt. Der Kapitalbedarf konnte vollumfänglich aus der vorhandenen Liquidität gedeckt werden. So musste – trotz Fremdkapitalfälligkeiten von 935 Mio. Franken – kein zusätzliches Fremdkapital auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden.

Im Finanz- und im Verwaltungsvermögen sind folgende Hauptereignisse zu verzeichnen: Die fälligen Grundkapitaltranchen der Zürcher Kantonalbank wurden wie üblich zu den jeweiligen Refinanzierungskosten des Kantons erneuert. Das der Stiftung Zurich International School im Jahr 2007 gewährte zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen über nominal 5,5 Mio. Franken wurde im Februar ausbezahlt. Die Beteiligung (407 Aktien) an der Veolia Umwelt Service Schweiz AG (vormals R.E.V.-Onyx) wurde verkauft. Der Anteil an der Beteiligung ZürichHolz AG wurde um 1100 Aktien auf 1118 Aktien erhöht. Die Baugenossenschaft Hangenmoos wurde in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Die finanziellen Auswirkungen der Ereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat, ausgewiesen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, -bewirtschaftung und Cash Management)
A2	Anlagebewirtschaftung der Sondervermögen der Legate und Stiftungen
A3	Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
A4	Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0		0,0	0,0
Aufwand	-0,8	-0,8	-0,8	0,0
Saldo	-0,8	-0,8	-0,8	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4,0	4,0	3,9	-0,1

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1	Anzahl Überbrückungskredite (vgl. A1)	P	1	0	5
W2	Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's	min.	AAA	AAA	AAA
Leistungen					
L1	Arbeitsstunden für Tresorerie (vgl. A1)	P	2957	3000	4172
L2	Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung Sondervermögen (vgl. A2)	P	1021	600	428
L3	Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens (vgl. A3)	P	1034	1200	987
Wirtschaftlichkeit					
B1	Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in % (vgl. A1)	P	3,25%	3,40%	3,40%
B2	Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in % (vgl. A2)	P	0,16%	0,11%	0,10%
Abweichungsbegründungen					
W1	Aufgrund nicht valutagerecht eingegangener Zahlungen, die endgültig zugesichert waren, mussten fünf Überbrückungskredite (jeweils 1 Tag Laufzeit) aufgenommen werden. Die Zinserträge der zum jeweiligen Zeitpunkt angelegten Festgelder überstiegen jedoch die Zinsaufwendungen für diese Kredite.				
L1	Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise führten zu einem deutlich höheren Arbeitsstundeneinsatz.				
L2	Die 2007 optimierten Prozesse führten zu einem deutlich tieferen Arbeitsstundeneinsatz.				
L3	Geringerer Arbeitsstundeneinsatz, weil weniger Projekte als geplant anfielen.				

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
20 320	-7 479	+11 000	23 841	+3 521

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 5486 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Endogene Saldoverbesserung aufgrund eines Nichtbetriebsunfalles (Rückvergütung durch Versicherung) sowie die verzögerte Wiederbesetzung einer Personalstelle. Das Personal erbrachte in beiden Fällen einen Mehraufwand.

4400 Steuern Betriebsteil

Hauptereignisse

Herausragendes Geschäft im Berichtsjahr war die Steuergesetzrevision betreffend die natürlichen Personen. Mit Antrag des Regierungsrates vom 12. Juni (Vorlage 4516) wurde dem Kantonsrat eine Änderung des Steuergesetzes unterbreitet, die Steuerentlastungen für die natürlichen Personen vorsieht. Bis Ende des Berichtsjahres konnten die Arbeiten in der vorberatenden Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Kantonsrates abgeschlossen werden. Weiter hat das kantonale Steueramt erste Abklärungen für die Anpassung des Steuergesetzes an die Unternehmenssteuerreform II des Bundes eingeleitet; dabei werden auch Entlastungen für die juristischen Personen geprüft. Bei diesen Massnahmen geht es um die Erreichung des Legislaturziels des Regierungsrates: «Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrats stärken».

Im April erschien der erste Steuerbelastungsmonitor. BAK Basel Economics wurde beauftragt, ein laufendes Monitoring der Position des Kantons Zürich im Steuerwettbewerb zu entwickeln. Bei den natürlichen Personen bestätigt der Monitor für das Kalenderjahr 2007 das gute Abschneiden des Kantons Zürich im Steuerwettbewerb bei den mittleren bis hohen Einkommen und die deutlich schlechtere Positionierung gegenüber den übrigen Kantonen bei den niedrigen sowie bei den sehr hohen Einkommen und hohen Vermögen. Bei den juristischen Personen ergibt sich eine Spitzenposition im internationalen Vergleich; interkantonal nimmt der Kanton Zürich aber nur eine mittlere Position ein.

Für die auf den 1. Januar in Kraft gesetzte Änderung des Steuergesetzes zur Besteuerung von Beteiligungserträgen (Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung) wurden in allen betroffenen IT-Applikationen des kantonalen Steueramts und der Gemeindesteuerämter sowie den massgebenden Formularen die notwendigen Anpassungen vorgenommen.

Am 17. Dezember hat der Regierungsrat die revidierte Verordnung über die Organisation des kantonalen Steueramts genehmigt. Sie führt die im Sommer 2007 provisorisch eingeführte Aufbauorganisation mit kleineren Anpassungen fort und schafft gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung der stets wachsenden Aufgaben des Steueramts.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Veranlagung der direkten Steuern von Bund, Kanton und Gemeinden sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuern des Kantons
A2	Bezug der direkten Bundessteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuern und der Quellensteuer
A3	Durchführung des Quellensteuerverfahrens für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar		bis
E1	Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo (LZ FD 1) Planmässig Siehe Legislaturziele der Finanzdirektion.	2015
E2	Verbesserung des Standortmarketings durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (LZ RR 3.6) Planmässig Siehe Legislaturziele des Regierungsrates.	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5,5	5,6	5,4	–0,2
Aufwand	–145,2	–149,1	–146,0	3,1
Personalaufwand	–88,8	–90,9	–92,7	–1,8
Abschreibungen und Zinsen	–13,8	–15,8	–13,9	1,9
Betrieb Informatik	–17,6	–17,4	–16,1	1,3
Saldo	–139,7	–143,5	–140,6	2,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,0	0,2		–0,2
Ausgaben	–12,3	–19,8	–7,7	12,1
Saldo	–12,3	–19,6	–7,7	11,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	667,0	632,5	687,2	54,7

Erfolgsrechnung

Aufwand:

- 1,8 Höherer Personalaufwand aufgrund zusätzlichem Teuerungsausgleich, Aushilfen und raschere Wiederbesetzung vakanter Stellen
- +1,9 Tiefere Abschreibungen und Zinsen wegen tieferer Nettoinvestitionen im Vorjahr
- +1,3 Tieferer Aufwand für den Betrieb der Informatik, weil die Realisierung von Projekten verschoben wurde.

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- 0,2 Infolge späterer Realisierung der neuen Applikation für die Quellensteuer entgegen Budgetierung keine Beiträge der Gemeinden

Ausgaben:

- +9,1 Minderinvestitionen Informatik bedingt durch die Überarbeitung der Planung des Gesamtprogramms ZüriPrimo aufgrund geänderter Bedürfnisse und beschränkter Personalressourcen
- +3,0 Verschiedene Beschaffungen von Hard- und Software fielen nicht wie geplant an bzw. konnten aufgrund der bestehenden Marktsituation günstiger als budgetiert beschafft werden.

Personal

Der budgetierte Wert beruht auf Annahmen über Stellenabbau, der für die Erreichung der Saldoverbesserung gemäss Sanierungsprogramm San04 notwendig sein würde. Auf Ende des Berichtsjahres wurde die angestrebte Saldoverbesserung vollumfänglich erreicht, Stellen wurden aber wegen Zunahme der Geschäftslast (Bevölkerungswachstum) und betrieblichen Gründen (Einführung Scanning usw.) nur in geringerem Mass reduziert. Für den Vergleich ist daher als realistische Richtgrösse der tatsächliche Beschäftigungsumfang von 667,0 Stellen Ende 2007 heranzuziehen. Der Zuwachs gegenüber diesem Wert beträgt 20,2 Stellen und ist darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zu Vorjahren vakante Stellen rascher wieder besetzt werden konnten.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Durch Rechtsmittelinstanzen wesentlich korrigierte Entscheide des Steueramts	max.	7%	5%	6%	
W2	Ansiedelung neuer juristischer Personen mit Gewinn >5 Mio. Franken/Jahr im Kanton Zürich (vgl. E2)	min.	0	5	0	
W3	Projekt ZüriPrimo: Anzahl Steuerpflichtige am zentralen Register (vgl. E1)	P	46%	85%	62%	
Leistungen						
L1	Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen (vgl. A1)	P	799 934	815 000	811 483	-3 517
L2	Anzahl steuerpflichtige juristische Personen (vgl. A1)	P	54 060	54 000	56 453	2 453
L3	Anzahl einzuschätzende Steuererklärungen der Staatssteuern (vgl. A1)	P	942 058	1 015 000	1 033 455	18 455
L4	- davon eingeschätzt durch Kanton	P	328 718	355 000	361 874	6 874
L5	- davon eingeschätzt durch Gemeinden	P	442 473	515 000	468 095	-46 905
L6	- davon ausstehend Ende Jahr	P	170 867	145 000	203 486	58 486
L7	Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode	P	61%	72%	60%	
L8	- 2 Jahre nach Steuerperiode	P	97%	96%	97%	
L9	- 3 Jahre nach Steuerperiode	P	98%	99%	99%	
L10	Anzahl quellensteuerpflichtige Personen (vgl. A3)	P	88 929	85 000	99 619	14 619
L11	Anzahl veranlagte Erbschaftsfälle (vgl. A1)	P	1 387	1 800	1 298	-502
L12	Anzahl veranlagte Schenkungen (vgl. A1)	P	493	500	528	28

Wirtschaftlichkeit

B1	Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für natürliche Personen (vgl. A1)	P	230	225	240	15
B2	Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für juristische Personen (vgl. A1)	P	360	360	366	6

Abweichungsbegründungen

W1	Der Wert liegt innerhalb der normalen Bandbreite von 5% bis 8%.
W2	Gewinne aus der Ansiedlung neuer juristischer Personen fallen erst zeitlich verzögert (>2 Jahre) an. Der Indikator gibt damit keine Auskunft über die Leistungserbringung im betreffenden Rechnungsjahr. Er wird daher ab 2009 gestrichen.
W3	Der Berechnungsmodus wurde 2007 nach der Budgetierung für das Berichtsjahr geändert. Neu werden nur die natürlichen Personen derjenigen Gemeinden ausgewiesen, die bereits mit der Software NAPEDUV die Steuererklärungen veranlagten. Die Vergleichbarkeit mit B 2008 ist deshalb nicht gegeben. Die realistische Richtgrösse für den Vergleich ist R 2007.
L3-L9	Die Anzahl einzuschätzender Steuererklärungen (L3) liegt rund 18 500 höher als budgetiert. Die Zahl der Einschätzungen durch Gemeinden wurde nicht erreicht, sodass insgesamt rund 40 000 weniger Einschätzungen (L4+L5) erledigt wurden. Die Anzahl Pendenzen liegt somit rund 58 500 höher als bei der Budgetierung für das Berichtsjahr angenommen. Diese Zunahme der Pendenzen ist auf eine gegenüber dem Vorjahr beschleunigte Ablieferung offener Steuererklärungen seitens der Gemeinden zurückzuführen. Die Budgetwerte für das Berichtsjahr beruhen auf Annahmen aus den Vorjahren. Die realistische Richtgrösse für den Vergleich ist die Rechnung 2007. Im Vergleich mit diesen Werten konnte die Anzahl erledigter Steuererklärungen (L4+L5) deutlich um knapp 59 000 oder 8% gesteigert werden.
L10	Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Niederlassungsbewilligung, die im Quellensteuerverfahren besteuert werden, hat deutlich zugenommen. Insbesondere der Zuzug von Personen aus Deutschland ist deutlich.
L11	Die Anzahl der erbschaftssteuerpflichtigen Fälle geht kontinuierlich zurück.
B1+B2	Änderung Berechnungsmodus ab 2008. Neu wird auch der Informatikaufwand für die Weiterentwicklung und die Ausbreitung der Software berücksichtigt.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
1 033 026	-297 764	+650 000	1 385 262	+352 236

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 216 300 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Informatik-Nutzungsaufwand: Nach intensiven Vertragsverhandlungen mit weiteren Anbietern konnten neue Verträge ausgehandelt werden. Dies führte zu einer deutlichen Senkung der Betriebskosten.
- Bank- und Postgebühren: Der Prozess für die Rückzahlungen von Guthaben der Steuerpflichtigen wurde nochmals verbessert. Insbesondere konnte die Anzahl der Mehrfachrückzahlungen infolge ungültiger Bankdaten entscheidend herabgesetzt werden.
- KDMZ Büromaterial usw.: Das Angebot im Internet an elektronischen Formularen wurde erweitert. Rund 480 000 Steuerpflichtige füllen die Steuererklärungen mit der CD-ROM Private Tax aus. Diese Personen werden statistisch erfasst und erhalten nur noch die Hauptformulare. Als Folge davon konnten die Produktionskosten für die Steuerformulare deutlich gesenkt werden.

4500 Personalamt

Hauptereignisse

Für direktionsübergreifende wichtige Projekte wird auf den Funktionsbereich Personal verwiesen. Für das Personalamt waren folgende Projekte und Ereignisse von Bedeutung:

- Projekt Lehrstellen: Gemäss den Vorgaben des Regierungsrates konnten im kaufmännischen Bereich die Anzahl Lehrstellen auf 130 erhöht und im IT-Bereich 50 Lehrstellen im Personalamt zentralisiert und/oder neu geschaffen werden. Begleitend zum Ausbau der Anzahl Lehrstellen wurde eine Politik der beruflichen Grundbildung erarbeitet.
- Personalentwicklung: Die Führungskräfte-Entwicklung konnte weiter ausgebaut und auf Niveau Fachhochschule zertifiziert werden. Die Teilnehmendenzahl der direktionsübergreifenden Aus- und Weiterbildungsprogramme ist nochmals angestiegen.
- Goldene Fallschirme: Zur Volksinitiative «Schluss mit goldenen Fallschirmen für Mitglieder des Regierungsrates» erarbeitete das Personalamt die rechtlichen Regelungen für den Gegenvorschlag des Kantonsrates zu Abgangsleistungen für Mitglieder des Regierungsrates und der obersten kantonalen Gerichte.
- Rotationsgewinne: Es wurden Modelle zur Berechnung der Rotationsgewinne erarbeitet und die Rotationsgewinne der Direktionen der Jahre 2005–2007 berechnet. Durch die Verwendung der Rotationsgewinne für die Finanzplanung kann ein Beitrag zur Entlastung des Staatshaushalts geleistet werden.
- Die Abteilung Human Resources der Finanzdirektion erarbeitete Konzepte zur Personalentwicklung. Zudem führte sie das Projekt Personalmarketing im Steueramt durch und wirkte an direktionsübergreifenden Projekten mit.
- Die Lohnadministration und insbesondere das PALAS-Team waren mit der Einführung der neuen AHV-Versichertennummer befasst. Zudem wurde zusammen mit dem Rechtsdienst die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen auf 1. Januar 2009 vorbereitet.
- Kündigung Amtschef: Der Chef des Personalamtes, Christoph Bucher, reichte Ende des Berichtsjahres seine Kündigung ein. Er wird eine neue Herausforderung in einem Unternehmen der Privatwirtschaft übernehmen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Umsetzen der regierungsrätlichen Personalpolitik und der Personalmanagementstrategie mit den Stossrichtungen Personalführung und -entwicklung sowie Stärkung der Personalbereiche. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling
A2	Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung
A3	Beratung in Fragen des Personalrechts. Begleitung von Rechtsmittelverfahren. Entwicklung des Personalrechts
A4	Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung. Entwicklung und Pflege des kantonalen Lohnsystems
A5	Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1	Teilrevision des Lohnsystems (vgl. A4) Verzögert Die ursprünglich auf 2009 geplante Einführung des angepassten Lohnsystems verzögert sich um ein Jahr, da im Auftrag des Regierungsrates zusätzlich eine Vorlage zur Teilrevision Lohnsystem Lehrpersonen ausgearbeitet wurde. Vgl. Legislaturziel 6.2 des Regierungsrates und Funktionsbereich Personal.	2009
E2	Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007–2010, Einführung des Personalcontrollings in den Direktionen (vgl. A1) Planmässig Siehe Legislaturziele 6.3 und 12.4 bis 12.6 des Regierungsrates.	2010
E3	Einführung und Etablierung von OptimoFit für Führungskräfte des oberen Kaders (vgl. A2) Planmässig	2009
E4	Einführung Case Management, Neuregelung Lohnfortzahlung Planmässig Siehe Funktionsbereich Personal.	2010
E5	Rechtskonforme, faire und unterstützende Umsetzung der Personalmassnahmen San04 und MH06 Planmässig Siehe Leistungsgruppe Nr. 4970.	2009

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung					
Ertrag		2,0	2,6	2,4	–0,2
Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung		1,0	1,8	1,3	–0,5
Aufwand		–18,5	–23,2	–19,1	4,1
Personalaufwand		–7,1	–7,9	–7,9	–0,0
Betrieb Informatik		–6,2	–6,9	–5,7	1,2
Saldo		–16,5	–20,5	–16,7	3,8
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		38,3	37,7	39,3	1,6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 0,5 Die Erträge der internen Aus- und Weiterbildung werden jedes Jahr durch die Ämter und Betriebe zu hoch budgetiert. Auch im Berichtsjahr wurden rund Fr. 500000 zu hohe Beträge veranschlagt.
- +0,2 Höhere Erträge als budgetiert bei den Entgelten, die hauptsächlich auf Mehrleistungen der Lohnadministration für externe Leistungsempfänger zurückgeführt werden können.

Aufwand:

- +2,7 Tiefere Kosten im Case Management (CM), da die Bildungsdirektion das CM 2008 noch nicht einführte. Zudem wurde das CM für das ganze Berichtsjahr veranschlagt, doch die Einführung fand erst im April statt. Zusätzlich beruht dieses CM-Budget auf Erfahrungswerten anderer Arbeitgeber.
- +1,2 Tiefere Betriebs- und Wartungskosten des Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystems PALAS und vermehrte Eigenleistung im Auswertungsbereich statt Aufträge an Dritte.
- +0,15 Tiefere Kosten im Bereich der Informatik-Lernenden, da mehr Lernende als geplant das erste Lehrjahr direkt beim Kanton begonnen haben und nicht das mit höheren Kosten verbundene Basislehrjahr in externen Ausbildungsinstituten besuchten.

Personal

- 1,6 Höherer Beschäftigungsumfang, davon 1,0 Personalstellen für eine Stellenübertragung im Rahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 2006 (MH06) von der Bau- direktion in das Personalamt und 0,6 Personalstellen für zeitlich sich überschneidende Anstellungen bei Krankheiten und Personalwechseln.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1	Zufriedenheit mit Dienstleistungen Personalamt, mind. «gut» (vgl. A1-4) min.	-	-	-	
W2	Beurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. «gut» (vgl. A2) min.	88%	85%	87%	
W3	Kursbeurteilung Personalschulung, mind. «gut» (vgl. A2)	min. 93%	90%	93%	
W4	Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. «gut» (vgl. A2)	min. 93%	90%	90%	
Leistungen					
L1	Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (vgl. A2)	P 72	60	84	24
L2	Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage einschliesslich Führungsweiterbildung (vgl. A2)	P 7 071	7 100	7 045	-55
L3	Anzahl betreute Lernende (vgl. A2)	P 140	173	175	2
L4	Anzahl juristische Beratungen (vgl. A3)	P 2 000	2 000	2 100	100
L5	Anzahl begleitete juristische Verfahren (vgl. A3)	P 28	35	14	-21
L6	Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat (vgl. A4)	P 45 000	35 500	37 650	2 150
L7	Anzahl durch Zahlstelle 1 mit PALAS bewirtschaftete Personaldossiers (vgl. A4)	P 15 600	15 000	15 201	201

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Teiln. an Programmen Führungsentwicklung in Fr. (vgl. A2)	P	5 788	6 500	3 649	-2 851
B2	Kosten pro Teiln. an Kursen der internen Weiterbildung in Fr. (vgl. A2)	P	620	650	608	-42
B3	Kosten pro Lernende/r in Fr., ohne Kosten am Arbeitsplatz (vgl. A2)	P	20 491	21 000	20 857	-143
B4	Kosten pro juristische Beratung in Fr. (vgl. A3)	P	-	70	58	-12
B5	Kosten pro Lohnauszahlung und Jahr in Fr. (ohne Abschreibungen und Zinsen) (vgl. A4)	P	171	197	150	-47

Abweichungsbegründungen

L1	Aufgrund grosser Nachfrage wurden zusätzliche Führungsprogramme durchgeführt.
L5	Weniger Rekursverfahren, insbesondere auch wegen Wegfall von Rekursen aus den verselbstständigten somatischen Akutspitälern Universitätsspital Zürich und Kantonsspital Winterthur
L6	Die Anzahl Lohnauszahlungen ist abhängig von der Anzahl Anstellungen sowie der Anzahl Aus- und Eintritten.
B1	Tiefere Kosten pro Teilnehmerin und Teilnehmer, da im Berichtsjahr das Programm der Führungsentwicklung neu konzipiert und verkürzt wurde. Zudem konnten die Kosten auf mehr Teilnehmende als angenommen verteilt werden.
B5	Tiefere Kosten pro Jahr und Lohnauszahlung aufgrund tieferer Betriebs- und Wartungskosten für PALAS (vgl. finanzielle Entwicklung, «Betrieb Informatik»)

Rücklagen

Bestand 31.12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12. 2008	Veränderung Bestand
300 249	-49 663	+93 000	343 586	+43 337

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 49 663 für Einmalzulagen an das Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Tiefere Aufwendungen im Umfeld Cognos/PALAS aufgrund vermehrter Eigenleistung im Reporting und Customizing im Umfang von rund Fr. 200 000 durch Verzicht Beschäftigung externer Mitarbeitenden

4600 Direktionsübergreifende Informatik

Hauptereignisse

Informatikstrategie

Nach dem Abschluss des Projekts NOVIS, das die Ausarbeitung einer neuen Informatikstrategie beinhaltete, wurden im Verlauf des Jahres im Auftrag der Finanzdirektion Überprüfungen und Änderungen vorgenommen. Am 9. Dezember hat der Regierungsrat die Informatikstrategie festgelegt und das KITT mit deren Umsetzung beauftragt. Mit der neuen Informatikstrategie wird die kantonale Informatik unter den Gesichtspunkten Steuerung und Führung, Informatikleistungen, Finanzierung sowie Sicherheit strategisch ausgerichtet.

Projekt ZHcom

Mit diesem Projekt wird die Standardisierung und Konsolidierung der elektronischen Kollaborationsplattform (Anwendungs- und Kommunikationsplattform) umgesetzt. Nach dem Entscheid des Regierungsrates vom 19. März, den Betrieb der Groupware-Plattform an die Direktion der Justiz und des Innern zu vergeben, wurden umfangreiche Vorbereitungen für die Migration vorgenommen. Einerseits hat sich das neu gegründete Service-Center Lotus Notes der Direktion der Justiz und des Innern auf die Übernahme der Mailkonten und Applikationen vorbereitet, andererseits waren bei den Amtsstellen und der bisherigen Betreiberin technische Vorkehrungen zu treffen. Die Migration findet an fünf Wochenenden statt, wovon Phase 1 im Dezember bereits erfolgreich verlaufen ist.

LEUnet

Aufgrund der höheren Segmentierungsbedürfnisse und den erweiterten Sicherheitsanforderungen innerhalb des LEUnet steigt der Bedarf an weiteren logischen Netzen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, soll der LEUnet-Corebereich mit der Technologie MPLS (Multiprotocol Label Switching) ausgerüstet werden. Das dafür benötigte Konzept wurde vom LEUnet-Provider erstellt und vom KITT bewilligt. Das Projekt wurde im Herbst des Berichtsjahres initiiert und wird 2009 umgesetzt und vollendet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Kantonale Informatikstrategie entwickeln und pflegen.
A2	Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren). Modernisierung der Firewall (Virtualisierung/Redesign), Zusammenlegung von Anschlüssen an den Bund, Weiterausbau des ZHdirectory/ZHidentity sowie Schulung von Personalfachleuten für die Datenpflege, Schaffung des Kompetenzzentrums Messaging Services sowie Weiterentwicklung der Netzwerkdienste Active Directory, Domain Name System und IP-Adressverwaltung.
A3	Definition und Durchsetzung von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1	Standardisierung der Kollaborationsplattform (Groupware) (vgl. A3) Planmässig Siehe Hauptereignisse.	2008
E2	Aufbau des CC Informatiksicherheit; Umsetzung von Massnahmen (vgl. A2) Verzögert Gründe sind die späte Festlegung der Informatikstrategie und ein Personalengpass.	2008
E3	Weiterentwicklung des Informatikcontrollings Verzögert Grund ist die späte Festlegung der Informatikstrategie.	2008

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung					
Ertrag		0,0		0,0	0,0
Aufwand		-5,7	-6,4	-6,0	0,5
Saldo		-5,7	-6,4	-6,0	0,5
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		7,1	7,9	6,8	-1,1

Erfolgsrechnung

- +0,3 Niedrigerer Personalaufwand, insbesondere wegen der verzögerten Wiederbesetzung von offenen Stellen
- +0,1 Minderaufwand für den Betrieb des ZHdirectory und des Active Directory
- +0,1 Tiefere Beiträge an Netzwerkkosten der Gemeinden als budgetiert
- 0,0 Höherer Aufwand für das Projekt ZHcom (-0,4, vgl. unter «Hauptereignisse») wird durch Minderaufwand bei anderen Projekten kompensiert.

Personal

Zwei Stellen konnten erst verzögert wieder besetzt werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
--	-----	--------	--------	---------	-----------------

Wirkungen

W1	Verfügbarkeit des Datennetzwerkes LEUnet in %	min.	99,93%	99,4%	99,93%
----	---	------	--------	-------	--------

Leistungen

L1	Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden (vgl. A1)	P	703	1 600	495	-1 105
L2	Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden (vgl. A2)	P	3 546	4 500	3 172	-1 328
L3	Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse (vgl. A1, A3)	P	6	20	7	-13
L4	Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerkes LEUnet (vgl. A2)	P	10 633	11 000	11 105	105
L5	Anzahl Anschlussänderungen LEUnet (vgl. A2)	P	2 260	800	2 778	1 978

Abweichungsbegründungen

- L1 Der Zeitaufwand war geringer als angenommen. Es war eine Überarbeitung der im Vorjahr ausgearbeiteten Informatikstrategie vorzunehmen, die während längerer Zeit von anderen Stellen geprüft wurde und bei der Leistungsgruppe keinen Zeitaufwand mehr verursachte.
- L2 Eine Stelle konnte erst verzögert wiederbesetzt werden.
- L3 Die Verabschiedung der Informatikstrategie durch das KITT zählt nur als ein Beschluss. Sie umfasst jedoch eine erhebliche Zahl von strategischen Einzelentscheiden, die in Klausursitzungen oder Arbeitsgruppen gefällt wurden.
- L5 Sehr viele Umzugsaktivitäten und präzisere Zählung der Anschlussänderungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
8226	0	0	8226	0

4700 Drucksachen und Material

Hauptereignisse

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) hat wiederum ein sehr grosses Beschaffungsvolumen abgewickelt, die Dienstleistungen zugunsten ihrer Kunden weiter ausgebaut sowie den Einsatz von Informationstechnologien aktiv gefördert. Mehrere erfolgreiche Weiterentwicklungen sind insbesondere in den folgenden Gebieten zu verzeichnen:

- Die kdmz hat zusätzlich zu den Beschaffungen von Büro- und Reinigungsmaterial, Drucksachen sowie Informatik- und Bürogeräten ihre Leistungen für «Plotting» und «Beschriftungen» weiter ausgebaut. Diese Aufgabengebiete sind Anfang Jahr vom Tiefbauamt der kdmz übertragen worden.
- Eine stets wachsende Anzahl von Benutzern hat für Bestellungen von Büro- und Reinigungsmaterial sowie Drucksachen den Online-Shop verwendet, der neu auch Funktionen für personalisierte Produktempfehlungen enthält. Für einzelne grosse Kunden wurde die Beschaffungslogistik optimiert, verbunden mit einer Automatisierung der Bestell-, Liefer- und Verrechnungsprozesse und einer Optimierung der Lagerbewirtschaftung. Die kdmz führte mehrere grosse Submissionen für die Beschaffung von Informatik- und Bürogeräten durch und erstellte für zahlreiche neue Kunden «elektronische Formular-Anwendungen», die einen Workflow ohne Medienbruch ermöglichen.
- Unter der Leitung der kdmz führte die direktionsübergreifende Trägergruppe Büroökologie mehrere Sitzungen durch. Diese wirkte unter anderem aktiv an der Vorbereitung einer Regierungsvorlage mit, mit dem Ziel, den Anteil von Recyclingpapier in der kantonalen Verwaltung verstärkt zu fördern.
- Die kdmz erbrachte auch Leistungen für die Führung und den Betrieb der beiden schweizweiten E-Government-Plattformen «Publicjobs» und «Simap» (Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen). «Publicjobs» findet eine zunehmend stärkere Beachtung und verzeichnet heute mehrere Hundert Inserenten und durchschnittlich 650 Stelleninserate. Beim Verein Simap nimmt die kdmz zusätzlich zur Geschäftsführung auch die Projektbegleitung für die Weiterentwicklung zur Plattform «Simap1+» wahr.

Das Geschäftsjahr war im Weiteren durch einen Führungswechsel gekennzeichnet. Der bisherige Geschäftsleiter, Kurt Stoppacher, ging auf 31. August in Pension. Als Nachfolger hat der Regierungsrat Christian Erzinger, Dipl. Math. ETH, gewählt, der diese Funktion seit 1. September wahrnimmt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Kostengünstige, effiziente, ökologisch vertretbare und zentrale Beschaffung (Kanton tritt gegenüber der Privatwirtschaft als Kunde auf) aller für eine Verwaltung im administrativen Bereich notwendigen Produkte und Erbringung der damit zusammenhängenden Dienstleistungen, und zwar kostendeckend.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Einführung Beschaffungsmanagement (LZ FD 2) Verzögert Siehe Legislaturziele der Finanzdirektion. Im KEF 2009–2012 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses und der nächsten beiden Entwicklungsschwerpunkte von 2009 auf 2012 verschoben.	2009
E2	Optimierung/Erweiterung der elektronischen Bestellabwicklung mittels eProcurement Planmässig Für einzelne grosse Kunden wurde die Beschaffungslogistik optimiert. Die Besteller verfügen damit beispielsweise über mehrere Suchmöglichkeiten für die Auswahl ihrer Artikel, über Informationen zu den Bestellpositionen (u. a. Kostenstellen, Lieferadressen) sowie über klar definierte Freigabeverfahren (u. a. Abgleich mit verfügbaren Budgets).	2009
E3	Optimierung/Erweiterung eFormulare (digitale Formulare) Planmässig Die «elektronischen Formular-Anwendungen» sind mit weiteren Funktionen ergänzt worden, u. a. für Transaktionen. Damit kann die Effizienz bei der Erfassung und Übermittlung von Daten zwischen Bürgern, Unternehmen und Verwaltung weiter gesteigert werden.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	45,3	43,1	50,2	7,1
Aufwand	-44,1	-42,9	-49,5	-6,5
Saldo	1,2	0,1	0,7	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,2	-0,4		0,4
Saldo	-0,2	-0,4		0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	50,6	56,0	51,9	-4,1

Erfolgsrechnung

+0.6 Der Umsatz hat sich sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch im Vergleich zum Budget 2008 erhöht. Ertrag und Aufwand sind darum jeweils höher. Der Gewinn ist höher als budgetiert.

Personal

-4.1 Einzelne vakante Stellen wurden mit leichter Verzögerung besetzt und die Arbeiten zur Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens sind verzögert. Der geplante Beschäftigungsumfang wird daher derzeit nicht voll ausgeschöpft.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Anzahl erstelle eFormulare	P	730	740	760	20
W2	Anzahl Kunden, die eBusiness verwenden	P	5 400	5 000	6 100	1 100
W3	Anteil Recyclingpapier am Gesamtverbrauch an Papier	min.	23%	35%	24%	
Leistungen						
L1	Anzahl Bestellungen	P	98 100	97 000	99 647	2 647
L2	Anzahl Bestellungen elektronisch (eShop) in % des Totals	P	43%	42%	44%	
Wirtschaftlichkeit						
B1	Preisindex Kopierpapier (2004 = 100)	max.	100	100	100	0
B2	Preisindex Kopierclick (2004 = 100)	max.	118	115	115	0
Abweichungsbegründungen						
W1	Das eBusiness hat sich im Berichtsjahr erneut sehr gut entwickelt.					
W2	Die Anzahl Kunden, die eBusiness verwenden, ist im Berichtsjahr erneut gestiegen. Der Budgetwert 2008 war aufgrund des Rechnungswertes 2006 zu tief angesetzt.					
W3	Der Anteil Recyclingpapier ist noch sehr tief, hat sich in den letzten Jahren jedoch stetig leicht erhöht.					
B2	Der Preisindex Kopierclicks konnte dank verstärkter Volumenbündelung gegenüber dem Vorjahr leicht gesenkt werden.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
403 550	-62 237	+101 000	442 313	+38 763

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 40 124 für Einmalzulage an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Höherer Aufwand und Ertrag als budgetiert, mit einer vergleichsweise geringeren Erhöhung des Aufwands, insbesondere durch ein allgemein höheres Geschäftsvolumen (unter anderem weiterer Ausbau des nationalen Stellenportals Publicjob, vermehrte Beschaffungen von Informatik- und Bürogeräten) und Abdeckung des erhöhten Geschäftsvolumens mit bestehenden Kapazitäten, sowie grosse Eigenleistungen bei Projektarbeiten

4910 Steuererträge

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die Erträge und Aufwendungen der Staatssteuern, der Quellensteuern, der Direkten Bundessteuern, der Verrechnungssteuern sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuern verbucht.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5747,8	5848,7	5933,1	84,4
Staatssteuern: Laufende Steuerperiode	3810,9	4226,0	3894,1	-331,9
Nachträge früherer Steuerperioden	773,6	596,0	879,2	283,2
Quellensteuer	164,2	185,0	207,0	22,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	182,0	191,0	192,0	1,0
Direkte Bundessteuer	704,1	525,0	579,9	54,9
Verrechnungssteuer	35,7	68,0	109,9	41,9
Aufwand	-121,7	-124,1	-138,5	-14,5
Staats-/Quellensteuer: Entschädigungen an Gemeinden	-68,2	-67,4	-71,7	-4,3
Saldo	5626,0	5724,6	5794,5	69,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 331,9 Staatssteuern der laufenden Steuerperiode: Die Staatssteuererträge liegen unter dem budgetierten Steuersoll. Die Auswirkungen der Finanzkrise führten bereits zu erheblichen Mindererträgen bei den juristischen Personen.
- +283,2 Nachträge für frühere Steuerperioden: Die Nachträge an direkten Steuern liegen dagegen deutlich über dem Budget. Die im Berichtsjahr erwarteten grösseren Mehrerträge für die älteren Steuerperioden 2006 und 2007 konnten vereinnahmt werden.
- +22,0 Höhere Quellensteuern als budgetiert. Der Grund liegt in der steigenden Zahl quellensteuerpflichtiger Personen (aufgrund der Zuzüge).
- +54,9 Der Anteil des Kantons Zürich am Bundessteuerertrag beruht auf den tatsächlich eingegangenen Zahlungen (IST-Methode) und ist damit vom Zahlungsverhalten abhängig.
- +41,9 Höherer Kantonsanteil an Verrechnungssteuern infolge deutlichem Mehrertrag des Bundes für die Steuerperiode 2007 und früher.

Aufwand:

- 9,3 Staatssteuern: Ein Einzelfall verursachte bei den Nachsteuern und Bussen eine ausserordentliche Abschreibung.
- 8,6 Staatssteuern: Anstieg der Zinsvergütungen für die älteren Steuerperioden
- 2,7 Quellensteuern: Der Mehrertrag an Quellensteuern führt zu höheren Bezugsprovisionen an die Arbeitgeber und ebenso zu höheren Entschädigungen an die Gemeinden.
- 1,6 Staatssteuern: Mehraufwand infolge Anstieg der Einschätzungen durch die Gemeinden und Ausbreitung der elektronischen Datenarchivierung (Scanningbeiträge an die Gemeinden)
- +7,7 Diverser Minderaufwand

4930 Kapital- und Zinsdienst Staat

Hauptereignisse

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4300, Amt für Tresorerie, dargestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	553,4	584,0	686,7	102,7
Zinsertrag	162,9	146,7	168,5	21,8
Gewinnanteil ZKB	190,0	150,0	230,0	80,0
Gewinnanteil Nationalbank	194,6	287,2	288,1	1,0
Aufwand	-222,0	-205,7	-213,1	-7,4
Kapitalbeschaffung und Vermögensverwaltung	-0,7	-1,4	-1,3	0,1
Zinsaufwand	-221,3	-204,4	-204,2	0,2
Saldo	331,4	378,3	473,6	95,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,1	0,1
Ausgaben		-7,5	-5,5	2,0
Saldo		-7,5	-5,4	2,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +81,0 Höhere Gewinnausschüttung der ZKB (+80,0) sowie der Schweizerischen Nationalbank (+1,0)
- +13,4 Höherer Ertrag aus Festgeldanlagen aufgrund höherer Liquidität
- +8,1 Höhere Dividenden der Axpo Holding (+3,4), der Rheinsalinen (+1,6) und der Unique Zurich Airport (+3,1)
- +1,2 Verkauf der Beteiligung an der Veolia Umwelt Service AG
- 1,1 Niedriger Ertrag aus Swap-Geschäften infolge tieferer Zinsen

Aufwand:

- 7,7 Wertberichtigung von Anlagen des Finanzvermögens aufgrund tieferer Marktwerte
- 6,4 Höherer Aufwand für die Verzinsung der Sonderrechnungen infolge höherer Kontokorrente
- +5,9 Geringerer Aufwand für die Verzinsung des variabel verzinslichen Fremdkapitals infolge tieferer Zinsen

Investitionsrechnung

- +2,0 Die für 2008 geplante Aktienkapitalerhöhung der MCH Messe Schweiz wurde durch die Gesellschaft verschoben.

4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden auf dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	217,2	220,6	221,7	1,1
Kalkulatorischer Zinsertrag	209,4	220,6	213,3	-7,3
Aufwand	-42,0	-71,7	-46,4	25,3
Kalkulatorischer Zinsaufwand	-40,4	-42,7	-45,1	-2,4
Saldo	175,1	148,9	175,2	26,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

- +41,0 Im Budget 2008 war zentral ein Mehraufwand beim Personalaufwand (höherer Teuerungsausgleich als im Budgetentwurf vorgesehen) eingestellt, der in der Rechnung dezentral in den einzelnen Leistungsgruppen angefallen ist.
- 13,3 Zentral budgetierter Minderaufwand bei den Abschreibungen (wegen der Annahme, dass das Investitionsbudget 2007 nur zu 85% ausgeschöpft wurde) fällt in den einzelnen Leistungsgruppen an.

4960 Interkantonaler Finanzausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) erfasst, soweit sie nicht einer spezifischen Leistungsgruppe zugeordnet werden können.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag		93,1	93,1	0,0
Soziodemografischer Lastenausgleich		93,1	93,1	0,0
Aufwand		-526,3	-526,4	-0,0
Ressourcenausgleich		-505,7	-505,7	0,0
Härteausgleich		-20,6	-20,6	-0,0
Saldo		-433,2	-433,3	-0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen

Hauptereignisse

Aufgrund des Sanierungsprogramms 2004 (San04) mussten bei der Kantonalisierung der Kindergärten vereinzelt Kindergartenlehrpersonen entlassen werden. Deshalb wurde nachträglich zum San04 ein Sozialplan erlassen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen.
A2	Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen
A3	Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist.
A4	Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

		bis
E1	Entwicklung und Bereitstellung von Begleitmassnahmen und Unterstützungsangeboten Planmässig	2010
E2	Koordinierte und personalrechtskonforme Ausrichtung von Abgangsentschädigungen Planmässig	2010
E3	Zentrale Ausrichtung von Leistungen gemäss Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK) Planmässig	2010
E4	Erarbeitung von Regelungen für Hartefälle gemäss dem Grundsatz der Gleichbehandlung Planmässig	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,4		3,2	3,2
Aufwand	-5,8	-1,0	-4,2	-3,2
Saldo	-4,4	-1,0	-1,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Die budgetierten Sozialplankosten richten sich nach der Anzahl abzubauender Stellen aufgrund des Sanierungsprogrammes 2004 und des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 2006. Die Anzahl abzubauender Stellen und somit die Sozialplankosten verringern sich seit 2005. Im Jahr 2007 wurden weitere Sozialpläne beschlossen, für nicht budgetierte Kosten wurde ein Nachtragskredit bewilligt. Da sich die Zahlungen auf die Folgejahre verschieben, wurden im Berichtsjahr rund 3 Mio. Franken Rückstellungen aufgelöst (Ertrag) und rund 1,9 Mio. Franken Rückstellungen gebildet (Aufwand).

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Hauptereignisse

Mit Vorlage 4460 bewilligte der Kantonsrat am 25. August, befristet bis 2016, eine Leistung des Lotteriefonds von höchstens je 8,5 Mio. Franken zugunsten der Kantonalen Denkmalpflege und der Fachstelle Kultur. Der Beitrag zugunsten der Denkmalpflege steht für die Erhaltungs- und Pflegemassnahmen und neu für die wiederkehrenden Betriebsbeiträge für ausgewählte kulturhistorische Organisationen zur Verfügung. Der Beitrag zugunsten der Fachstelle Kultur steht für die Freien Kulturkredite des Regierungsrates (höchstens 3,5 Mio. Franken) und neu für wiederkehrende Betriebsbeiträge an ausgewählte Kulturinstitutionen zur Verfügung.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke – vorwiegend im sozialen und kulturellen Bereich – verwendet.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	67,5	60,6	66,2	5,6
Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	61,5	54,0	58,7	4,7
Entnahme aus Bestandeskonto				
Kalkulatorischer Zinsertrag	6,0	6,6	7,3	0,6
Aufwand	-67,5	-60,6	-66,2	-5,6
Zahlungen an Private und Dritte	-21,5	-35,2	-19,1	16,1
Einlagen in Bestandeskonto	-35,4	-13,5	-34,9	-21,4
Übertrag an Leistungsgruppen	-10,6	-11,9	-12,2	-0,3
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	194,2	191,0	229,2	38,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +4,7 Der Ertrag der Swisslos ist abhängig von deren Leistung. Swisslos ging bei der Budgetierung davon aus, dass der Ertrag 2008 im Vergleich zu 2007 geringer ausfallen würde. Aufgrund der guten Jackpotsituation erreichte Swisslos ein Jahresergebnis, das annähernd demjenigen von 2007 entsprach.
- +0,6 Da der Fondsbestand am 1. Januar höher war als budgetiert, ergibt sich ein höherer Zinsertrag.

Aufwand:

- +16,1 Die Beiträge aus dem Lotteriefonds an Private und Dritte liegen mit rund 19 Mio. Franken fast auf dem Niveau von 2007. Anders als budgetiert kamen jedoch im Berichtsjahr verschiedene grössere Beiträge aus dem Fonds nicht zur Auszahlung (Inlandhilfe 2008, Schweizerisches Landesmuseum).
- 21,4 Höhere Einlage in den Fondsbestand wegen der tieferen Beiträge und der höheren Erträge von Swisslos.
- 0,3 Der Übertrag an Leistungsgruppen ist leicht höher infolge des nachträglich eingereichten Gesuches für die Globus-Replik.

Fondsbestand

Der Fondsbestand liegt mit knapp 230 Mio. Franken um 38 Mio. Franken höher als budgetiert, weil die Einlage in den Fondsbestand höher war als budgetiert (vgl. «Erfolgsrechnung»).

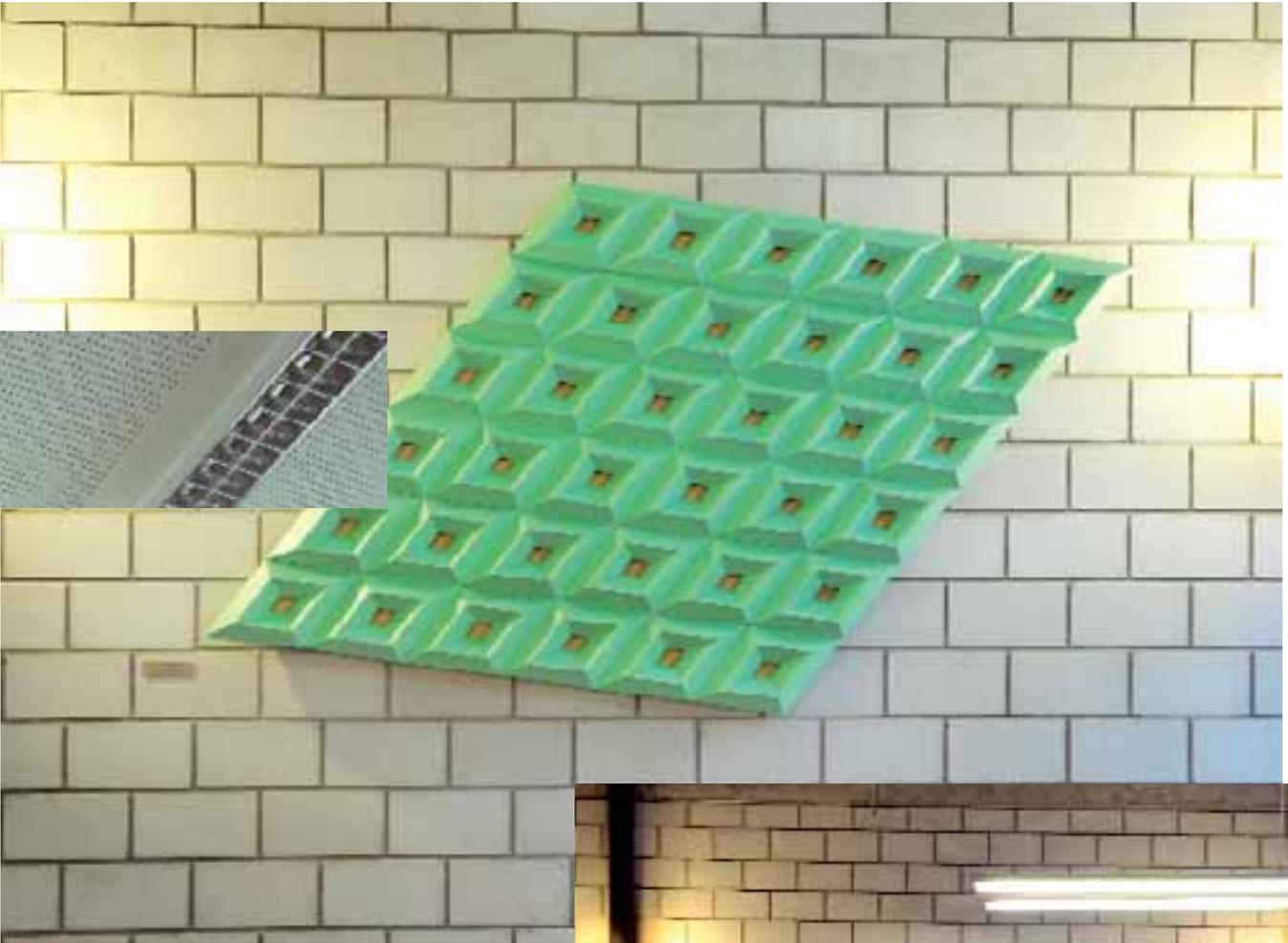
Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Leistungen						
L1	Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %	P				
L2	- Denkmalpflege	P	20	17	25	8
L3	- Ausland- und Inlandhilfe	P	16	18	14	-4
L4	- Kultur	P	22	40	13	-27
L5	- Zoo (Betrieb und Investitionen)	P	8	7	11	4
L6	- Bildung	P	5	10	14	4
L7	- Soziales/Gesundheit	P	3	5	4	-1
L8	- Übriges	P	26	3	19	16
L9	Anzahl Gesuche	P	392	410	412	2
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Gesuch (in Fr.)	P	969	975	971	-4

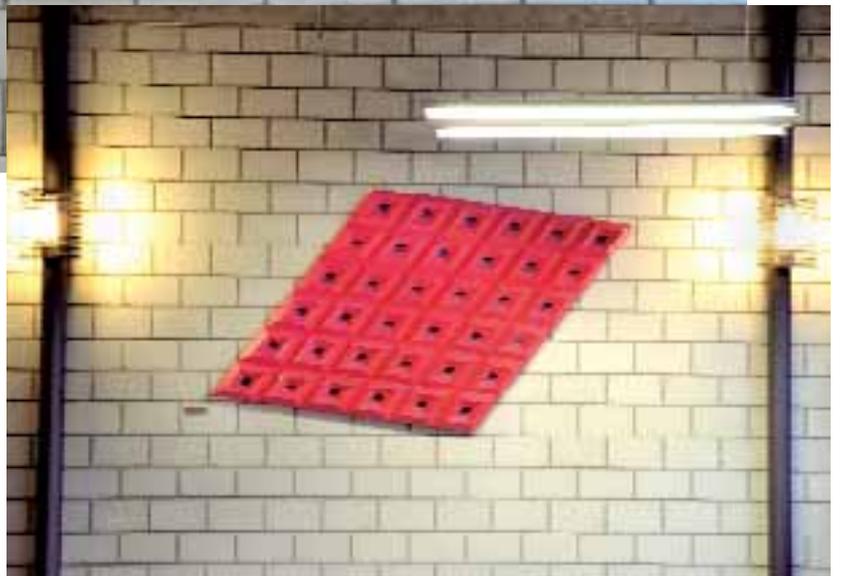
Abweichungsbegründungen

Die Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder auf die verschiedenen Kategorien ist abhängig von den einzelnen Gesuchen (vor allem von den grossen Gesuchen), die eingereicht werden und über die entschieden wird. Der Inhalt der einzelnen Gesuche ist nicht steuerbar. Hinzu kommt die schlechte Planbarkeit bei grossen Gesuchen bzw. Beitragszusagen des Kantonsrates.

- L4 Für das Budget 2008 bestand die Annahme, dass im Laufe des Jahres über das Gesuch um einen grossen Beitrag zugunsten des Schweizerischen Landesmuseums entschieden würde. Infolge Verzögerung konnte darüber im Berichtsjahr nicht entschieden werden.
- L8 Diese Kategorie umfasst die Bereiche Freizeit, Umwelt und Verwaltung. Nicht im Budget berücksichtigt war ein Beitrag von 3,76 Mio. Franken zugunsten der Digitalisierung von Kantonsrats- und Regierungsratsbeschlüssen.



Perspektiv Transdimensional, verde (Lita Casparis-Luparello)



Perspektiv Transdimensional, rosso (Lita Casparis-Luparello)



... on mouse (Germann Monica & Lorenzi Daniel)

Volkswirtschaftsdirektion

Die Volkswirtschaftsdirektion will einen wesentlichen Beitrag leisten, um:

- die Standortattraktivität des Wirtschaftsraumes Zürich zu erhalten bzw. zu steigern und
- das zunehmende Mobilitätsbedürfnis menschen- und umweltverträglich zu bewältigen.

Im Berichtsjahr lagen die Schwerpunkte der Volkswirtschaftsdirektion beim Erhalt des überaus guten internationalen Rufs von Zürich als Standortregion sowie bei der konsequenten Weiterverfolgung der kantonalen Politik im Zusammenhang mit Verkehrsinfrastrukturen. In diesem Zusammenhang sind die Veröffentlichung des ersten formellen Berichts zum Zürcher Fluglärm-Index sowie die sichergestellte Finanzierung der Durchmesserlinie besonders erwähnenswert.

Wirtschaft und Arbeit

Um Stärken und Schwächen des Kantons Zürich im internationalen Standortwettbewerb zu kennen und die Standortqualität verbessern zu können, hat die Volkswirtschaftsdirektion einen Standortbericht erstellt. Da Standortentwicklung und -förderung nahezu sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens tangieren, wurden alle Direktionen in die Erarbeitung des Berichtes miteinbezogen. Im September wurde dieser der Öffentlichkeit vorgestellt. Er enthält Vorschläge für konkrete Massnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes.

Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg wurde weiter gepflegt. In Zürich fand das sechste Unternehmensforum statt, das jeweils zum Ziel hat, grenzüberschreitende Geschäftsbeziehungen zu fördern.

Im Berichtsjahr konnten einige wichtige Ansiedlungen und Expansionen von Unternehmen verzeichnet werden. Im Rahmen der Bestandespflege wurden verschiedene Unternehmen besucht. Im Kanton Zürich gibt es in wichtigen Bereichen eine Vernetzung von Betrieben und Dienstleistungen innerhalb einer Wertschöpfungskette, sogenannte Cluster. Die Finanzdienstleister und Life Sciences bilden unter anderem solche Cluster, welche die Standortförderung in Zusammenarbeit mit Partnern aktiv betreut.

Finanzmarktkrise

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise gab es viele Anfragen im Kantonsrat bezüglich der Auswirkungen für den Kanton Zürich. Dabei stand die Konjunktur- und Finanzlage des Kantons im Vordergrund. Der Kanton Zürich ist aufgrund der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Finanzsektors – mit 20% Anteil an der Wertschöpfung – überdurchschnittlich betroffen. Die Notwendigkeit von Stabilisierungsmassnahmen wurde überprüft und Abklärungen dazu sind weiter im Gang.

Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich erst auf das Jahresende hin, wobei rund 60% der Zunahme auf saisonale Faktoren zurückzuführen waren, rund 40% auf die konjunkturelle Abkühlung.

Organisationsstruktur Gesamtverkehr

Die Strukturbereinigung Gesamtverkehr wurde auf den 1. Juli abgeschlossen. Das Amt für Verkehr ist seit diesem Zeitpunkt neu für alle Verkehrsträger zuständig. Hierzu wurden die Organisationseinheit Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS) mit dem Amt für Verkehr in das «neue» Amt für Verkehr zusammengeführt.

Der Entscheid des Regierungsrates, Strategisches und Operatives zu trennen und auf zwei Direktionen aufzuteilen, wurde umgesetzt. Bauprojekte im Bereich der Staatsstrassen wechseln nach den drei Phasen Strategie, Planung und Vorstudie mit einem Projektauftrag von der Volkswirtschaftsdirektion als «Bestellerin» in die Baudirektion als «Erstellerin und Betreiberin».

Die ersten Erfahrungen mit der Umsetzung der neuen Aufgabenteilung zwischen Volkswirtschaftsdirektion und Baudirektion sind gut und zeigen, dass sich die vom Regierungsrat angestrebte Aufteilung grundsätzlich bewährt.

Luftverkehr

ZFI-Bericht 2007

Der Regierungsrat verabschiedete den ersten formellen Bericht zum Zürcher Fluglärm-Index (ZFI), der die Jahre 2006 und 2007 miteinander vergleicht. Der Monitoringwert wuchs von rund 42 800 (2006) auf rund 46 300 (2007) stark belästigte Personen an. Der bei 47 000 Personen festgelegte Richtwert wurde somit zwar nicht überschritten, jedoch nahezu erreicht. Gemäss Flughafengesetz wirken die Behörden des Kantons Zürich darauf hin, dass der Richtwert nicht überschritten wird. Sie ergreifen rechtzeitig die in ihrer Kompetenz stehenden Massnahmen. Um eine anhaltende Wirkung zu erzielen, müssen zunächst die Faktoren, die den ZFI negativ beeinflussen, und ihre Wirkung über einen längeren Zeitraum hinweg untersucht werden. Die Massnahmen müssen ursachengerecht bei den langfristig wirksamen und beeinflussbaren Faktoren ansetzen. Der Regierungsrat hat die Volkswirtschaftsdirektion mit einer vertieften Analyse sowie einer Massnahmenplanung beauftragt.

Eigentümerstrategie Flughafen Zürich

Der Regierungsrat hat für seine Beteiligung am Flughafen Zürich eine Eigentümerstrategie beschlossen, die für die vier Themenfelder «Verkehrs- und volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Zürich», «Umweltschutz», «Unternehmensführung» und «Beziehungspflege» 15 Leitplanken formuliert. Im Bereich «Umweltschutz» erwartet der Kanton Zürich zum Beispiel, dass der Flughafen die Möglichkeiten ausschöpft, um die Lärm- und Schadstoffimmissionen zu begrenzen und zu verringern. Im Bereich «Unternehmensführung» wird erwartet, dass sich der Flughafen bezüglich Effizienz und Wirtschaftlichkeit an den in der Branche üblichen Werten misst und dabei Spitzenpositionen anstrebt.

Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL)

Im Rahmen der Erarbeitung des SIL-Objektblattes Flughafen Zürich fand das dritte und letzte Koordinationsgespräch statt. Dabei vertrat die Volkswirtschaftsdirektorin die Haltung des Regierungsrates zu den drei optimierten Betriebsvarianten: Sie sprach sich für die optimierten Varianten aus, brachte aber klare Vorbehalte bezüglich Starts nach Süden geradeaus und zur Dauer von Ostanflügen im Falle einer Verlängerung der Westpiste an. Eine Raumsicherung für ein Parallelpistensystem lehnte sie ab. Der Bund entschied, die drei optimierten Varianten weiterzuerfolgen.

Gespräche Schweiz-Deutschland

Anlässlich des Treffens zwischen dem schweizerischen Bundespräsidenten und der deutschen Bundeskanzlerin wurde vereinbart, die vom Flughafen Zürich ausgehende Belastung zu ermitteln und zu bewerten. Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in welche Vertreter der Volkswirtschaftsdirektion Einsitz nahmen. Im Frühjahr 2009 sollen die technischen Arbeiten abgeschlossen werden.

Öffentlicher Verkehr

Der öffentliche Verkehr war auch im vergangenen Jahr auf Wachstumskurs. Die Zahl der Abonentinnen und Abonnten des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) stieg einschliesslich Z-Pass auf rund 345 000 (Vorjahr 330 000). Die Frequenzen auf der S-Bahn nahmen ebenfalls zu: Pro Werktag wurden an der Zürcher Stadtgrenze im Durchschnitt 375 000 Fahrgäste gezählt (Vorjahr 355 000).

Anfang März startete der ZVV eine neue Werbekampagne. Neu lautet der Slogan: «Damit du da bist, wo dein Tag ist». Ein besonderer Fokus dieser Werbekampagne liegt auf der Förderung des öV in der Freizeit.

Während der Fussball-Europameisterschaft 2008 wurden drei Spiele in Zürich ausgetragen. Der ZVV stellte während des ganzen Turniers ein erweitertes Verkehrsangebot zur Verfügung. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 5,7 Mio. Franken. Diesen Mehraufwendungen standen Einnahmen von 5,9 Mio. Franken gegenüber, die durch den Verkauf von Tickets und erfolgreichen Sponsoring-Massnahmen erreicht wurden.

Beim Verkehrsfonds stand der Abschluss der Finanzierungsvereinbarung für das Gesamtprojekt Durchmesserlinie, einschliesslich des Ausbaus der Geleise 7 und 8 in Oerlikon, im Vordergrund. In der zweiten Jahreshälfte erfolgte der Baubeginn der 3. Etappe Glattalbahn und der Tramnetzerweiterung Zürich-West.

Legislaturziele

Die Volkswirtschaftsdirektion ist zuständig für die Massnahmen 3.1, 3.2, 3.3, 3.6, 5.4, 5.5, 8.6 und 11.1–11.4 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Massnahmen berichtet. Im vorliegenden Kapitel folgt die Berichterstattung über die weiteren Legislaturziele der Volkswirtschaftsdirektion.

Legislaturziel	1. Sicherstellen der Erreichbarkeit innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich und der Vernetzung mit anderen Wirtschaftsräumen durch leistungsfähige, raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme (LZ RR 11)
Massnahme	1.1. Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben (LZ RR 11.1)
Stand	Planmässig beim öffentlichen Verkehr, der Westumfahrung und der N4 Knonaueramt, verzögert beim weiteren Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	1.2. Entwicklung von Angebot und Tarif im ZVV (gemäss Zielen der Strategie ZVV 2009–2012)
Stand	Planmässig
Massnahme	1.3. Langfristige Werterhaltung der Strasseninfrastruktur sowie Standardisierung beim Strassenbau
Stand	Planmässig
Kommentar	Bericht und Anleitung für die Senkung der Standards im Tiefbau wurden vom Regierungsrat am 17. Dezember beschlossen.
Legislaturziel	2. Schaffen von Rahmenbedingungen für eine sowohl raum- und umweltverträgliche als auch wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Zürich sowie Stärkung des politischen Dialogs auf kantonaler und nationaler Ebene und im grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum (LZ RR 11)
Massnahme	2.1. Den politischen Dialog mit Bund, Nachbarkantonen, Gemeinden und Deutschland zur Förderung der Akzeptanz des Flughafens Zürich als nationale Verkehrsinfrastruktur und einer langfristigen Lösung stärken
Stand	Planmässig
Massnahme	2.2. Planungs- und Rechtssicherheit im Rahmen des Sachplans Infrastruktur und des Betriebsreglements für den Flughafen Zürich sowie des kantonalen Richtplans (umfasst LZ RR 11.2 In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen)
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	2.3. Eigentümerstrategie für die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG
Stand	Abgeschlossen

Legislaturziel	3. Verkehrsträgerübergreifende politische Steuerung im Bereich Verkehr (Umsetzung Gesamtverkehrskonzept LZ RR 11)
Massnahme	3.1. Den Strategieprozess und das Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption gestalten und weiterentwickeln (LZ RR 11.3)
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	3.2. Die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs unter den Bedingungen der weiteren Reformen des Bundes im öffentlichen Verkehr und des Individualverkehrs sichern sowie langfristige Optionen für die Verkehrsfinanzierung entwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Vernehmlassungsentwurf der Gesetzesvorlage liegt vor. Der Regierungsrat wird diesen voraussichtlich Anfang 2009 für die Vernehmlassung verabschieden.
Massnahme	3.3. Politische Steuerungsinstrumente gemäss Gesamtverkehrskonzept entwickeln und implementieren (Strategiebeschluss Strasse, Rahmenkredit Strasse)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Einführung ist erst nach Verabschiedung der Gesetzesgrundlage möglich (vgl. Massnahme 3.4).
Massnahme	3.4. Neuordnung des Verkehrsrechts
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Vorlage soll bis Ende 2009 zuhanden des Kantonsrates verabschiedet werden.
Massnahme	3.5. Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen (LZ RR 11.4)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	4. Stärkung der Standortattraktivität des Wirtschaftsraums Zürich im internationalen Wettbewerb (LZ RR 3 und 5)
Massnahme	4.1. Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren (LZ RR 5.5), einschliesslich einer Überprüfung der Stiftung Greater Zurich Area (GZA)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.2. Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen (LZ RR 5.4)
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.3. Gute Rahmenbedingungen und optimale Dienstleistungen für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmungen fördern, insbesondere auch in wichtigen Branchen und bei Clustern
Stand	Planmässig

Massnahme	4.4. Standortbericht, einschliesslich Monitoring der Standortfaktoren für den Wirtschaftsraum Zürich (im Rahmen der Stiftung Greater Zurich Area)
Stand	Planmässig
Massnahme	4.5. Innovation und Technologietransfer stärken
Stand	Planmässig
Massnahme	4.6. Führung der Marke Zürich beanspruchen (LZ RR 3.1)
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.7. Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken (LZ RR 3.3)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.8. Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern (LZ RR 3.4)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.9. Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen im Kanton Zürich unterstützen (LZ RR 3.6)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	5. Flexibilität der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden bzw. -suchenden durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen sowie Missbräuche bekämpfen
Massnahme	5.1. Erwerbslose in den Arbeitsmarkt zurückführen sowie Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfebehörden, Berufsberatung, IV-Stellen und regionalen Arbeitsvermittlungszentren stärken (interinstitutionelle Zusammenarbeit, IIZ)
Stand	Planmässig
Massnahme	5.2. Umsetzen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit
Stand	Planmässig
Massnahme	5.3. Aufbau und Umsetzung des Vollzugs des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA)
Stand	Aufbau abgeschlossen, Umsetzung planmässig

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	871,7	981,9	949,6	-32,2
Aufwand	-1154,3	-1287,8	-1201,0	86,9
Saldo	-282,6	-305,9	-251,3	54,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	381,3	387,4	227,0	-160,5
Ausgaben	-708,1	-812,8	-614,6	198,2
Saldo	-326,8	-425,4	-387,6	37,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	668,9	730,3	625,5	-124,8

Erfolgsrechnung

- +31,8 Erlös aus Besserungsschein SWISS (Amt für Verkehr)
- +16,2 Die 4. Tranche für die Sonderabschreibung an die Glattalbahn über 20 Mio. Franken wurde nicht ausgeschöpft (Generalsekretariat).
- +3,1 Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme (EG AVIG) für ausgesteuerte Personen wegen geringerer Auslastung (Amt für Wirtschaft und Arbeit)

Investitionsrechnung

- +53 Bei den Nationalstrassenbauten läuft nur noch die Netzfertigstellung über Verkehr und Infrastruktur Strasse (hauptsächlich Westumfahrung).
- 22 Verkehrsfonds: Die neue Finanzierungsvereinbarung für die Durchmesserlinie führte zu Mehrausgaben von 92 Mio. Franken, die durch Minderausgaben bei der Glattalbahn und anderen Projekten teilweise kompensiert wurden.
- +6 Tiefere Nachfrage nach Wohnbauförderungsdarlehen. Freiwillige Darlehensrückzahlungen sind schwierig zu planen (Amt für Wirtschaft und Arbeit).

Personal

- 73,5 Beim Vollzug AVIG im AWA musste aufgrund der Anzahl Stellensuchenden der budgetierte Stellenplan nicht ausgeschöpft werden.
- 26,6 Vakante Stellen und verzögerte Stellen-Wiederbesetzung beim AFV

Investitionen

Mit Inkrafttreten der NFA werden die Nationalstrassen durch den Bund ausgeführt. Beim Kanton verbleibt die Netzfertigstellung, insbesondere die Westumfahrung, die N 4 und die Pfingstweidstrasse. Aufgrund der neuen Finanzierungsvereinbarung für den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse muss der Kanton die derzeit fehlenden Mittel des Bundes bevorschussen.

Übersicht Investitionen in Mio. Franken

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Nationalstrassen (Nettoinvestitionen)	-95	-100	-47	53
Staatsstrassen	-33	-35	-46	-11
Investitionsbeiträge an Gemeindestrassen	-22	-25	-11	14
Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-44,1	-81,6	-173,8	-92,2
Beiträge an Stadtbahn Glattal	-119,9	-124,2	-71,1	53,1
Beiträge an 3. Teilergänzung	-23,6	-14,8	-9,3	5,5
Beiträge an Tram Zürich-West	0	-18,5	-12,4	6,1
Wohnbauförderungsdarlehen	5,5	-1,9	4,3	6,2
Client 07 (Hard- und Software-Erneuerung gesamte VD)	-1,1	-1,3	-1,2	0,1
Übrige Investitionen	6	-23,1	-20,1	3

Nationalstrassen: Vorsichtige Budgetierung aufgrund der NFA, teilweise Übernahme durch ASTRA

Investitionsbeiträge: Tiefere Beiträge an die Städte Zürich und Winterthur

Glattalbahn: Der Bund hat insgesamt 54 Mio. Franken aus dem Infrastrukturfonds geleistet, die nicht budgetiert waren.

Wohnbauförderung: Die freiwilligen Rückzahlungen sind nicht planbar (2008: 9,9 Mio. Franken Rückzahlungen).

Leistungsgruppen

5000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Intensive Verhandlungen mit Deutschland zum An- und Abflugregime des Flughafens Zürich Kloten prägten das Berichtsjahr und forderten insbesondere die Europafachstelle des Generalsekretariats. Auf Schweizer Seite wurden verschiedene Projekte aus unterschiedlichen Politikbereichen erarbeitet, die schliesslich in ein konkretes Arbeitsprogramm mündeten und in die Verhandlungen mit Deutschland eingebracht wurden. Ziel all dieser Projekte, die über das eigentliche Anflugregime hinausgingen, war die Verbesserung der grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz. Dies erforderte eine enge Abstimmung mit den zahlreichen Partnern des Bundes (Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK und Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA), der Konferenz der Kantonsregierungen, den Nachbarkantonen und verschiedensten Ämtern und Behörden innerhalb des Kantons Zürich. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnte in den Verhandlungen jedoch dieses Arbeitsprogramm als derzeit nicht gangbaren Weg ab; dies nicht zuletzt wegen der strikt ablehnenden Haltung des deutschen Landkreises Waldshut.

Die Abteilung Informatik (VDI) hat im Berichtsjahr die Erneuerung der Informatik-Arbeitsplätze der gesamten Volkswirtschaftsdirektion erfolgreich abgeschlossen. Im Zeitraum zwischen November 2007 und April 2008 wurden rund 900 Arbeitsplätze mit neuer Hardware und zeitgemässer Software (Windows Vista, Office 2007) ausgestattet. Gleichzeitig sind wesentliche Verbesserungen bei der Informatik-Sicherheit erreicht worden. Die Gesamterneuerung verlief ohne nennenswerte Probleme, die Systemstabilität ist hoch und das Projekt konnte deutlich unter Budget realisiert werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin und die Ämter
A2	Bearbeitung/Koordination der Direktionsgeschäfte
A3	Dienstleistungen und Support für die Ämter in den Bereichen Informatik, Personal, Finanzen und Controlling
A4	Europafachstelle

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

		bis
E1	Weiterentwicklung der führungsunterstützenden Instrumente für die Direktionsvorsteherin Abgeschlossen	2008
E2	Neuordnung des Verkehrsrechts Planmässig	2011
E3	Personalentwicklungsstrategie Planmässig	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,6	4,3	4,0	-0,3
Interne Informatikdienstleistungen	2,9	3,3	3,1	-0,2
Aufwand	-28,2	-30,3	-12,6	17,7
Übertrag für Sonderabschreibungen Glattalbahn	-20,0	-20,0	-3,9	16,1
Saldo	-24,5	-26,0	-8,6	17,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,6	-0,9	-0,3	0,6
Saldo	-0,6	-0,9	-0,3	0,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	35,2	38,5	35,4	-3,1

Erfolgsrechnung

Aufwand:

- +16,2 Die 4. Tranche über 20 Mio. Franken für die Glattalbahn (Sonderabschreibung Strassen-
teile) musste nicht ausgeschöpft werden. Zum Teil wurden auch Kosten vom ASTRA über-
nommen.
- +0,4 Bei der Europafachstelle wurden diverse Projekte verschoben oder zurückgestellt, zum
Teil aufgrund der Verhandlungsergebnisse mit Deutschland.
- +0,3 Netto-Einsparungen bei der VD-Informatik, u. a. erreicht durch Aushandeln günstigerer
Konditionen.

Investitionsrechnung

- +0,6 Das Projekt Client 07 (Gesamterneuerung der Informatik) konnte günstiger abgeschlos-
sen werden.

Personal

Gemäss Sanierungsprogramm 04 wurde im Berichtsjahr eine Stelle abgebaut, zwei Stellen sind
unbesetzt.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Gesamtzufriedenheit mit der VD-Informatik (höchste Note 6)	min.	n. e.	>5	5,0	-
Leistungen						
L1	Anzahl von der VD erledigte Rekurse	P	20	45	37	-8
L2	Anzahl zu betreuende PC-Arbeitsplätze	P	894	905	854	-51
L3	Anteil Rekurse, die innerhalb von fünf Monaten erledigt wurden	min.	32%	>60%	68%	
Abweichungsbegründungen						
W1	Internetumfrage alle zwei Jahre bei allen PC-Benutzern der VD durch das Statistische Amt (Note im Jahr 2006: 5,1)					
L2	Aufgrund der Schnittstellenbereinigung Verkehr per Juli 2008 (Verschiebung von 42 Stellen in die BD)					
L3	Von den im Berichtsjahr eingegangenen Rekursen wurden 16 von 25 (= 68%) innert fünf Monaten erledigt.					

Rücklagen

Bestand 31.12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12. 2008	Veränderung Bestand
105 571	-41 699	+80 000	143 872	+38 301

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 29 800 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Die Europafachstelle verzichtete auf die Durchführung verschiedener Projekte (Fr. 430 000). Von der Abteilung VD-Informatik konnte durch günstigere Konditionen für Informatikdienstleistungen und weitere Kosteneinsparungen eine Verbesserung von gesamthaft Fr. 300 000 erzielt werden.

5200 Amt für Verkehr

Hauptereignisse

Gesamtverkehr

Als Grundlage für die Verkehrsplanung sowie den Aufbau eines Gesamtverkehrs-Controllings wurde die Erstellung eines Gesamtverkehrsmodells vergeben. Mit diesem Instrument können ab Ende 2009 die verkehrlichen Wirkungen von geplanten Einzelprojekten, Massnahmenpaketen oder Strategien prognostiziert und analysiert werden.

Das vom Kanton Zürich eingereichte Agglomerationsprogramm «Siedlung und Verkehr Kanton Zürich» wurde durch den Bund geprüft und mit Entscheid des Bundesrates den Kantonen zur Vernehmlassung unterbreitet.

Der Auftrag aus dem Verkehrsrichtplan, das Trasse der Ringbahn Hardwald zu überprüfen, wurde im Rahmen einer Trasseestudie ausgeführt. Es zeigt sich, dass die Ringbahn grundsätzlich machbar ist, die Nachfrage aber auch mittelfristig durch ein Busangebot abgedeckt werden kann.

Strassenverkehr

Am 1. Januar wurde die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich der Nationalstrassen umgesetzt. Somit ist seit diesem Zeitpunkt der Bund allein für die Planung, Projektierung und den Bau und Unterhalt der Nationalstrassen zuständig.

Der Bundesrat hat im Sommer den neuen Netzbeschluss für das Nationalstrassennetz den Kantonen zur Vernehmlassung unterbreitet. Der Kanton Zürich hat zur vorgesehenen Aufklassierung der Oberlandautobahn (A 53) und der Hirzelstrasse positiv Stellung genommen. Die vom Bund vorgesehene Kompensation der Kosten für den Betrieb und Unterhalt sowie den Ausbau dieser Strecken lehnt der Regierungsrat aber als nicht NFA-konform entschieden ab.

Im Bereich der strategischen Netzentwicklung konnten für wichtige Planungsstudien wesentliche Meilensteine erreicht werden. Kurz vor dem Abschluss stehen u. a. die Strategieplanung Hirzeltunnel und die Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) Umfahrung Fällanden-Schwerzenbach.

Im Bereich des strategischen Verkehrsmanagements wurden die Konzepte zur Regionalen Verkehrssteuerung für das Limmattal, das Glattal sowie den Raum Winterthur und Umgebung durch den Regierungsrat genehmigt. Mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) konnten die Voraussetzungen für den Betrieb einer Regionalen Leitzentrale für den Verkehrsraum Zürich konkretisiert werden.

Gestützt auf das Gesamtverkehrskonzept vom 13. September 2006 beschloss der Regierungsrat ein Konzept zur Revision der Strassenfinanzierung. Im Sinne einer Angleichung der Instrumente der Strassen an den öffentlichen Verkehr soll das heutige Bauprogramm durch einen Strategiebeschluss sowie eine Finanzplanung Strasse des Kantonsrates abgelöst werden.

Laufende Aufgaben
Aufgabe/Kommentar

A1	Strategieplanung für alle Verkehrsträger für Personen- und Güterverkehr	
A2	Überwachen und Steuern der Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption und –strategie durch ein umfassendes Controlling	
A3	Aufbau einer Eigentümerstrategie sowie einer strategischen Planung und Kontrolle im Bereich Luftverkehr. Kontinuierliche Überwachung der kantonalen Beteiligungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr Die Eigentümerstrategie wurde am 28. Mai vom Regierungsrat genehmigt.	
A4	Überwachung der Einhaltung der An- und Abflugrouten sowie der Nachtflugordnung des Flughafens Zürich	

Entwicklungsschwerpunkte
Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Vollständige Umsetzung Neuorganisation Gesamtverkehr Abgeschlossen (1. Juli 2008)	2008
E2	Definition und Etablierung des Strategieprozesses Gesamtverkehr Verzögert Nachdem die Reorganisation abgeschlossen und der neue Abteilungsleiter Gesamtverkehr eingestellt ist, können die Projektarbeiten 2009 aufgenommen werden (LZ RR 11.3). Im KEF 2009–2012 wurde der Erfüllungszeitpunkt auf 2009 verschoben.	2008
E3	Implementierung der Controlling-Instrumente und –Prozesse zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption, einschliesslich Gesamtverkehrsmodellierung Verzögert Nachdem die Reorganisation abgeschlossen und der neue Abteilungsleiter Gesamtverkehr eingestellt ist, können die Projektarbeiten 2009 wieder aufgenommen werden. Der Kick-off für die Entwicklung des Gesamtverkehrsmodells ist im August erfolgt (LZ RR 11.3).	2009
E4	Weiterentwicklung und Auswahl von langfristigen Optionen für die Verkehrsfinanzierung Verzögert Der Vernehmlassungsentwurf der Gesetzesvorlage liegt vor. Der Regierungsrat wird diese voraussichtlich Anfang 2009 zuhanden der Vernehmlassung verabschieden. Im KEF 2009–2012 wurde der Erfüllungszeitpunkt auf 2011 verschoben.	2010
E5	Mitwirkung im Verfahren Infrastruktur und Luftfahrt (SIL) Die Mitwirkung verläuft planmässig. Der SIL-Prozess dauert etwas länger als vorgesehen (Abhängigkeit vom Bund) (LZ RR 11.2).	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,1	3,5	34,9	31,4
Aufwand	-5,9	-7,5	-5,5	2,0
Abschreibungen auf Investitionsbeiträge	-1,0	-0,9	-0,9	0,0
Zinsen auf Verwaltungsvermögen	-0,3	-0,2	-0,2	0,0
Saldo	-2,7	-4,0	29,4	33,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	11,7	15,5	11,7	-3,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+31,8 Erlös aus Besserungsschein SWISS

Aufwand:

+1,0 Weniger Personalaufwand; Besetzung einiger vakanten Stellen auf Anfang 2009

+1,0 Weniger Drittaufträge

Personal

Auf den 1. Juli wurden im Rahmen der Schnittstellenbereinigung die Leistungsgruppe 5200 «altes» Amt für Verkehr und die Leistungsgruppe 5205 VIS zusammengelegt und eine Abteilung ins Tiefbauamt verschoben. Der Beschäftigungsumfang der Leistungsgruppe 5200 bildet – korrespondierend mit der finanziellen Entwicklung – noch die alte Struktur ab und lässt somit keinen Rückschluss auf das umstrukturierte Amt für Verkehr zu.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Interregionale Erreichbarkeit Kt. Zürich (Index)	P	130,1	130,5	n.a.	n.a.
W2	Interkontinentale Erreichbarkeit Kt. Zürich (Index)	P	110,9	111,0	n.a.	n.a.
W3	NO _x -Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	6350	6030	6030	0
W4	PM10-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	634	619	629	10
W5	CO ₂ -Emissionen im Strassenverkehr (in 1000 t)	P	2063	2068	2068	0
Leistungen						
L1	Bimodaler Modal-Split (in %, Basis Anzahl Fahrten, prov. Werte)	P	27,8	27,8	27,8	0
L2	Anzahl überprüfte Flugwegabweichungen und Ausnahmegewilligungen Nachtflugsperr	P	5430	5300	5420	120
L3	Anzahl behandelte Geschäfte für Infrastrukturanlagen und Änderungen des Betriebsreglements	P	641	300	533	233
L4	Anzahl interne Berichte zum Berichtswesen Beteiligungscontrolling	P	24	30	30	0
Abweichungsbegründungen						
W1	Update 2008 durch BAK liegt erst Mitte 2009 vor.					
W2	Update 2008 durch BAK liegt erst Mitte 2009 vor.					
W4	Erschwerte Vergleichbarkeit, da die Ist-Werte 2007 und 2008 im Gegensatz zum Budgetwert 2008 auf neuen Emissionsfaktoren für Aufwirbelung und Abrieb beruhen.					
L1	Eine auf dem neuen Gesamtverkehrsmodell beruhende Berechnung liegt erst Ende 2009 vor.					
L3	Starker Anstieg an Gesuchen/Kontrollen für Um-/Ausbauten, Projektänderungen, technische Ausrüstungen und Ausstattungen im Zusammenhang mit Infrastrukturanlagen der Luftfahrt					

Rücklagen

Bestand 31.12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12. 2008	Veränderung Bestand
162 489	-27 185	+48 000	183 304	+20 815

Auflösung Rücklagen 2008: Fr. 27 185

– davon Fr. 20 235 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008: Fr. 48 000

Mindestens Fr. 400 000 endogen bedingte Verbesserungen wegen vorübergehend nicht wieder besetzter vakanter Stellen (Reorganisationsprojekt)

5205 Verkehr und Infrastruktur Strasse

Hauptereignisse

Die Organisationseinheit Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS) wurde per 1. Juli in das «neue» Amt für Verkehr überführt. Die Berichterstattung über die Schwerpunkte erfolgt daher mit der Leistungsgruppe 5200 Amt für Verkehr.

Aus kreditrechtlichen Gründen und um einen Budgetvergleich zu ermöglichen, erfolgt der Rechnungsabschluss hingegen noch in den alten Strukturen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Erarbeitung der Strategien in den Bereichen Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen, Radwege, Verkehrsmanagement sowie Werterhaltung der Verkehrsinfrastruktur Planmässig
A2	Planungs-, Projektierungs- und Realisierungsprogramme Mit der am 1. Juli abgeschlossenen Strukturbereinigung Gesamtverkehr wurde die Zuständigkeit für die Projektierung und Realisierung ans Tiefbauamt übertragen.
A3	Projektierung bis zum Vorliegen von Bau- und Kreditbewilligung, bzw. Übertragung der Aufgabe an das Tiefbauamt Mit der am 1. Juli abgeschlossenen Strukturbereinigung Gesamtverkehr wurde die Zuständigkeit für die Projektierung ans Tiefbauamt übertragen.
A4	Beitragswesen und Baupolizei

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Vervollständigen des beschlossenen Nationalstrassennetzes zur Entlastung der Bevölkerung in den grösseren Siedlungsräumen Planmässig, soweit vom Kanton beeinflussbar. Bund bestimmt Handeln (Aufgabe überdauert Legislaturperiode)	2011
E2	Vervollständigen des Radwegnetzes zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen Planmässig (Aufgabe überdauert Legislaturperiode)	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung				
Ertrag	252,5	316,7	287,5	-29,1
Übertrag aus Strassenfonds	240,0	287,7	274,9	-12,9
Aufwand	-252,5	-316,7	-287,5	29,1
Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-41,2	-52,3	-50,2	2,1
Abschreibungen	-115,3	-154,7	-145,8	+8,9
Sonderabschreibungen Glattalbahn	-20,0	-20,0	-3,9	+16,1
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0

Investitionsrechnung

Einnahmen	370,2	378,5	216,1	-162,4
Investitionsbeiträge Bund an Nationalstrassen	354,7	361,5	204,2	-157,3
Ausgaben	-512,3	-552,7	-336,7	215,9
Investitionen in Nationalstrassen	-441,0	-460,0	-257,2	202,8
Saldo	-142,0	-174,2	-120,7	53,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	56,8	76,0	53,2	-22,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 16,2 Tieferer Übertrag aus dem Generalsekretariat an die Sonderabschreibung Glattalbahn
- 12,9 Geringere Vergütung aus Strassenfonds, da die budgetierten Kosten unterschritten wurden.

Aufwand:

- +25,0 Abschreibungen: Glattalbahn (16 Mio. Franken) sowie aufgrund der geringeren Investitionsausgaben im Vorjahr (9 Mio. Franken)
- +2,7 Weniger Personalaufwand durch Verzögerungen bei Stellenbesetzungen, längere Vakanzen
- +2,1 Keine Ausrichtung von öV-Anteilen für die Städte Zürich und Winterthur (eigene Beiträge)
- +1,7 Tieferer Zinsaufwand wegen geringerer Investitionsausgaben im Vorjahr
- +1,2 Tiefere interne Verrechnungen (für Material, Dienstleistungen und Mieten)
- 5,0 Mehr Unterhaltsaufwand für Staatsstrassen, insbesondere bei Kombiprojekten

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- 150 Die geringeren Investitionsausgaben für Nationalstrassenbauten haben entsprechend weniger Investitionsbeiträge des Bundes zur Folge (Netzfertigstellung; Regelung wie vor NFA)
- 8 Weniger Rückzahlungen von Gemeinden für Strassenbauten
- 5 Keine Investitionsbeiträge des Bundes an Strassenteile Glattalbahn

Ausgaben:

- +203 Weniger Ausgaben für Nationalstrassenbauten (NFA, teilweise Übernahme durch ASTRA)
- +14 Weniger Investitionsbeiträge an die Städte Zürich und Winterthur
- +6 Minderausgaben für Radweganlagen
- +3 Minderausgaben für Verkehrseinrichtungen
- 10 Erhöhter Bedarf an Erneuerungsinvestitionen beim Staatsstrassenbau

Personal

Auf den 1. Juli wurden im Rahmen der Schnittstellenbereinigung die Leistungsgruppe 5200 «altes» Amt für Verkehr und die Leistungsgruppe 5205 VIS zusammengelegt und eine Abteilung ins Tiefbauamt verschoben. Der Beschäftigungsumfang der Leistungsgruppe 5205 bildet – korrespondierend mit der finanziellen Entwicklung – noch die alte Struktur ab und lässt somit keinen Rückschluss auf das umstrukturierte Amt für Verkehr zu.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Leistungen						
L1	Minimales Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken pro Jahr, einschliesslich Land)	min.	5,7	14,0	8,4	-5,6

Abweichungsbegründung

L1 Trotz verstärkten Bestrebungen konnten die Investitionen ins Radwegnetz nicht wie geplant verwirklicht werden. Die Investitionen ins Radwegnetz sind tatsächlich jedoch höher, da bei Kombi-nutzungen, d. h. bei Radstreifen auf Fahrbahnen, die anteilmässige Zuschreibung der Bauinvestitionen auf den Radwegteil nicht immer vollständig erfolgte.

Rücklagen

Bestand 31.12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12. 2008	Veränderung Bestand
386 567	-156 329	+185 000	415 238	+28 671

Auflösung Rücklagen 2008: Fr. 156 329

– davon Fr. 87 425 für Einmalzulagen an das Personal

Bildung von Rücklagen 2008: Fr. 185 000

– Mindestens Fr. 1 000 000 endogen bedingte Verbesserungen wegen vorübergehend nicht wieder besetzter vakanter Stellen

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Hauptereignisse

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) und der Einlage in den Verkehrsfonds.

Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind bei der Leistungsgruppe 5920 (Verkehrsfonds) beschrieben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 Verkehrsfonds und Nr. 9300 ZVV

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 Verkehrsfonds und Nr. 9300 ZVV

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag	20,6	14,4	14,4	0,0
Aufwand	-241,0	-254,6	-254,6	0,0
Beitrag an den ZVV (Leistungsgruppe 9300)	-158,0	-171,6	-171,6	0,0
Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-83,0	-83,0	-83,0	0,0
Saldo	-220,4	-240,2	-240,2	0,0

Investitionsrechnung

Einnahmen

Ausgaben

Saldo

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

Über diese Leistungsgruppe wird die Finanzierung des ZVV und des Verkehrsfonds abgewickelt. Die materiellen Begründungen zur finanziellen Entwicklung sind in den jeweiligen Leistungsgruppen ersichtlich.

Indikatoren

Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
-----	--------	--------	---------	--------------------

Wirkungen

W1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 Verkehrsfonds und Nr. 9300 ZW

Leistungen

L1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 Verkehrsfonds und Nr. 9300 ZW

Wirtschaftlichkeit

B1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 Verkehrsfonds und Nr. 9300 ZW

5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Hauptereignisse

Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) haben die Kontakte mit Unternehmen weiter intensiviert, um bei der Stellenakquisition und -vermittlung deren Bedürfnissen besser Rechnung zu tragen. Speziell für Arbeitgeber organisierte Anlässe stiessen auf grosses Interesse.

Alle Mitarbeitenden, die im Bereich des Vollzuges des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) arbeiten, wurden im Hinblick auf die Neukonzeption des elektronischen Systems für Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktstatistik (AVAM) des Bundes geschult.

Am 1. Januar trat das Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Kraft. Das im neuen Gesetz vorgesehene Kontrollorgan wurde gemäss der kantonalen Vollzugsverordnung beim Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) angesiedelt. Die Stelle nahm einerseits die Informationskoordination zwischen den involvierten Behörden wahr, andererseits veranlasste sie selber Kontrollen. Da das AWA schon im Bereich der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit Kontrollen durchführt, konnte auf ein gut funktionierendes Kontrollsystem zurückgegriffen werden.

Im Bereich der Arbeitssicherheit in den Betrieben bildeten die Kontrollen der Managementsysteme zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz in den Betrieben (EKAS-Richtlinie Nr. 6508) den Schwerpunkt. Die Arbeitsinspektoren unterstützten vor allem die KMU der Risikobranchen, damit diese die erforderlichen Massnahmen mit einfachen Mitteln in die Praxis umsetzen konnten.

Die Entwicklung im Wohnungsbau geht mit einer stetigen Teuerung einher. Um dieser Entwicklung im kantonalen Wohnbauförderungsrecht Rechnung zu tragen, bedarf es einer gesetzgeberischen Anpassung auf Verordnungsstufe. Im Herbst fand die Vernehmlassung zur Änderung der Wohnbauförderungsverordnung statt. Zentrale Punkte der vorgeschlagenen Änderungen sind eine Erhöhung der Limite für Investitionskosten sowie die Anpassung der Einkommenslimiten, welche indexiert werden, um die zukünftige Teuerung aufzunehmen.

Die Anfang Jahr durchgeführte Mitarbeitendenbefragung stellt dem AWA als Arbeitgeber ein gutes Zeugnis aus. Der Arbeitsinhalt, die Vorgesetzten und die Sicherheit am Arbeitsplatz wurden besonders gut beurteilt. Unter Einbezug der Mitarbeitenden wurden Massnahmen erarbeitet und umgesetzt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich bzw. des Wirtschaftsraumes Zürich
A2	Arbeitnehmerschutz (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
A3	Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
A4	Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

		bis
E1	Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) stärken und ausweiten Planmässig	2009
E2	Vollzug der flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU Planmässig	2009

E3	Stärkung der Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich Arbeitssicherheit (Umsetzung der EKAS-Richtlinie 6508)	2010
	Planmässig	
E4	Clusterentwicklung in zukunftsträchtigen Branchen	2010
	Planmässig	
E5	Ausbau der Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg	2010
	Planmässig	

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	79,9	89,0	77,8	-11,2
Vollzug AVIG	68,0	78,6	66,3	-12,3
Aufwand	-114,8	-124,7	-109,7	15,1
Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-68,2	-78,6	-66,6	12,0
Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-24,0	-20,6	-21,1	-0,5
Saldo	-34,9	-35,7	-31,9	3,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	11,0	8,9	10,8	1,9
Ausgaben	-5,7	-11,2	-7,1	4,1
Saldo	5,3	-2,3	3,7	6,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	565,2	600,3	525,2	-75,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

-12,3 Tiefere Rückvergütung des Seco aufgrund des geringeren Aufwandes im Vollzug AVIG
(Personal-, Sach- und übriger Aufwand)

Aufwand:

- +7,8 Bei den Personalkosten wurde der budgetierte Stellenplan im Vollzug AVIG im Durchschnitt um 73,5 Vollzeitstellen nicht ausgeschöpft.
- +3,7 Geringere Sachkosten, insbesondere im Vollzug AVIG sowie durch verschobene Vorhaben
- +3,1 Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme (EG AVIG) für Ausgesteuerte infolge Auslastung. Das AWA kann die Auslastungen nicht beeinflussen, sondern ist auf die Zuweisung von Ausgesteuerten durch die Gemeinden angewiesen (keine neue Rahmenfrist).
- +2,0 Verminderung der internen Verrechnungen, insbesondere im Vollzug AVIG

Investitionsrechnung

Einnahmen:

+2 Einnahmesteigerung durch Amortisationen und freiwillige Darlehensrückzahlungen im Fachbereich Wohnbauförderung

Ausgaben:

+4 Ausgaben richten sich nach der Nachfrage nach Darlehen im Fachbereich Wohnbauförderung

Personal

-75,1 Durch die stärkere Abnahme der Stellensuchenden gegenüber Budget musste der budgetierte Stellenplan im Vollzug AVIG nicht vollständig besetzt werden (-73,5).

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Ansiedlung von Unternehmen: kurzfristig neue Arbeitsplätze im Kanton Zürich	min.	360	400	517	117
W2	Von neu angesiedelten Firmen längerfristig zusätzlich geplante Arbeitsplätze	min.	270	400	194	-206
W3	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2006-2009 mit dem Seco	min.	101	100	103	
W4	Ausreichende Wohnraumversorgung für Personen mit niedrigem Einkommen: Wohnungsbelegung gemäss Subventionsanforderungen WBF-Recht	min.	94,8%	93%	95,3%	
Leistungen						
L1	Ansiedlung von Unternehmen: Anzahl Ansiedlungsprojekte	min.	24	20	18	-2
L2	Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen	P	29 980	16 000	17 490	1 490
L3	Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürgern/-innen	P	44 338	40 000	50 157	10 157
L4	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG)	min.	-	1 250	1 225	-25
L5	Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel)	P	26 951	25 000- 30 000	24 261	-739
L6	Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte: Anzahl Teilnehmende (vor Prüfung der Projektabrechnungen)	P	629	1 200	149	-1 051
L7	Anzahl neu unterstützte Mietwohnungen (Zusicherungen)	P	168	200	46	-154
Wirtschaftlichkeit						
B1	Wirtschaftliche Betriebsführung, sodass der Kanton durch den AVIG-Vollzug finanziell nicht belastet wird: Vollständige Kostenvergütung durch den Bund (Ausnahme: Kantonsbeteiligung nach Art. 92 Abs. 7 ^{bis} , Art. 59d bzw. Art. 27 Abs. 5 AVIG)	min.	99,7%	99,9%	99,6%	

Abweichungsbegründungen

- W1 Angaben gemäss Businessplan der Unternehmungen. Ausgewiesen werden Ansiedlungsprojekte mit Entscheid der Unternehmung für einen Standort im Kanton Zürich, bei denen die kantonale Standortförderung Beratung und Unterstützung mit grösserem Aufwand bot.
- W2 Vgl. W1
- W3 Die aktuellste und endgültige Berechnung bezieht sich auf den Zeitraum Januar bis Dezember 2007.
- L2 Die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften war höher als erwartet.
- L3 Das Meldeverfahren für Kurzaufenthalter (bis 90 Tage bzw. 3 Monate im Kalenderjahr) ist unbürokratisch und einfach, dadurch konnte der höhere Bedarf an ausländischen Arbeitskräften im Kanton Zürich abgedeckt werden.
- L5 Die Planungsangaben stützten sich auf die zum Planungszeitpunkt aktuellen Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) und anderer Institute.
- L6 Die Gemeinden haben aufgrund der Zulassungskriterien (keine neue Rahmenfrist) den Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogrammen (EG-AVIG) weniger Ausgesteuerte zugewiesen als geplant. Diese Abweichung schlägt sich auch finanziell in der Jahresrechnung nieder (3,1 Mio. Franken Minderaufwand).
- L7 Ein Gesuch mit dreissig Wohnungen wurde sistiert und auf 2009 verschoben (Inkraftsetzung Verordnungsänderung). Die Verordnungsänderung sieht unter anderem höhere Limiten für die Investitionskosten vor. Die Bauträger scheinen daher mit den Gesucheingaben zu warten, bis die Verordnungsänderung in Kraft ist.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
1 916 292	-89 979	+200 000	2 026 313	+110 021

Auflösung Rücklagen 2008

– davon Fr. 39 306 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Der Bereich Arbeitsbedingungen einschliesslich flankierender Massnahmen (FLaM) hat eine Saldoverbesserung gegenüber Budget von rund Fr. 891 000 nach Bildung (50 000) und Auflösung (200 000) Rückstellungen erwirtschaftet. Zu dieser Saldoverbesserung haben einerseits die Mehrleistungen bei gleichbleibenden Ressourcen infolge temporärer Zuständigkeit der Tripartiten Kommission für Sanktionen der FLaM im Bauhauptgewerbe beigetragen (nach Wegfall der Allgemeinverbindlicherklärung GAV). Andererseits konnten trotz einer permanenten Unterbesetzung des Personals von 0,8 BG sämtliche gesetzlichen Leistungen im Rahmen des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit vollumfänglich erfüllt werden.

5920 Verkehrsfonds

Hauptereignisse

Im Juli erfolgte der Spatenstich für die 3. Etappe der Glattalbahn zwischen Zürich Auzelg, Wallisellen und dem Bahnhof Stettbach. Dieses letzte Teilstück soll dem Verkehr mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2010 übergeben werden. Die 2. Etappe der Glattalbahn wurde im Dezember des Berichtsjahres feierlich eröffnet. Die verlängerte Linie 10 verkehrt neu vom bisherigen Endpunkt in Oerlikon über Glattpark und Glattbrugg bis zum Flughafen.

Anfang September des Berichtsjahres begannen die Bauarbeiten für die Tramnetzerweiterung Zürich West. Die Eröffnung des neuen Streckenabschnitts ist für Dezember 2011 vorgesehen.

Im September des Berichtsjahres konnte die Finanzierungsvereinbarung für das Gesamtprojekt Durchmesserlinie, einschliesslich des Ausbaus des 7./8. Gleises in Oerlikon, mit Bund und SBB unterzeichnet werden. Gleichzeitig wurde ein Finanzierungskonzept für das Ausbaupaket der 4. Teilergänzungen der S-Bahn beschlossen. Damit der Bau der Durchmesserlinie verzögerungsfrei weitergehen kann, muss der Regierungsrat eine Vorfinanzierung von höchstens 500 Mio. Franken bereitstellen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Fonds mit reiner Finanzierungsfunktion auf Basis von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs; Übertrag von Mitteln aus Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe öffentlicher Verkehr (5210)
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	100,0	100,9	100,9	-0,0
Zinserträge	15,4	17,0	17,0	0,0
Übertrag Erfolgsrechnung (Leistungsgruppe 5210)	83,0	83,0	83,0	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-100,0	-100,9	-100,9	0,0
Zinsaufwände	-11,5	-17,1	-16,9	0,2
Abschreibungen	-46,0	-68,4	-67,5	0,9
Einlagen in Bestandeskonto	-42,5	-15,4	-16,5	-1,1
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,1		0,1	0,1
Ausgaben	-189,5	-248,0	-270,5	-22,5
Saldo	-189,5	-248,0	-270,4	-22,4
Fondsbestand				
Fondsbestand	452,5	467,9	469,0	1,1

Investitionsrechnung

-22,4 Die neue Finanzierungsvereinbarung für die Durchmesserlinie führte zu Mehrausgaben von 92 Mio. Franken, die durch Minderausgaben bei der Glattalbahn und anderen Projekten teilweise kompensiert wurden. Details zu einzelnen Bauvorhaben können der Tabelle «Indikatoren» entnommen werden.

Fondsbestand

+1,1 Da die Investitionsausgaben 2007 tiefer ausfielen als erwartet, blieben die Kapitalkosten in der Rechnung 2008 unter dem Budget, was eine höhere Einlage in das Bestandeskonto zur Folge hat als budgetiert.

Indikatoren

Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen				
W1 Die Investitionsbeiträge dienen dem Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich				
Leistungen				
L1 Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-44,1	-81,6	-173,8	-92,2
L2 Beiträge an 3. Teilergänzung	-23,6	-14,8	-9,3	5,5
L3 Beiträge an 4. Teilergänzung				
L4 Beiträge an die Umsetzung Behindertengesetz		-5,0	-0,6	4,4
L5 Beiträge an Stadtbahn Glattal	-119,9	-124,2	-71,1	53,1
L6 Beiträge an Privatbahnen und Busunternehmen	-0,4	-3,5	-2,7	0,8
L7 Beiträge an Tram Zürich-West		-18,5	-12,4	6,1
L8 Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	-1,3	-0,4	-0,5	-0,1
Wirtschaftlichkeit				
B1 Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Investitionsprojekte wird jeweils im Rahmen der Verpflichtungskreditvorlagen geprüft.				
Abweichungsbegründungen				
W1 Darauf aufbauende Angebotsverbesserungen und deren Wirkung sind in der Leistungsgruppe 9300 Verkehrsverbund ersichtlich.				
L1 Aufgrund der neuen Finanzierungsvereinbarung muss der Kanton die fehlenden Mittel bevorschussen. Der Beitrag ohne Bevorschussung beläuft sich auf 69,7 Mio. Franken.				
L2 Die Schlussabrechnung ist immer noch ausstehend.				
L4 Die Ausführung grösserer Projekte hat sich verzögert.				
L5 Der Bund hat insgesamt 54 Mio. Franken als Beiträge aus dem Infrastrukturfonds geleistet, die nicht budgetiert waren. Daher konnten die kantonalen Beiträge tiefer gehalten werden.				
L7 Der Baubeginn erfolgte später als geplant.				

5921 Flughafenfonds

Hauptereignisse

Nach den Bundesgerichtsentscheiden im Sommer des Berichtsjahres zu den Pilotfällen betreffend Fluglärmschädigungen in Opfikon wurde die Vorfinanzierung gemäss Vertrag von 2006 zwischen dem Kanton und der Flughafen Zürich AG (FZAG) ausgelöst, da nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, dass die Fluglärmskosten den Betrag von 1,1 Mrd. Franken übersteigen. Schätzungen weisen darauf hin, dass alle Kosten durch den Airport Zurich Noise Fund (AZNF) getragen werden können. Erst wenn für die Finanzierung der vor dem Juni 2001 entstandenen Verpflichtungen der einmalig übertragene Anteil am AZNF-Bestand von 115 Mio. Franken und die monatlich von der FZAG überwiesenen Anteile an Lärmgebühren nicht mehr ausreichen, muss der Kanton Vorleistungen erbringen. Diese werden jedoch zu einem späteren Zeitpunkt wieder mittels der laufend vereinnahmten Lärmgebühren vollumfänglich refinanziert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. zu B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	8,7	8,9	15,2	6,3
Vermögenserträge			6,3	6,3
Zinsertrag	8,7	8,9	8,9	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-8,7	-8,9	-15,2	-6,3
Übertrag an Erfolgsrechnung	-2,6	-3,3	-2,6	0,6
Einlagen in Bestandeskonto	-6,1	-5,5	-6,2	-0,7
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	238,1	242,7	244,3	1,6

Erfolgsrechnung

Neu wird die saldoneutrale Lärmrechnung im Flughafenfonds geführt.

Ertrag:

+6,3 Ausgleich der Lärmrechnung (5,3 Mio. Franken) und Zinserträge der Lärmrechnung
(1,0 Mio. Franken)

Aufwand:

-6,3 Wertberichtigung der in der Lärmrechnung geführten Finanzanlagen (6,2 Mio. Franken)
und Aufwand für die Kapitalverwaltung

Fondsbestand

Gegenüber dem Budget 2008 ist die Einlage in den Fonds um 0,7 Mio. Franken höher, da die Vergütung für Flughafenleistungen tiefer und die Zinserträge höher als budgetiert ausgefallen sind. Der Fondsbestand erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Mio. Franken.

5922 Strassenfonds

Hauptereignisse

Strassenfinanzierung 2008: Beträge in Mio. Franken
(in Klammern Vorjahreszahlen)



Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

- | | |
|----|---|
| A1 | Ausweis über die Verwendung der jährlich verfügbaren eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben sowie Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens (Liegenschaften Strassenfonds) |
| A2 | Finanzierung der Nettoaufwendungen von Tiefbauamt (TBA, LG 8400), dem strassenbezogenen Teil des Amtes für Verkehr (AFV, LG 5205 [in den Jahren 2007 und 2008 Verkehr und Infrastruktur Strasse, VIS]) sowie allfälliger Zinsen für Vorschüsse aus der Staatskasse und möglicher Buchverluste |

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	403,2	444,3	415,0	–29,3
Buchgewinne (Liegenschaften)	5,9	10,0	25,3	15,3
Ertrag Treibstoffzoll	35,8	36,1	41,5	5,4
Ertrag LSVA	52,9	52,6	54,7	2,1
Entnahme aus Bestandeskonto		37,3		–37,3
Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus Leistungsgruppe 3200 StVA	285,7	286,1	289,6	3,5
Aufwand	–403,2	–444,3	–415,0	29,3
Vergütung an Amtsstellen	–6,3	–6,2	–6,0	0,1
Einlage in Bestandeskonto	–31,8		–33,8	–33,8
Übertrag an TBA und VIS	–364,7	–436,9	–373,4	63,4
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	102,4	22,1	136,1	114,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

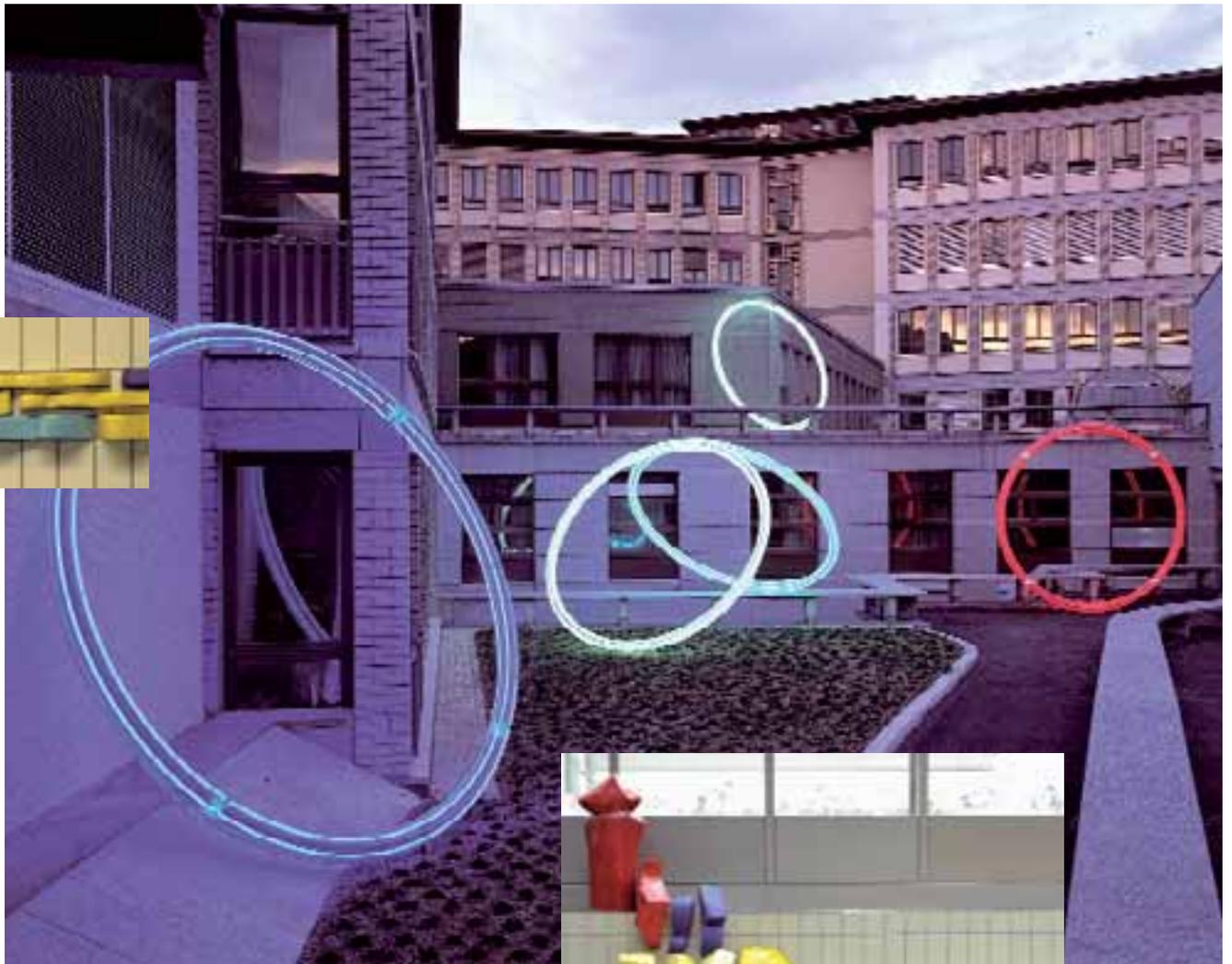
- 37,3 Entgegen dem Budget ist keine Entnahme aus dem Fondsbestand notwendig.
- 20,0 Wegfall Übertrag Sonderabschreibung Glattalbahn (als Durchlaufposition budgetiert)
- +1,6 Höherer Zinsertrag auf den Fondsbestand

Aufwand:

- +43,6 Geringerer Übertrag zur Kostendeckung an VIS (13 Mio. Franken) und TBA (30 Mio. Franken)
- +20,0 Wegfall Sonderabschreibung Glattalbahn (Durchlaufposition; Übertrag aus dem Generalsekretariat erfolgte direkt an VIS)
- 33,8 Einlage in den Fondsbestand, anstatt der geplanten Entnahme

Fondsbestand

Der Fondsbestand erhöht sich im Berichtsjahr um 33,8 Mio. Franken. Anstelle der budgetierten Fondsentnahme konnte eine Fondseinlage getätigt werden.



8 Lichtringe (Christian Herdeg)



Treppenfiguren (Elisabeth Langsch)



Wandrelief (Elisabeth Langsch)

Gesundheitsdirektion

Die Gesundheitsdirektion strebt die Erhaltung und Förderung der körperlichen und psychischen Gesundheit, die Sicherstellung einer für alle Patientinnen und Patienten zugänglichen Gesundheitsversorgung, die Begrenzung des Wachstums der Ausgaben im Aufgabenbereich der Gesundheitsdirektion sowie die Erhöhung der Kosten- und Leistungstransparenz an.

Hochspezialisierte Medizin (HSM)

Die Schweizerische Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) überarbeitete den Konkordatsentwurf zur Koordination und Konzentration der Hochspezialisierten Medizin unter weitgehender Berücksichtigung der Anliegen des Kantons Zürich und verabschiedete ihn im März unter der neuen Bezeichnung «Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM)» einstimmig zur Ratifikation durch die Kantone.

In der Folge stimmte der Kantonsrat im Dezember nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom Juni und der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) vom September dem Erlass des Gesetzes über den Beitritt des Kantons Zürich zur IVHSM zu. Ende Jahr hatten sämtliche Kantone der Vereinbarung zugestimmt. Die GDK plant, die Vereinbarung im Januar 2009 in Kraft zu setzen. Die Konstituierung der Vereinbarungsorgane soll in der ersten Hälfte des Jahres 2009 und der Beginn der konkreten Planungsarbeiten in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 erfolgen.

Mit der Annahme der IVHSM haben die Kantone die Grundlage zu der im Krankenversicherungsgesetz (KVG) vorgegebenen gemeinsamen schweizweiten Planung der HSM gelegt. Die Koordination und Konzentration der HSM kann mit der in der IVHSM festgelegten Organisationsstruktur sachbezogen erfolgen, ohne dass die föderativen Besonderheiten der Schweiz vernachlässigt werden. Daneben bleiben der Wettbewerb im Bereich der Zusatzversicherung und die Forschungsfreiheit der Universitäten im medizinischen Bereich gewährleistet. Gleichzeitig berücksichtigt die Vereinbarung die besondere Stellung des Kantons Zürich in hohem Masse. Das weit über die Kantongrenzen hinaus gehende Einzugsgebiet der universitären Spitäler des Kantons Zürich bleibt erhalten.

Spitalplanung 2012

Das Bundesgesetz über die Krankenversicherung wurde am 21. Dezember 2007 (mit gestaffelten Inkraftsetzungsterminen ab 1. Januar 2009) unter dem Titel «Spitalfinanzierung» revidiert, wobei die Verpflichtung der Kantone zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Spitalplanung unverändert beibehalten wurde. Die Revision sieht unter anderem vor, dass die Kantone ihre Spitalplanungen koordinieren müssen, da sich die Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten ab 2012 nicht mehr auf die auf der Liste des Wohnkantons figurierenden Spitäler beschränkt, sondern sämtliche Listenspitäler aller Kantone umfassen wird. Die Gesundheitsdirektion suchte bereits im Berichtsjahr die Kooperation mit denjenigen Kantonen, mit denen schon heute ein wesentlicher Patientenaustausch besteht oder ein solcher inskünftig aufgrund der Liberalisierung der Spitalfreizügigkeit zu erwarten ist. Die Planung wird dementsprechend sowohl das in ausserkantonalen Spitälern für die Kantonsbevölkerung als auch das innerkantonal für Einwohnerinnen und Einwohner anderer Kantone erbrachte Leistungsvolumen mit einbeziehen. Bei der Versorgungsplanung verpflichtet die KVG-Revision die Kantone verstärkt zur Berücksichtigung von Qualität und Wirtschaftlichkeit. Die neuen Bestimmungen des KVG zur Spitalfinanzierung treten am 1. Januar 2012 in Kraft. Aufgrund des engen inneren Zusammenhangs zwischen Spitalplanung und Spitalfinanzierung ist es sinnvoll, den Abschluss der neuen Spitalplanung auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Spitalfinanzierung (DRG) zu terminieren. Der Regierungsrat beauftragte daher am 2. Juli die Gesundheitsdirektion, das Projekt für eine neue Spitalplanung 2012 sofort in Angriff zu nehmen. Das Projekt gliedert sich in folgende drei Etappen:

In einer ersten Etappe werden die bisherige Nachfrageentwicklung abgebildet, der zukünftige Bedarf ermittelt und in einem Versorgungsbericht zusammengefasst, zu dem eine breite Vernehmlassung vorgesehen ist. In der zweiten Etappe werden die zur Bedarfsdeckung infrage kommenden und sich hierfür interessierenden Spitäler evaluiert, mögliche Varianten analysiert und darauf aufbauend entsprechende Leistungsaufträge vorbereitet. Die Ergebnisse werden in einem Strukturbericht zusammengefasst, zu dem ebenfalls eine Vernehmlassung vorgesehen ist. In der dritten Etappe soll dann die neue Akutspitalliste mit den ab 1. Januar 2012 zugelassenen Leistungserbringern verabschiedet werden.

Noch im Berichtsjahr wurde ein Informationsbrief an alle Spitäler auf den Zürcher Spitallisten A und B bezüglich der Teilnahmebedingungen an der Evaluation versandt und ein interdisziplinäres Projektteam rekrutiert. Die Gesundheitsdirektion verfolgt die Spitalplanungen in den anderen Kantonen und arbeitet mit einzelnen Kantonen zusammen. Darüber hinaus setzte sie sich im Berichtsjahr bereits im Rahmen verschiedener Arbeitsgruppen der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) intensiv und vernetzt mit den neuen gesetzlichen Grundlagen auseinander, unter anderem zur Erarbeitung von Vorschlägen der GDK für schweizweite Empfehlungen zu den neuen Spitallisten. In die Prüfung konkreter Umsetzungsmöglichkeiten der neuen gesetzlichen Planungsvorgaben sind auch die damit zusammenhängenden Fragestellungen der Spitalfinanzierung, der Wirtschaftlichkeitsprüfung, der Tarifierung, des Einbezugs der Investitionskosten in die Fallpauschalen (DRG) und der Qualitätssicherung in den Spitälern einbezogen.

Psychiatrie

Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass mit einem Zusammenschluss der beiden Stammkliniken Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw) und Psychiatriezentrum Hard (PZH) die Versorgung in den beiden Psychiatrieregionen Winterthur und Unterland verbessert werden könnte, erteilte der Regierungsrat im Berichtsjahr sein grundsätzliches Einverständnis zur Fusion der beiden Kliniken und beauftragte die Gesundheitsdirektion mit der Erarbeitung der notwendigen Versorgungs- und Betriebskonzepte. Diese wurden dem Regierungsrat am Ende des Berichtsjahrs vorgelegt und von ihm genehmigt. Der Projektplan sieht vor, dass nach Abschluss der operativen Vorbereitungen im Jahr 2009 die neue Einrichtung im Januar 2010 ihren Betrieb aufnehmen soll. Mit dem Zusammenschluss der beiden Betriebe werden die beiden Psychiatrieregionen Winterthur und Zürcher Unterland zusammengeführt. Der Versorgungsauftrag für die Zürcher Stadtkreise 11 und 12 kann dabei an die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK) abgetreten werden. Die neue Einrichtung wird die institutionelle psychiatrische Versorgung für rund 400 000 Menschen sicherstellen.

Das Psychiatriezentrum Rheinau (PZR) wird sich künftig vermehrt auf die überregionale, spezialisierte Behandlung komplexer psychischer Störungen, auf die Behandlung von alkohol- oder medikamentensüchtigen Patientinnen und Patienten und auf die forensische Psychiatrie konzentrieren. Die Behinderteneinrichtungen «hardoskop» und «hardungut» in Embrach und «Tilia» in Rheinau werden organisatorisch von der Psychiatrie abgelöst und unter der Leitung des kantonalen Sozialamtes in eine neue Trägerschaft übergeführt.

Veterinäramt

Das Veterinäramt (VETA) bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen Nutz- und Schutzansprüchen der Gesellschaft. Ihm sind die staatlichen Aufgaben zugeteilt, die sich aus der Tierhaltung und Tiernutzung ergeben. Dazu gehören nicht nur der Vollzug der Tierschutzgesetzgebung bei landwirtschaftlichen Nutztieren, Versuchstieren sowie Zoo- und Heimtieren, sondern auch die Tierseuchenbekämpfung und die Risikominimierung für Mensch und Tier bei der Herstellung tierischer Lebensmittel. In jüngerer Zeit sind die Themen «Sicherheit der Bevölkerung vor Hunden» und der «Betrieb der kantonalen Meldestelle für Findeltiere» dazugekommen. Der Arbeitsbereich des VETA unterliegt einer grossen Dynamik und ist geprägt von oft gegensätzlichen gesellschaftlichen Vorstellungen und Ansprüchen. Das Spannungsfeld wird in folgenden Bereichen besonders deutlich:

- Tierseuchen wie die Vogelgrippe oder BSE, bei denen die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung bedroht sind, lösen einerseits die eigentlichen Bekämpfungsmassnahmen aus und sind andererseits Gegenstand der medialen Aufmerksamkeit. Drohende Seuchenzüge – wie gegenwärtig die von Mücken übertragene Blauzungenkrankheit bei Wiederkäuern – verlangen vom VETA umfassende Präventions- und Schutzmassnahmen, so Tierverkehrs- und Importkontrollen, Impfprogramme, Sperr- oder gar umstrittene Keulungsmassnahmen.
- Um den Zugang zum europäischen Markt sicherzustellen, wurde die schweizerische Gesetzgebung im Tierseuchen- und Lebensmittelbereich mit der Europäischen Union abgeglichen. Der verbliebene Spielraum für auf Schweizer Verhältnisse massgeschneiderte Lösungen ist gering. Fütterungs-, Tiergesundheits- und Lebensmittelskandale im europäischen Umfeld können direkt auf die Schweiz durchschlagen, was in der Regel strengere Normen nach sich zieht, wie zum Beispiel das Einführen der umfassenden Schlachttieruntersuchung.

- Gross ist das gesellschaftliche Konfliktpotenzial bei der Hundehaltung: Sicherheitsrisiken sollen vermindert werden, wozu die obligatorische praktische Hundeausbildung präventiv zum Einsatz kommt. Dieses Obligatorium wird von verschiedener Seite als Einschränkung der persönlichen Freiheit abgelehnt. Werden einzelne Hunde wegen erheblicher Gefährlichkeit beschlagnahmt und muss eine Euthanasie angeordnet werden, ergreift der Halter in den meisten Fällen Rechtsmittel. Mit dem in der Volksabstimmung vom 30. November gutgeheissenen Hundegesetz hat der Souverän aber ein Verbot für Rassetyphen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial beschlossen. Dass in der Folge Dutzende von Hunden eingeschläfert werden müssen, ist Folge dieser Gesetzgebung.
- Auch die Kontroverse um den Verfassungsbegriff «Würde der Kreatur» zeigt das breite Spektrum der gesellschaftlichen Positionen: Zum einen wird es als allgemein unzulässig erachtet, Primaten in belastenden Tierversuchen zum Nutzen der Forschung einzusetzen, andere Gruppierungen halten dagegen den Einsatz lebender Tiere als unabdingbar, um den medizinisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt zum Wohl der Gesellschaft voranzutreiben.

Das VETA hat für einen einheitlichen, transparenten und verhältnismässigen Vollzug der einschlägigen Gesetzgebung zu sorgen. Vollzug bedeutet aber auch Durchführung gesetzlich vorgeschriebener Kontrollen und das Aussprechen und Durchsetzen der nötigen Massnahmen. Bei den Betroffenen löst dies oft Ablehnung und Widerstand aus. Die Akzeptanz von Vollzugsmassnahmen setzt eine sachkompetente Information der Bevölkerung über die Medien sowie die Beratung von Tierhaltenden und -nutzenden und allenfalls das Schaffen von Anreizsystemen voraus. Dies ist zunehmend sehr zeit- und personenintensiv. Die bisherige Struktur des öffentlichen Veterinärdienstes genügt den künftigen Anforderungen nicht mehr. Im Berichtsjahr stand für das VETA deshalb das Reorganisationsprojekt «Professionalisierung Veterinärdienst» im Zentrum, das einen Strukturvorschlag zu erarbeiten hatte. Erste Ergebnisse zeigen, dass die Aufgabenerledigung konzentrierter, d.h. von weniger, aber besser instruierten und eingebundenen Personen erfolgen kann.

Legislaturziele

Die Gesundheitsdirektion ist zuständig für die Massnahmen 1.1, 1.2, 7.6, 14.2 und 17.1 bis 17.6 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Legislaturziele berichtet. Im vorliegenden Kapitel erfolgt die Berichterstattung zu den besonderen Legislaturzielen der Gesundheitsdirektion.

Legislaturziel	1. Interessenwahrung bei der Konzentration der hochspezialisierten Medizin
Massnahme	1.1. Interkantonale Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin vom 14. März 2008 wurde vom Kantonsrat am 1. Dezember 2008 mit 133 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen genehmigt.
Massnahme	1.2. In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildungen entwickeln (LZ RR 1.1)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	1.3. In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren (LZ RR 1.2)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	2. Festlegung der Übernahme der Verantwortlichkeit des Staates unter Wahrung der Eigenverantwortung des Menschen
Massnahme	2.1. Wahrung der individuellen Eigenverantwortung bei der Rechtsetzung
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Wahrung der individuellen Eigenverantwortung beim Festlegen der Verantwortlichkeit des Staates ist eine dauernde Handlungsmaxime, die insbesondere bei der Rechtsetzung im ganzen Zuständigkeitsbereich der Gesundheitsdirektion zu beachten ist (siehe auch Leistungsgruppen 6000 und 6100). Im Weiteren dienen Massnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung der Stärkung der individuellen Eigenverantwortung (siehe auch Legislaturziele des Regierungsrates 14.2 und 17.4 sowie Legislaturziel der Direktion 3).
Legislaturziel	3. Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention im Zuständigkeitsbereich der Gesundheitsdirektion
Massnahme	3.1. Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Konzeptumsetzung
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Schwerpunktprogramm «Betriebliche Gesundheitsförderung» wurde abgeschlossen. Ein mögliches Schwerpunktprogramm zur Prävention psychischer Krankheiten ist in Vorbereitung.

Massnahme	3.2. Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen (LZ RR 14.2)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	3.3. Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI >30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren (LZ RR 17.4)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	4. Punktuelle Vertiefung der Leistungs- und Bedarfsplanung
Massnahme	4.1. Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren (LZ RR 17.1)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	5. Erhöhung der Kosten- und Leistungstransparenz
Massnahme	5.1. Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung
Stand	Planmässig
Kommentar	Die eidgenössischen Räte haben am 13. Juni 2008 eine Revision des KVG im Bereich der Pflegefinanzierung beschlossen, die bedingt, dass die Neuregelung der kantonalen Pflegefinanzierungsbestimmungen vorgezogen (zur Spitalfinanzierung vgl. Massnahme 8.1) und je nach Inkraftsetzungstermin der Bundesbestimmungen entweder bereits auf Mitte 2009 oder auf 2010 abgeschlossen werden muss.
Massnahme	5.2. Medical Board
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Pilotprojekt der Gesundheitsdirektion für die Einsetzung eines sogenannten «Medical Board» – einer unabhängigen Fachkommission für die wissenschaftliche Überprüfung diagnostischer und therapeutischer Verfahren – wurde im Jahr 2007 gestartet. Im Berichtsjahr wurde zum einen die personelle Zusammensetzung des Expertenrates bestimmt und zum anderen die Reglemente für das Medical Board erarbeitet. Zudem wurden die beiden im Zuge des Pilotversuchs zu behandelnden Themen bestimmt. Der Abschluss der Pilotphase (Evaluation) ist für das 2. Quartal 2009 vorgesehen.
Massnahme	5.3. Massnahmen zur Erhebung der Kodier- und Ergebnisqualität sowie der Patientenzufriedenheit und -sicherheit
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit dem Aufbau der Kodierrevision wurden im Berichtsjahr die Voraussetzungen für die Erhebung und Sicherung der Kodierqualität geschaffen. Die Kodierung der Spitäler wird in Zukunft routinemässig überprüft.

Legislaturziel	6. Nachhaltige Kosteneindämmung
Massnahme	6.1. Sanierungsmassnahmen der Gesundheitsdirektion
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Massnahmen des Sanierungsprogramms 04 wurden umgesetzt. Das ehrgeizige Entlastungsziel für die Gesundheitsdirektion konnte durch Effizienzsteigerung, Abbau gewisser Leistungen und besondere Anstrengungen der Leistungserbringer und der Gesundheitsdirektion erreicht werden.
Massnahme	6.2. Optimierungs- und Liberalisierungspotenzial Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
Stand	Planmässig
Kommentar	Für die Zukunft der ZWZ sind verschiedene Optionen evaluiert worden. Der Entscheid des Regierungsrates ist Mitte 2009 zu erwarten.
Legislaturziel	7. Einflussnahme des Kantons auf die Revision des KVG und anderer Bundesgesetzgebungen
Massnahme	7.1. Sensibilisierung der Zürcher Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier für die Anliegen des Kantons Zürich mittels Sessionsbrief
Stand	Planmässig
Kommentar	Die vier im Berichtsjahr erstellten Beiträge für den Sessionsbrief des Regierungsrates an die Zürcher Vertreterinnen und Vertreter im Bundesparlament betrafen die Leistungsstärkung wegen nicht bezahlter Krankenkassenprämien, die Auswirkungen der Akademisierung der Pflege, den Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen sowie das Psychologieberufegesetz.
Legislaturziel	8. Umsetzung der Planung und Finanzierung gemäss KVG-Revision
Massnahme	8.1. Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung
Stand	Planmässig
Kommentar	Gemäss revidiertem KVG muss die Spitalfinanzierung bis 1. Januar 2012 grundsätzlich auf Fallpauschalen umgestellt werden. Diese haben sowohl die Abgeltung der Betriebs- als auch der Investitionskosten zu umfassen. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Neuregelung der kantonalen Finanzierungsbestimmungen (Legislaturziel der Direktion 5.1).
Massnahme	8.2. Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern (LZ RR 17.2)
Stand	Akutsomatik: Verzögert; Psychiatrie: Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	8.3. Medizinische Leistungen im Interesse der Qualitätsförderung und effizienten Leistungserbringung konzentrieren (LZ RR 17.3)
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Legislaturziel des Regierungsrates 17.1 umfasst neu auch diese Massnahme. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates.

Massnahme

Stand

Kommentar

Massnahme

Stand

Kommentar

8.4. Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln (LZ RR 17.5)

Planmässig

Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates

8.5. Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln (LZ RR 17.6)

Planmässig

Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	714,5	725,6	765,7	40,1
Aufwand	-1779,4	-1923,0	-1948,3	-25,3
Saldo	-1064,9	-1197,5	-1182,7	14,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	3,6	0,0	4,3	4,3
Ausgaben	-135,4	-144,6	-135,5	9,1
Saldo	-131,8	-144,6	-131,2	13,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	2390,2	2458,6	2504,9	46,3

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt um 40 Mio. Franken oder 5,5%.

Wichtigste Ursachen (in Mio. Franken):

- +18 Taxerhöhungen sowie Mehrleistungen bei der psychiatrischen Versorgung
- +14 Umsatzzunahme bei der Kantonsapotheke
- +7 Höhere Bundespauschale für die Prämienverbilligung
- +3 Abgeltung von santésuisse für die vom Bund neu zugelassene HPV-Impfung
- 2 Übriger Minderertrag

Der Aufwand steigt um 25 Mio. Franken oder 1,3%.

Wichtigste Ursachen (in Mio. Franken):

- 18 Abgrenzung und aperiodische Schlusszahlungen für Staatsbeiträge Akutsomatik
- 15 Lohnteuering bei der akutsomatischen und psychiatrischen Versorgung
- 14 Höhere Sachkosten infolge Umsatzzunahme bei der Kantonsapotheke
- 9 Zunahme medizinischer Bedarf
- 6 Höherer Aufwand infolge Unterstellung des Personals unter das Arbeitsgesetz bei den selbstständigen Anstalten
- 5 PZH: Schliessung und Weitervermietung von vier Stationen führte nur teilweise zur geplanten Aufwandreduktion.
- 5 Staatsbeitrag an aperiodische Lohnnachzahlungen Pflegepersonal der Stadt Zürich für die Jahre 1998–2002
- 4 Mehraufwand infolge Integration von Regionalstellen in den Kinder- und Jugend-psychiatrischen Dienst
- +33 Tiefere Staatsbeiträge aufgrund Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen in der Akutsomatik
- +22 Rückläufige Prämienübernahmen für Bezüger von Sozialhilfe und für Verlustscheine
- 4 Übriger Minderaufwand

Investitionsrechnung

Die Einnahmen steigen um 4 Mio. Franken.

Wichtigste Ursache (in Mio. Franken):

- +4 Auszahlung des Bundesbeitrages an den Neubau Sicherheitstrakt der Klinik für Forensische Psychiatrie PZR

Die Ausgaben sind um 9 Mio. Franken oder 6,3% tiefer als budgetiert.

Wichtige Ursachen (in Mio. Franken):

- +25 Projektverzögerungen insbesondere aufgrund Asbestproblematik beim USZ
- 20 Mehrausgaben insbesondere aufgrund Baufortschritt Überbrückungsmassnahmen Kinderspital und bei verschiedenen kleineren Vorhaben bei den staatsbeitragsberechtigten Spitälern
- +5 Minderausgaben aufgrund der Überprüfung des Bauprogrammes vor dem Hintergrund des Zusammenschlusses von PZH und IPW (WZU)
- 1 Übrige Mehrausgaben

Personal

Der Beschäftigungsumfang steigt um 43 Stellen.

Wichtigste Ursachen:

- +20,0 Die Schmutzwäschesortierung in der ZWZ kann voraussichtlich ab 2010 in Betrieb genommen werden. Die geplante Reduktion von rund 20 Stellen kann erst verzögert und nicht in vollem Umfange erreicht werden.
- +15,0 Aufbau der Adoleszentenstation in der ipw
- + 3,0 Aufbau der Spitalschule in der ipw

Investitionen

Es wurden folgende wichtige Investitionen getätigt (in Mio. Franken):

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Kinderspital, Überbrückungsmassnahmen			22,2	
Schulthess-Klinik, Erweiterung Lengg Süd			9,0	
USZ, Ausbau Radioonkologie und Sanierung Bettenhaus Ost			6,3	
Männedorf, Gesamtsanierung, Etappe 1			5,0	
Bülach, Gesamtsanierung, Etappe 2			4,4	
KSW, Teilsanierungen Verbindungstrakt			2,9	
Waidspital, Neubau Personalparkhaus/Notfallgarage			2,8	
KSW, Einrichtung Tumorzentrum			2,2	
Übrige Investitionen			76,4	
Total Investitionen			131,2	

Leistungsgruppen

6000 Steuerung Gesundheitsversorgung

Hauptereignisse

Auf den 1. Juli setzte der Regierungsrat das neue Gesundheitsgesetz (GesG) und verschiedene wichtige Ausführungsbestimmungen in Kraft. Der neue Erlass ersetzt das bisherige Gesundheitsgesetz aus dem Jahr 1962 und umfasst – mit Ausnahme der Bestimmungen über die Finanzierung der Spitäler, die Gegenstand einer separaten Vorlage sein werden – alle zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit notwendigen Regelungspunkte. Das Gesetz erfordert umfangreiche Ausführungsbestimmungen. Diese erliess der Regierungsrat am 1. Juli in Form von drei Verordnungen: Es handelt sich um die beiden Neuerlasse «Verordnung über die Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs» und «Verordnung über die universitären Medizinalberufe» sowie um die geänderte Heilmittelverordnung.

Neben den Bestimmungen über die Bewilligung und Ausübung der Berufe im Gesundheitswesen und der Regelung der Aufsicht sieht das neue Gesundheitsgesetz unter anderem auch vor, dass die Naturheilkunde in Zukunft weitgehend ohne staatliche Bewilligung und Beaufsichtigung ausgeübt werden darf. Weitere Neuerungen sind das Verkaufsverbot für Tabak und Tabakerzeugnisse an Personen unter 16 Jahren und, damit verbunden, das Verbot des Verkaufs solcher Produkte über allgemein zugängliche Automaten. Ebenfalls neu sind die Einführung eines Werbeverbotes für Tabak sowie für Alkohol und andere Suchtmittel auf öffentlichem Grund und in öffentlichen Gebäuden sowie die Einführung eines Verbotes des Konsums von Tabak und Tabakerzeugnissen in öffentlichen Gebäuden.

Die neue Verordnung über die universitären Medizinalberufe führt die Regelungen des neuen Bundesgesetzes über die universitären Medizinalberufe weiter aus. Es geht dabei um folgende Berufe: Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Chiropraktorinnen und Chiropraktoren, Apothekerinnen und Apotheker sowie Tierärztinnen und Tierärzte. Die bisherigen kantonalen Ausführungsverordnungen wurden dabei in einem Erlass zusammengefasst. Von den vielen Detailbestimmungen zu erwähnen ist die allgemeine Befristung der Berufsausübungsbewilligung auf zehn Jahre und ab dem 70. Altersjahr auf drei Jahre. Ausserdem besteht neu die Möglichkeit, ärztliche Institutionen im Sinne von interdisziplinären Versorgungsnetzwerken, zum Beispiel «HMO-Praxen», als juristische Personen betreiben zu können.

An der Volksabstimmung vom 30. November haben die Stimmberechtigten der Volksinitiative «Ja zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug» zugestimmt; gegen die neue Regelung wurden inzwischen Rechtsmittel beim Bundesgericht ergriffen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Steuerung aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion (Kernaufgabe)
A2	Politische und strategische Geschäfte
A3	Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
A4	Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung Planmässig Die Entwicklungsschwerpunkte E1 und E2 werden zu einem einzigen Entwicklungsschwerpunkt, da der Regierungsrat beschlossen hat, die Neuregelung der Spital- und Pflegeheimfinanzierung vom Finanzausgleichsgesetz abzukoppeln und in der Gesundheitsgesetzgebung auf 2012 umzusetzen.	2012
E2	Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung Planmässig Die Entwicklungsschwerpunkte E1 und E2 werden zu einem einzigen Entwicklungsschwerpunkt, da der Regierungsrat beschlossen hat, die Neuregelung der Spital- und Pflegeheimfinanzierung vom Finanzausgleichsgesetz abzukoppeln und in der Gesundheitsgesetzgebung auf 2012 umzusetzen.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,6	1,5	1,7	0,2
Aufwand	-19,8	-21,4	-21,6	-0,2
Saldo	-18,3	-19,9	-19,9	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,1	0,0		0,0
Ausgaben	-0,4	-1,2	-0,7	0,6
Saldo	-0,2	-1,2	-0,7	0,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	73,3	73,8	76,0	2,2

Erfolgsrechnung

- +0,3 Die Erfolgsrechnung schliesst gegenüber dem Budget (vor der Bildung von Rücklagen) um 0,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Die Verbesserung konnte beim Personalaufwand, beim Informatik-Nutzungsaufwand und beim Aufwand für Dienstleistungen Dritter erzielt werden.
- 0,2 Bildung von Rücklagen

Investitionsrechnung

- +0,6 Tiefere Ausgaben aufgrund der Verschiebung des Projektes «Neue Datenhaltung Somatik» um ein Jahr sowie tiefere Kosten bei der Einführung der neuen Geschäftskontrolle

Personal

- Die zusätzlichen Stellen für die Erarbeitung der Spitalplanung 2012 sowie für die HPV-Impfung wurden teilweise bereits im Berichtsjahr besetzt.

Indikatoren		Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen						
W1	Allgemeine Zufriedenheit der Bürger/innen mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1–10)		7,82	n/a	7,89	–
W2	Zufriedenheit der Kunden/-innen mit Spitalerfahrung mit der Behandlung im Spital (Skala 1–10)		8,58	n/a	8,56	–
W3	Quotient Zufriedenheit Kunden/-innen mit Spitalerfahrung / Zufriedenheit Bürger/innen mit Gesundheitsversorgung (W2/W1)	min.	1,10	>1	1,08	–
W4	Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1–10)		8,74	n/a	8,65	–
W5	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1–10)		8,25	n/a	8,06	–
Leistungen						
L1	Anzahl gesteuerte Leistungsgruppen	P	6	6	6	0
L2	Anzahl gesteuerte akutsomatische Krankenhäuser/Betriebe	P	20	20	20	0
L3	Anzahl gesteuerte psychiatrische Kliniken	P	12	12	11	–1
L4	Anzahl gesteuerte Aufsichts- und Bewilligungsämter	P	3	3	3	0
L5	Anzahl Kreditbewilligungen im Investitionsbereich	P	165	150	169	19
L6	Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbstständigen/ unselbstständigen Berufsausübung	P	1315	1360	1616	256
L7	Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	P	6	3	2	–1
L8	Anzahl erledigte Rekurse	P	43	95	33	–62
L9	Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	P	52	20	47	27
Wirtschaftlichkeit						
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich (in % im Vergleich zum Vorjahr)		1,4	n/a	–0,2	–
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz (in % im Vergleich zum Vorjahr)		2,2	n/a	0,5	–
B3	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)		14,21	15,39	15,01	–0,38
Abweichungsbegründungen						
L3	Da das Psychiatriezentrum Männedorf in die Clenia Schössli AG integriert wurde, vermindert sich die Anzahl gesteuerter psychiatrischer Kliniken.					
L6	Mit dem neuen Gesundheitsgesetz werden weitere Institutionen (z. B. Spitex, Rettungsdienste) bewilligungspflichtig.					
L8	Infolge der Verselbstständigung von USZ und KSW hat die Anzahl eingegangener Rekurse abgenommen.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
535 775	-182 379	+200 000	553 396	+17 621

Auflösung Rücklagen 2008

– davon Fr. 85 674 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

Es konnten Einsparungen beim Personalaufwand (kein Einsatz von Temporärkräften, verzögerte Besetzung von offenen Stellen) sowie beim Sachaufwand (Informatik-Nutzungsaufwand, Dienstleistungen Dritter) realisiert werden.

6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Kantonales Labor

Die Lebensmittelkontrolle wurde vermehrt durch internationale Beziehungen beeinflusst, da unter anderem für Importe von Fleisch und Fleischerzeugnissen in die Schweiz identische Bestimmungen wie für Importe in die EU gelten. Das Bundesamt für Veterinärwesen beauftragte das kantonale Labor mit der Untersuchung von tierischen Lebensmitteln, die an der Grenze (Luftfracht) zwingend geprüft werden müssen. Das kantonale Labor übernahm zudem einen erheblichen Teil des Rückstanduntersuchungsprogramms im Rahmen des nationalen Kontrollplans.

Beim Skandal um Sonnenblumenöl aus der Ukraine, das mit Mineralöl verunreinigt war und in einer Menge von rund 100 000 Tonnen in die EU importiert wurde, konnte das kantonale Labor wirksame Hilfe in der Analytik bieten; eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung in der Schweiz bestand nicht. Im Berichtsjahr beauftragten 19 Gemeinden erstmals das kantonale Labor mit der Durchführung der Lebensmittelkontrolle. Die Kontrollen erfolgten kostenneutral, da sie durch einen Pauschalbetrag der Gemeinden und durch Gebühren abgegolten wurden. Sie wurden risikobasiert und zeitgerecht durchgeführt.

Heilmittelkontrolle

Durch die auf den 1. Juli in Kraft getretenen Regelungen des neuen Gesundheitsgesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen wurden die im Kanton Zürich niedergelassenen Apothekerinnen und Apotheker sowie die Drogistinnen und Drogisten erstmals verpflichtet, eine persönliche Berufsausübungsbewilligung zu beantragen. Die Zahl der erteilten Bewilligungen nahm dementsprechend deutlich zu. Nach der Besetzung vakanter Inspektorenstellen konnten Verzögerungen bei der Überprüfung der Detailhandelsbetriebe in Angriff genommen werden.

Veterinäramt

Im Bereich des Veterinäramtes standen zur Verbesserung der Tiergesundheit die Arbeiten zur Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) und die Umsetzung der Impfkampagne gegen die Blauzungkrankheit (BZK) im Zentrum. Zudem wurden die ersten Informations- und Anpassungsarbeiten zum Vollzug der neuen Tierschutzverordnung vorgenommen. Der Vollzugsbereich «Öffentliche Sicherheit vor Hunden» wurde durch die Anwendung des geltenden Rechts auf eine Vielzahl von Einzelfällen und die Mitarbeit bei der Erstellung der neuen Zürcher Hundegesetzgebung geprägt. Trotz erheblichen Widerständen im Vorfeld bot die Umsetzung der lückenlosen Schlacht tieruntersuchung nach geändertem eidgenössischem Lebensmittelrecht keine nennenswerten Probleme. Die Entwicklung des Veterinäramtes in den Bereichen strukturierte Weiterbildung, Restrukturierung des Amtes, Ablösung von Fachapplikationen und Qualitätssicherung, die im Hinblick auf die höheren Anforderungen an die Aufgabenerledigung notwendig sind, konnte weiter vorangetrieben werden.

Meldungen und Bewilligungen über Tierversuche*

Bewilligungspflichtige Tierversuche (668 gültige Bewilligungen, davon 539 mit Einschränkungen)								Meldepflichtige Tierversuche (121 Verfügungen)	
Anzahl Tiere nach Versuchsziel									
Tiergruppe	Grundlagenforschung	Entwicklung	Toxikologische Prüfung	Krankheitsdiagnostik	Ausbildung	Anderer Zusammenhang	Total	Davon Schweregrad 0	
Mäuse	78 270	3 374	-	302	1 424	-	83 370	24 465	
Ratten	5 771	80	-	53	1 222	-	7 126	1 984	
Meerschweinchen	23	-	-	-	75	-	98	61	
Hamster	-	-	-	-	25	-	25	20	
andere Nager	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kaninchen	154	-	-	-	101	-	255	-	
Hunde	144	48	-	129	48	61	430	305	
Katzen	130	32	-	12	-	-	174	61	
Primaten	83	-	-	-	-	-	83	56	
Rindvieh	41	26	-	10	902	18	997	235	
Schafe, Ziegen	80	319	-	25	35	-	459	42	
Schweine	337	-	-	5	409	-	751	305	
Pferde, Esel	64	-	-	24	127	4	219	195	
Diverse Säuger	238	-	-	113	-	302	653	480	
Vögel (einschliesslich Geflügel)	232	165	-	2	73	367	839	342	
Amphibien, Reptilien	13 940	-	-	-	19	-	13 959	12 219	
Fische	176	-	535	-	-	1 041	1 175	335	
Total	99 683	4 044	535	675	4 460	1 793	111 190	41 105	
in %	89,7%	3,6%	0,5%	0,6%	4,0%	1,6%	100%	39,8%	

* Anzahl der jeweils im Vorjahr (Kalenderjahr 2007) in Versuchen eingesetzten Tiere.

227 Bewilligungen wurden 2007 neu erteilt, davon 178 mit Einschränkungen.

2 Gesuche wurden zurückgezogen. 1 Gesuch nicht als Tierversuch eingestuft und 1 Gesuch wurde abgelehnt.

Die Tierversuchskommission bearbeitete alle bewilligungspflichtigen Gesuche, besprach an elf Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen 21 Gesuche mit erhöhtem Schweregrad.

Die Mitglieder kontrollierten zweimal alle Versuchstierhaltungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 Aufsicht sowie Erteilung, Verweigerung, Einschränkung oder Entzug von Bewilligungen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Einführung Qualitätssicherungssystem im Veterinäramt Verzögert Diese Arbeiten haben sich wegen der Tierseuchenprogramme verzögert: Neuer Zieltermin ist Ende 2009.	2008
E2	Anpassung des Vollzugs an die neuen lebensmittelrechtlichen Vorgaben Planmässig Die Lebensmittelkontrollen der Städte Zürich und Winterthur sind seit dem Berichtsjahr akkreditiert. Die übrigen Gemeinden lassen Lebensmittelkontrollen auf kommunaler Ebene von diesen beiden Institutionen oder vom kantonalen Labor, welches seit 1996 akkreditiert ist, gegen Bezahlung durchführen.	2008
E3	Umsetzung der neuen Heilmittelgesetzgebung, Anpassung der Infrastruktur der Heilmittelkontrolle Planmässig Die erforderlichen Änderungen und Ergänzungen am Prozess zur Erteilung der Bewilligungen wurden vorgenommen. Dies ermöglicht auch die Ergänzung des neuen nationalen Registers der universitären Medizinalberufe mit den bewilligungsspezifischen Daten.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008**Erfolgsrechnung**

Ertrag	4,2	4,5	4,9	0,4
Aufwand	-19,3	-21,4	-21,7	-0,3
Saldo	-15,1	-16,9	-16,8	0,1

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben	-2,2	-1,6	-1,5	0,0
Saldo	-2,2	-1,6	-1,5	0,0

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	106,4	106,0	110,3	4,4
----------------------------------	-------	-------	-------	-----

Erfolgsrechnung

Gegenüber dem Budget schliessen die drei Ämter (vor der Bildung von Rücklagen) wie folgt ab:

Kantonale Heilmittelkontrolle (KHK):

+0,3 Das bessere Ergebnis der KHK gegenüber den Planwerten ist auf den Mehrertrag aufgrund der höheren Anzahl von durchgeführten Inspektionen und erteilten Bewilligungen zurückzuführen.

Kantonales Labor (KLZ):

+0,6 Das bessere Ergebnis des KLZ gegenüber dem Budget ist auf den Mehrertrag aufgrund Untersuchungsaufträge vom Bund (Durchführung Grenzkontrollen, Monitoring für Acrylamid und Pestizidrückständen, Analysen von Elektronikgeräten) sowie auf die Organisation eines Workshops zurückzuführen.

Veterinäramt (VETA):

-0,6 Im Budget war ein Mehrertrag von 0,7 Mio. Franken aufgrund der im neuen Hundegesetz vorgesehenen Abführung eines Teils der Hundeabgabe an den Kanton eingestellt. Da das Hundegesetz noch nicht eingeführt war, entfielen die eingestellten Erträge. Die mit einer Kreditüberschreitung bewilligten Mittel zur Bekämpfung der Blauzungenkrankheit von 0,3 Mio. Franken sind im Budget nicht enthalten. Dank Mehrerträgen und Mehrleistungen fällt die negative Budgetabweichung mit -0,6 Mio. Franken entsprechend kleiner aus als erwartet.

Investitionsrechnung

Kantonales Labor (KLZ):

-0,2 Aufgrund der verzögerten Abrechnung bei der Sanierung der Haustechnik sind die Ausgaben höher als budgetiert. Der Kredit für die Sanierung der Haustechnik wurde insgesamt aber eingehalten.

Veterinäramt (VETA):

+0,3 Die Beschaffung einer neuen Applikation für das VETA musste auf das Jahr 2009 verschoben werden.

Personal

Der höhere Beschäftigungsumfang ist einerseits auf 1,6 zusätzliche Stellen im Kantonalen Labor für die Durchführung der Lebensmittelkontrollen im Auftrag der Gemeinden und andererseits auf zusätzliche Aushilfen im Veterinäramt für befristete Projekte im Tierseuchenbereich zurückzuführen.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Leistungen						
L1	Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers (Heilmittelkontrolle)	P	8 294	7 800	8 414	614
L2	Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (Heilmittelkontrolle)	P	354	390	412	22
L3	Anzahl Bewilligungen (kantonale Heilmittelkontrolle)	P	1 873	1 860	1 909	49
L4	Anzahl laufende Bewilligungen Veterinäramt (Tierschutz, Tierversuche, Wildtierhaltung, Handel, Werbung mit Tieren, Importe, Märkte, Hundehaltung)	P	1 235	1 200	1 325	125
L5	Anzahl Inspektionen Nutztierhaltungen (Veterinäramt)	P	631	700	667	-33
L6	Anzahl Fallaufarbeitungen Heimtierhaltungen und auffällige Hunde (Veterinäramt)	P	246	1 200	1 210	10
L7	Anzahl untersuchte Proben (kantonales Labor)	P	19 468	19 000	19 471	471
L8	Mikrobiologische Prüfungen (Proben) (kantonales Labor)	P	12 402	11 000	11 119	119
L9	Gehaltsanalysen (Proben) (kantonales Labor)	P	6 600	5 000	6 389	1 389
L10	Anzahl bearbeitete Fälle Findeltiere (Veterinäramt)	P		1 100	1 320	220
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)		11,74	12,45	12,72	0,27
Abweichungsbegründungen						
L4	Höhere Anzahl von Bewilligungen im Bereich des Tierschutzes (Tierversuche und Wildtiere)					
L5	Weniger Nachkontrolle bei den Inspektionen im Bereich Nutztiere, da mehr schwerwiegende Fälle auftraten.					
L10	Die höhere Anzahl von Fällen Findeltiere ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Findelstelle immer bekannter wird.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
521 152	-150 223	+199 000	569 929	+48 777

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 82 951 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2008

- Kantonale Heilmittelkontrolle – Rücklagen von Fr. 39 000:
Mehrerträge durch zusätzlich ausgestellte Betriebs- und Berufsausübungsbewilligungen;
Verbesserungen beim Aufwand durch Effizienzsteigerungen und temporär nicht besetzte Stellen (unbezahlter Urlaub)
- Kantonales Laboratorium – Rücklagen von Fr. 120 000:
Mehrerträge aufgrund von Untersuchungsaufträgen vom Bund (Durchführung Grenzkontrollen, Monitoring für Acrylamid und Pestizidrückstände, Analysen von Elektronikgeräten)
- Veterinäramt – Rücklagen von Fr. 40 000:
Mehrerträge und erhebliche Mehrleistungen bei gleichem Personalbestand

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Hauptereignisse

Das Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ) plant und führt entsprechend seinem staatlichen Leistungsauftrag Massnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung durch und koordiniert direktionsübergreifend die Anstrengungen in diesem Bereich. Das aktuelle Schwerpunktprogramm hat sich den Themen «Bewegung, Ernährung, Entspannung» gewidmet. Die immer wieder auf neue Zielgruppen ausgeweitete Kampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit – mit Ernährung, Bewegung, Entspannung» vermittelte Kernbotschaften für eine möglichst gesunde Lebensführung. Wie Evaluationen zeigten, fand die Kampagne in der Zürcher Bevölkerung rege Aufmerksamkeit. Mit den Angeboten vor Ort in fünf Regionen (in der Stadt Zürich, den Bezirken Affoltern, Hinwil und Winterthur sowie im Glattal) wurden Impulse für Verhaltensänderungen hin zu einem sorgsamem Umgang mit der eigenen Gesundheit gegeben. Um die Zahl der übergewichtigen Personen im Kanton zu stabilisieren, wurden zusammen mit der Sicherheits- und der Bildungsdirektion 29 Projekte zu Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswege geplant und initiiert. Die EURO 08 bot zudem eine einmalige Plattform für die Kampagne «Der Ball liegt bei Dir», um auf die Vorteile genügender Bewegung, die Gefahren des Alkoholmissbrauchs, aber auch die Notwendigkeit der HIV-Prävention hinzuweisen.

Im Berichtsjahr wurde neu das kantonale Programm zur HPV-Impfung gegen den Gebärmutterhalskrebs eingeführt. Die Impfung wird vom Bund für die 11- bis 14-jährigen und bis 2012 auch für die unter 20-jährigen Mädchen und Frauen empfohlen und von der Grundversicherung übernommen. Neben diesen individuellen Massnahmen stärken die Bestimmungen im neuen Gesundheitsgesetz die strukturellen Voraussetzungen für eine wirksame Prävention und Gesundheitsförderung. Um auf die neuen Bestimmungen im Zusammenhang mit der Suchtprävention aufmerksam zu machen, wurden über 12000 Betriebe im Gastgewerbe und im Detailhandel angeschrieben und Plakate dazu zur Verfügung gestellt. Der Zürcher Präventionstag 2008 mit über 360 Teilnehmenden war dem Motto «Gesunde Verhältnisse schaffen! Erfolge und Perspektiven struktureller Prävention» gewidmet. Der auch im Berichtsjahr vergebene Preis für Gesundheitsförderung im Betrieb 2008 ging an das «Spyraldynamik Med Center Zürich» (Kategorie KMU) und an die Zürcher Kantonalbank (Kategorie Grossunternehmen).

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Sicherstellung der Prävention und Gesundheitsförderung (einschliesslich Suchtprävention), die der GD direkt zugewiesen sind
A2	Direktionsübergreifende Koordination der übrigen, dem Staat obliegenden Prävention und Gesundheitsförderung
A3	Aufrechterhaltung einer wirksamen epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten
A4	Ermöglichung und Unterstützung von Impfungen für die Bevölkerung
A5	Vollzugsaufgabe beim Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ)

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Medienkampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung, Entspannung» Planmässig Die Kampagne wurde intensiviert, weiterentwickelt und weiter verbreitet. Neu ist eine Broschüre zu Bewegung, Ernährung und Entspannung für Seniorinnen und Senioren herausgegeben worden.	2009
E2	Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich; Massnahmen zur Konzeptumsetzung Planmässig Gastgewerbe und Detailhandel sind über die Suchtpräventionsbestimmungen im neuen Gesundheitsgesetz informiert worden. Zu den Themen «Übergewicht» und «Gesundheit von Seniorinnen und Senioren» haben zwei Forumsveranstaltungen stattgefunden.	2009
E3	Schwerpunktprogramm «Betriebliche Gesundheitsförderung» Abgeschlossen Es wurden rund 200 Betriebe angesprochen und in 31 Betrieben konkrete Massnahmen eingeführt. Daneben wurde das Beratungszentrum BGM-Zürich aufgebaut, das Betriebe bei der Einführung betrieblicher Gesundheitsförderung unterstützt.	2008
E4	Weiterentwicklung des Schwerpunktthemas «Bewegung, Ernährung, Entspannung» und Ausweitung der Aktivitäten auf weitere Bezirke Planmässig In fünf weiteren Regionen (Stadt Zürich, Bezirke Affoltern, Hinwil und Winterthur, Glattal) sind vielfältige, gemeindegestützte Massnahmen umgesetzt worden.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag	2,4	2,1	5,3	3,2
Aufwand	-6,9	-7,1	-9,9	-2,8
Saldo	-4,5	-5,0	-4,6	0,5

Investitionsrechnung

Einnahmen	
Ausgaben	
Saldo	

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

- 3,2 Mehraufwand infolge der vom Bund im Rahmen kantonaler Programme neu zugelassenen HPV-Impfung bei Mädchen und Frauen zwischen 11 und 19 Jahren.
- +3,2 Gemäss dem Vertrag zwischen santésuisse und der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) wird die neu zugelassene HPV-Impfung im Wesentlichen von santésuisse zurückbezahlt. Daraus resultiert ein Mehrertrag.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Medienkampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung, Entspannung»	min.	>70%	50%	>70%*	-
W2	Leichte Verminderung des mindestens einmal wöchentlichen Tabakkonsums 15-jähriger Personen (Männer/Frauen)	max.	15%/19%	19%/19%	15%/19%**	-
W3	Stabilerhaltung der Tb-Neuerkrankungen	max.	84	110	114	4
W4	Stabilerhaltung der Aids-Neuerkrankungen	max.	22	65	32	-33
W5	Stabilerhaltung bei Selbsttötung	max.	258	270	267**	-3
W6	Stabilerhaltung Todesursache Krebs	max.	2584	2600	2515**	-85
W7	Leichte Verminderung Todesursache Herz- und Gefässkrankheiten	max.	3752	4200	3651**	-549
Leistungen						
L1	Regelmässiger Bericht über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung		+	-	-	-
L2	Punktuelle Zwischenberichte		-	+	+	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Im Rahmen des Gesundheitsberichtes auch Prüfung der Wirtschaftlichkeit		+	+	+	-
B2	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)		3,47	3,89	3,45	-0,44

* für 2008 Werte 2005 verfügbar

** für 2008 Werte 2006 verfügbar

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	246,6	247,1	253,4	6,3
Aufwand	-771,3	-840,5	-874,4	-33,9
Saldo	-524,8	-593,4	-621,0	-27,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,1	0,1
Ausgaben	-97,4	-112,2	-108,2	4,0
Saldo	-97,4	-112,2	-108,1	4,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	252,8	243,0	262,7	19,7

Erfolgsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken):

- +32,5 Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen stationär und ambulant
- +14,0 Umsatz-Zunahme Kantonsapotheke (siehe entsprechender Mehraufwand)
- + 3,2 Auflösung Rücklagen
- + 1,4 Produktionssteigerung ZWZ

Verschlechterungen (in Mio. Franken):

- 13,9 Höhere Sachkosten infolge Umsatz-Zunahme Kantonsapotheke (siehe entsprechender Mehrertrag)
- 11,7 Lohnteuerung 1,8% anstatt 0,9% (gemäss RRB Nr. 1816/2007)
- 9,0 Abgegrenzte offene Schlusszahlungen für Staatsbeiträge 2008
- 8,9 Mehraufwand für medizinischen Bedarf
- 8,1 Aperiodische Schlusszahlungen für Staatsbeiträge 2007
- 5,6 Höherer Mehraufwand infolge Unterstellung Personal unter Arbeitsgesetz bei selbstständigen Anstalten
- 4,8 Bildung von Rücklagen/Gewinnen 2008 (davon -4,4 Mio. Franken durch USZ und KSW in Leistungsgruppen Nrn. 9510 bzw. 9520)
- 4,6 Staatsbeitrag an aperiodische Lohnnachzahlungen Pflegepersonal der Stadt Zürich für die Jahre 1998–2002
- 3,3 Höherer Arzthonoraraufwand aufgrund neuem Honorarmodell
- 3,2 Teilweise Nichterreichung der mit dem Entlastungsprogramm E08 erhofften Produktivitätsverbesserung
- 3,0 Mehraufwand Diverse
- 2,5 Höhere Debitorenverluste und Delkredere-Bildung

Investitionsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken):

- +25,0 Projektverzögerungen insbesondere aufgrund Asbestproblematik 2007 beim USZ
- + 1,5 Projektverzögerung bei der Schmutzwäschesortieranlage für die ZWZ

Verschlechterungen (in Mio. Franken):

- 20,1 Mehrausgaben insbesondere aufgrund Baufortschritt Überbrückungsmassnahmen Kinderspital und bei verschiedenen kleineren Vorhaben bei den staatsbeitragsberechtigten Spitälern
- 2,3 Mehrkosten 2008 für Apothekeninformationssystem KAZ

Personal

ZWZ: Schmutzwäschesortierung kann voraussichtlich ab 2010 in Betrieb genommen werden; die geplante Reduktion von rund 20 Stellen kann erst verzögert und nicht in vollen Umfange erreicht werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt:					
	Anteil Unzufriedene	max.	2,9%	<8%	2,9%	
W2	Ungeplante Rehospitalisationen	max.	2,7%	<5%	1,5%	
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte insgesamt	P	171 808	170 000	178 258*	8 258
L2	– davon eigene Anstalten Grundversicherte (GV)	P	44 143	44 300	45 706*	1 406
L3	– davon eigene Anstalten Zusatzversicherte (ZV)	P	11 072	11 300	11 582*	282
L4	– davon staatsbeitragsberechtigte Grundversicherte (GV)	P	89 352	87 500	92 706*	5 206
L5	– davon staatsbeitragsberechtigte Zusatzversicherte (ZV)	P	27 241	26 900	28 264*	1 364
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Einwohnerin/Einwohner (in Fr.)	P	408	458	469	11
B2	Kosten je APDRG-Normfall in Fr. (nur somatische Akutversorgung)	P	8 378	8 200	n.a.**	
Wirkungsindikatoren beruhen auf Qualitätsmessungen des Vereins Outcome in allen Akutspitälern (Median der Spitalmittelwerte):						
W1	Auf das Jahr 2007 wurde die Patientenzufriedenheitsmessung auf einen neuen Erhebungsbogen umgestellt. Dargestellt ist der Anteil der Meldungen «eher unzufrieden» und «unzufrieden» auf die Frage «Wie zufrieden waren Sie mit dem Spitalaufenthalt insgesamt?».					
W2	Ungeplante Rehospitalisationen: Anteil der ungeplanten Wiedereintritte an den Eintritten insgesamt; je tiefer, desto besser					

* Die Hochrechnung basiert auf den Daten von USZ und KSW.

** Daten 2008 liegen erst ab Juni 2009 vor.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
929 881	-485 409	+351 000	795 472	-134 409

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 175 160 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 285 000 Beschaffung Waschschleudermaschine durch Zentralwäscherei im Rahmen Pandemievorbereitung

Bildung von Rücklagen 2008

- Kantonsapotheke – Rücklagen von Fr. 155 000: Mit konstantem Personal deutlich mehr Leistungen erbracht
- Zentralwäscherei – Rücklagen von Fr. 196 000: Trotz Preissenkung dank Steigerung der Arbeitsproduktivität mehr Ertrag erzielt

6400 Psychiatrische Versorgung

Hauptereignisse

Die Behandlungsdokumentationen der psychiatrischen Einrichtungen des Kantons Zürich wurden vollständig überarbeitet und im Berichtsjahr erstmals angewandt. Damit wurden ein verbindlicher Standard für die Qualitätssicherung eingeführt und die medizinischen Leistungsdaten und die Angaben aus der Kostenträgerrechnung zusammengeführt. Neben dieser alle Kliniken betreffenden Veränderung wurde die auf dem kantonalen Psychiatriekonzept beruhende Versorgungsstrategie «ambulant vor stationär» mit einer Reihe von Projekten intensiviert: In Bülach eröffnete das Psychiatrie-Zentrum Hard eine Tagesklinik; an der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) wurden mit der integrierten Station F1 und dem Programm «Supported Employment» zwei über den stationären Auftrag hinaus reichende Modellversuche begonnen. Die PUK ist als universitäre Einrichtung zudem in die kantonale Gesamtstrategie zur Förderung der Hochspezialisierten Medizin (HSM) eingebunden und mit einem Projekt an deren Umsetzung beteiligt.

In der Berichtsperiode wurden die Leistungsaufträge der Klinik für Psychiatrische Rehabilitation am Psychiatriezentrum Rheinau (PZR) einerseits und im Bereich der Gerontopsychiatrie (Integrierte Psychiatrie Winterthur [ipw] sowie Bergheim Uetikon AG) andererseits mit unabhängiger Unterstützung überprüft. Aus diesen Prüfungen gingen eine Reihe von Massnahmen hervor: Der Leistungsauftrag der Klinik für Psychiatrische Rehabilitation des PZR wurde angepasst und präzisiert. Die nicht mit dem Leistungsauftrag übereinstimmenden Leistungen der ipw werden inskünftig von kommunalen Pflegezentren und Altersheimen (geriatrische Langzeitpflege) bzw. vom Kantonsspital Winterthur (Akutgeriatrie) übernommen. Der psychiatrische Leistungsauftrag des gerontopsychiatrischen Pflegeheims Bergheim wird mit einer Übergangsfrist von zwei Jahren aufgehoben; das Pflegeheim wird auf das Jahr 2010 hin auf die Pflegeheimliste aufgenommen.

In der Kinder- und Jugendpsychiatrie konnte die kantonale Versorgung mit der im Dezember 2007 in der ipw eröffneten Adoleszentenstation deutlich verbessert werden. Im Jahr 2008 wurde zudem der Triageprozess für die Zuweisung von behandlungsbedürftigen Kindern und Jugendlichen zu den spezialisierten Institutionen überarbeitet und geklärt; dies mit positiven Auswirkungen auf den Einweisungs- und Aufnahmeprozess.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung psychisch Kranker und Suchtkranker durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe 6400 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), Psychiatrie-Zentrum Rheinau (PZR), Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw), Psychiatrie-Zentrum Hard Embrach (PZH) und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD) sowie sieben weitere psychiatrische Kliniken.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Überprüfung des Konzepts Kinder- und Jugendpsychiatrie Abgeschlossen Besondere Rücksicht wurde auf die Schnittstelle zu den Kinder- und Jugendheimen genommen.	2008
E2	Entwicklung Fallgruppierung Psychiatrie Planmässig Im Berichtsjahr wurde die erste Datenerhebung in den Betrieben vorgenommen; deren Auswertung erfolgt 2009.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	175,6	165,9	188,6	22,7
Aufwand	-378,8	-388,7	-403,2	-14,5
Saldo	-203,2	-222,8	-214,6	8,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	3,5		4,2	4,2
Ausgaben	-28,0	-20,6	-16,1	4,5
Saldo	-24,5	-20,6	-11,9	8,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1957,8	2035,9	2055,9	20,0

Erfolgsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken):

- +15,4 Taxerhöhungen und Mehrleistungen stationär und ambulant
- +3,0 Anhebung ambulanten Kostendeckungsgrad
- +1,2 PZH: Budgetabweichung zulasten der Rücklagen und auf neue Rechnung vorgetragen
- +0,8 Diverse
- +0,8 Tiefere Abschreibungen und Zinsen
- +0,3 Auflösung Rücklagen

Verschlechterungen (in Mio. Franken):

- 4,7 PZH: Schliessung und Weitervermietung von vier Stationen führten nur teilweise zur geplanten Aufwandreduktion.
- 4,2 Integration von Regionalstellen in den KJPD (bis 31. Dezember 2007 Teil der Jugendsekretariate AJB der Bildungsdirektion) gemäss RRB Nr. 997/2007
- 2,9 Lohnteuering 1,8% anstatt 0,9% (gemäss RRB Nr. 1816/2007)
- 1,5 Bildung Rücklagen und Rückstellungen für beschäftigungswirksame Arbeitszeitmodelle (BAM)

Investitionsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken):

- +4,0 Auszahlung des Bundesbeitrages an den Neubau Sicherheitstrakt der Klinik für Forensische Psychiatrie PZR
- +4,5 Minderausgaben aufgrund der Überprüfung des Bauprogrammes vor dem Hintergrund des Zusammenschlusses von PZH und IPW (WZU)

Personal

ipw: Aufbau der Adoleszentenstation (15 Stellen) und der Spitalschule (3 Stellen)

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte insgesamt	P	11 808	11 450	11 944*	494
L2	– davon Erwachsenenpsychiatrie		9 861	9 700	–	
L3	– davon Psychogeriatric		1 794	1 600	–	
L4	– davon Kinder- und Jugendpsychiatrie		153	150	–	
L5	Stationäre Pflage tage insgesamt	P	519 586	560 000	535 680*	-24 320
L6	– davon Erwachsenenpsychiatrie		334 463	367 500	–	
L7	– davon Psychogeriatric		167 855	175 000	–	
L8	– davon Kinder- und Jugendpsychiatrie		17 268	17 500	–	
L9	Ambulante Einzelkonsultationen	P	178 111	170 000	184 478*	14 478
L10	Teilstationäre Fälle	P	1 122	1 250	1 503*	253
Wirtschaftlichkeit						
B1	– Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	158	172	162	-10
B2	– Kantonaler Beitrag pro Behandlung (in Fr.)	P	1 063	1 220	1 084	-136

* Diese Zahlen stellen eine Hochrechnung der Werte der kantonalen Kliniken auf alle Kliniken dar.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
4 910 762	-330 165	+94 000	4 674 597	-236 165

Auflösung Rücklagen 2008

- davon Fr. 152 690 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 106 000 für Anschubfinanzierung Triagestelle im KJPD
- davon Fr. 71 475 für Beiträge an Personalanlässe der PUK

Bildung von Rücklagen 2008

- PUK: Rücklagen von Fr. 542 000: Mit weiterer Optimierung der Leistungsprozesse Kostendeckungsgrad verbessert
- PZR: Rücklagen von Fr. 478 000: Verminderung von Sach- und Personalaufwendungen
- KJPD: Rücklagen von Fr. 350 000: Effizienzsteigerung (Zunahme der Pflage tage trotz rückläufiger Aufenthaltsdauer und gleichzeitig Senkung der Sachkosten)
- ipw: Die endogen verursachte Verschlechterung der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget beträgt Fr. -65 000. Die nicht budgetierte Aufwandszunahme konnte nicht vollständig durch nicht budgetierte Mehrerträge kompensiert werden. Die endogen verursachte Verschlechterung wird durch Auflösung von Rücklagen im Umfang von Fr. 65 000 gedeckt.
- PZH: Die endogen verursachte Verschlechterung der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget beträgt Fr. -1 211 000. Die Schliessung und Weitervermietung von vier Stationen führte nur teilweise zur geplanten Aufwandsenkung. Die endogen verursachte Verschlechterung wird durch Auflösung von Rücklagen von Fr. 33 790 gedeckt und im Umfang von Fr. 1 177 210 auf die neue Rechnung vorgetragen.

6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurden die Spitexbestimmungen im Gesundheitsgesetz überarbeitet. Die neuen Bestimmungen traten auf den 1. Januar in Kraft.

Die Staatsbeiträge wurden im Berichtsjahr erstmals nach dem neuen Finanzierungsmodus ermittelt: Im Unterschied zur bisherigen Regelung (aufwandbezogene Subventionierung) werden neu Kostenpauschalen pro pflegerische und nichtpflegerische Leistungsstunde auf der Grundlage der ungedeckten Vollkosten berechnet. Der Staatsbeitrag bemisst sich an den mit den erbrachten Leistungsstunden multiplizierten Kostenpauschalen, wobei der Beitragssatz nach der Finanzkraft der einzelnen Gemeinden abgestuft wird. Die für den Staatsbeitrag im Berichtsjahr ermittelten durchschnittlichen Vollkosten pro pflegerische Leistungsstunde betragen Fr. 98.93; pro nichtpflegerische Leistungsstunde betragen sie Fr. 76.92. Der Staatsbeitrag des Berichtsjahrs betrug rund 22,2 Mio. Franken. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Mio. Franken bzw. 43%. Die Zunahme steht im Zusammenhang mit der NFA, in deren Rahmen sich der Kanton verpflichtet hatte, einen Drittel der wegfallenden Bundesbeiträge zu übernehmen.

In das Berichtsjahr fiel auch die Neugestaltung der Pflegefinanzierung im Rahmen der Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG). Diese wurde vom Parlament am 13. Juni beschlossen; sie tritt voraussichtlich auf Mitte 2009 in Kraft und blieb damit noch ohne konkrete Auswirkung auf die Leistungserbringung und -finanzierung im Berichtsjahr. In diesem Zusammenhang sind auch die im Dezember des Berichtsjahrs in Vernehmlassung gegebenen Ausführungserlasse zur KVG-Revision von Belang. Die Erarbeitung der kantonalen Umsetzungsbestimmungen wurde in Angriff genommen.

In der Spitex kam es auch im Berichtsjahr zu Fusionen; die Zahl der beitragsberechtigten Organisationen sank auf 105. Die Zahl der Institutionen der stationären Langzeitpflege blieb demgegenüber weitgehend konstant.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Unterstützung der Gemeinden bei der Versorgung der Bevölkerung mit Pflegeplätzen in Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Dienstleistungen. Die Leistungsgruppe 6500 umfasst nur Staatsbeiträge.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Umsetzung der NFA im Spitex-Bereich Abgeschlossen Die neuen Bestimmungen zur Spitex im Gesundheitsgesetz (§ 59a ff.) wurden auf den 1. Januar in Kraft gesetzt.	2008
----	---	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0		0,4	0,4
Aufwand	-27,7	-34,0	-34,7	-0,8
Saldo	-27,7	-34,0	-34,3	-0,3

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben	-7,5	-9,0	-9,1	-0,1
Saldo	-7,5	-9,0	-9,1	-0,1

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

Gegenüber dem Budget ergeben sich keine wesentlichen Abweichungen. Es sind geringere Abschreibungen und Zinsen, dafür leicht höhere Beiträge an die Spitex zu verzeichnen.

Investitionsrechnung

Die Ausgaben bewegen sich im Rahmen des Budgets.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Leistungen					
L1	Pflegetage in Alters- und Krankenheimen (in Mio.)	2,6	2,7	2,6	-0,1
L2	Leistungsstunden Spitex (in Mio.)	2,2	2,1	1,8	-0,3
L3	Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Alters- und Pflegeheimen	0,2%	0,2%	0,2%	–
L4	Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Spitexdiensten	9,4%	14,5%	13,4%	-1,1%
Wirtschaftlichkeit					
B1	Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.) mit Abschreibungen und Zinsen	22	26	26	0
B2	Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.) ohne Abschreibungen und Zinsen	14	19	19	0

Abweichungsbegründungen

- L4 Im Vergleich zur Rechnung 2007 ist der Anteil des Staates am Betriebsaufwand der Spitexdienste angestiegen, weil mit der NFA auf den 1. Januar 2008 die Finanzierung der Spitexdienste vollständig dem Kanton und den Gemeinden übertragen worden ist. Vor 2008 beteiligte sich der Bund an der Finanzierung.

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Hauptereignisse

Der Kanton richtete im Berichtsjahr an rund 337'000 Personen einen individuellen Prämienverbilligungsbeitrag aus; das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von rund 3%. Die Anzahl der Begünstigten bei den Zusatzleistungsberechtigten nahm nur leicht zu (um 1,8%), während diejenige im Bereich der Sozialhilfe sich deutlich verringerte, nämlich um rund 11,6%. Insgesamt erhielten rund 395'000 Personen Leistungen der Prämienverbilligung (d. h. individuelle Prämienverbilligung oder Prämienverbilligung mittels Zusatzleistungen oder Sozialhilfe). Dies entspricht rund 30% der Gesamtbevölkerung. 60% des Gesamtaufwands für die Prämienverbilligung wurde für individuelle Beiträge verwendet, während 40% der Mittel für Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe und Zusatzleistungen und für Verlustscheinsübernahmen ausgegeben wurden (im Vorjahr war das entsprechende Verhältnis 56% zu 44%).

Die Beiträge zur individuellen Prämienverbilligung wurden im Berichtsjahr für alle Erwachsenen um Fr. 96 bis Fr. 144 erhöht. Für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung blieben sie hingegen unverändert. Mit den ausgerichteten Beiträgen konnten die Kinderprämien wegen deren geringen Teuerung auch ohne Erhöhung um die gesetzlich vorgeschriebenen 85% verbilligt werden. Die Prämien von jungen Erwachsenen in Ausbildung wurden gemäss dem bundesgesetzlichen Auftrag (Art. 65 Abs. 1^{bis} KVG) um 50% verbilligt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Der Kanton richtet gestützt auf das Krankenversicherungsgesetz (KVG) und das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben.
A2	Seit Inkrafttreten von Art. 65 Abs. 1 ^{bis} KVG sind auch familienpolitische Ziele zu berücksichtigen.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Optimierung des Prämienverbilligungssystems Planmässig Die neuen technischen Möglichkeiten durch die kantonale Zentralisierung aller Steuerdaten erlauben eine differenziertere Analyse der Wirtschaftskraft der Leistungsempfänger, was eine effizientere Unterstützungspolitik ermöglicht. Aufgrund des sich noch im Aufbau befindenden zentralen Steuerregisters dürfte sich die Umsetzung des Projekts aber verzögern.	2011
----	--	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	281,5	300,4	305,6	5,2
Aufwand	–552,9	–605,8	–577,1	28,7
Entschädigung SVA	–5,0	–5,0	–5,0	0,0
Individuelle Prämienverbilligung	–308,3	–342,8	–342,9	–0,1
Prämienübernahmen	–239,4	–257,8	–229,1	28,7
Saldo	–271,4	–305,4	–271,5	33,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Mehrertrag:

- +6,9 Der eingestellte Bundesbeitrag wurde nach der neuen NFA-Finanzierungsformel gemäss Verordnungsentwurf über den Bundesbeitrag zur Prämienverbilligung errechnet. In der endgültigen Verordnung wurde die Berechnungsbasis angepasst, sodass der Bund eine höhere Pauschale ausrichtete als geplant.

Minderertrag:

- 1,7 Auflösung einer transitorischen Abrenzung für den Bundesbeitrag 2007 zulasten der Rechnung 2008.

Minderaufwand:

- +12,8 Die Prämienübernahmen an Sozialhilfebezüger nahmen aufgrund der rückläufigen Fallzahl deutlich ab.
- +9,5 Die Prämienübernahmen aufgrund von Verlustscheinen gingen stark zurück.
- +3,2 Die Prämienverbilligungen für Zusatzleistungsbezüger verzeichneten ein tieferes Wachstum als budgetiert.

Indikatoren		Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen						
W1	Umverteilung/Erhöhung der verfügbaren Einkommen in Mio. Franken	P	548	601	572	-29
Leistungen						
L1	Mind. 30% der Versicherten: Anspruch auf Prämienverbilligung	min.	30%	31%	30%	-1
L2	Mind. 30% der Haushalte mit Kindern: Anspruch auf Prämienverbilligung	min.	30%	31%	30%	-1
L3	Mind. 80% der Bundesgelder sind ausgeschöpft (bis 2007)	min.	80%			
L4	(ab 2008) Kantonsbeitrag (in Mio. Franken) entspricht mindestens dem Bundesbeitrag (ausgenommen SVA-Entschädigung für den Vollzugaufwand)	min.		300,4	268,3	-32,1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung	P	15	15	15	0
W1	Der gegenüber dem Plan um 29 Mio. Franken tiefere Indikatorwert ist vor allem auf die rückläufige Entwicklung der Anzahl der Sozialhilfebezüger zurückzuführen. Auch die Prämienübernahme aufgrund von Verlustscheinen verminderte sich im Vorjahresvergleich markant.					
Abweichungsbegründungen						
L4	Der Kantonsbeitrag soll gemäss § 17 EG KVG mindestens so hoch sein wie der Bundesbeitrag. Letzterer belief sich im Berichtsjahr auf 307 Mio. Franken, währenddem die Ausgaben zulasten des Kantons lediglich 268 Mio. Franken ausmachten. Die entsprechende Unterschreitung des Ausgabenzieles um 39 Mio. Franken lässt sich vor allem mit der rückläufigen Entwicklung im Bereich der Prämienübernahme für Sozialhilfebezüger und aufgrund von Verlustscheinen erklären. In diesem Bereich ist infolge der schlechten Konjunkturaussichten und des erwarteten Mehrbedarfs in den nächsten Jahren mit einem langfristigen Ausgleich zu rechnen. Zudem musste die Bundespauschale zum Zeitpunkt der Budgetierung geschätzt werden. Die ausbezahlte Bundespauschale fiel höher als budgetiert aus, was die Abweichung im Berichtsjahr vergrösserte.					

6900 Tierseuchenfonds

Hauptereignisse

Das Programm zur Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) wurde wie geplant in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft sowie den Tierärztinnen und Tierärzten durchgeführt. Die gesetzten Ziele wurden in allen Teilen erreicht. Nachdem in 896 Betrieben schon im Frühjahr die Tiere vor deren Alpung auf BVD untersucht worden waren, wurden ab September alle 2257 Rindviehhaltungen zu Probenahmen bei weiteren Tieren aufgesucht. Insgesamt wurden 90 983 Tiere mittels Ohrstanzproben auf BVD untersucht. Bei 615 Tieren (0,68%) verlief die Untersuchung auf BVD positiv; sie wurden der Schlachtung zugeführt. Die Rate an BVD-positiven Tieren entsprach den Erwartungen.

Ab Juni galt es, kurzfristig nach Vorgaben des Bundes die obligatorische Impfkampagne bei Rindern, Schafen und Ziegen gegen die Blauzungenkrankheit umzusetzen. Das Ziel, über 80% der Rinder-, Schafe- und Ziegenpopulation, das heisst über 90 000 Tiere, korrekt zu immunisieren, wurde erreicht. Die Tierärztinnen und Tierärzte applizierten fast 200 000 Impfdosen, da die Rinder durch zwei Dosen grundimmunisiert werden mussten. Der Impfschutz war erfolgreich, sodass im Kanton Zürich kein einziger Fall und in der Schweiz insgesamt nur 34 Fälle von Blauzungenkrankheit auftraten. Unerwünschte Wirkungen im Umfeld der Impfung waren von den Impftierärztinnen und -tierärzten auf Plausibilität abzuklären und gemäss dem Meldesystem nach dem Heilmittelgesetz der Bundesstelle weiterzuleiten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Fonds zur Finanzierung von Leistungen des Staates an die Bekämpfung von Tierseuchen und anderen übertragbaren Tierkrankheiten
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,9	4,1	4,3	0,2
Patente, Entgelte, Beiträge	0,3	0,7	1,1	0,4
Tiermehlfabrik Bazenheid	0,7	0,8	0,8	0,0
Interne Verrechnungen	0,7	1,3	1,6	0,3
Entnahme aus Bestandeskonto		1,2	0,6	-0,6
Aufwand	-1,9	-4,1	-4,3	-0,2
Sachaufwand	-0,8	-2,7	-3,0	-0,3
Tiermehlfabrik Bazenheid	-0,7	-0,8	-0,8	-0,0
Bereitstellungskosten TMF	-0,2	-0,1	-0,1	-0,0
Eigene Beiträge	-0,1	-0,4	-0,3	0,2
Einlagen in Bestandeskonto	-0,1			
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0

Investitionsrechnung

Einnahmen

Ausgaben

Saldo

Fondsbestand

Fondsbestand	5,0	4,3	4,4	0,1
--------------	-----	-----	-----	-----

Erfolgsrechnung

Dank höherem Ertrag – mehr Tierhalterbeiträge und grösserer Übertrag in den Fonds gemäss RRB Nr. 805/2008 – mussten weniger Mittel dem Fonds entnommen werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1 Anzahl Tierseuchenfälle (gemäss Art. 2–4 Tierseuchenverordnung)	P	145	100	128	28
Leistungen					
L1 Anzahl Viehhandelspatente (HP+NP)	P	83	100	78	-22
L2 Anzahl Laboruntersuchungen (Stichproben) zur Überwachung von Tierseuchen	P		6000	5017	-983
L3 Anzahl Laboruntersuchungen bei Aborten	P		125	70	-55
Wirtschaftlichkeit					
B1 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	0,42	0,42	1,08	0,66
B2 Kantonaler Beitrag pro Grossvieheinheit (in Fr.)	max.	7,73	10	20,55	12,82
Abweichungsbegründungen					
W1	Die Anzahl Sauerbrutfälle bei den Bienen lag im Vergleich zu anderen Jahren (2005, 2006) erneut äusserst hoch (68 Fälle, Vorjahr 48 Fälle).				
L1	Die Anzahl Viehhandelspatente nimmt seit einigen Jahren laufend ab (Überalterung/Wegzug).				
L2	Der Umfang an Stichproben konnte bei den Ziegen (Caprine Arthritis-Encephalitis, CAE) wegen guter Seuchenlage verringert werden.				
B1+B2	Das Ausrottungsprogramm der Bovine Virus-Diarhoe (BVD) und die Impfkampagne gegen die Blauzungenkrankheit (BZK) erforderten gegenüber anderen Jahren den Übertrag von wesentlich mehr Mitteln (BVD: Fr. 645 000; BZK: Fr. 247 000) in den Tierseuchenfonds gemäss §13 Abs.2 des kantonalen Tierseuchengesetzes (Staatsbeitrag in den Tierseuchenfonds). Dieser Mehrbedarf war bei der Budgeterstellung nicht bekannt und fand deshalb bei der Festlegung der Indikatoren keine Berücksichtigung.				

6999 Lohnnachzahlungen; Berufe im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Das Verwaltungsgericht stellte im Jahr 2001 mit verschiedenen Urteilen eine diskriminierende Festlegung der massgebenden Lohnklassen im Rahmen der strukturellen Besoldungsrevision für verschiedene Gesundheitsberufe fest. Gestützt darauf wurden die betroffenen Berufsangehörigen neu eingereiht, und es mussten Lohnnachzahlungen höchstens für die Zeit vom 1. März 1996 bis 30. Juni 2001 geleistet werden. Dafür wurde vom Kantonsrat ein Nachtragskredit von 280 Mio. Franken gewährt. Mitte 2006 lief die Frist für das Einreichen von Begehren um Lohnnachzahlungen ab. Das diesbezüglich letzte Rechtsverfahren wurde Mitte 2007 entschieden. Im Berichtsjahr erfolgten noch 83 Lohnnachzahlungen an (ehemalige) kantonale Mitarbeitende und Staatsbeiträge an fünf Lohnnachzahlungen von staatsbeitragsberechtigten Spitälern. Diese betrafen Pflegende mit Fähigkeitsausweis des Schweizerischen Roten Kreuzes und Kinderpflegerinnen, Betreuer/innen in Wohnheimen sowie dipl. Pflegefachleute im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) und in Ambulatorien der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK). Voraussichtlich werden Ende 2009 alle diesbezüglichen Lohnnachzahlungen erledigt sein.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,7		1,4	1,4
Entnahme aus Rückstellungen	0,7		1,4	1,4
Aufwand	-0,7		-1,4	-1,4
Saldo	0,0		0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Durch die Auflösung von Rückstellungen wird der Aufwand der Leistungsgruppe im Berichtsjahr ausgeglichen.

Ausgehend von den Verwaltungsgerichtsentscheiden vom 22. Januar 2001 wurden weitere Begehren um Lohnnachzahlungen gestellt, die grossmehrheitlich ganz oder teilweise gutgeheissen worden sind. Im Vollzug dieser Entscheide wurden im Berichtsjahr 93 Lohnnachzahlungen ausgerichtet. Da zudem die Beträge teilweise höher waren, ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein wesentlicher höherer Gesamtbetrag, der für die Lohnnachzahlungen aufzuwenden war.

Die Höhe der Rückstellungen wurde überprüft. Aufgrund der noch zu erwartenden Zahlungen kann die bestehende Rückstellung nicht reduziert werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1	Eingang Gesuche Pflegepersonal	50		83	83
W2	– kantonale Betriebe	46		78	78
W3	– staatsbeitragsberechtignte Betriebe	4		5	5
W4	– nicht berechnigte Personen	0		0	0
W5	Eingang Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004	3		5	5
W6	– kantonale Betriebe	3		5	5
W7	– staatsbeitragsberechtignte Betriebe	0		0	0
W8	– nicht berechnigte Personen	0		0	0
Leistungen					
L1	Bearbeitete Gesuche Pflegepersonal	47		83	83
L2	– kantonale Betriebe	43		78	78
L3	– staatsbeitragsberechtignte Betriebe	4		5	5
L4	– Rückweisungen	0		0	0
L5	Bearbeitete Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004	3		5	5
L6	– kantonale Betriebe	3		5	5
L7	– staatsbeitragsberechtignte Betriebe	0		0	0
Wirtschaftlichkeit					
B1	Anzahl durchschnittliche Lohnnachzahlungen (in Fr.) für Pflegepersonal	12 238		12 990	–
B2	Kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	36		58	58
B3	Kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <40 000)	1		2	2
B4	Kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >40 000)	9		18	18
B5	Staatsbeitragsberechtignte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	4		5	5
B6	Staatsbeitragsberechtignte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <40 000)	0		0	0
B7	Staatsbeitragsberechtignte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >40 000)	0		0	0
B8	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegekader/TOA	7 912		34 468	–
B9	Kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	36		1	1
B10	Kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >20 000)	10		4	4
B11	Staatsbeitragsberechtignte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	4		0	0
B12	Staatsbeitragsberechtignte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >20 000)	0		0	0



Drei Aspekte wissenschaftlicher Tätigkeit (Klaus Born)



Intarsien-Weltkarte (Fritz Butz)



Bildergeschichtentanz (Rahel Müller / Barbara Müller)

Bildungsdirektion

In zwei Volksabstimmungen wurden wichtige Vorlagen für das Zürcher Bildungswesen angenommen:

Am 28. September haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) in der Variante mit einem Berufsbildungsfonds angenommen. Damit Teile des Gesetzes wie vorgesehen auf Beginn des Schuljahres 2009/10 in Kraft gesetzt werden können, hat der Regierungsrat die Bildungsdirektion in der Folge ermächtigt, eine Vernehmlassung zum Verordnungsentwurf durchzuführen.

In der Volksabstimmung vom 30. November hat der Souverän dem Beitritt des Kantons Zürich als achtem Kanton zum HarmoS-Konkordat zugestimmt. Die Konkordatsbestimmungen werden in Kraft treten, wenn zehn Kantone beigetreten sind. Sie haben zur Folge, dass der Stichtag für das Schuleintrittsalter im Kanton Zürich während sechs Jahren jeweils um einen halben Monat jährlich vom 30. April auf den 31. Juli verschoben wird.

Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes schreitet planmässig voran:

- Seit Sommer verfügen alle Schulen von Schulgemeinden mit mehr als vier Klassen über Schulleitungen. Die Stellen konnten ohne grössere Probleme besetzt werden.
- Seit Januar gehört der Kindergarten zur Volksschule, und entsprechend sind alle Kindergartenlehrpersonen kantonal angestellt. Seit Sommer ist der Besuch des Kindergartens für alle Kinder obligatorisch, und es gilt der neue, vom Bildungsrat am 23. Juni erlassene Lehrplan.

Seit Schuljahr 2008/09 beteiligen sich im Kanton Zürich am Projekt Grundstufe 82 Versuchsklassen aus 27 Gemeinden oder Stadtkreisen. Der Schulversuch Grundstufe ist Teil des interkantonalen Schulentwicklungsprojekts «EDK-Ost 4bis8». Die Grundstufe (2 Jahre Kindergarten und 1. Klasse Primarstufe) oder die Basisstufe (2 Jahre Kindergarten sowie 1. und 2. Klasse Primarstufe) wird in 10 Kantonen und im Fürstentum Liechtenstein in 156 Schulversuchsklassen erprobt und von 2004 bis 2010 wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Im Frühjahr erschien ein Zwischenbericht, der Schlussbericht der Evaluation ist für 2010 geplant.

Am 14. Januar hat der Bildungsrat neue Leitlinien zu den Integrationsaufgaben im Bildungsbereich verabschiedet. Die Leitlinien gelten für alle Schulstufen und beziehen auch die vorschulische Lernförderung mit ein. Nachdem das im Schuljahr 2005/06 gestartete Pilotprojekt «Neugestaltung 9. Schuljahr» positive Ergebnisse zeigte, hat der Bildungsrat am 25. Februar die flächendeckende Einführung ab Schuljahr 2009/10 im Kanton Zürich beschlossen. Zentrale Elemente der Neuausrichtung des 9. Schuljahrs sind die individuelle Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahr mittels des computergestützten Testsystems «Stellwerk», ein schulisches Standortgespräch sowie, darauf aufbauend, die gezielte Förderung von Stärken und das Aufarbeiten von Schwächen.

Am 29. Oktober hat der Regierungsrat dem Kantonsrat beantragt, die Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» abzulehnen. Der Regierungsrat will die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulbereich aber verstärken und stellt der Volksinitiative einen Gegenvorschlag gegenüber. Die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter soll analog zu derjenigen von Schulkindern auf Gemeindeebene sichergestellt werden.

Im Hochschulbereich konnte die Universität ihr 175-Jahr-Jubiläum feiern und die Zürcher Fachhochschule wurde im ersten Jahr unter der neuen, vom Fachhochschulgesetz vom 2. April 2007 vorgegebenen Organisationsstruktur geführt. In diesem Bereich fielen im Berichtsjahr die wichtigsten Entscheide für den Bau des Toni-Areals, des neuen Standorts für die Hochschule der Künste.

Legislaturziele

Die Bildungsdirektion ist zuständig für die Massnahmen 1.3–1.6, 3.5, 12.1, 13.4–13.7 und 16.7–16.9 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Massnahmen berichtet. Im vorliegenden Kapitel wird über die Umsetzung der Legislaturziele der Bildungsdirektion berichtet.

Legislaturziel	1. Integration und Spitzenleistungen ermöglichen
Massnahme	1.1. Umsetzung Volksschulgesetz
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Umsetzung der Volksschulreform und des Volksschulgesetzes mit Schulleitungen, Blockzeiten und ausserschulischen Betreuungsangeboten schreitet voran. Der Schulversuch Grundstufe wird weitergeführt, und die Neugestaltung des 9. Schuljahres wird ab Schuljahr 2009/10 flächendeckend eingeführt. Die Angebote des Programms «Qualität in multikulturellen Schulen (Quims)» werden generalisiert.
Massnahme	1.2. Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. LZ Dir. 1.1
Massnahme	1.3. Qualität in multikulturellen Schulen (Quims)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. LZ Dir. 1.1
Massnahme	1.4. Schulversuche mit der Grundstufe
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. LZ Dir. 1.1
Massnahme	1.5. Neugestaltung 9. Schuljahr
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. LZ Dir. 1.1
Massnahme	1.6. Einführung der zweisprachigen Maturitätsausbildung an Mittelschulen
Stand	Planmässig
Kommentar	Ab dem Schuljahr 2009/10 sind die Mittelschulen berechtigt, zweisprachige Maturitätsgänge zu führen. Neu kann auch die Kombination Deutsch/Französisch angeboten werden.
Legislaturziel	2. Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen
Massnahme	2.1. Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 9. Dezember hat der Regierungsrat die Bildungsdirektion ermächtigt, zum Entwurf für den Neuerlass des Gesetzes über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.
Massnahme	2.2. Fach Religion und Kultur
Stand	Planmässig
Kommentar	Im März haben die Weiterbildungskurse für Religion und Kultur auf der Primarstufe begonnen. Auf Beginn des Schuljahres 2008/09 ist die Einführung des Faches in 16 Primarschulgemeinden erfolgt. Auf der Sekundarstufe I wird das Fach bereits in 27 Schulgemeinden unterrichtet.

Legislaturziel	3. Herausforderungen für Schul- und Unterrichtsqualität annehmen
Massnahme	3.1. Umsetzung von HarmoS
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Beitritt des Kantons Zürich zum HarmoS-Konkordat wurde am 30. November in einer Volksabstimmung genehmigt. Das Konkordat tritt in Kraft, wenn zehn Kantone beigetreten sind.
Massnahme	3.2. Umsetzung Fachhochschulgesetz
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Personalverordnung zum Fachhochschulgesetz wurde am 16. Juli erlassen. Weitere Verordnungen sind geplant. Die Hochschule für Technik Zürich (HSZ-T) hat einen Leistungsauftrag von der Zürcher Fachhochschule erhalten, der in erster Linie die berufsbegleitenden Ausbildungen der angehenden Bachelor-Ingenieure und -Architekten enthält.
Massnahme	3.3. Selbst organisiertes Lernen an Mittelschulen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat das Projekt «Selbst organisiertes Lernen (SOL)» an Mittelschulen am 13. August genehmigt.
Legislaturziel	4. Partnerschaft für Bildung stärken
Massnahme	4.1. Vollzug des Berufsbildungsgesetzes
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Kantonsrat hat am 14. Januar das Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz (EG BBG) mit 87 zu 80 Stimmen verabschiedet. Zugleich beschloss er für den Fall einer Volksabstimmung, dieses Gesetz den Stimmberechtigten auch in einer Fassung ohne die Bestimmungen über den Berufsbildungsfonds vorzulegen (konkurrierende Vorlage). In der Folge hat das Volk am 30. September das EG BBG in der Variante mit Berufsbildungsfonds angenommen. Die erste Verordnung zum EG BBG befindet sich in der Vernehmlassung.
Massnahme	4.2. Überprüfung der Belastung der Schulleitungen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Studie von Prof. Dr. Wehner wurde im Juli präsentiert. Entlastungsmassnahmen wurden überprüft und eingeleitet.
Massnahme	4.3. Wiederaufnahme des Poolstunden-Modells
Stand	Sistiert
Kommentar	In drei Etappen wird ein Gestaltungspool eingeführt. Eine Prüfung erfolgt nach der Umsetzung.
Massnahme	4.4. Berufsauftrag Lehrpersonen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit Beschluss vom 23. Januar hat der Regierungsrat die Bildungsdirektion ermächtigt, eine Vernehmlassung zur grundsätzlichen Ausrichtung eines neu definierten Berufsauftrags für Lehrpersonen durchzuführen.

Legislaturziel	5. Anschlüsse gewährleisten
Massnahme	5.1. Vollzug des Berufsbildungsgesetzes
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Umsetzung des EG BBG und die erforderlichen Anpassungsarbeiten wurden vorangetrieben.
Massnahme	5.2. Reform Brückenangebote
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. LZ Dir. 5.1
Massnahme	5.3. Zentrale Aufnahmeprüfung an Mittelschulen
Stand	Planmässig
Kommentar	Nachdem im Vorjahr erstmalig an den Langgymnasien alle Schülerinnen und Schüler eine einheitliche Aufnahmeprüfung abgelegt hatten, wurde im Berichtsjahr die zentrale Aufnahmeprüfung auch an den Kurzgymnasien eingeführt. Zudem wurde an den Langgymnasien zum ersten Mal ein Test erprobt, der die allgemeinen kognitiven Fähigkeiten erfasst.
Massnahme	5.4. Weiterbildungskonzept (LZ RR 13.7)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	5.5. Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 9. Dezember hat der Regierungsrat die Bildungsdirektion ermächtigt, zum Entwurf für den Neuerlass des Gesetzes über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 238,4	1 491,1	1 505,1	14,0
Aufwand	–3 306,2	–3 718,9	–3 719,7	–0,8
Saldo	–2 067,8	–2 227,8	–2 214,6	13,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	35,6	10,2	13,4	3,2
Ausgaben	–152,7	–195,6	–132,8	62,8
Saldo	–117,1	–185,5	–119,4	66,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	11 048,4	12 688,6	12 618,4	–70,2

Erfolgsrechnung

Ertrag (+14,0):

- 26,9 Tiefere Rückerstattungen der Gemeinden als direkte Folge der tieferen Lehrpersonal-kosten in den Volksschulen sowie des etwas tieferen durchschnittlichen Rückerstat-tungssatzes
- +9,2 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- +2,3 Nicht budgetierte Rückerstattungen ehemaliger Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- +10,1 Neue Durchlaufposten Bundesamt für Justiz (BJ), da das Amt für Jugend und Berufs-beratung (AJB) seit 1. Januar 2008 kantonale Verbindungsstelle für BJ-Beiträge an Kin-der-/ Jugendheime ist.
- +9,2 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führen zu entsprechenden interne Verrech-nungen zwischen den Bezirksjugendsekretariaten/Regionen.
- +3,9 Saldoneutrale Mehraufwendungen/–erträge beim der Leistungsgruppe zugeordneten Zentrum für Gehör und Sprache (ZGSZ)
- +2,7 Vermehrte auftragsbezogene Dienstleistungsverrechnungen der Bezirksjugendsekre-tariate an Gemeinden und Dritte
- +1,6 Steigende Beiträge von Gemeinden (+1,1) u.a. infolge höherer Kosten für sonderpädago-gische Massnahmen im Frühbereich sowie nicht budgetierte Beiträge eigener Anstalten (+0,5)
- +1,3 Rückzahlung Anteil Trägerbeitrag Hochschule Rapperswil

Aufwand (–0,8):

- +2,8 Tiefere Personalkosten in der Bildungsverwaltung infolge von Verschiebung von Projek-ten und Verzögerungen bei der Besetzung von Vakanzan
- +1,2 Die Entwicklungs- und Produktionskosten beim Lehrmittelverlag liegen um 6% unter dem budgetierten Wert.
- +22,9 Tieferer Beschäftigungsumfang in der Volksschule (–53 Stellen) u.a. aufgrund der rück-läufigen Schülerzahlen und des nicht voll ausgeschöpften Gestaltungspools, im Durch-schnitt leicht tiefere Besoldungskosten u.a. infolge höherer Rotationsgewinne, kleinerer Anteil kommunale Stellen, welche vom Kanton ausbezahlt und zu 100% an die Gemein-den weiterverrechnet werden, der Personalaufwand in der Rechnung 2007 lag unter dem Ausgangswert für das Budget 2008 (Basiseffekt).

- +1,2 Tiefere kalkulatorische Abschreibungen/Zinsen bedingt durch tiefere Investitionsbeiträge
- +5,4 Transferaufwand (einschliesslich Beitrag an das Zentrum für Gehör und Sprache [ZGSZ]): Die nicht budgetierte San04-Nachzahlung von Staatsbeiträgen aufgrund eines Entscheides des Verwaltungsgerichts (-6,7) konnte kompensiert werden durch insgesamt tiefere Staatsbeiträge an sonderschulische Einrichtungen (vor allem Unsicherheiten / Umstellungsanpassungen im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs [NFA]). Besonders zu erwähnen ist das ZGSZ, wo sich ein um 6 Mio. Franken besseres Ergebnis ergab.
- +2,5 Auflösung von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit Guthaben an sonderschulische Institutionen. Diese im letzten Jahr vom AJB übernommenen wertberichtigten Positionen konnten im Berichtsjahr mit laufenden Verpflichtungen verrechnet werden.
- 3,0 Anstieg des Personalaufwandes in den Mittelschulen infolge Erhöhung der kontraktrelevanten Schülerzahl
- +4,5 Geringere Lehrabschlusskosten, nicht ausgeführte Projektierungen im Baubereich und nicht verwendeter Unterhalt bei den Liegenschaften der Berufsschulen
- 9,2 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- +3,0 Tieferer Beitrag an die staatlichen Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- +1,2 Niedrigere kalkulatorische Kosten als Folge der geringeren baulichen Investitionsausgaben und Anschaffungen für die staatlichen Teilschulen im Vorjahr
- 3,3 Mit dem Austritt aus dem Konkordat wurden die der Hochschule Rapperswil in der Vergangenheit gewährten Investitionsbeiträge abgeschrieben.
- 3,4 Höhere Beiträge an die ausserkantonalen Fachhochschulen als Folge der starken Zunahme Zürcher Studierender
- 10,1 Neue Durchlaufposten Bundesamt für Justiz (BJ), da das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) seit 1. Januar 2008 kantonale Verbindungsstelle für BJ-Beiträge an Kinder-/ Jugendheime ist.
- 9,2 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führen zu entsprechenden internen Verrechnungen zwischen den Bezirksjugendsekretariaten/Regionen.
- 3,9 Saldoneutrale Mehraufwendungen/-erträge beim der Leistungsgruppe zugeordneten Zentrum für Gehör und Sprache (ZGSZ)
- 5,4 Höhere Kosten für sonderpädagogische Massnahmen und Abklärungen im Frühbereich (NFA-Auswirkung)
- +2,1 Geringere Sach- und Projektkosten bei den Bezirksjugendsekretariaten sowie im Stipendienbereich aufgrund zeitlicher Verzögerungen

Investitionsrechnung

Einnahmen (+3,2):

- +0,6 Bundesbeitrag für Sanierung Gebäudehülle und Haustechnik Technische Berufsschule Zürich
- +1,2 Zusätzliche Bundessubvention für Geräte und Ausrüstungen bei der Universität
- +1,5 Nicht budgetierter Bundesbeitrag für die ZHAW (Projekt Mäander C)

Ausgaben (+62,8):

- +1,1 Informatikvorhaben konnten mangels Personalressourcen noch nicht umgesetzt werden (davon 0,8 im AJB).
- +5,3 Investitionsbeiträge an kommunale Schulhausbauten: Der aufgrund der Kantonalisierung des Kindergartens erwartete Anstieg der Beiträge ist (noch) ausgeblieben.

- +11,9 Investitionsbeiträge an Sonderschulen und Sonderschulheime: Im Zusammenhang mit der NFA wurden die Budgetwerte verdoppelt, da der Kanton zusätzlich auch die bisherigen Bundesbeiträge übernehmen muss. Diese erhöhten Budgetwerte wurden aber nicht ausgeschöpft. Es ist davon auszugehen, dass Sonderschulen aufgrund der NFA-bedingten Unsicherheiten hinsichtlich der Finanzierung Projekte vorgezogen oder verschoben haben.
- +12,6 Verschiedene Bauprojekte der Mittelschulen wurden verschoben (MNG Rämibühl: Lüftungssanierung und Tiefgarage; Hottingen: Chemiezimmer, Bildungszentrum; Riesbach: Umgebungsgestaltung; Wiedikon: 3.OG Sanierung; Rychenberg: Umgebung in Etappen einschliesslich Signalistik; Lee: Sanierung Garderobe/Dusche; Wetzikon: Aula, Sanierung Innenraum Technik und Haupttrakt EDV-Vernetzung; Bülach: Sanierung Aussensportanlage).
- +10,2 Verschiedene Bauprojekte der Berufsschulen wurden verschoben (Bülach: feuerpolizeiliche Massnahmen; Bildungszentrum Zürichsee: Notbeleuchtung; Bildungszentrum Uster: Beleuchtung, Sanierung Klassenzimmer und feuerpolizeiliche Massnahmen; Berufsbildungsschule Winterthur, Anton-Graff; Baugewerbliche Berufsschule Zürich: feuerpolizeiliche Massnahmen; BS für Detailhandel Zürich: feuerpolizeiliche Massnahmen und Notbeleuchtung; BS für Gestaltung: Sanierungen; Technische Berufsschule Zürich: Mensa und Aussenhülle/Fassade; KV Zürich Business School: feuerpolizeiliche Massnahmen.
- +4,1 Projektverschiebungen bei SMGV, STF, Gärtnermeisterverband, Hotel- und Gastroformation und Modeco
- +1,6 Geringere bauliche Investitionen bei der Universität
- +12,7 Geringere bauliche Investitionen an der ZFH:
 - Als Folge der veränderten Entwicklungsplanung wurden verschiedene Sanierungsprojekte für den Standort Technikumsareal in Winterthur verschoben.
 - Aufgrund von baulichen Verzögerungen fielen in verschiedenen Projekten der ZFH Minderausgaben (Plakatsammlung ZHdK, Trotte Schloss Au PHZH u. a.) an.
 - Aufgrund der Zentralisierung der Projekte Sihlpost und Toni-Areal wurden Projekte zurückgestellt.
- +4,0 Aufgrund der Verzögerung in der Planung der 5. Bauetappe des Projekts Universität Irchel wurden im Berichtsjahr keine baulichen Investitionen getätigt.

Personal

In Anbetracht des hohen Personalbestandes ist die Abweichung von 70.2 VZE als geringfügig einzustufen.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Grossinvestitionen				
5. Bauetappe Uni Irchel (33467)	0,0	-4,0	-0,9	+3,1
Übrige Investitionen	-117,1	-181,5	-118,5	+63,0
Total Investitionen	-117,1	-185,5	-119,4	+66,1

Infolge von Verzögerungen und teilweise von Ressourcenproblemen wurden verschiedene Bauprojekte verschoben (siehe Detail in der Finanzentwicklung der einzelnen Leistungsgruppen).

Leistungsgruppen

7000 Bildungsverwaltung

Hauptereignisse

Die Abteilung Bildungsplanung des Generalsekretariats stellt Planungsgrundlagen für das Zürcher Bildungswesen bereit. Die Abteilung Bildungscontrolling überprüft Qualität und Wirkung des Bildungswesens.

Auf der Volksschulstufe nahm der Kanton Zürich mit einer repräsentativen Stichprobe an der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2006 teil; die kantonalen Ergebnisse standen Ende Jahr zur Verfügung. Die Leistungen der 15-jährigen Jugendlichen des Kantons Zürich liegen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften im Rahmen des Deutschschweizer Durchschnitts. Der Schlussbericht der Lernstandserhebung in den dritten Primarschulklassen zeigt, dass rund 90 Prozent der Drittklässlerinnen und Drittklässler die Lehrpläneziele der 3. Klasse erreichen. Zwischen den untersuchten Klassen bestehen erhebliche im Lernfortschritt von der 1. zur 3. Klasse.

Im Bereich der Mittelschulen beteiligte sich der Kanton Zürich mit einer repräsentativen Stichprobe an der gesamtschweizerischen Evaluation des neuen Maturitätsanerkennungsreglements (EVAMAR II). Zürcher Mittelschülerinnen und Mittelschüler erreichen am Ende des Gymnasiums im nationalen Vergleich gute Ergebnisse in Deutsch und Mathematik sowie sehr gute Ergebnisse in Biologie. Auf der Sekundarstufe II beurteilte die Interkantonale Fachstelle für externe Schulevaluation der Universität Zürich (IFES) fünf Mittelschulen und zwei Berufsfachschulen.

Die Bildungsstatistik führt regelmässig individualstatistische Erhebungen zu den Lernenden auf allen Bildungsstufen vom Kindergarten bis zur Hochschule durch. Zusätzlich werden Daten über sonderpädagogische Massnahmen, zu Schul- und Berufswahl, Bildungsabschlüssen, Lehrpersonen und Bildungsinstitutionen sowie zur familienergänzenden Betreuung erhoben. Veröffentlichungen erfolgten im Berichtsjahr auf der Website www.bista.zh.ch und mit der Publikation «Die Schulen im Kanton Zürich 2007/08». Gegen Verrechnung wurde die Bildungsstatistik auch für den Kanton Thurgau durchgeführt.

Zu Beginn des Schuljahres 2008/09 waren 261 042 Lernende in einer öffentlichen oder privaten Bildungsinstitution im Kanton Zürich eingeschrieben, einschliesslich des Kindergartens sowie der Fachhochschulen und der Universität. Insgesamt hat die Zahl der Lernenden um 3313 zugenommen (+1,3%).

Die Zahl der Kinder auf der Vorschulstufe hat mit 647 (+2,6%) deutlich zugenommen; dieser Zuwachs dürfte eine Folge der demografischen Entwicklung sowie der Kantonalisierung des Kindergartens sein, der seit Schuljahresbeginn 2008/09 obligatorisch ist. Auf der Primarstufe (0,3%), der Sekundarstufe I (-0,2%) und der Sekundarstufe II (+1,4%) blieben die Lernendenzahlen praktisch konstant; insgesamt wurden auf diesen drei Stufen 432 Schülerinnen und Schüler mehr verzeichnet als im Vorjahr. Einmal mehr deutlich gewachsen ist die Tertiärstufe, die 55 492 Lernende umfasst (+4,2%). Dabei legten – mit Ausnahme der «Vorbereitung Berufsprüfung» – fast alle Teilbereiche um jeweils mehrere Hundert Lernende zu. An den Fachhochschulen und an der Universität waren gegenüber dem Vorjahr zusätzliche 1495 Studierende eingeschrieben, in der tertiären Berufsbildung wurden insgesamt 739 Lernende mehr gezählt. Sowohl die Anteile der Ausländerinnen und Ausländer wie auch die Anteile der Lernenden an öffentlichen Schulen nehmen mit zunehmender Bildungsstufe ab.

Auf 1. September wurde ein Beauftragter für Massnahmen gegen Gewalt im schulischen Umfeld angestellt. Seine Aufgabe ist es, die Information zur Gewaltprävention und -intervention an Schulen zu verbessern sowie das bestehende Angebot zu optimieren. Die neu eingerichtete direktionsübergreifende Koordinationsgruppe Jugendgewalt ist beauftragt, die Massnahmen zur Jugendgewalt zu koordinieren und Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten.

Am 12. September wurde das Projekt «Chance Sek – Weiterentwicklung der Sekundarstufe der Volksschule» mit einer grossen öffentlichen Tagung in Zürich gestartet. Ziel ist es, eine Sekundarstufe mit mehr Einheitlichkeit und besseren Lernerfolgen bei allen Schülerinnen und Schülern zu erreichen. In einem breit angelegten Diskussionsprozess werden mit allen Betroffenen und Beteiligten Lösungen entwickelt. Im Dezember ging das Projekt in die rund einjährige Phase mit verschiedenen regionalen Forumsveranstaltungen und Hearings über. Die Website www.chance-sek.zh.ch informiert über Ziele, Vorgehen und Stand der Arbeit.

Zu Beginn des Schuljahrs 2007/08 löste die Fachstelle für Schulbeurteilung die Bezirksschulpflege ab und übt seither ihren Auftrag gemäss Volksschulgesetz in vollem Umfang aus. Die externe Schulbeurteilung dient der Qualitätsentwicklung der einzelnen Schulen und der Rechenschaftslegung. Im vergangenen Schuljahr wurden 84 Schulen evaluiert, 11 davon waren Sonderschulen.

In der externen Schulbeurteilung wurden in allen Schulen das vom Bildungsrat festgelegte Pflichtthema «Sprachförderung Deutsch» und eine Reihe wichtiger Qualitätsmerkmale aus den Bereichen Lebenswelt Schule, Lehren und Lernen sowie Führung und Management evaluiert. Zudem wählten die Schulen aus zehn Fokusthemen einen zusätzlichen Qualitätsbereich. Die Gesamtergebnisse des Schuljahrs werden erstmals in einem Bericht veröffentlicht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Steuerung des und behördliche Aufsicht über das Bildungswesen im Kanton Zürich, Rechtsprechung
A2	Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen zuhanden von Regierungs- und Kantonsrat
A3	Verfolgen von aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene
A4	Koordination mit den anderen Kantonen und dem Bund
A5	Unterstützung von Bildungsinstituten (Universität, Fachhochschulen, Mittel- und Berufsfachschulen, Volksschule, Sonderschulen, Bezirksjugendsekretariate sowie weitere beitragsberechtigte Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen
A6	Erteilung von Aufträgen für Bau und Unterhalt aller Bauten im Verwaltungsvermögen der Bildungsdirektion

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Umsetzung Volksschulreform Planmässig Vgl. LG 7200 Volksschulen	2011
E2	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz Planmässig Das Einführungsgesetz wurde in der Volksabstimmung vom 28. September angenommen, die Vernehmlassung zur Verordnung ist für das erste Halbjahr 2009 geplant.	2007
E3	Neues Fachhochschulgesetz (LZ Dir. 3.2) Planmässig Vgl. Legislaturziele der Direktion	2007

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	10,5	10,2	11,7	1,5
Aufwand	–81,5	–87,3	–83,7	3,6
Saldo	–71,0	–77,1	–72,0	5,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,1	–1,7	–0,6	1,1
Saldo	–0,1	–1,7	–0,6	1,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	280,9	312,9	296,8	–16,1

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,5):

- +0,6 Höhere Erträge aus Kulturangeboten +0,3 (vor allem Biennale Blickfelder), höhere Rückerstattungen Dritter +0,3 (Rückerstattung BVK im Zusammenhang mit Case Management, Leistungen Kanton Freiburg für das Austauschprojekt 10. partnerschaftliches Schuljahr)
- +0,8 Nicht budgetierte Auflösung der im Vorjahr gebildeten Rückstellungen
- +0,1 Nicht budgetierte Versicherungsleistungen sowie Projekt-Weiterverrechnungen im AJB

Aufwand (+3,6):

- +1,8 Tiefere Personalkosten im VSA, da verschiedene budgetierte Stellen nicht verwirklicht wurden (Projekt Umsetzung Volksschulgesetz, Projekt Grundstufe, Neugestaltung Finanzausgleich [NFA]), zudem bestanden längere Vakanzen (verschiedene Stellen wurden später als budgetiert besetzt).
- +1,0 Tiefere Personalkosten im MBA (+0,4) und im HSA (+0,6) infolge Verzögerungen bei der Besetzung von Vakanzen
- +0,6 Die Neuauflage des Internetauftrittes ZFH wird erst 2009 verwirklicht werden (war für das Berichtsjahr vorgesehen). Im Rahmen des Reformprojektes der ZFH mussten im vergangenen Jahr keine zusätzlichen Beratungsaufträge vergeben werden. Der ZFH-Geschäftsbericht wird durch die Geschäftsberichte der Hochschulen abgelöst, daher entfallen die entsprechenden Produktionskosten (Änderung gemäss FaHG).
- 0,8 Nicht budgetierte Bildung von Rückstellungen im Berichtsjahr (–0,8)
- +0,7 Minderkosten bei Lehrmittelprojekten (teils aufgrund von Verzögerungen) sowie tiefere Kosten für Dienstleistungen Dritter (Minderkosten vor allem bei den Projekten)
- +0,1 Geringerer Informatiknutzungsaufwand wegen Projektverzögerungen im AJB
- +0,1 Tiefere Kosten für Büromaterial/Drucksachen bei der KDMZ
- +0,1 Übrige geringfügige Verbesserungen

Investitionsrechnung

Ausgaben (+1,1):

- +1,1 Informatikvorhaben konnten mangels Personalressourcen noch nicht umgesetzt werden (davon 0,8 im AJB).

Personal

- 16,1 Längere Verzögerungen bei der Besetzung von Vakanzen sowie zeitliche Verschiebung von Projekten

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden (1.–9. Klasse) in %	6,0	5,5	6,3	0,8	
Leistungen						
L1	Monitoring/Controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- und Leistungsdaten	P	6	6	6	0
L2	Monitoring/Controlling; Anzahl Wirkungserhebungen		3	5	5	0
L3	Anzahl Leistungsgruppen (einschliesslich 9600/9710/9720/9740)		16	18	18	0
L4	Anzahl strategische Projekte		18	13	14	1
L5	Beschäftigungsumfang administrierte Mitarbeiter/innen		11 048	12 699	12 618	-81
L6	Anzahl Erlasse in Bearbeitung		10	7	7	0
L7	Anzahl Rekurse (eingegangen/erledigt)		268/241	230/230	263/232	33/2
L8	Anzahl parlamentarische Vorstösse (eingegangen/erledigt)		58/55	35/35	64/69	29/34
L9	Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung		80	95	95	0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in % (Ziel < 2,5)		2,22	2,4	2,1	-0,3
Abweichungsbegründungen						
W1	Verschiebungen der Schülerzahlen gemäss Tabelle «Gesamtübersicht der Lernendenzahlen»					
L7	Zunahme bei Rekurseingängen (vor allem im Volksschul-Personalbereich, Überführung der Kindergarten-Lehrpersonen und Prüfungsrekurse Mittel- und Berufsschulen)					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
883 000	0	0	883 000	0

Der Rücklagenbestand bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich

	Total	Total	Frauen		Ausländer/innen		Öffentliche Schulen	
	2007 ¹	2008	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Vorschulstufe	25 173	25 820	12 520	48,5	7 115	27,6	24 693	95,6
Regelkindergarten	22 856	23 527	11 554	49,1	6 341	27,0	22 859	97,2
Sprachheilkindergarten	449	378	118	31,2	159	42,1	378	100,0
Sonderkindergarten	320	345	105	30,4	116	33,6	345	100,0
Alternativer Kindergarten ²	407	433	193	44,6	263	60,7	–	–
Projekt Grundstufe	1 141	1 137	550	48,4	236	20,8	1 111	97,7
Primarstufe	80 826	80 565	39 079	48,5	21 233	26,4	76 635	95,1
Primarschule	73 991	74 199	36 450	49,1	18 013	24,3	72 398	97,6
Besondere Klassen	2 662	2 016	716	35,5	1 136	56,3	1 948	96,6
Sonderschulen	1 655	1 709	592	34,6	612	35,8	1 695	99,2
Alternativer Lehrplan ²	1 910	2 027	1 016	50,1	1 336	65,9	–	–
Projekt Grundstufe	608	614	305	49,7	136	22,1	594	96,7
Sekundarstufe I	41 369	41 277	20 110	48,7	9 046	21,9	37 635	91,2
Sekundarschule	32 131	31 987	15 460	48,3	7 208	22,5	29 819	93,2
Besondere Klassen	620	513	196	38,2	316	61,6	477	93,0
Sonderschulen	956	904	290	32,1	221	24,4	876	96,9
Gymnasien	6 551	6 690	3 575	53,4	604	9,0	6 326	94,6
Übrige Mittelschulen ³	154	137	73	53,3	14	10,2	137	100,0
Alternativer Lehrplan ²	957	1 046	516	49,3	683	65,3	–	–
Sekundarstufe II	57 103	57 888	27 893	48,2	9 292	16,1	51 215	88,5
Brückenangebote	2 511	2 360	1 350	57,2	802	34,0	2 134	90,4
Gymnasien	8 106	8 103	4 647	57,3	596	7,4	7 452	92,0
Übrige Mittelschulen ⁴	1 081	1 058	716	67,7	63	6,0	971	91,8
Berufslehren ⁵ (einschliesslich BMS I)	42 497	43 374	19 769	45,6	6 975	16,1	38 928	89,7
Anlehren	586	544	168	30,9	161	29,6	544	100,0
BMS II	1 190	1 194	611	51,2	58	4,9	970	81,2
Sonderschulen	194	216	87	40,3	62	28,7	216	100,0
Alternativer Lehrplan ²	938	1 039	545	52,5	575	55,3	–	–
Tertiärstufe	53 258	55 492	29 327	52,8	7 335	13,2	45 745	82,4
Vorbereitung Berufsprüfung	5 251	4 510	1 882	41,7	399	8,8	2 397	53,1
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	3 494	4 108	1 812	44,1	454	11,1	1 960	47,7
Technikerschulen HF	1 486	1 569	171	10,9	202	12,9	1 198	76,4
Übrige Fachausbildung	5 401	6 184	3 967	64,1	799	12,9	2 524	40,8
Fachhochschulen ⁶	13 395	14 333	7 604	53,1	1 470	10,3	12 878	89,8
Universität	24 231	24 788	13 891	56,0	4 011	16,2	24 788	100,0
Total	257 729	261 042	128 929	49,4	54 021	20,7	235 923	90,4

¹ Die Angaben für 2007 können von bereits publizierten Angaben abweichen, da die Daten wenn nötig rückwirkend korrigiert werden.

² Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (z. B. ausländische Schulprogramme, Rudolf-Steiner-Schulen)

³ Handelsmittelschule

⁴ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passerellenlehrgang

⁵ Berufliche Grundbildung EFZ und EBA

⁶ Fachhochschulen im Kanton Zürich (ZFH, HFH), ohne Kaleidos Zürich

7100 Lehrmittelverlag

Hauptereignisse

Lehrmittelprojekte Englisch Mittel- und Oberstufe

Für die 6. Klasse der Primarschule hat der Lehrmittelverlag in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) das Lehrmittel «Explorers 3» herausgegeben. Damit ist die Englischreihe für die Mittelstufe abgeschlossen. Auf der Oberstufe wird die Englischreihe mit «Voices» fortgesetzt.

Lehrmittelprojekte: Deutsch Mittelstufe

Im Berichtsjahr wurde intensiv am Lehrmittel «Sprachland» gearbeitet. Dieses wird in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) und mit der schulverlag blmv AG entwickelt. Die Publikation erster Produkte für die 4. Klasse ist auf Mai 2009 geplant.

Lehrmittelprojekte: Mensch und Umwelt, Mediendidaktik

Mit «Spuren-Horizonte» konnte die Lücke im geografisch-historisch-räumlichen Bereich des Unterrichts in «Mensch und Umwelt» auf der Mittelstufe geschlossen werden. Das mit der schulverlag blmv AG ausgeführte Projekt vervollständigt die im Kanton Zürich eingeführte Reihe «Mensch und Umwelt». Einen Beitrag zur Mediendidaktik und zum Umgang mit neuen Medien im Schulzimmer leisten «Medienkompass 1 und 2». Diese in interkantonaler Zusammenarbeit entwickelten Lehrmittel für die Mittel- und Oberstufe fanden sowohl im Kanton Zürich als auch in den übrigen Deutschschweizer Kantonen einen guten Absatz.

Neue Lehrmittel sind für den Unterricht in Religion und Kultur auf der Primarstufe (geplanter Abschluss 2012) und in Mathematik auf der Unterstufe (geplanter Abschluss 2013) geplant.

Kundschaftsbefragung

Eine im Berichtsjahr durch das statistische Amt durchgeführte Kundschaftsbefragung unter rund 750 Personen weist eine hohe bis sehr hohe Zufriedenheit mit den Produkten und den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages aus. Über 75% der Antwortenden beurteilen die Produkte als gut bis sehr gut; über 90% erachten die Dienstleistungen als gut bis sehr gut.

Informatik

Um die systemgestützte Projektabwicklung zu optimieren, wurde das Informatiksystem im genannten Bereich erweitert. Durch diesen Release ist der Lehrmittelverlag für eine integrierte Geschäftsführung in den kommenden Jahren gerüstet.

Auszeichnungen

Anlässlich der internationalen Bildungsmesse «Worlddidac» in Basel wurde «Kinder begegnen Mathematik» mit einem Worlddidac-Award 2008 ausgezeichnet. Auf der Buchmesse in Frankfurt wurde «Explorers» mit dem EEG Silver Award bedacht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	<p>Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung), und für andere Bildungsbereiche (Mehrleistung)</p> <p>Entwicklung des Sortiments: 63 (Vorjahr: 86) neue Artikel stammten aus dem Eigenverlag, 157 (169) waren nachgeführte Auflagen, 83 (98) Übernahmen aus Fremdverlagen. Aus der Kernleistung (Produktion für die Zürcher Volksschulen) entstanden im Berichtsjahr 48% des Umsatzes (Vorjahr: 44%), aus der Mehrleistung (Umsatz mit den übrigen Kantonen, Sekundarstufe II, Buchhandel) 52% (56%)</p>
A2	Finanzielle Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise
A3	Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Englisch für die Mittelstufe</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Vgl. Abschnitt Hauptereignisse</p>	2008
E2	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Mensch und Umwelt für die Mittelstufe</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Vgl. Abschnitt Hauptereignisse</p>	2008
E3	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Deutsch für die Mittelstufe</p> <p>Planmässig</p> <p>Vgl. Abschnitt Hauptereignisse</p>	2010
E4	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Religion und Kultur für die Oberstufe</p> <p>Verzögert</p> <p>Entwicklung bis 2013</p>	2010
E5	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Englisch für die Oberstufe</p> <p>Planmässig</p> <p>Vgl. Abschnitt Hauptereignisse</p>	2011
E6	<p>Lehrmittelentwicklung und -produktion Mathematik für die Oberstufe</p> <p>Planmässig</p>	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	23,6	23,9	22,7	-1,1
Aufwand	-20,4	-20,2	-19,0	1,2
Saldo	3,2	3,7	3,8	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	24,7	24,8	25,0	0,2

Erfolgsrechnung

Ertrag (-1,1):

Gegenüber Budget wurde ein um 5% tieferer Ertrag erzielt. Die Ankündigung einer Preiserhöhung aufgrund höherer Papier- und Transportkosten sowie der allgemeinen Teuerung auf den 1. Januar des Berichtsjahres bewirkte einen Umsatzanstieg im 4. Quartal 2007 und entsprechend tiefere Erlöse im Geschäftsjahr 2008.

Aufwand (+1,2):

Die Entwicklungs- und Produktionskosten liegen um 6% unter dem budgetierten Wert. Bei verschiedenen in Entwicklung stehenden Projekten ergaben sich Kostenverschiebungen zulasten des Geschäftsjahres 2009.

Saldo:

Der Saldo entspricht einem Deckungsgrad von 120%.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Lehrkräfte in Bezug auf die Lehrmittel – Anteil positiver Synodalgutachten	min.	66%	75%	66%	-9%
W2	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der inhaltlichen Qualität der Lehrmittel – Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung	min.	n. q.	96%	94%	-2%
W3	Zufriedenheit der Kunden mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages – Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung	min.	n. q.	97%	96%	-1%
W4	Koordination der Lehrmittel – Anteil am Gesamtumsatz mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ILZ)	min.	71%	73%	73%	0%
W5	Umsatzanteil Eigenentwicklungen – Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung	min.	62%	64%	72%	+8%

Leistungen

L1	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung in Mio. Franken)	min.	10,3	11,0	11,0	0
L2	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen und Dritten (Mehrleistung in Mio. Franken)	min.	13,2	12,9	11,7	-1,2

Wirtschaftlichkeit

B1	Preis für Lehrmittel LMV in Mathematik pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlage)	min.	216 (61%)	226 (62%)
B2	Preis für Lehrmittel LMV in Deutsch pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlage)	min.	164 (69%)	171 (71%)
B3	Preis für Lehrmittel LMV in Französisch pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlage)	min.	88 (64%)	92 (68%)
B4	Preis für Lehrmittel LMV in Englisch pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlage)	min.	59 (37%)	388 (88%)

Abweichungsbegründungen

W1	Im Berichtsjahr wurde ein Lehrwerk begutachtet mit Antrag auf Zulassung und Überarbeitung verschiedener Lehrwerkteile.
W2	Die Kundschaftsbefragung wurde im Herbst 2008 durchgeführt.
W3	Die Kundschaftsbefragung wurde im Herbst 2008 durchgeführt.
W4	Umsatzanteil mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ILZ)
W5	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen ausserhalb der Volksschule des Kantons Zürich
B1-B4	Vergleichbare Lehrwerke, die in Schweizer Volksschulen eingesetzt werden, auf der Grundlage aktueller Katalogpreise. Die Lehrmittel des LMV ZH schneiden deutlich günstiger ab.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
124 150	124 150	0	0	-124 150

Auflösung zugunsten des Projektes «Klassenfotoarchiv», enthaltend die Digitalisierung und Archivierung des Bestandes im Staatsarchiv des Kantons Zürich sowie Aufbau eines Web-Angebotes.

7200 Volksschulen

Hauptereignisse

Die Hauptereignisse der Leistungsgruppe «Volksschulen» bilden insbesondere die unter der Rubrik «Entwicklungsschwerpunkte» aufgeführten Umsetzungsarbeiten des Berichtsjahrs. Daneben sind im Bereich Lehrplan und Lehrmittel Neuerungen erfolgt.

Lehrplan für die Kindergartenstufe des Kantons Zürich: Am 23. Juni hat der Bildungsrat den Lehrplan für den Kindergarten erlassen, der auf Beginn des Schuljahrs 2008/09 in Kraft getreten ist. Es ist geplant, nach dreijährigem Gebrauch eine Kapitelbegutachtung durchzuführen. Ebenfalls am 23. Juni hat der Bildungsrat die Lehrmittelplanung genehmigt. Angestrebt wird eine pragmatische Planung der unterrichtsleitenden oder -prägenden Lehrmittel. Diese orientiert sich einerseits an den in der Volksschule eingeführten obligatorischen und zugelassenen Lehrmitteln, andererseits an den kantonalen, interkantonalen und nationalen bildungspolitischen Entwicklungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten für Schülerinnen und Schüler zum Erkennen von Zusammenhängen
A2	Förderung der Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und der ganzheitlichen Entwicklung der Kinder zu selbstständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen
A3	Förderung des Urteilsvermögens
A4	Chancengleiche Ausbildung unter Berücksichtigung der individuellen Lernfähigkeit und Förderung des lebenslangen Lernens

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) gemäss Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 Planmässig Die Schulleitungen sind in allen Schulen eingeführt. Die Kantonalisierung der Kindergärten ist vollzogen. Ab dem Schuljahr 2008/09 sind die sonderpädagogischen Massnahmen in einer ersten Staffel von Gemeinden eingeführt.	2011
E2	Allgemeine Sprachförderung, insbesondere auch Steigerung der Lese- und Schreibkompetenzen in der Standardsprache Planmässig Der Schwerpunkt enthält folgende Massnahmen: Sprachförderung als pädagogischer Schwerpunkt in Schulen, Autorenlesungen, Förderung des Unterrichts «Deutsch als Zweitsprache», Anteil Hochdeutsch als Unterrichtssprache im Lehrplan des Kindergartens. Die Weiterführung erfolgt bis 2011.	2008
E3	Neuregelung des Sonderschulwesens durch den Kanton infolge Rückzug des Bundes aus der Sonderschulung (NFA) Abgeschlossen Die Neuregelung des Finanzflusses ist abgeschlossen, die Auszahlung des kantonalen IV-Anteils erfolgt laufend. Ein umfassendes Controlling wird aufgebaut.	2008

E4	Durchführung von Schulversuchen mit der Grundstufe Planmässig Der Schwerpunkt enthält die Beratung, Unterstützung und Weiterbildung der Versuchsklassen. Ein Zwischenbericht Evaluation bildet die Grundlage für einen Entscheid über die Projektverlängerung bis August 2012.	2009
E5	Inhaltliche/organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schüler/innen Planmässig Der Schwerpunkt enthält eine abschliessende Evaluation der Pilotphase, die Berichterstattung über die Vernehmlassung sowie Planungsarbeiten und Einführungskonzept für den politischen Entscheid über die flächendeckende Einführung ab 2009/10.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	625,8	781,3	758,4	-22,9
Rückerstattungen von Gemeinden	620,5	775,5	748,6	-26,9
Aufwand	-1039,1	-1284,8	-1256,4	28,4
Personalaufwand	-922,1	-1120,9	-1098,0	22,9
Saldo	-413,4	-503,5	-498,0	5,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-5,7	-24,1	-6,9	17,2
Saldo	-5,7	-24,1	-6,9	17,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	7066,0	8585,0	8532,2	-52,8

Erfolgsrechnung

Ertrag (-22,9):

- +1,7 Per saldo höhere Leistungen von Ausgleichskasse/Versicherungen (v. a. Mutterschaftsversicherung)
- +2,3 Nicht budgetierte Leistungen des Bundesamtes für Justiz an Sonderschulheime (Durchlaufposten)
- 26,9 Tiefere Rückerstattungen der Gemeinden als direkte Folge der tieferen Lehrpersonal-kosten sowie des etwas tieferen durchschnittlichen Rückerstattungssatzes

Aufwand (+28,4):

- +22,9 Tieferer Beschäftigungsumfang (-52,8 Stellen) u.a. aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen und des nicht voll ausgeschöpften Gestaltungspools, leicht tiefere durchschnittliche Besoldungskosten u.a. infolge höherer Rotationsgewinne, kleinerer Anteil kommunale Stellen, die vom Kanton ausbezahlt und zu 100% an die Gemeinden weiterverrechnet werden, der Personalaufwand in der Rechnung 2007 lag unter dem Ausgangswert für das Budget 2008 (Basisseffekt).
- +1,2 Tiefere kalkulatorische Abschreibungen/Zinsen bedingt durch tiefere Investitionsbeiträge
- 1,0 Höhere Gemeindeanteile an den Leistungen von Ausgleichskasse/Versicherungen (analog Ertrag)
- 2,3 Nicht budgetierte Leistungen des Bundesamtes für Justiz zugunsten von Sonderschulheimen (saldoneutraler Durchlaufposten, analog Ertrag)
- +5,4 Transferaufwand (einschliesslich Beitrag an das Zentrum für Gehör und Sprache [ZGSZ]): Die nicht budgetierte San04-Nachzahlung von Staatsbeiträgen aufgrund eines Entscheides des Verwaltungsgerichts (-6,7) konnte kompensiert werden durch insgesamt tiefere Staatsbeiträge an sonderschulische Einrichtungen (vor allem Unsicherheiten/Umstellungsanpassungen im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs [NFA]). Besonders zu erwähnen ist das ZGSZ, wo sich ein um 6 Mio. Franken besseres Ergebnis ergab.
- +2,5 Auflösung von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit Guthaben an sonderschulische Institutionen. Diese im letzten Jahr vom AJB übernommenen wertberichtigten Positionen konnten im Berichtsjahr mit laufenden Verpflichtungen verrechnet werden.
- 0,3 Nicht budgetierte Bildung von Rückstellungen

Die Summe dieser Abweichungen führt beim Saldo zu einer günstigen Budgetabweichung von 5,5 Mio. Franken (1,1%).

Investitionsrechnung

Das Volksschulamt hat grundsätzlich keinen Einfluss auf den Zeitpunkt und die Höhe der eingehenden Bauabrechnungen.

- +5,3 Investitionsbeiträge an kommunale Schulhausbauten: Der aufgrund der Kantonalisierung des Kindergartens erwartete Anstieg der Beiträge ist vorderhand (noch) ausgeblieben.
- +11,9 Investitionsbeiträge an Sonderschulen und Sonderschulheimen: Im Zusammenhang mit der NFA wurden die Budgetwerte verdoppelt, da der Kanton zusätzlich auch die bisherigen Bundesbeiträge übernehmen muss. Diese erhöhten Budgetwerte wurden aber bei Weitem nicht ausgeschöpft. Es ist davon auszugehen, dass Sonderschulen aufgrund der NFA-bedingten Unsicherheiten hinsichtlich der Finanzierung Projekte vorgezogen oder verschoben haben.

Personal

Der starke Anstieg der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere auf die im Rahmen der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes planmässig erfolgte Kantonalisierung der Kindergärten sowie die Einführung von Blockzeiten und Schulleitungen zurückzuführen. Die um 53 Vollzeiteinheiten unter dem Budget liegende Stellenzahl ist u.a. eine Folge der leicht tieferen Schülerzahlen sowie des nicht voll ausgeschöpften Gestaltungspools.

Indikatoren		Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen						
W1	PISA, 9. Klassen, Lesen (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt)	min.	-	CH-Ø	-2	-2
W2	PISA, 9. Klassen, Mathematik (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt)	min.	-	CH-Ø	-1	-1
W3	Lernstandserhebung 3. Primarklassen Deutsch (Lehrplanziele erreicht) in %	min.	88%	90%	88%	
W4	Lernstandserhebung 3. Primarklassen Mathematik (Lehrplanziele erreicht) in %	min.	93%	94%	93%	
W5	Lernstandserhebung 3. Primar Schulfriedenheit (Werte 1-4, 4 = bester Wert)	min.	3,3	3,3	3,3	0
W6	Regelverlaufsquote Primarschule in %		86,0%	86,6%	87,2%	
W7	Keine Anschlusslösung nach Volksschule einschliesslich 12. Schuljahr in %		7,0%	7,4%	6,1%	
Leistungen						
L1	Am Schulversuch mit der Grundstufe beteiligte Anzahl Klassen		78	76	82	6
L2	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe		-	17,7	18,1	0,4
L3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe		21,2	21,0	21,3	0,3
L4	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe		18,7	18,7	18,6	-0,1
L5	Anzahl Volksschüler/innen		106 569	130 060	129 712	-348
Wirtschaftlichkeit						
B1	Bruttoaufwand pro Volksschüler/in (in Fr.) (ohne Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)		9 751	9 832	9 686	-146
B2	Nettoaufwand (Saldo) pro Volksschüler/in (in Fr.) (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)		3 879	3 857	3 839	-18
Abweichungsbegründungen						
W1 und W2	Die Ergebnisse von PISA 2006 liegen seit dem Berichtsjahr vor. Das angestrebte Ziel, den Schweizer Durchschnitt zu erreichen, kann als knapp erfüllt betrachtet werden. Eine Abweichung von 2 Punkten bzw. 1 Punkt ist ein sehr geringer Rückstand. Als bedeutsam gelten Rückstände ab 20 Punkten.					
W3 und W4	Die Daten der Lernstandserhebung 3. Klassen (Erhebungszeitpunkt 2006) liegen seit dem Berichtsjahr vor. Das angestrebte Ziel, mindestens gleich hohe Werte wie bei der Lernstandserhebung 3. Klassen aus dem Jahr 2001 zu erzielen, wurde knapp verfehlt. Ein Grund liegt darin, dass seit der Erhebung 2001 vermehrt leistungsschwächere Schüler/innen aus Kleinklassen in die Regelklassen integriert wurden (die Lernstandserhebungen wurden nur in Regelklassen durchgeführt).					
W6	Der etwas günstigere Wert der Regelverlaufsquote ergibt sich u.a. daraus, dass Schülerinnen und Schüler vermehrt integrativ in den Regelklassen geschult werden.					
W7	Die sich bereits im Vorjahr abzeichnende günstigere Entwicklung des Indikators ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass aufgrund der noch guten Wirtschaftslage leichter Lehrstellen gefunden werden konnten. Zudem wirken sich die Massnahmen des Projekts «Neugestaltung 9. Schuljahr» erstmals positiv aus.					
L1	Bei den Mehrklassen handelt es sich um zusätzliche Klassen von Schuleinheiten, die bereits am Schulversuch partizipieren (d. h., es wurden keine neuen Schuleinheiten in den Versuch aufgenommen).					

L2	Aufgrund des erstmaligen Einbezugs des Kindergartens fehlte noch die Erfahrung, wie sich die kantonale Ressourcensteuerung auswirken wird. Es wurden etwas grössere Klassen gebildet, dafür aber auch mehr Personalressourcen zur Verfügung gestellt (was in der Kennzahl nicht zum Ausdruck kommt).
L3	Einerseits lag bereits der Wert R 2007 über dem Budgetwert (Basiseffekt), andererseits wurden im Rahmen der integrativen Förderung vermehrt Kleinklassen aufgelöst und in das Regelsystem überführt. Dass den Regelklassen dabei zusätzliche Personalressourcen zugeführt wurden, kommt in der Kennzahl nicht zum Ausdruck.
L5	Der starke Anstieg im Vergleich zu R 2007 ist die Folge der Kantonalisierung der Kindergärten per 1. Januar. Die Budgetabweichung (0,27 Promille) liegt im Unschärfbereich des Budgets.
B1 und B2	Als Folge der günstigen Budgetabweichung bei Gesamtaufwand und Saldo liegen diese Indikatoren etwas unter den Budgetwerten.

7301 Mittelschulen

Hauptereignisse

Zentrale Aufnahmeprüfung

Erstmals wurden neben dem Langgymnasium auch am Kurzgymnasium zentrale Aufnahmeprüfungen durchgeführt. Zudem wurde am Langgymnasium ein Test über allgemeine kognitive Fähigkeiten (AKF-Test) erprobt. Der Test prüft keinen Lernstoff, sondern fächerübergreifendes Wissen, und ermittelt problemlösungsorientierte Denkfähigkeiten.

Zweisprachige Maturität

Die Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturitätsausbildung an Mittelschulen gehört zu den Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele 2007–2011 des Regierungsrates. In einer Längsschnittstudie für die Jahre 2004–2008 wurde der 2001 gestartete und noch bis Sommer 2009 an 13 Schulen laufende Pilotversuch «Einführung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen – Deutsch/Englisch» evaluiert. Der Bildungsrat nahm den Schlussbericht zur Kenntnis und stimmte der Überführung des zweisprachigen Maturitätsgangs in eine endgültige Form zu.

Teilrevision des Maturitätsanerkennungsreglementes

Im Berichtsjahr wurde die Maturitätsausbildung schweizweit revidiert. Bereits im Jahr 2009 ist auch im Kanton Zürich die von Bundesrat und Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) beschlossene Revision der Maturitätsausbildung umzusetzen. Dazu zählt die Aufwertung der Naturwissenschaften und der Maturarbeit. Künftig werden die Fächer Biologie, Physik und Chemie wieder einzeln benotet. Auch die Maturitätsarbeit wird allgemein benotet und zählt für das Bestehen der Matur. Weitere Neuerungen betreffen die Einzelbenotung von Geschichte und Geografie, die Einführung in Wirtschaft und Recht als obligatorisches Fach sowie die Einführung von Informatik als Ergänzungsfach. 2012 wird der erste Schülerjahrgang die Matur nach den neuen Bestimmungen ablegen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement Die Zahl der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten hat sich auf 13 778 erhöht (+0,8%). Das Gymnasium Kunst und Sport besuchten 196 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten (Vorjahr 194), das Liceo Artistico 218 (214), den Maturitätslehrgang KME 371 (410). Die Zahl der Maturitätsabschlüsse lag mit 2275 um 4,7% über dem Vorjahreswert, 189 (176) Abschlüsse waren zweisprachig.
A2	Ausbildung an der Fachmittelschule FMS oder Diplommittelschule DMS
A3	Ausbildung an der «Handelsmittelschule plus» oder der Informatikmittelschule
A4	Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
A5	Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses und der Prüfung für die Passerelle

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar		bis
E1	Einführung der zweisprachigen Maturitätsausbildung (Deutsch-Englisch, Projekt), verlängerte Projektdauer Planmässig Die Evaluation wurde abgeschlossen.	2009
E2	Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (Projekt ZAP) Planmässig Die Prüfungen am Lang- und Kurzgymnasium wurden erstmals zentralisiert durchgeführt.	2009
E3	Selbstorganisiertes Lernen an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen (Projekt SOL) Planmässig Eine Ausweitung wurde beschlossen.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	47,7	47,1	47,4	0,3
Aufwand	-350,6	-363,0	-365,6	-2,6
Personalaufwand	281,1	287,7	290,7	3,0
Saldo	-303,0	-315,9	-318,2	-2,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-28,4	-31,6	-19,0	12,6
Saldo	-28,4	-31,6	-19,0	12,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 755,9	1 770,0	1 765,7	-4,3

Erfolgsrechnung

Ertrag (+0,3 Mio. Franken):

- +0,3 Entnahmen von Rücklagen und Rückstellungen (+2,4 Mio. Franken) sowie tieferen Rückerstattungen von Projektierungskosten (-1,6 Mio. Franken) und tieferen übrigen Erträgen (-0,5 Mio. Franken).

Aufwand (-2,6 Mio. Franken):

- 3,0 Anstieg des Personalaufwandes infolge Erhöhung der kontraktrelevanten Schülerzahl
- 0,6 Im Baubereich: Die Mehraufwände für den Bauunterhalt (-4,5 Mio. Franken) werden durch den Minderaufwand bei den Projektierungskosten (+3,9 Mio. Franken) nicht ganz kompensiert.
- +0,2 Im übrigen Sachaufwand: Dieser Minderaufwand setzt sich insbesondere zusammen aus Minderaufwand bei den Lehrmitteln (+2,2 Mio. Franken), Mehraufwand bei den Dienstleistungen Dritter (-1,7 Mio. Franken) und restlichem Sachaufwand (-0,3 Mio. Franken)
- +0,8 Tiefere kalkulatorische Kosten (Abschreibungen und Zinsen) infolge verminderter Investitionstätigkeit im Vorjahr

Investitionsrechnung

Ausgaben (+12,6):

Folgende Bauprojekte wurden verschoben:

- +1,5 MNG Rämibühl Lüftungssanierung 0,5 Mio Franken und Tiefgarage
- +0,3 Hottingen Chemiezimmer
- +1,3 Bildungszentrum Riesbach Umgebungsgestaltung
- +1,5 Wiedikon 3. OG Sanierung
- +2,1 Rychenberg Umgebung in Etappen einschliesslich Signaletik
- +1,0 Lee Sanierung Garderobe/Dusche
- +3,4 Wetzikon Aula, Sanierung Innenraum Technik (+2,4) und Haupttrakt EDV-Vernetzung (+1,0)
- +1,5 Bülach Sanierung Aussensportanlage

Personal

Der Beschäftigungsumfang enthält die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen basieren auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen ab von den schwankenden Klassen- und Schülerzahlen sowie vom Lektionenfaktor.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Allgemeiner Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher zufrieden»	min.	90%	n. q.	n. q.	n. q.
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend Vorbereitung auf eine Hochschule Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher gut»	min.	74%	n. q.	n. q.	n. q.
W3	Maturitätsquote im 10. Schuljahr in %		19,9	20,6	20,6	-
Leistungen						
L1	Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor	max.	1,95	1,95	1,95	0
L2	Anzahl Schülerinnen oder Schüler, die in den Kontrakten finanziert werden		15 052	15 090	15 236	146
L3	Anzahl Lernende in Mittelschulen		14 680	14 935	14 851	-84
L4	Davon Lernende in den Informatik-Mittelschulklassen		132	180	141	-39
L5	Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Matur		143	200	189	-11
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro kontraktfinanzierte Schülerin oder Schüler (in Fr.)		20 129	20 935	20 882	-53

Abweichungsbegründungen

W1 und W2	Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die aus Kostengründen nicht alle Jahre durchgeführt wird. Die sechsteilige Antwortskala reicht von «sehr unzufrieden» bis «sehr zufrieden».
W3	Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülerinnen und Maturitätsschülern im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.
L1	Lektionenfaktor 1,95 bedeutet, dass der Schule pro Schüler/in und Schuljahr 1,95 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit müssen alle unterrichtsrelevanten Aufwände finanziert werden.
L2 und L3	Die Schülerzahlen, die in den Kontrakten für die Finanzierung mittels der Schülerpauschale eingesetzt werden, sind gegenüber den Stichtagswerten der Bildungsstatistik leicht erhöht, da sie den erst Ende September austretenden Maturjahrgang pro rata berücksichtigen.
L2	Anzahl Schüler/innen nach Schultypus für 2008: Gymnasium: 14 108, Fach-/Diplommittelschulen: 600, Handels-/Informatikmittelschulen: 528
L5	Mit der Verlängerung der Projektphase haben 2007 drei weitere Schulen mit dem zweisprachigen Ausbildungsgang begonnen.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
8 773 871.75	1 785 316	0	6 988 555.75	-1 785 316

- Gemäss der Verfügung der Bildungsdirektion vom 10. Dezember 2007 werden für den Abbau der Stundenkonti Rücklagen gestaffelt aufgelöst. Im Rechnungsjahr 2008 waren dies Fr. 1 667 000.
- Bei der KS Oerlikon wurden Rücklagen im Betrag von Fr. 118 316 für die Beschaffung von Notebooks verwendet.

7302 Schulen im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Ausbildungen im Gesundheitswesen

Die Integration der Ausbildungen im Gesundheitswesen in die Bildungssystematik des Bundes und die Konzentration der Ausbildungen der Sekundarstufe II und Tertiärstufe B in zwei Zentren wurden fortgesetzt. Weitere altrechtliche Schulen wurden geschlossen und die neuen Zentren konnten sich bei den Institutionen des Gesundheitswesens sowie bei Lernenden und Studierenden festigen. Weiterhin schwierig ist die Rekrutierung: Während bei der Ausbildung Fachangestellte und Fachangestellter Gesundheit die Nachfrage grösser ist als das Angebot an Ausbildungsplätzen, mangelt es bei den Diplomausbildungen nicht an Ausbildungsplätzen, sondern an Interessentinnen und Interessenten.

Validierungsverfahren

Das Validierungsverfahren bietet Personen mit beruflicher Erfahrung die Möglichkeit, ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) zu erlangen, und wird seit 2006 für den Beruf Fachangestellte und Fachangestellter Gesundheit sowie seit dem Berichtsjahr für den Beruf Fachfrau und Fachmann Betreuung angeboten. Beim Validierungsverfahren werden formal erworbene Bildungsleistungen ebenso angerechnet wie nicht formal erworbene (z. B. berufliche Erfahrungen, Engagement in einem Verein). Das Verfahren besteht aus vier Phasen und eignet sich besonders für Personen, die über keinen formalen Abschluss, aber eine breite berufliche Erfahrung verfügen.

Gestützt auf die Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Jugend und Berufsberatung wird dieses Verfahren seit 2008 für die Berufe Fachangestellte und Fachangestellter Gesundheit, Fachfrau und Fachmann Betreuung und Informatikerin und Informatiker angeboten. Für weitere Berufe ist die Einführung geplant.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	<p>Umsetzung der Ausbildungen in Pflege, Physio-, Ergo- und Aktivierungstherapie, med.-tech. Radiologie, Operationstechnik, Dentalhygiene, biomed. Analytik, Ernährungsberatung, Hebamme und Pflegeassistentz gemäss Verordnung über die Schulen im Gesundheitswesen und Bestimmungen des Schweizerischen Roten Kreuzes</p> <p>Die altrechtlichen Bildungsgänge wurden wie vorgesehen weitergeführt, zwei weitere altrechtliche Schulen wurden geschlossen bzw. es wurde ihnen der Leistungsauftrag entzogen. Die letzten Klassen dieser Schulen wurden ins Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich (ZAG) übergeführt.</p>
A2	<p>Durchführung des Berufsfachschulunterrichts der Ausbildung Fachangestellte und Fachangestellter Gesundheit (FaGe), des Validierungsverfahrens und der Nachholbildung FaGe sowie des schulgestützten Ausbildungsgangs FaGe</p> <p>Der schulgestützte Weg für Fachangestellte Gesundheit ist noch nicht verwirklicht.</p>
A3	Durchführung des Eignungsverfahrens für alle Bildungsgänge der Höheren Fachschulen Gesundheit
A4	<p>Umsetzung der Bildungsgänge Pflege HF, bio-med. Analytik HF, Operationstechnik HF, med.-tech. Radiologie HF, Dentalhygiene HF und Aktivierungstherapie HF</p> <p>Der Start der Ausbildung Dentalhygiene HF wurde auf 2009 verschoben, da der nationale Rahmenlehrplan noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Auch benötigten die alte und die neue Trägerschaft des Ausbildungsgangs deutlich mehr Zeit, um sich auf ein neues Ausbildungsmodell zu einigen.</p>
A5	<p>Entwicklung und Umsetzung eines zeitgemässen Weiterbildungsangebots</p> <p>Erste Angebote konnten durchgeführt werden.</p>

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1	Etappenweise Integration der Ausbildungen im Gesundheitswesen in die Bildungssystematik des Bundes (LZ Dir. 3.2) Planmässig Vgl. Legislaturziele der Direktion	2009
E2	Evaluation, Anpassung und Etablierung der Ausbildung FaGe, des Validierungsverfahrens und der Nachholbildung (LZ Dir. 5.1) Planmässig Vgl. Legislaturziele der Direktion	2010
E3	Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen durch modulare, sich ergänzende Bildungsangebote (LZ Dir. 4.1) Planmässig Vgl. Legislaturziele der Direktion	2010
E4	Etablierung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich Unterstützung des Aufbaus der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich Einführung der vergleichenden Befragung zwischen den beiden Zentren und der gemeinsamen Qualitätsindikatoren (LZ Dir. 4.1) Planmässig Vgl. Legislaturziele der Direktion	2010

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung					
Ertrag		14,8	17,5	18,9	1,4
Aufwand		-66,6	-57,3	-57,3	0,1
Eigene Beiträge		-34,4	-29,3	-26,5	2,8
Saldo		-51,8	-39,8	-38,4	1,4
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben		-0,0	-4,5	-3,8	0,7
Saldo		-0,0	-4,5	-3,8	0,7
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		72,5	103,0	88,9	-14,1

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,4):

- 1,6 Beitrag des Bundes tiefer als budgetiert
- +0,8 Mehreinnahmen aufgrund der höheren Anzahl ausserkantonaler Lernender (altrechtliche Ausbildungen)
- +0,3 Rückerstattung des Mietzinses für den Pionierpark in Winterthur
- +1,4 Mehreinnahmen Stationsgelder (Zahlungen der Spitäler für die Leistung der Lernenden) der Ausbildung Aktivierungstherapie
- +0,5 Nicht budgetierte Rückerstattung der Berufsschule für Pflege Neumünster

Aufwand (+0,1):

- 3,0 Der Anstieg der Personalkosten kompensiert sich mit den Verbesserungen bei den eigenen Beiträgen (Folge der Restrukturierung).

Eigene Beiträge (+3,0):

- +2,0 Tiefere Lohnkosten für die Lernenden der altrechtlichen Ausbildungen Aktivierungstherapie und Hauspflege
- +0,3 Verzögerung bei den Projekten für die Erarbeitung zusätzlicher Ausbildungsprogramme, Überführung ans ZAG
- +0,2 Nicht benötigte Beiträge an die Nachqualifikation des Personals der altrechtlichen Schulen
- +0,4 Tiefere Sozialkosten im Rahmen des Entzugs der Leistungsaufträge der Schulen
- 0,3 Höhere Materialbezüge bei der KDMZ und geringfügige weitere Abweichungen (Bezug der neuen Schulräumlichkeiten des ZAG)
- +0,4 Tiefere Mietkosten durch frühere Abtretung der Liegenschaft Pionierpark (+0,5), tiefere Unterhaltskosten (+0,1) und weniger Materialbezüge von externen Lieferanten (+0,2). Höhere Kosten für die Einrichtung (-0,2) und die Dienstleistungen Dritter (-0,2) im Zusammenhang mit dem Neubau Kranbahn 2.
- +0,1 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Ausgaben (+0,7):

- +0,7 Mieterausbau für die endgültigen Schulräumlichkeiten Kranbahn 2 nicht abgeschlossen. Ausgaben für Erstausrüstung/Mobiliar werden 2009 anfallen.

Personal

Wie bereits in den letzten beiden Jahren erläutert, werden aufgrund der Restrukturierung zukünftig die Hälfte anstatt knapp ein Drittel der Lernenden und Studierenden im kantonalen Zentrum, ZAG, unterrichtet. Dies führt zu einer Verlagerung und damit Zunahme der Stellen, ist aber saldoneutral.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Lernenden und Studierenden mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg	min.	94,5%	90,5%	87,2%	-3,3%
W2	Zufriedenheit der Arbeitgeber/innen mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg	min.	n.q.	85%	n.q.	-
W3	Ausbildungsabbrüche im Verhältnis zu den Diplomabschlüssen	max.	9%	18%	10%	-8%
W4	Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden der Zentren	min.	n.q.	81%	84%	3%
Leistungen						
L1	Total Anzahl Lernende und Studierende	P	3 559	3 290	3 148	-142
L2	Total Absolvent/innen Nachholbildung FaGe	min.		134	243	109
L3	Auslastung der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe: Kapazität 1894	min.	45%	57%	52%	-5%
L4	Auslastung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich: Kapazität 1770	min.	51%	63%	58%	-5%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Studierende Lehrgänge HF für Verwaltung und Lehrkörper (in Fr.)	max.	14 684	14 720	14 777	57
B2	Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Fachangestellte/r Gesundheit für Verwaltung und Lehrkörper (in Fr.)	max.	11 948	13 917	13 831	-86
B3	Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Pflegeassistenten für Verwaltung und Lehrkörper (in Fr.)	max.	10 375	10 583	10 583	0
B4	Durchschnittliche Gesamtkosten pro Studierende bzw. Lernende	max.	14 549	12 097	12 187	90
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Zufriedenheit der Lernenden und Studierenden im Hinblick auf den Berufseinstieg liegt mit 87,2% unter dem angestrebten Wert. Wie erwartet, führten die tief greifenden Änderungen bei den Diplombildungen und das noch nicht gefestigte Berufsbild Fachangestellte/r Gesundheit zu einer tieferen Zufriedenheit. Ein wichtiger Gesichtspunkt war aber auch, dass noch keine bedeutsame Anzahl Lernende bzw. Studierende befragt werden konnte.					
W2	Die Anzahl der Studierenden war für eine repräsentative Erhebung der Daten noch zu klein.					
W3	Anpassungen Eignungsverfahren/Stabilisierung der neuen Programme					
L1/L2	Die Zahl der Ausbildungsplätze für den Beruf Fachangestellte/r Gesundheit entspricht noch nicht den Prognosen. Da diese Ausbildung eine entscheidende Rekrutierungsbasis für die Diplombildungen HF bildet, liegt bei diesen, insbesondere bei der Pflege, die Rekrutierung im Berichtsjahr deutlich unter der Prognose. Die Gesamtzahl der Lernenden und Studierenden ist tiefer als budgetiert, ebenso die Auslastung der Zentren.					
B2	Die Zahl der Lernenden war höher als budgetiert, was zu einer Korrektur der Pauschale führte.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
230 257.20	140 214	0	90 043.20	-140 214

- Auflösung von Rücklagen im Umfang von Fr. 125 000 durch das Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich zur Finanzierung des Eröffnungsevents Kranbahn 2
- Auflösung von Rücklagen im Umfang von Fr. 15 214 aufgrund der Schliessung der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege DN 2, Rheinau

7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen

Hauptereignisse

Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz

An der Volksabstimmung vom 28. September haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Zürich das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) in der Hauptvorlage mit einem Berufsbildungsfonds angenommen. Damit das Gesetz wie vorgesehen auf den Beginn des Schuljahrs 2009/10 in Kraft gesetzt werden kann, hat die Bildungsdirektion einen ersten Verordnungsentwurf ausgearbeitet, der die entsprechenden Vollzugsbestimmungen enthält.

Lehraufsicht – erstmals über 11 000 neue Lehrverträge

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) überwachte die Qualitätsstandards der Bildung in beruflicher Praxis in rund 13 000 Lehrbetrieben, erteilte Bildungsbewilligungen an 889 (Vorjahr: 932) neue Lehrbetriebe, genehmigte 11 279 (11 028) neue Lehrverträge, führte 1045 (1132) Beratungsgespräche in den Lehrbetrieben und 823 (915) auf dem Amt durch, erteilte rund 80 000 telefonische Auskünfte und unterrichtete in 199 (175) Berufsbildnerinnen- und Berufsbildnerkursen über die rechtlichen Grundlagen der Berufsbildung. Die Zahl der neu genehmigten Anlehrverträge sank auf 165 (231).

Von 908 (949) Gesuchen zur erstmaligen Ausbildung von Lernenden konnten 889 (932) bewilligt werden. Hauptsächlich wegen regionalen Lehrstellenmangels wurden Lehrbetrieben bestimmter Branchen Bewilligungen zur Ausbildung von 99 (106) zusätzlichen Lernenden erteilt. 1029 (1001) Lernenden wurde aus individuellen Gründen die Lehrzeit verkürzt oder verlängert. Mit 426 (499) Kandidaten wurden im Beisein des verantwortlichen Berufsbildners und der Eltern die Ursachen des Nichtbestehens der Abschlussprüfung besprochen und nach Lösungen gesucht. 2907 (2940) Lehrverhältnisse wurden durch die Parteien aufgelöst; davon konnten schätzungsweise 90% der betroffenen Lernenden ihre Lehre, vielfach dank Vermittlung durch die Abteilung betriebliche Bildung, in einem anderen Beruf oder in einem anderen Betrieb fortsetzen.

Abschlussprüfungen fanden in 391 verschiedenen Berufen (Fachrichtungen und Branchen) statt. Neben den Abschlussprüfungen wurden für 1174 (850) Kandidaten Teilprüfungen durchgeführt. Zudem nahmen 1809 (1788) Lernende mit Lehrort in einem anderen Kanton an den Abschlussprüfungen und 45 (48) an den Teilprüfungen teil. 481 Kandidaten nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 15 der Verordnung über die Berufsbildung teil; 429 erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (89,2%), 52 bestanden diese Prüfung nicht (10,8%). 271 Kandidaten nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 32 der Verordnung über die Berufsbildung teil; 219 erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (80,8%), 52 bestanden diese Prüfung nicht (19,2%). 195 Kandidaten haben nach Art. 31 der Verordnung über die Berufsbildung ihre Dossiers zur Validierung von Bildungsleistungen dem Amt eingereicht. 147 Kandidaten haben das Verfahren abgeschlossen und das eidgenössische Fähigkeitszeugnis erhalten. Bei den Prüfungskommissionen wurden 160 (163) Einsprachen gegen die Durchführung der Abschlussprüfungen oder die Beurteilung der Prüfungsleistungen eingereicht. Davon wurden 15 (25) gutgeheissen, 8 (12) teilweise gutgeheissen, 64 (44) abgewiesen, 73 (81) zurückgezogen. 0 (1) Entscheid ist noch offen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Ausbildung von Lernenden gemäss eidg. Berufsbildungsgesetz (BBG Art. 3) an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten. Die schulische Bildung – aus beruflichem und allgemeinem Unterricht gemäss BBT-Rahmenlehrplänen oder Bildungsverordnungen – führt zum eidg. Berufsattest, zum eidg. Fähigkeitszeugnis oder im Zusammenhang mit dem Abschluss einer erweiterten Allgemeinbildung zur Berufsmaturität.
A2	Organisation von berufsorientierter Weiterbildung und der höheren Berufsbildung (tertiärer Bereich) gemäss BBG.
A3	Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren (ohne Mitarbeitende der zentralen Verwaltung des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes).

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Schaffung von teilautonomen Berufsfachschulen: Weiterentwicklung Kontrakte Verzögert Der Abschluss ist für 2009 geplant.	2008
E2	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz (EG BBG) Verzögert Die Inkraftsetzung des EG BBG und der ersten Verordnung ist für 2009 vorgesehen.	2004/08
E3	Erstellung eines Weiterbildungskonzepts im Kanton Zürich (LZ RR 13.7) Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2008

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag	85,9	127,7	128,4	0,7
Aufwand	-331,0	-378,9	-374,9	4,1
Eigene Beiträge	-54,4	-56,3	-56,7	-0,4
Saldo	-245,1	-251,2	-246,5	4,8

Investitionsrechnung

Einnahmen	2,6		0,6	0,6
Ausgaben	-20,6	-23,6	-13,4	10,2
Saldo	-18,0	-23,6	-12,8	10,8

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	1293,8	1319,0	1330,9	11,9
----------------------------------	--------	--------	--------	------

Erfolgsrechnung

Ertrag (+0,7):

- +0,7 Diese Abweichung ist hauptsächlich auf höhere Schulgelder von ausserkantonalen Lernenden zurückzuführen.

Aufwand (+4,1):

- +1,2 Geringere Lehrabschlusskosten
- +1,7 Nicht ausgeführte Projektierungen im Baubereich
- +1,6 Nicht verwendeter Unterhalt bei den Liegenschaften
- 0,4 Tiefere Staatsbeiträge an die KV-Schulen mit privater Trägerschaft

Investitionsrechnung

Einnahmen (+0,6):

- +0,6 Bundesbeitrag für Sanierung Gebäudehülle und Haustechnik Technische Berufsschule Zürich

Ausgaben (+10,2):

Bauverzögerungen bei folgenden Bauprojekten:

- +0,3 BS Bülach, feuerpolizeiliche Massnahmen
- +0,2 Bildungszentrum Zürichsee, Notbeleuchtung
- +0,7 Bildungszentrum Uster Beleuchtung, Sanierung Klassenzimmer und feuerpolizeiliche Massnahmen
- +0,5 Berufsbildungsschule Winterthur Anton-Graff
- +0,5 Baugewerbliche Berufsschule Zürich, feuerpolizeiliche Massnahmen
- +0,5 BS für Detailhandel Zürich, feuerpolizeiliche Massnahmen und Notbeleuchtung
- +0,8 BS für Gestaltung Sanierungen
- +4,5 Technische Berufsschule Zürich (+0,5), Mensa und Aussenhülle/Fassade (+4,0)
- +2,0 KV Zürich Business School, feuerpolizeiliche Massnahmen und verschiedene Projekte
- +0,2 Übrige geringfügige Abweichungen

Personal

Der Beschäftigungsumfang umfasst die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen ab von den Klassen- und Lernendenzahlen sowie vom gesamten Bildungsangebot.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Weiterbildung: Quote der EduQua-zertifizierten Schulen	100%	100%	100%		
W2	Berufsmaturitätsquote in %	13,0	14,2	13,6	-0,6	
Leistungen						
L1	Anzahl Lernende in der Berufsfachschulausbildung	P	32 608	33 560	34 086	526
L2	– davon Anzahl Berufsmaturanden		5 750	5 400	5 374	-26
L3	Anzahl durchgeführte Lehrabschluss-Einzelprüfungen und -Teilprüfungen sowie Validierung		11 749	13 189	12 012	-1177
L4	– davon Anzahl Absolventen BMS		1 640	1 700	1 975	275
L5	Lektionenpauschale im Pflichtunterricht aller BS einschliesslich KV (in Fr.)		172	183	169	-14
L6	Jahrespauschale für Verw. und Betrieb pro Schüler/in im Pflichtunterricht (in Fr.)		1 349	1 540	1 343	-197
L7	Anzahl Teilnehmerlektionen in der Weiterbildung		2 528 743	2 400 000	2 294 000	-106 000
L8	Teilnehmer an Weiterbildungsangeboten nur in der Höheren Berufsbildung an kantonalen und kaufmännischen Bildungseinrichtungen		2 829	2 995	2 744	-251
L9	Anzahl Berufe, für die eine Berufsausbildung angeboten wird		203	221	147	74
Wirtschaftlichkeit						
B1	Aufwand pro Lernende in der Berufsbildung (ausgenommen LAP u. Löhne WB)		8 694	8 827	8 891	64
B2	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende in der Berufsschulausbildung		7 516	7 486	7 231	-255
B3	LAP-Aufwand pro geprüfte(n) Lernende(n) (in Fr.)		1 533	1 551	1 623	72
B4	Lehrpersonalaufwand pro Teilnehmerlektion in der Weiterbildung (in Fr.)		13.53	16.20	15.90	-0.30
Abweichungsbegründungen						
W2	Die Berufsmaturitätsquote in Prozent zeigt den Anteil in Lehr- und berufs begleitenden Berufsmaturitätsschulen, gemessen am Total der Lernenden in der Berufsbildung. Dieser Indikator zeigt die Schulbildungsfähigkeit in der Berufsbildung für die Tertiärstufen A und B. Das Wachstum der Berufsmaturitätsquote ist etwas langsamer als angenommen.					
L 1 und 2	Diese Indikatoren basieren auf der Schulstatistik und sind pro rata temporis von den Schuljahren auf das Geschäftsjahr umgerechnet. Im Zuge der «demografischen Welle» steigen die Schülerzahlen auf der Sekundarstufe 2 bis zum Berichtsjahr.					
L 3	Der Indikator setzt sich zusammen aus 10643 Abschlussprüfungen, 1174 Teilprüfungen und 195 Validierungen. Es waren weniger Prüfungsanmeldungen zu verzeichnen als angenommen.					
L 4	Anzahl Prüfungskandidaten und -kandidatinnen der Berufsmaturität an kantonalen Berufsfachschulen und nichtstaatlichen kaufmännischen Berufsfachschulen. Die Wachstumsrate wird durch den steigenden Anteil der Berufsmaturität 2 (BM für Berufsleute) etwas beschleunigt.					
L 5	Die Lektionenpauschale wird in der Finanzierungsgruppe 1 des Kontrakts ermittelt. Die Lohnkosten der Lehrpersonen (ohne Lehrwerkstätte für Möbelschreiner und EB Zürich) werden durch die Anzahl Lektionen im Pflichtunterricht dividiert. Die Lektionenpauschale ist stabil geblieben, begründet durch die Optimierung der Klassengrößen.					
L 6	Die Jahrespauschale für Verwaltung und Betrieb wird in der Finanzierungsgruppe 1 des Kontrakts ermittelt. Die Kosten für den Unterricht ohne Löhne Lehrpersonen werden durch die Anzahl Lernende dividiert. Die verbesserte Kostenstruktur wirkt sich auf die Pauschale V+B aus.					
L 7	Die Anzahl Teilnehmende an Weiterbildungskursen wird mit den zu erteilenden Weiterbildungslektionen multipliziert. Der ausgewiesene Rückgang um 4,5 % ist bedingt durch die geänderte wirtschaftliche Konjunktur. Die Weiterbildungsaktivitäten sind allgemein rückläufig.					

- L 8 Dieser Indikator beruht auf der Schulstatistik und wird pro rata temporis von den Schuljahren ins Geschäftsjahr umgerechnet. Analog zu L 7 ist auch die Teilnehmendenzahl rückläufig.
- L9 Der Indikator ist berechnet nach der Anzahl Berufe, welche an den Berufsfachschulen gelehrt werden, die über die LG 7303 finanziert sind. Bei Berufen, bei denen die Fachrichtungen mit Berufsnummern versehen sind, werden die Fachrichtungen als einzelne Berufe gezählt. Es werden ausschliesslich die neuen Berufsbezeichnungen gezählt. Nicht mitgezählt werden die An- und Vorlehren sowie Berufsmaturitäts-Lehrgänge. Wegen der geänderten Berechnungsart lässt sich dieser Indikator nicht mit dem Vorjahr vergleichen.
- B 1 Der Gesamtaufwand (ohne LAP und Weiterbildung) wird durch die Anzahl Lernende dividiert.
- B 2 Der Saldo der Leistungsgruppe 7303 wird durch die Anzahl Lernende dividiert. Der Nettoaufwand hat sich gegenüber dem Voranschlag um 4,7 Mio Franken verbessert, gleichzeitig hat die Anzahl Lernende um über 500 zugenommen. Die durchschnittliche Klassengrösse ist leicht steigend.
- B 3 Der Aufwand der Lehrabschlussprüfungen wird durch die Anzahl geprüfte Lernende dividiert. Die Prüfungskosten sind in der Tendenz steigend, weil die neuen Qualifikationsverfahren oft differenzierter und dadurch aufwendiger ausgestaltet sind.
- B 4 Der Lehrpersonenaufwand in der Weiterbildung wird durch die Anzahl Teilnehmerlektionen in der Weiterbildung dividiert.

7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Massnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung, an Mittelschul- und Lehrlingsunterricht, an die berufliche Fort- und Weiterbildung, an Erwachsenenbildung und an überbetriebliche Kurse für Lehrlinge bei kommunalen und privaten Trägerschaften sowie Koordination im ganzen Beitragsbereich.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz (EG BBG) Verzögert Die Inkraftsetzung des EG BBG und der ersten Verordnung ist für 2009 geplant.	2004/09
E2	Einführung der leistungsorientierten Beitragsleistung (Subventionierung) Abkehr von der aufwandorientierten Beitragsgewährung Planmässig	2004/09
E3	Reform der Brückenangebote (Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung; LZ RR 13.6) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2008/10

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag	11,9	27,3	25,6	-1,7
Aufwand	-47,6	-64,3	-62,5	1,8
Eigene Beiträge	-34,2	-46,1	-45,6	0,5
Saldo	-35,7	-37,0	-36,9	0,1

Investitionsrechnung

Einnahmen	0,1			
Ausgaben	-2,6	-5,7	-1,5	4,1
Saldo	-2,5	-5,7	-1,5	4,1

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

Ertrag (-1,7):

- 1,7 Weniger Bundesbeiträge als ursprünglich geplant, aufgrund der Umstellung von aufwandorientierter zu pauschalorientierter Verrechnung der Beiträge

Aufwand (+1,8):

- +0,1 Beitragsverzicht wegen Ertragsüberschuss der überbetrieblichen Kurse und der Interessensgemeinschaft Kaufmännische Grundausbildung
- +0,3 Lehrmittelbeschaffungen wurden nicht realisiert
- +1,3 Geringere durchlaufende Bundesbeiträge als im Budget 08 angenommen wurden, infolge der Umstellung der Verrechnung

Investitionsrechnung

Ausgaben (+4,1):

Nichtinanspruchnahme folgender geplanter Kredite:

- +0,6 SMGV
- +3,1 STF (+0,65) und Gärtnermeisterverband (+2,5)
- +0,4 Hotel- und Gastroformation (+0,3) und Modeco

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Die verschiedenen Aus-, Fort- und Weiterbildungen in dieser Leistungsgruppe sind nicht vergleichbar. Die Heterogenität dieser Ausbildungen verunmöglicht eine Definition von kohärenten Indikatoren.					
W2	Weiterbildung: Quote der EduQua-zertifizierten Schulen	100 %	100 %	100 %	0 %	
Leistungen						
L1	Anzahl Lernende an vier anerkannten Mittelschulen im Kt. Zürich	P	-	-	-	
L2	Anzahl Lernende in beitragsberechtigter Berufsausbildung im Kt. Zürich		3158	3115	2989	-126
L3	Teilnehmer/innen Vorbereitung Berufsprüfung		932	930	908	-22
L4	Teilnehmer/innen Vorbereitung höhere Fachprüfung		161	185	150	-35
L5	Teilnehmer/innen Höhere Fachschulen (HF)		589	585	858	273
L6	Teilnehmer/innen übrige Fachausbildung		594	675	664	-11
L7	Total Teilnehmer/innen an WB-Angeboten nur in der höheren Berufsbildung an beitragsberechtigten Bildungseinrichtungen im Kt. ZH		2276	2375	2580	205
Wirtschaftlichkeit						
B1	Die Finanzierung der Berufsbildung einschliesslich Weiterbildung wird im neuen Berufsbildungsgesetz (nBBG) auf Verordnungsstufe geregelt.					
Abweichungsbegründungen						
L1	Wird nicht mehr erfasst, da keine Staatsbeiträge an private Mittelschulen ausgerichtet werden.					
L2	Der Rückgang der Lernendenzahlen ist auch auf den Auslauf des Berufes Kleinkinderzieherin zurückzuführen, der abgelöst wurde durch den Beruf Fachfrau Betreuung, der neu an einer kantonalen Berufsfachschule unterrichtet wird (L67303).					
L5	Bedingt durch Nacherfassungen und Bereinigungen, hat sich die Datenlage des Indikators geändert und ist deshalb nicht mit der ausgewiesenen Zahl in R 2007 und B 2008 zu vergleichen.					

7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Die Erarbeitung einer Strategie zur hochspezialisierten Medizin am Standort Zürich sowie die Weiterentwicklung der Lehre im Zeichen des Bolognaprozesses einschliesslich der Neugestaltung der Doktoratsstufe bildeten die zentralen Geschäfte im Berichtsjahr. Prägende Ereignisse waren die Feierlichkeiten zum 175-Jahr-Jubiläum sowie die Einsetzung der neu formierten Universitätsleitung.

Im Rahmen der Richtlinien für die Regierungspolitik 2007–2011 hat der Regierungsrat mit dem Legislaturziel Nr. 1 unter anderem festgelegt, dass Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung ermöglicht und gefördert werden sollen. Vor diesem Hintergrund wurde unter Federführung der Gesundheitsdirektion und der Bildungsdirektion und in enger Zusammenarbeit mit der Universität und den betreffenden Spitälern eine Gesamtstrategie zur hochspezialisierten Medizin erarbeitet, die Schwerpunktbereiche festlegt und auch gezielte Investitionen vorsieht. Die Forschungsschwerpunkte der Medizinischen Fakultät sind wesentlicher Teil der Gesamtstrategie und umfassen die Bereiche Neurowissenschaften, Molekulare Medizin, Transplantationsmedizin/Immunologie, Onkologie und Kardiovaskuläre Wissenschaften.

Mit der Einführung der Bachelor/Master-Struktur in allen Studiengängen wurde die wichtigste Etappe der Bolognaform bereits 2007 abgeschlossen. Daran anknüpfend, betreffen die Aktivitäten zur Weiterentwicklung und Profilierung der Lehre schwergewichtig die Masterstufe. Es wurden Grundlagen geschaffen, um weitere spezialisierte Masterstudiengänge sowie hochschulübergreifende Joint-Masters zu etablieren. Die Arbeiten konnten mit besonderen universitären Mitteln gefördert werden. Mit der Reform des Doktorats wurde die eigentlich dritte Stufe des Bolognaprozesses umgesetzt. Die eigenständige wissenschaftliche Arbeit bleibt Kernstück des Doktorats. Daneben sollen künftig curriculare Anteile im Doktoratsstudium die fachlichen wie überfachlichen Kompetenzen der Doktorierenden stärken.

Neben den Berufungsanträgen standen sodann zahlreiche weitere Geschäfte auf der universitären Agenda. Besonders zu erwähnen ist die Gründung eines Zentrums für Alter und Mobilität in Zusammenarbeit mit dem Stadtspital Waid. Ebenfalls neu gegründet wurde das Zentrum für Demokratie Aarau mit der Universität, der Stadt Aarau, dem Kanton Aargau sowie der Fachhochschule Nordwestschweiz als gemeinsamer Trägerschaft. Ferner wurde die Evaluationsplanung für den Evaluationszyklus 2008–2016 festgelegt und die Zulassung der Studierenden an die Universität wurde in einer neuen Verordnung geregelt.

Die Feierlichkeiten zum 175-Jahr-Jubiläum haben im Berichtsjahr den universitären Alltag wesentlich geprägt. Das Jubiläum stand unter dem Motto «Wissen teilen». Im Vordergrund stand die Begegnung mit der Zürcher Bevölkerung. Aus dem Reigen der zahlreichen Veranstaltungen erwies sich der Parcours des Wissens beim Bellevue als besonderer Magnet. Passantinnen und Passanten erhielten dort Gelegenheit, universitäres Arbeiten direkt mitzuerleben. Einen weiteren Höhepunkt bildeten die Fakultätstage, die bei der Bevölkerung ebenfalls auf grosses Interesse stiessen. Der Universität gelang es im Rahmen des Jubiläums vorzüglich, sich als moderne Hochschule zu präsentieren, die in Forschung, Lehre und Dienstleistungen zum Wohl des Standorts Zürich ausserordentliche Leistungen erbringt.

Schliesslich hat am 1. August des Berichtsjahres die neu formierte Universitätsleitung ihre Arbeit aufgenommen. Neu als Rektor amtiert Prof. Dr. Andreas Fischer, ordentlicher Professor für Englische Philologie. Prof. Dr. Otfried Jarren, Ordinarius für Publizistikwissenschaft, ist Prorektor für Geistes- und Sozialwissenschaften, Prof. Dr. Egon Franck, Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre, betreut als Prorektor den Bereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Prof. Dr. Heini Murer, Ordinarius für Physiologie, ist wie bisher Prorektor Medizin und Naturwissenschaften. Der neue Verwaltungsdirektor heisst Stefan Schnyder, dipl. Ing.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe umfasst in der Erfolgsrechnung die Finanzierung der Universität durch den Bund und den Kanton Zürich. Zudem enthält sie Raummieten in der Höhe der kalkulatorischen Kosten auf den der Universität für Lehre und Forschung zur Verfügung gestellten Liegenschaften und Räumen.
A2	Die Investitionsrechnung umfasst die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge des Bundes für Ausstattungen, die vom Kanton an die Universität weitergeleitet werden.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	158,4	167,3	164,7	–2,6
Aufwand	–635,3	–673,2	–670,5	2,7
Kostenbeitrag an Universität	–476,9	–505,9	–505,8	0,1
Saldo	–476,9	–505,9	–505,8	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	16,9	9,5	10,7	1,2
Ausgaben	–52,3	–59,0	–57,4	1,6
Saldo	–35,4	–49,5	–46,6	2,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (-2,6):

- 2,1 Niedrigere Rückerstattung der Universität Zürich für verrechnete kalkulatorische Raumnutzungskosten infolge geringerer Investitionsbeiträge im Vorjahr als budgetiert
- 0,5 Betriebsbeiträge des Bundes tiefer als budgetiert

Aufwand (+2,7):

- +2,1 Niedrigere kalkulatorische Kosten infolge der geringeren Investitionsausgaben im Vorjahr als budgetiert
- +0,5 Weitergeleitete Betriebsbeiträge des Bundes tiefer als budgetiert
- +0,1 Tieferer Staatsbeitrag für die Universität Zürich

Investitionsrechnung

Einnahmen (+1,2):

- +1,2 Zusätzliche Bundessubvention für Geräte und Ausrüstungen

Ausgaben (+1,6):

- +1,6 Geringere bauliche Investitionen in verschiedenen Projekten

Indikatoren

Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe 9600 ersichtlich.

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe setzt sich aus den drei Bereichen Ausserkantonale Konkordatsbeiträge, Zentralbibliothek/ Sozialarchiv sowie Ruhegehälter und Rentenanteile der Professorinnen und Professoren der Universität zusammen.
A2	Im Bereich der Ausserkantonalen Konkordatsbeiträge ist die Leistungsgruppe ein Durchgangskonto für die Beiträge anderer Kantone an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende und weist die Beiträge des Kantons Zürich an andere Schweizer Universitäten für Zürcher Studierende aus.
A3	Der Bereich Zentralbibliothek und Sozialarchiv umfasst die vertraglich festgesetzten jährlichen Beiträge des Kantons an diese Institutionen. Die Beiträge dienen der Schaffung und Vermehrung der Sammlungen sowie deren Unterbringung und der Verwaltung.
A4	Der Bereich Ruhegehälter und Rentenanteile der Professorinnen und Professoren der Universität enthält die Zahlungen an die Bezügerinnen und Bezüger sowie Freizügigkeitsleistungen.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	119,6	122,0	120,5	-1,5
Aufwand	-196,1	-194,9	-198,3	-3,5
Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-23,4	-21,1	-23,1	-2,0
Eigene Beiträge an Universitätsbibliotheken	-24,6	-25,3	-25,5	-0,2
Saldo	-76,5	-72,9	-77,8	-5,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,4	0,4
Ausgaben			-0,4	-0,4
Saldo			0,0	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (-1,5):

- 1,5 Tiefere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) als budgetiert. Diese werden der Universität gutgeschrieben.

Aufwand (-3,5):

- 2,0 Höhere Beiträge, die der Kanton Zürich im Rahmen der IUV für die Zürcher Studierenden an ausserkantonalen Universitäten entrichtet.
- +1,5 Tiefere Beiträge aus der IUV für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich
- 0,2 Höherer Beitrag an die Zentralbibliothek
- 2,7 Mehraufwand für die Ruhegehälter der Professorinnen und Professoren der Universität. Die tatsächlich zu leistenden Zahlungen waren höher infolge der stärkeren als prognostizierten Bestandesentwicklung der Leistungsbezüger.
- 0,1 Übriges (Rundungsdifferenz)

Investitionsrechnung

Einnahmen und Ausgaben:

- 0,4 Durchlaufender Bundesbeitrag zugunsten der Zentralbibliothek

Indikatoren

Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.

7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Die Zürcher Fachhochschule (ZFH) wird nach dem Zusammenschluss der acht bisherigen Teilschulen zu drei staatlichen Hochschulen mit eigener Rechtspersönlichkeit seit Anfang des Berichtsjahres in den neuen, durch das kantonale Fachhochschulgesetz vom 2. April 2007 vorgegebenen Strukturen geführt. Sie umfasst die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und die 2002 gegründete Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH). Der ZFH angegliedert sind die Hochschule für Wirtschaft Zürich und die mit einer Vereinbarung an die ZHAW angeschlossene Hochschule für Technik Zürich, die berufsbegleitende Studiengänge anbieten.

Im Zuge der Umstrukturierung wurden auch die Rechtsgrundlagen der Zürcher Fachhochschule überprüft und an die geänderten Verhältnisse angepasst. Der Regierungsrat erliess am 16. Juli die Personalverordnung der ZFH und die Verordnung über die Studiengebühren neu. Der Fachhochschulrat verabschiedete Studien- und Prüfungsordnungen für die einzelnen Hochschulen und genehmigte deren Hochschulordnungen. Ausserdem unterbreitete er dem Bund mehrere Gesuche um Bewilligung konsekutiver Masterstudiengänge und genehmigte Weiterbildungsangebote der Hochschulen, die mit einem Master of Advanced Studies abschliessen. Als oberstes Organ der ZFH setzte sich der Fachhochschulrat mit Fragen zur Strategie der ZFH auseinander. Ende des Berichtsjahres wählte er als Nachfolger für den zurücktretenden Gründungsrektor der ZHdK, Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz, als neuen Rektor auf November 2009 Prof. Dr. Thomas D. Meier. Die Amtszeit des Gründungsrektors der ZHAW, Prof. Dr. Werner Inderbitzin, wurde bis 2011 verlängert.

An den Hochschulen der ZFH wurde das zweistufige System mit Bachelorstudiengängen und konsekutiven Masterstudiengängen weiter ausgebaut. Gestützt auf entsprechende Bewilligungen des Bundes, wurden im Herbst des Berichtsjahres neue Masterangebote eingeführt; an der ZHAW sind dies Studiengänge in Angewandter Psychologie, Sozialer Arbeit, Engineering, Banking and Finance und Business Administration, an der ZHdK Studiengänge in Art Education, Fine Arts, Musikpädagogik, Komposition/Theorie, Music Performance, Specialized Music Performance sowie Theater. Weitere bewilligte Masterstudiengänge werden ab 2009 angeboten.

Zum Toni-Areal in Zürich-West, das ab 2012 von der ZFH als Standort für die ZHdK und Teile der ZHAW genutzt werden soll, fielen wichtige Entscheide. Im August des Berichtsjahres wurde die Baubewilligung der Stadt Zürich für den Um- und Ausbau der Liegenschaft rechtskräftig. Am 29. September bewilligte der Kantonsrat den Kredit für den Mieterausbau des Toni-Areals. Nachdem kein Referendum gegen diesen Beschluss ergriffen wurde, kann termingerecht mit den geplanten Um- und Ausbaurbeiten begonnen werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

- A1 Die Erfolgsrechnung zeigt die Finanzierung der Zürcher Fachhochschulen (ZFH) durch Bund und Kanton Zürich. Die Globalbudgets der drei staatlichen Teilschulen der ZFH sind in den Leistungsgruppen 9710, 9720 und 9740 abgebildet. Die Investitionsrechnung umfasst die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule. Die kalkulatorischen Kosten auf dem Anlagevermögen werden den staatlichen Schulen als Raummiete in Rechnung gestellt.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	71,0	90,9	101,1	10,2
Aufwand	-316,3	-348,8	-356,2	-7,4
Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	-194,8	-247,5	-244,5	3,0
Kostenbeiträge an die privaten Teilschulen	-45,7	-3,9	-4,4	-0,5
Saldo	-245,3	-258,0	-255,1	2,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	15,9		1,7	1,7
Ausgaben	-39,3	-34,3	-23,2	11,1
Saldo	-23,4	-34,3	-21,6	12,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (+10,2):

- +9,2 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- +2,3 Nicht budgetierte Rückerstattungen ehemaliger Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- +0,1 Nicht budgetierter Bundesbeitrag an die Zürcher Fachhochschule
- 1,4 Niedrigere Rückerstattungen der Teilschulen der Zürcher Fachhochschule für verrechnete kalkulatorische Miete als Folge der geringeren Investitionsausgaben im Vorjahr

Aufwand (-7,4):

- 9,2 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- 4,0 Rückstellung Reformprojekt ZFH, da Arbeiten für die Standortkonzentration verschoben werden mussten
- 0,5 Höherer Beitrag an die Hochschule für Technik Zürich als Abgeltung für die höhere Anzahl Zürcher Studierender
- 0,1 Zusätzlicher Dienstleistungsaufwand
- +3,0 Tieferer Beitrag an die staatlichen Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- +2,0 Verzögerung bei Projektierungsarbeiten für die Standortkonzentration
- +1,2 Niedrigere kalkulatorische Kosten als Folge der geringeren baulichen Investitionsausgaben und Anschaffungen für die staatlichen Teilschulen im Vorjahr
- +0,2 Tieferer Informatikerunterhalt

Investitionsrechnung

Einnahmen (+1,7):

- +1,5 Nicht budgetierter Bundesbeitrag für die ZHAW (Projekt Mäander C)
- +0,2 Beitrag eines Vermieters an den Mieterausbau ZHAW

Ausgaben (+11,1):

Geringere bauliche Investitionen:

- +3,2 Als Folge der veränderten Entwicklungsplanung wurden verschiedene Sanierungsprojekte für den Standort Technikumsareal in Winterthur verschoben.
- +5,3 Aufgrund von baulichen Verzögerungen fielen in verschiedenen Projekten der ZFH Minderausgaben (Plakatsammlung ZHdK, Trotte Schloss Au PHZH u. a.) an.

Investitionsbeiträge:

- +1,8 Aufgrund der Zentralisierung der Projekte Sihlpost und Toni-Areal wurden Projekte zurückgestellt.
- +0,8 Verspäteter Projektstart und Verzögerungen bei verschiedenen Projekten

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1	Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik «Indikatoren» ersichtlich.				
Leistungen					
L1	Total Studierende	P	10 700	10 988	288
Wirtschaftlichkeit					
B1	Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik «Indikatoren» ersichtlich.				

Rücklagen

Bestand 31.12. 2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12. 2008	Veränderung Bestand
4 000 000	0	0	4 000 000	0

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	<p>Die Leistungsgruppe umfasst einerseits die Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört (Konkordatsschulen).</p> <p>Beigetreten ist der Kanton Zürich interkantonalen Vereinbarungen mit der Hochschule Rapperswil (HSR), der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen (SHL) und der Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH). Der Kanton Zürich leistet für die Lehre Beiträge im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) und beteiligt sich anteilmässig an den Restkosten. Der Kanton Zürich trat auf Herbst 2008 aus dem Konkordat der Hochschule Rapperswil aus.</p>
A2	<p>Die Leistungsgruppe umfasst andererseits die Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen, die im Rahmen der Fachhochschulvereinbarung für Zürcher Studierende ausgerichtet werden.</p>

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag			1,5	1,5
Aufwand	-47,9	-46,4	-53,1	-6,7
Saldo	-47,9	-46,4	-51,6	-5,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,5):

- +1,3 Rückzahlung Anteil Trägerbeitrag Hochschule Rapperswil
- +0,2 Rückzahlungen von ausserkantonalen Fachhochschulen

Aufwand (-6,7):

- 3,3 Mit dem Austritt aus dem Konkordat wurden die der Hochschule Rapperswil in der Vergangenheit gewährten Investitionsbeiträge abgeschrieben.
- 3,4 Höhere Beiträge an die ausserkantonalen Fachhochschulen als Folge der starken Zunahme Zürcher Studierender

7501 Jugend- und Familienhilfe

Hauptereignisse

Schulsozialarbeit

Rund zwei Drittel der Gemeinden haben bisher Schulsozialarbeit auf mindestens einer Schulstufe eingeführt. Auf der Grundlage des Legislaturziels 16 Massnahme 8 des Regierungsrates und der im Oktober 2007 von der Bildungsdirektion veröffentlichten «Empfehlungen zur Einführung von Schulsozialarbeit» beraten und unterstützen die Regionalstellen sowie die Projektstelle Schulsozialarbeit des Amtes für Jugend und Berufsberatung interessierte Gemeinden. Mit rund 50 Gemeinden bestehen Leistungsvereinbarungen zur fachlichen Begleitung bzw. Leitung der Schulsozialarbeit.

Projekt «Spielgruppe plus»

Das Projekt entstand in Zusammenarbeit des Amtes für Jugend und Berufsberatung und des Volksschulamtes. Eine Spielgruppe plus unterscheidet sich von herkömmlichen Spielgruppen durch zusätzliche spielerische Sprachfördersequenzen, die in den Ablauf des Spielgruppenalltags integriert werden. Das Konzept wurde in vier Projektspielgruppen erprobt und ausgewertet. Bei Kindern in Spielgruppen plus konnte im Vergleich zu Kindern in herkömmlichen Spielgruppen eine deutliche Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen festgestellt werden.

Angeordnete Elternbildung

Im Rahmen einer allgemein stärkeren Einbindung der Elternbildung in die Schule wurde ein Konzept erarbeitet, wie Eltern zum Besuch von Elternbildungsveranstaltungen verpflichtet werden können. Diese Massnahme soll zum Tragen kommen, wenn Eltern nicht motiviert werden können, ihre Pflichten wahrzunehmen. Da die Schulpflege die anordnende Instanz sein soll, muss das Volksschulgesetz angepasst werden. Die Entwürfe dieser Gesetzesänderung sowie der Ausführungsbestimmungen liegen vor.

Sonderpädagogik Frühbereich

In ihrem ersten Betriebsjahr hat die Fachstelle Sonderpädagogik Frühbereich in 3941 Fällen Kostengutachten für sonderpädagogische Massnahmen (Logopädie, Audiopädagogik und Heilpädagogische Früherziehung [HFE]) erteilt; die verfügbaren Abklärungen und Therapien verteilen sich auf insgesamt 2688 Kinder und Jugendliche.

Wohngruppe für Mutter und Kind im Zentrum Inselhof

Das Zentrum Inselhof in Zürich hat ein Angebot mit sechs Plätzen für minderjährige Mütter und ihre neugeborenen Kinder geschaffen, das vom Regierungsrat als beitragsberechtigt anerkannt wurde. Das Angebot richtet sich an Mütter, die sich in der Regel noch in der Schule oder in der Ausbildung befinden.

Revision der Krippenrichtlinien

Die 2002 erstmals erlassenen Krippenrichtlinien, welche die Bewilligung und die Aufsicht über Einrichtungen zur Betreuung von Vorschul- und Kindergartenkindern regeln, wurden revidiert. Für die Schulkinder gelten seit 2007 die Hortrichtlinien (im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes), die Krippenrichtlinien wurden verbessert, hauptsächlich bezüglich Betreuungssituation von Kindern unter 18 Monaten, Normgruppengrösse sowie Professionalisierung der Krippenleitungen.

Revision der Heimfinanzierungsrichtlinien

Seit 2007 werden die beitragsberechtigten Kinder-, Jugend- und Sonderschulheime nach einem neuen Finanzierungsmodell unterstützt. Die entsprechenden Richtlinien wurden auf 1. Januar an die auf den gleichen Zeitpunkt in Kraft gesetzten Änderungen der Verordnung über die Jugendheime angepasst.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der ambulanten und stationären Jugendhilfe
A2	Führung von Jugend- und Familienberatungsstellen im Kanton Zürich
A3	Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Jugendlichen in ausserkantonalen Jugendheimen
A4	Amtsvormundschaft für minderjährige, allein stehende Asylsuchende (Zentralstelle Mineurs non accompagnés)
A5	Koordination, Administration und Mitfinanzierung der Heilpädagogischen Früherziehung sowie pädagogisch-therapeutischer Massnahmen im Vor- und Nachschulalter
A6	Gewährung von Stipendien und Darlehen an in Ausbildung stehende Jugendliche und Erwachsene

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Anpassung und Erweiterung der gesetzlichen Grundlagen für die ambulante Jugend- und Familienhilfe (LZ RR 12.1 und 16.8) Verzögert Die Vernehmlassung zum Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe ist für Januar bis April 2009 geplant, die Umsetzung dauert voraussichtlich bis 2011.	2009
E2	Schaffung neuer bezirksübergreifender Organisationsstrukturen in der Jugend- und Familienhilfe Verzögert Die Vernehmlassung zum Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe ist für Januar bis April 2009 geplant, die Umsetzung dauert voraussichtlich bis 2011.	2009
E3	Erarbeitung und Einführung von Grundlagen und Instrumenten zur Steuerung der stationären Jugend- und Familienhilfe über Leistungsaufträge Verzögert Aufgrund eines erhöhten Koordinationsbedarfs ist der Abschluss neu für 2010/11 geplant	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag	46,8	53,8	81,4	27,6
Aufwand	-137,1	-161,3	-184,9	-23,6
Saldo	-90,3	-107,5	-103,6	3,9

Investitionsrechnung

Einnahmen		0,7		-0,7
Ausgaben	-3,6	-6,9	-6,5	0,3
Saldo	-3,6	-6,2	-6,5	-0,3

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	443,0	453,6	463,8	10,2
----------------------------------	-------	-------	-------	------

Erfolgsrechnung

Drei Faktoren trugen massgeblich dazu bei, dass die Aufwand- und Ertragszahlen ohne Saldoauswirkung um 23,2 Mio. Franken anstiegen:

- +/-10,1 Neue Durchlaufposten Bundesamt für Justiz (BJ), da das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) seit 1. Januar 2008 kantonale Verbindungsstelle für BJ-Beiträge an Kinder-/Jugendheime ist.
- +/-9,2 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führen zu entsprechenden internen Verrechnungen zwischen den Bezirksjugendsekretariaten/Regionen.
- +/-3,9 Saldoneutrale Mehraufwendungen/-erträge beim der Leistungsgruppe zugeordneten Zentrum für Gehör und Sprache (ZGSZ)

Ertrag (+27,6):

- +23,2 Saldoneutrale Posten wie oben beschrieben
- 1,3 Rückläufige Rückerstattungen von Stipendien und Ausbildungsdarlehen
- +2,7 Vermehrte auftragsbezogene Dienstleistungsverrechnungen der Bezirksjugendsekretariate an Gemeinden und Dritte
- +0,5 Höher ausfallender Beitrag des Bundes an die Stipendienausgaben
- +1,6 Steigende Beiträge von Gemeinden (+1,1) u.a. infolge höherer Kosten für sonderpädagogische Massnahmen im Frühbereich sowie nicht budgetierte Beiträge eigener Anstalten (+0,5)
- +0,9 Rückstellungsauflösung aus Vorjahr

Aufwand (-23,6):

- 23,2 Saldoneutrale Posten wie oben beschrieben
- +5,7 Kosten für ausserkantonale Platzierungen von Kindern/Jugendlichen fielen tiefer als erwartet aus.
- 2,0 Beiträge an innerkantonale Kinder- und Jugendheime stiegen an.
- +0,5 Minderaufwendungen bei den Ausbildungs- (+0,2) und übrigen Staatsbeiträgen (+0,3).
- 1,1 Gestiegene Personalkosten bei den Bezirksjugendsekretariaten u.a. infolge Zunahme verrechenbarer Leistungsaufträge
- 5,4 Höhere Kosten für sonderpädagogische Massnahmen und Abklärungen im Frühbereich (NFA-Auswirkung)
- +2,1 Geringere Sach- und Projektkosten bei den Bezirksjugendsekretariaten (+2,0) sowie im Stipendienbereich (+0,1) aufgrund zeitlicher Verzögerungen
- 0,3 Zunahme kantonsinterner Belastungen/Bezüge

Investitionsrechnung

Einnahmen (-0,7):

- 0,7 Bundesbeiträge für Bauprojekte ZGSZ aufgrund Projektverzögerungen noch ausstehend.

Ausgaben (+0,3):

- +0,3 Bauverzögerungen beim ZGSZ (+1,0) sowie höhere Investitionsbeiträge an Kinder-/Jugendheime (-0,7; Verschiebung aus Vorjahren)

Personal

Im Budgetierungszeitpunkt bestanden aufgrund der komplexen Erhebung offene Zuordnungsfragen. Der korrekte Wert 2007 belief sich auf 444,1. Veränderungen ergaben sich im Wesentlichen durch: Stellenaufstockungen Bezirksjugendsekretariate (+30,3), Übernahme Jugend- und Familienhilfe Wädenswil (+3,7), neue NFA-bedingte Zentralstelle Sonderpädagogik Frühbereich (+3,8), Wechsel Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst zur Gesundheitsdirektion (-18,5).

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Anzahl zivilrechtlicher Kinderschutzmassnahmen bezogen auf die Gesamtzahl der geführten Fälle (Bezirksjugendsekretariate)	max.	36%	38%	35%	-3%
W2	Austritte aus stationären Einrichtungen gemäss individuellen Planungen	min.	84%	80%	83%	3%
Leistungen						
L1	Anzahl Fälle Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate)	P	15 030	17 100	15 920	-1 180
L2	Durchlaufzeiten der Stipendien- und Darlehensgesuche: Anteil der Gesuche, die zwei Monate nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen entschieden sind	min.	90%	85%	87%	2%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate)		1 017	1 150	1 008	-142
B2	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit sozialpädagogischem Angebot		358	370	352	-18
B3	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit Berufsbildungsangebot		461	456	470	14
Abweichungsbegründungen						
W1	Es wird angestrebt, die Anzahl der zivilrechtlichen Kinderschutzmassnahmen durch verbesserte Prävention zu senken.					
L1	Im Budgetierungszeitpunkt wurde von höheren Werten ausgegangen. Die Fallzahlen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 890 an und wurden erstmals flächendeckend basierend auf der bei den Beratungsstellen eingesetzten Fallapplikation KLIB ermittelt.					
B1	Der durchschnittliche Nettoaufwand reduzierte sich infolge der gestiegenen Fallzahlen.					

7502 Berufs- und Studienberatung

Hauptereignisse

In den kantonalen Berufsberatungsstellen wurden gesamthaft 13 364 Einzelberatungen durchgeführt (Vorjahr 13 429), davon entfielen 8394 oder 63% auf Jugendliche bis 20 Jahre (9007 bzw. 67%). Die Berufsinformationszentren (BIZ) verzeichneten rund 51 700 Besucherinnen und Besucher (52 600).

Seit dem Schuljahr 2005/06 wird in den Berufsinformationszentren flächendeckend auf der Grundlage des Rahmenkonzepts Zusammenarbeit Berufsberatung und Schule des Bildungsrates gearbeitet. Die in diesem Jahr durchgeführte Evaluation zeigt erfreuliche Ergebnisse. Das Kernstück des Rahmenkonzepts, der Berufswahlfahrplan, wird von den Lehrpersonen und den Beratenden als sehr nützlich beurteilt. In allen Schulgemeinden werden zudem Schulhausprechstunden angeboten, die von den Jugendlichen rege genutzt werden. Diese Zusammenarbeit gemäss Rahmenkonzept ist ein integrierter Bestandteil des Projekts Neugestaltung des 9. Schuljahres, das flächendeckend eingeführt werden soll.

Nach wie vor ist die Lehrstellensituation angespannt. In einer gemeinsamen Aktion des Laufbahnzentrums der Stadt Zürich und der Berufsberatung des Kantons Zürich wurde dieses Jahr die Veranstaltung «Last Call: Kein Abschluss ohne Anschluss» organisiert. Diese richtet sich an Jugendliche, die am Ende ihrer Schulzeit trotz aller Bemühungen noch keine Anschlusslösung hatten. 169 Jugendliche folgten dem Aufruf, allen konnte eine Lösung zugewiesen werden.

Die Kompetenzenbilanzseminare und das Validierungsverfahren zur Fachangestellten und zum Fachangestellten Gesundheit stossen weiterhin auf reges Interesse. 76 Teilnehmende absolvierten ein Kompetenzenbilanzseminar, 612 Personen besuchten eine der 20 Informationsveranstaltungen über das Validierungsverfahren. 431 dieser Personen entschieden sich, die nächsten Schritte zum Erwerb des Eidgenössischen Zertifikats Fachangestellte Gesundheit zu absolvieren. 109 Personen besuchten ein Begleitseminar, um sich bei der Erstellung ihrer Kompetenzenbilanz von Fachpersonen unterstützen zu lassen, 9 Personen holten sich diese Unterstützung in einem Einzelcoaching.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der allgemeinen Berufsberatung
A2	Führung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (einschliesslich Kompetenzenbilanz)
A3	Führung von allgemeinen Berufsberatungsstellen sowie Berufsinformationszentren im Kanton Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

E1	Unterstützung der Jugendlichen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen	2009
E2	Bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe und Berufsberatung Verzögert Die Vernehmlassung zum Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe ist für Januar bis April 2009 geplant, die Umsetzung dauert voraussichtlich bis 2011.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,5	15,9	16,8	0,9
Aufwand	-29,8	-32,2	-31,3	1,0
Saldo	-14,3	-16,3	-14,5	1,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,0	-0,3		0,3
Saldo	-0,0	-0,3		0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	111,6	120,3	115,1	-5,2

Erfolgsrechnung

Die Leistungsgruppe 7502 Berufs- und Studienberatung umfasst die zentrale Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung des Amtes für Jugend und Berufsberatung sowie die dezentralen Berufsberatungen/Berufsinformationszentren (BIZ) der Bezirksjugendsekretariate.

Ertrag (+0,9):

- +0,7 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führen zu entsprechenden internen Verrechnungen zwischen den Bezirken/Regionen, die sich im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- +0,3 Höhere (Projekt-)Beiträge des Bundes
- 0,4 Geringere Betriebsbeiträge der Gemeinden aufgrund der Budgetunterschreitungen bei den dezentralen Berufsberatungsstellen/BIZ.
- +0,1 Kurs- und Seminareinnahmen fielen höher als erwartet aus.
- +0,2 Nicht budgetierte Rückstellungsauflösung aus Vorjahr

Aufwand (+1,0):

- +0,3 Geringerer Personalaufwand infolge Personalmutationen und Projektverzögerungen
- +1,3 Tiefer ausfallende Sach- und Projektkosten bei zentralen (+0,6) wie dezentralen (+0,7) Stellen
- +0,1 Weniger Abschreibungen / kalkulatorische Zinsen aufgrund Wegfall Investitionsaufwand Vorjahr
- +0,2 Staatsbeiträge fielen tiefer als erwartet aus.
- 0,2 Nicht budgetierte Bildung von Rückstellungen
- 0,7 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten/Verrechnungen (siehe Ertrag)

Investitionsrechnung

Ausgaben (+0,3):

- +0,3 Die für Einbauten und Einrichtungen an allen Berufsberatungs- bzw. BIZ-Standorten geplanten Mittel wurden nicht beansprucht.

Personal

Im Budgetierungszeitpunkt bestanden aufgrund der komplexen Erhebung (mehrere Buchungskreise und Zahlstellen) offene Zuordnungsfragen, die zwischenzeitlich in Zusammenarbeit mit dem Personalamt geklärt und bereinigt werden konnten. Der korrekte durchschnittliche Beschäftigungsumfang 2007 belief sich auf 114,7 Angestellte. Im Berichtsjahr ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1 Anteil Berufsberater mit Integration in die Bildungs- und Arbeitswelt (Allgemeine Berufsberatung/Bezirksjugendsekretariate)	min.	97%	>98%	90%	-8
Leistungen					
L1 Anzahl Berufsberatungen (Allgemeine Berufsberatung/Bezirksjugendsekretariate)	P	11 220	11 000	11 015	15
Wirtschaftlichkeit					
B1 Nettoaufwand pro Berufsberatung (in Fr.) (Allgemeine Berufsberatung/Bezirksjugendsekretariate)		1 021	1 050	1 087	37
Abweichungsbegründungen					
W1 Die Verschlechterung des Ergebnisses ist teilweise auf Datenbankumstellungen bei der Fallführungsapplikation BAIZ zurückzuführen. Im Rahmen der Umstellung mussten Erfassungsmerkmale und Datenkatalog (Definition Bildungsstufen, Lehrgänge, Berufsausbildungen, Weiterbildungen usw.) den aktuellen Entwicklungen entsprechend (neues Berufsbildungsgesetz) angepasst werden. Vorjahresvergleiche sind damit nur noch bedingt möglich.					
B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand stieg aufgrund des Kostenzuwachses (u. a. Besoldungsentwicklung) an.					

7403 Fonds Teilverlegung der Universität

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Dieses Globalbudget stellt in Form eines Fonds die Investitionsausgaben und Bundeseinnahmen für Bauten auf dem Irchelareal der Universität dar. Der Fonds wurde 1971 zur Tilgung der durch die Teilverlegung der Universität entstehenden und vom Kanton zu tragenden Baukosten durch das Gesetz (Gesetz über die Teilverlegung der Universität vom 14. März 1971) geschaffen. In dieser Leistungsgruppe werden die Abschreibungen und Zinsen gemäss den Bilanzwerten der Liegenschaft der Universität Irchel sowie der Eingang der Bundessubventionen für die bisherigen Bauetappen verbucht.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6,8	6,2	6,1	-0,1
Rückerstattung aus Laufender Rechnung	6,8	6,2	6,1	-0,1
Aufwand	-6,8	-6,2	-6,1	0,1
Abschreibungen	-5,0	-4,5	-4,5	0,1
Zinsen	-1,9	-1,7	-1,7	0,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-4,0		4,0
Saldo		-4,0		4,0
Fondsbestand				
Fondsbestand				

Indikatoren

Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.



Ohne Titel (Matti Braun)



Gedeihen-Sein (Hans Affeltranger)



Fliegende Zeichnung (Al Meier)

Baudirektion

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich ein nachhaltig attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastruktur wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe (Archäologie, Denkmalpflege und historische Ortsbilder). Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und bedrohte Tier- und Pflanzenarten, für saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effiziente Energienutzung.

Bautätigkeit

Das Berichtsjahr war von einer regen Bautätigkeit geprägt. Bei der Westumfahrung Zürich wurde ein Riesenschritt auf dem Weg zu den Eröffnungen im Frühling (Üetlibergtunnel) und Herbst 2009 (A4 im Knonaueramt) gemacht. Brücken, Tunneln und Strassen sind erstellt, die Arbeiten nähern sich augenfällig dem Ende.

Im Bereich Wasserbau wurde im Berichtsjahr ein Pionierprojekt in den Thurauen gestartet. Dabei handelt es sich um Schutzmassnahmen gegen Hochwasser mit gleichzeitiger Renaturierung des grössten Auenschutzgebietes im Schweizer Mittelland. Mit dem Spatenstich begann im Sommer die erste Baustapen des Projekts, das sich voraussichtlich bis ins Jahr 2020 erstrecken wird.

Im Frühling wurde in Zürich der Neubau des Zentrums für Gehör und Sprache eingeweiht, im Herbst fanden die Aufrichtefeier für das Bezirksgebäude in Dietikon und die Einweihung des neuen Unterkunftsgebäudes im Ausbildungszentrum Andelfingen statt. Die Architekten zweier Schulbauten des Hochbauamts wurden international ausgezeichnet. Es handelt sich dabei um den Neubau der Technischen Berufsschule Zürich und die Erweiterung der Kantonsschulen Rychenberg und Im Lee in Winterthur.

Im Herbst des Berichtsjahres wurden die Bauarbeiten am Schloss Laufen am Rheinflall aufgenommen. Ziel ist die Instandstellung und Attraktivitätssteigerung des Schlosses. Zudem soll der Zugang zum Rheinflall instand gestellt und erneuert werden. Die Anlagen sollen im Sommer 2009 in Betrieb genommen werden.

Umweltbericht

Am 18. November wurde der fünfte Umweltbericht des Kantons Zürich vorgestellt. Mit dieser Publikation erfüllt die Baudirektion den gesetzlichen Auftrag, die Bevölkerung über die Umweltauswirkungen menschlicher Tätigkeiten sowie über den Zustand einzelner Umweltbereiche wie Luft, Wasser oder Boden zu orientieren. Daneben informiert der Bericht über die wichtigsten Umweltziele des Kantons Zürich.

Insgesamt kommt der Umweltbericht zum Schluss, dass der Umweltschutz im Kanton in vielen Bereichen ein sehr hohes Niveau erreicht hat. Es gibt jedoch Umweltbereiche, bei denen – trotz hohem Handlungsbedarf – eine weitere Verbesserung der Umweltqualität an Grenzen stösst. Der Bericht betont, dass die letzten vier Jahre geprägt waren von wirtschaftlicher Erholung und Wirtschaftswachstum. Viele Arbeitsplätze konnten neu geschaffen werden, wodurch der Standort Zürich für Arbeitnehmende noch attraktiver wurde. Dies führte zu einer weiteren Ausdehnung des Agglomerations- und Wirtschaftsraums Zürich. Im Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum wie auch bei den gesteigerten Ansprüchen der Bevölkerung sind Ursachen erkennbar, dass die Umweltschutzanstrengungen in den letzten vier Jahren kaum zu weiteren Fortschritten geführt haben.

Des Weiteren betont der Bericht, dass von den erlahmenden Fortschritten des Umweltschutzes auch Bereiche betroffen sind, die von hoher gesundheitlicher Bedeutung sind. Dies wird exemplarisch anhand der Lärm- und Luftbelastungen aufgezeigt: Bei den Belastungen mit Luftschadstoffen sind seit dem Jahr 2000 keine Fortschritte mehr verzeichnet worden, und auch die Verminderung des Strassenverkehrslärms ist an Grenzen gestossen.

Schwerpunktthema «Energie»

Die Baudirektion definierte im Berichtsjahr erstmals ein ämterübergreifendes Schwerpunktthema. Ziel war es, mit einem angemessenen Aufwand intern und extern eine möglichst grosse Wirkung zu erzielen. Für den Pilotversuch wurde das Thema «Energie» gewählt. Das Thema betrifft die Baudirektion konkret: Sie stellt die Energieversorgung sicher und fördert die Energieeffizienz sowie alternative Energien. Unter dem Schwerpunktthema «Energie» wurden direktionsweit gegen zwanzig Aktivitäten und Veranstaltungen durchgeführt. So gab es unter anderem mehrere Lunchkino-Aufführungen für die Mitarbeitenden sämtlicher Direktionen, eine Energiewoche vor dem schweizweiten Energyday, aber auch Medienanlässe und Medienmitteilungen, beispielsweise zu den Themen «Minergie-Rating», «erneuerbare Energien im Kanton Zürich» und «Geothermie». Zudem erschien ein Themenheft «Energie» der ZUP (Zürcher Umwelt-Praxis). Das Ziel «Der Energie ein Gesicht geben» wurde erreicht.

Auch unabhängig vom Schwerpunktthema standen Energie- und Klimafragen nicht zuletzt infolge der hohen Erdölpreise im Zentrum. Die Energieversorgung im Kanton war jederzeit sichergestellt. Die Strompreise gehören schweizweit zu den günstigsten. Mit mehr als 700 ausgestellten Minergie-Labeln hat sich die energieeffiziente Bauweise im Kanton Zürich weiterhin stark verbreitet. Für die weitere Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien wurden neue energetische Bauvorschriften und ein neuer Rahmenkredit (2010–2020, 40 Mio. Franken) für das Förderprogramm vorbereitet.

Geologisches Tiefenlager

Das Bundesamt für Energie (BFE) hat am 6. November sechs mögliche Standortregionen bekannt gegeben, die sich aufgrund ihrer Geologie für den Bau eines Tiefenlagers für radioaktive Abfälle eignen würden. Zwei dieser Regionen liegen im Kanton Zürich: eines im Zürcher Unterland (nördlich Lägeren) und eines im Weinland. Aufgrund der heute vorliegenden Erkenntnisse lehnt der Zürcher Regierungsrat

ein solches Lager auf Kantonsgebiet ab. Gleichzeitig sicherte er den betroffenen Gemeinden seine Unterstützung zu, wie er sie auch im Rahmen der Information und Kommunikation für die Regionen gewährt hatte.

Die Auswahl der sechs Regionen bedeutet noch keinen Entscheid für einen oder mehrere Standorte, bildet jedoch die Grundlage für die weiteren Prüfungen und Untersuchungen, zu denen die Kantone, Gemeinden, Nachbarstaaten sowie die Bundesbehörden Stellung nehmen können. Der endgültige Entscheid wird erst in rund zehn Jahren fallen.

Die Baudirektion stand den beiden betroffenen Regionen auf Zürcher Kantonsgebiet teilweise bereits das ganze Jahr über mit Fach- und Kommunikationsunterstützung zur Seite. Dies wurde sowohl im Weinland als auch im Unterland positiv aufgenommen und trug in den Regionen auch nach dem 6. November massgeblich zu einem sachlichen Klima bei.

2009 wird es in erster Linie darum gehen, gemeinsam mit dem Bundesamt für Energie und den betroffenen Standortgemeinden eine regionale Partizipation aufzubauen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Gemeinden bestmöglich in das Auswahlverfahren eingebunden werden können.

50 Jahre Archäologie und Denkmalpflege

Die Kantonsarchäologie und die kantonale Denkmalpflege Zürich feierten ihr 50-jähriges Bestehen. Seit 1958 sorgen sie in der Baudirektion dafür, dass die Spuren und Hinterlassenschaften unserer Vorfahren im Kanton inventarisiert, freigelegt, dokumentiert, renoviert, konserviert und – wo möglich – geschützt werden. Begonnen hat es vor einem halben Jahrhundert mit einer Teilzeitstelle: Am 13. Januar 1958 nahm Dr. Walter Drack seine Tätigkeit als «Denkmalpfleger archäologisch-historischer Richtung» im Halbtagespensum auf. Heute befasst sich eine eigenständige Abteilung mit den verschiedenartigen Arbeitsfeldern.

Eine breite, über das ganze Jahr verteilte Palette von Aktivitäten trug im Jubiläumsjahr dazu bei, das überaus reiche kulturelle Erbe des Kantons Zürich einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Den Startschuss markierte die Eröffnung eines Schaufensters, das im Bereich der archäologischen Dauerausstellung des Schweizerischen Landesmuseums eingerichtet wurde. Die bewusst klein gehaltene Sonderausstellung zeigte ein Jahr lang ausgewählte Fundobjekte von archäologischen Ausgrabungen sowie einen Bilderreigen zu Denkmalpflegeobjekten.

Einen wichtigen Höhepunkt bildete die Ausstellung «Der schöne Schein» im Museum Bellerive. Auf lustvolle und unkonventionelle Art wurden zahlreiche Schätze der Archäologie und Denkmalpflege präsentiert. Die historischen Interieurs aus den Beständen der Denkmalpflege wurden dabei den Arbeiten zeitgenössischer Künstler gegenübergestellt.

Einen weiteren Höhepunkt stellten acht öffentliche Exkursionen dar, die im Frühjahr und Herbst angeboten wurden. Sie führten zu archäologischen und denkmalpflegerischen Schauplätzen in der Zürcher Landschaft. Die interessierte Bevölkerung konnte sowohl römische Wachtürme und mittelalterliche Burgen als auch Wohnbauten und Industrieanlagen aus der Neuzeit besichtigen.

Legislaturziele

Die Baudirektion ist zuständig für die Massnahmen 6.1 (zusammen mit der Staatskanzlei), 6.5, 8.1–8.7, 9.2, 9.3 sowie 10.1–10.3 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Legislaturziele berichtet. In diesem Kapitel folgt die Berichterstattung über die zusätzlichen Legislaturziele der Baudirektion. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Baudirektion haben mit ihrer Arbeit auch im Berichtsjahr in vielfältiger Weise dazu beigetragen, dass der Kanton Zürich für Bevölkerung und Wirtschaft ein nachhaltig attraktiver Standort ist.

Legislaturziel	1. Raumentwicklung: Nachhaltige Nutzung und Entwicklung von Siedlungen und Landschaft im Lebens- und Wirtschaftsraum Kanton Zürich sowie Steigerung der Attraktivität als Erholungsraum
Massnahme	1.1. Zentrale Bereitstellung von raumbezogenen Daten
Stand	Planmässig
Kommentar	Sämtliche verfügbaren Daten der amtlichen Vermessung (AV) stehen unter www.dav.zh.ch zentral zur Verfügung. Seit dem 1. April 2007 können die Grosskunden mit einem Dauerbenützervertrag, seit 1. Juli 2008 auch die gelegentlichen Kunden diese Dienstleistung nutzen. Die Raumbeobachtung wird periodisch aktualisiert und im Internet veröffentlicht.
Massnahme	1.2. Erarbeiten eines kantonalen Geoinformationsgesetzes, GeolG
Stand	Planmässig
Kommentar	Das eidgenössische Geoinformationsgesetz vom 5. Oktober 2007 (GeolG) verlangt verschiedene Ausführungsbestimmungen auf kantonalen Stufe. Mit RRB Nr. 58/2008 wurde die Baudirektion beauftragt, einen Antrag für ein kantonales Geoinformationsgesetz zu unterbreiten. Es ist vorgesehen, im ersten Quartal 2009 das Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Parallel zum Geoinformationsgesetz werden die allgemeine Geoinformationsverordnung, die Verordnung über die amtliche Vermessung, die Leitungskatasterverordnung, die Kataster-Verordnung für öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) und die Gebührenverordnung neu ausgearbeitet (vgl. Rechtsetzungsprogramm).
Massnahme	1.3. Raum Flughafen/Glattal; Planungssicherheit durch Festsetzung der langfristigen Entwicklungsperspektiven für die Flughafenregion im kantonalen Richtplan und im Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt, kompensatorische Massnahmen im Planungs- und Baubereich für die Flughafengemeinden
Stand	Verzögert
Kommentar	Massgebender Sachplanprozess des Bundes hat weitere Verzögerungen erfahren und verzögert damit auch die Klärung der raumplanerischen Rahmenbedingungen. Da der Sachplan und der kantonale Richtplan verfahrensmässig und inhaltlich koordiniert erlassen werden sollen, ist für die angestrebte Rechtssicherheit entscheidend, dass das ordentliche Verfahren zum Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt noch 2009 gestartet werden kann.
Massnahme	1.4. Raum Limmattal und Glattal; Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr
Stand	Abgeschlossen

Kommentar	Es wurde darauf hingewirkt, dass die Limmattalbahn im Agglomerationsprogramm Kanton Zürich den angemessenen Stellenwert erhält. Die fachliche Beteiligung an der Vertiefung zur Ringbahn Hardwald ist im Gang.
Massnahme	1.5. Gestaltungsplan Üetliberg Uto Kulm
Stand	Verzögert
Kommentar	Die öffentliche Auflage zur Teilrevision des Richtplans und des Gestaltungsplans ist erfolgt. Die Auswertung hat sich aufgrund des ausstehenden Gutachtens der eidgenössischen Kommission für Natur- und Heimatschutz verzögert.
Massnahme	1.6. Nutzungskonzept Flugplatz Dübendorf
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.2
Massnahme	1.7. Schonung von Bodenressourcen durch Flächenrecycling
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.4
Massnahme	1.8. Raumsicherung für ober- und unterirdische Gewässer und Seen
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.3
Massnahme	1.9. Raumsicherung für Infrastrukturanlagen der Ver- und Entsorgung
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Richtplanvorlage Ver- und Entsorgung wurde am 9. Juli vom Regierungsrat an den Kantonsrat überwiesen.
Massnahme	1.10. Projekt Standortpolitik/Verkehr/Parkierung Publikumsintensive Einrichtungen
Stand	Planmässig
Kommentar	Dieses Projekt steht in Zusammenhang mit den Teilrevisionen des Planungs- und Baurechts, welche in Entwicklungsschwerpunkt E2 in der Leistungsgruppe 8000 kommentiert werden (vgl. auch Rechtsetzungsprogramm).
Massnahme	1.11. Waldentwicklungsplanungen
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.5
Legislaturziel	Infrastruktur: Infrastruktur mit hoher Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sowie guter gestalterischer Qualität planen, erstellen und betreiben.
Massnahme	2.1. Bereitstellung der Infrastruktur zu angemessenen Kosten und mit Rücksicht auf soziale, städtebauliche, architektonische und ökologische Anliegen
Stand	Planmässig
Kommentar	
Massnahme	2.2. Sicherstellung einer kostengünstigen und bedürfnisgerechten Werterhaltung und Entwicklung der kommunalen und privaten Ver- und Entsorgungsanlagen
Stand	Planmässig

Kommentar	Folgende Arbeiten sind erfolgt: Empfehlung zum finanziellen Führungssystem der Wasserver- und Abwasserentsorgung wurde publiziert; Schulung der Gemeindeverantwortlichen; Überprüfung der finanziellen Situation Wasserver- und Abwasserentsorgung in 41 Gemeinden. In Zusammenarbeit mit den Eignern der Kehrichtverbrennungsanlagen wurde ein finanzielles Führungssystem für Kehrichtverbrennungsanlagen entwickelt, das Transparenz in der Gebührengestaltung und der langfristigen Finanzplanung mit sich bringt.
Legislaturziel	3. Lebensgrundlagen: Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen vor Gesundheitsrisiken und anderen schädlichen und lästigen Einwirkungen; Schutz der Artenvielfalt; Förderung der natürlichen Lebensräume und Erhaltung des Kulturlandes als Produktionsgrundlage für die Nahrungsmittelerzeugung; Schonung der Ressourcen Wasser, Luft und Boden
Massnahme	3.1. Entwicklung eines Umweltcontrollings für den Kanton
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Das neue Umweltcontrolling wurde im fünften kantonalen Umweltbericht des Kantons Zürich vom 18. November umgesetzt. Er enthält alle Elemente des Umweltcontrolling-Regelkreises in einer ansprechenden und grafisch unterstützten Form: Umweltzielsetzungen mit Indikatoren als Messgrössen; Feststellung und Beurteilung der Zielerreichung und des daraus entstehenden Handlungsbedarfes; Massnahmen zur Deckung des Handlungsbedarfes.
Massnahme	3.2. Lärmsanierung entlang Strassen gemäss Umweltschutzgesetz
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.6
Massnahme	3.3. Verbesserung des Hochwasserschutzes
Stand	Planmässig
Kommentar	Grundlagearbeiten sind abgeschlossen, Sofortmassnahmen in die Wege geleitet, interkantonales Frühwarn- und Kriseninformationssystem (IFKIS) für Sihl ist in Probetrieb. Der Handlungsbedarf ist priorisiert, die Koordination zwischen Stadt/SBB/SZU und Kanton läuft.
Massnahme	3.4. Altlasten werden innert einer Generation ab Inkrafttreten der Altlastenverordnung saniert
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.4
Massnahme	3.5. Sicherung der Produktionsflächen für die Land- und Forstwirtschaft
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.5

Legislaturziel	4. Kulturelles Erbe: Erhalt und Schutz von historischen Ortsbildern, von Bau-, Kultur- und Naturdenkmälern, von archäologischen Kulturgütern sowie von Landschaften mit kultureller Bedeutung (z. B. alte Obstgärten, Torfstiche, historische Weinberge)
Massnahme	4.1. Gezielter Einsatz der knappen Mittel auf die wertvollen Kulturgüter
Stand	Verzögert
Kommentar	Aufgrund von fehlenden personellen Ressourcen konnte das Inventar überkommunaler Schutzobjekte noch nicht aktualisiert und vervollständigt werden, sodass der gezielte Einsatz der knappen Mittel nur bedingt möglich ist. Ausserdem kann aufgrund der Personalknappheit nicht mehr gewährleistet werden, dass alle wertvollen Kulturgüter ausreichend betreut bzw. geschützt werden können. Siehe Entwicklungsschwerpunkt E2 in der Leistungsgruppe 8300.
Legislaturziel	5. Verbesserte Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft: Unterstützung der Landwirtschaft bei der Bewältigung des Strukturwandels
Massnahme	5.1. Mit Bildung und Beratung am Strickhof die Voraussetzungen für eine marktfähige, umweltverantwortliche und multifunktionale Zürcher Landwirtschaft schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.5
Massnahme	5.2. Verstärkte Förderung der unternehmerischen Kompetenzen angehender Betriebsleiter in der höheren Berufsbildung
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.5
Massnahme	5.3. Optimierung des Umweltschutzzollzugs in der Landwirtschaft in den Bereichen Luft und Gewässer mit dem Ziel, die Selbstverantwortung der Landwirte zu stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.5
Massnahme	5.4. Erarbeiten einer Strategie bezüglich des landwirtschaftlichen Bauens ausserhalb der Bauzonen mit dem Ziel, wettbewerbsfähige Strukturen zu fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.5
Legislaturziel	6. Verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft: Unterstützung der Industrie und des Gewerbes bei der Bewältigung des Umweltschutzzollzugs.
Massnahme	6.1. Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens durch interne Prozessoptimierungen, verstärkter Einsatz von elektronischen Hilfsmitteln und bessere Informationen der Gesuchsteller
Stand	Planmässig

Kommentar Zur Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens wurden acht Merkblätter zu verschiedenen Themen betreffend Bauen ausserhalb der Bauzonen erarbeitet. Weiter wurde das Baugesuchsformular mit einem Barcode versehen. Dies ermöglicht es, die Grunddaten (Bauvorhaben, Kataster-/Gebäudeversicherungsnummer, Gesuchsteller-/Grundeigentümeradressen usw.) der von der Bauherrschaft elektronisch ausgefüllten Gesuchsformulare bei der Leitstelle für Baubewilligungen elektronisch in die Geschäftskontrolle einzulesen. Dadurch entfällt die erneute manuelle Erfassung beim Kanton.

Legislaturziel 7. Energie: Die Effizienzpotenziale und die wirtschaftlichen erneuerbaren Energien werden mit den besten einsetzbaren Technologien ausgeschöpft, um die CO₂-Emissionen von heute 6 Tonnen bis 2035 auf 3,5 Tonnen pro Einwohner und Jahr zu senken.

Massnahme [7.1. Verbrauchsabnahme fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich](#)

Stand Planmässig

Kommentar Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 9.2

Massnahme [7.2. Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien](#)

Stand Planmässig

Kommentar Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 10.2

Massnahme [7.3. Vorbildfunktion des Kantons](#)

Stand Planmässig

Kommentar Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 9.3

Legislaturziel 8. Zielgerichteter Umgang mit den Finanzmitteln: Weiterentwicklung des Immobilienmanagements durch Standort- und Flächenoptimierungen (Effektivität) sowie Optimierung der Bewirtschaftung (Effizienz)

Massnahme [8.1. Bereitstellung von Entscheidungsgrundlagen für eine zielgerichtete Investitionspolitik des Regierungsrates](#)

Stand Planmässig

Kommentar

Massnahme [8.2. Erstellen einer Gesamtsicht für den Regierungsrat für die frühzeitige Steuerung der Hochbauinvestitionen](#)

Stand Verzögert

Kommentar Das Konzept für die Berichterstattung «Nettoinvestitionen Hochbau (NIV)» liegt vor. Der Aufwand für die Einführung der Prozesse, die Schulung der Berichterstattungspflichtigen sowie die Beschaffung der Datengrundlagen war höher als erwartet. Aus diesem Grund kann eine ganzheitliche Berichterstattung NIV erst im Jahr 2009 erfolgen.

Massnahme [8.3. Raumangebot und Raumnutzung optimieren](#)

Stand Planmässig

Kommentar

Massnahme [8.4. Entwicklung und Umsetzung der Strategie für ein zielgerichtetes Immobilienmanagement](#)

Stand Planmässig

Kommentar

Legislaturziel	9. Kompetente Partnerin: Die Baudirektion ist für die Bevölkerung und Wirtschaft eine kompetente, zuverlässige und lösungsorientierte Partnerin. Sie fördert die Zusammenarbeit mit Gemeinden, anderen Kantonen, dem Bund und dem benachbarten Ausland.
Massnahme	9.1. Gesuche und Anfragen werden kompetent und kundenorientiert behandelt und wo möglich mit moderner Technologie (beispielsweise E-Government) unterstützt.
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Baudirektion sucht ständig nach Möglichkeiten, ihre Kundenorientierung und ihre Prozesse durch organisatorische und technische Massnahmen zu verbessern. Im Berichtsjahr ist dies im Bereich der Baubewilligungsverfahren, wie unter Legislaturziel der Direktion 6.1. beschrieben, erfolgt.
Legislaturziel	10. Attraktive Arbeitgeberin: Die Baudirektion verfügt über ein modernes, einheitliches und wertorientiertes Human Resources Management.
Massnahme	10.1. Gezielte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden und des Kaders der Baudirektion, insbesondere Förderung einer hohen Führungs- und Sozialkompetenz
Stand	Planmässig
Kommentar	Wichtige Umsetzungsarbeiten der Personalpolitik und der Personalmanagement-Strategie: Schulung sämtlicher Führungskräfte im Bereich Leistungsbeurteilung, Schulung von Vorgesetzten in Gesprächsführung sowie Weisung und Umsetzung neues Spesenreglement (einheitliche Anwendung der gesetzlichen Grundlagen in der ganzen Direktion)
Massnahme	10.2. Zielvereinbarungen und Mitarbeiterbeurteilungen werden konsequent und einheitlich umgesetzt.
Stand	Planmässig
Kommentar	Wichtige Umsetzungsarbeiten der Personalpolitik und der Personalmanagement-Strategie: Schulung sämtlicher Führungskräfte im Bereich Leistungsbeurteilung, Schulung von Vorgesetzten in Gesprächsführung sowie Weisung und Umsetzung neues Spesenreglement (einheitliche Anwendung der gesetzlichen Grundlagen in der ganzen Direktion)

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	532,2	539,1	537,0	-2,1
Aufwand	-769,3	-760,3	-751,0	9,3
Saldo	-237,0	-221,2	-214,0	7,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	18,7	12,9	7,8	-5,1
Ausgaben	-80,2	-99,7	-70,2	29,5
Saldo	-61,5	-86,8	-62,4	24,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1265,7	1306,2	1296,0	-10,2

Erfolgsrechnung

- +16,4 Geringerer Aufwand im Tiefbauamt (saldoneutral)
- +7,0 Auflösungsertrag Rückstellung PJZ
- +6,7 Geringerer Aufwand in den Fonds der Baudirektion, insbesondere im Natur- und Heimatschutzfonds
- +6,4 Höhere Beiträge vom Bund für Naturschutzleistungen, Walderhaltungsmassnahmen und Bekämpfung von Feuerbrand
- +5,2 Höhere Erträge aus der Bewirtschaftung von Liegenschaften
- +3,8 Mehrerträge im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft durch höhere Heimfallverzichtentschädigung Kraftwerk Eglisau (gemäss Projektfortschritt) und durch höhere Gebühren und Dienstleistungen
- +3,2 Auflösungsertrag Rückstellungen für die Sanierung der Teerablagerungen im Zürichsee
- 3,4 Höherer Aufwand für die Altlastensanierung durch die Sondermülldeponie Kölliken und die Sanierung der Teerablagerungen im Zürichsee
- 4,3 Geringerer Ertrag der Fachstelle Naturschutz (ALN) infolge geringeren Übertrags vom Natur- und Heimatschutzfonds
- 7,4 Höherer Aufwand durch höhere Einlagen in die Fonds der Baudirektion, insbesondere im Natur- und Heimatschutzfonds
- 10,5 Geringere Buchgewinne auf Liegenschaften im Finanzvermögen: Ein grosser Verkauf bzw. Buchgewinn, der für das Berichtsjahr geplant war, konnte bereits im Jahr 2007 ausgeführt werden.
- 16,4 Geringerer Ertrag im Tiefbauamt (saldoneutral)

Investitionsrechnung

- +11,5 Geringere Hochbauinvestitionen, vor allem im Immobilienamt
- +6,9 Geringere Ausgaben für Investitionsbeiträge
- +4,2 Geringere Ausgaben für Wasserbauinvestitionen
- +3,1 Geringere Ausgaben für Eigentumsbeschränkungen, vor allem im Natur- und Heimatschutzfonds
- +2,0 Geringere Ausgaben für Informatikinvestitionen
- +1,6 Geringere Ausgaben für durchlaufende Investitionsbeiträge
- 1,6 Geringere Einnahmen für durchlaufende Investitionsbeiträge
- 3,1 Geringere Bundesbeiträge an Hochwasserschutzprojekte infolge von Verzögerungen im Zusammenhang mit der NFA

Personal

- 30,9 Temporäre Vakanzen in verschiedenen Leistungsgruppen
- +2,1 Neue Stellen innerhalb des Stellenplans beim Immobilienamt (Amtsjurist und Reinigungspersonal)
- +2,5 Stellenverschiebungen (Personaladministration und Liegenschaftenverwaltung)
- +16,0 Veränderungen von Stellen ausserhalb des Stellenplans (Sozialplanstellen, Lehrbeauftragte, befristete Projektmitarbeiter)

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
8700 IMA: Projekt 10 630: Bezirksgebäude Dietikon; Neubau	0,0	-14,0	-11,5	2,5
8700 IMA: Projekt 11 529: Bezirksgebäude Meilen; Erweiterung	-2,3	-2,9	-3,2	-0,3
8700 IMA: Projekt 20 184: Rechberg Hauptgebäude; Umsetzung Sanierung	0,0	-1,0	0,0	1,0
8700 IMA: Projekt 11 900: PJZ (Polizei- und Justizzentrum, Zürich); Neubau	0,0	0,0	0,0	0,0
8500 AWEL: Projekt 85W-700: Thurmündung/ Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft	-0,1	-3,1	-4,0	-0,9
8500 AWEL: Projekt 85W-372: Eulach, Winterthur, Hochwasserschutz (Hochwasserrückhaltebecken Hegmaten)	0,0	0,0	0,2	0,2
Summe der übrigen Nettoinvestitionen	-59,1	-65,8	-43,9	-21,9

- +2,5 Verzögerung Neubau Bezirksgebäude Dietikon wegen Baueinsparungen
- +1,0 Verzögerung der Sanierung des Rechbergs infolge Überarbeitung des Nutzungskonzeptes
- 0,9 Baufortschritt im Projekt Thurauen höher als im Budget angenommen
- +0,2 Vereinnahmung von nicht budgetierten Nutzungsabgaben im Zusammenhang mit dem Projekt Hochwasserrückhaltebecken Hegmaten

Leistungsgruppen

8000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Umweltbericht des Kantons Zürich

Die Koordinationsstelle für Umweltschutz (Kofu) betreut den Umweltschutzbericht federführend und koordiniert die Beiträge der zuständigen Umweltfachstellen und -ämter der Baudirektion und der Volkswirtschaftsdirektion. Über den Umweltbericht des Berichtsjahres wird im Direktionsteil eingehender berichtet.

Kantonales Planungs- und Baugesetz

Der Regierungsrat beauftragte die Baudirektion mit RRB Nr. 436/2007, zu folgenden vier Teilbereichen des Planungs- und Baugesetzes je für sich umsetzbare Teilrevisionen vorzulegen: Verfahren und Rechtsschutz, Parkierungsregelungen und publikumsintensive Einrichtungen, Bauen (hindernisfreies Bauen), Private Kontrolle. Beim Teilprojekt Private Kontrolle wird geprüft, ob es einen gesetzlichen Regelungsbedarf gibt. Die Arbeiten an den übrigen Teilbereichen sind so weit fortgeschritten, dass die Vorentwürfe im zweiten Quartal 2009 dem Regierungsrat vorgelegt und in die Vernehmlassung geschickt werden können.

Merkblätter für das Bauen ausserhalb der Bauzonen

Die Abteilung Bauverfahren und Koordination Umweltschutz (BAKU) hat mehrere Merkblätter veröffentlicht, in denen sie die kantonale Praxis im Bereich Bauen ausserhalb der Bauzonen festhält. Bisher erschienen sind die Merkblätter Landwirtschaftliche Ökonomiegebäude, Zweckänderung ohne bauliche Massnahmen, Weideunterstände, Altrechtliche Wohnbauten, Überstellen der Bauzonengrenze, Einzäunungen, Solaranlagen und Bienenhäuser. Die Veröffentlichungen sind zum Teil von anderen Kantonen übernommen worden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Managementsupport für die Direktion und die Leistungsgruppen der Baudirektion (insbesondere Controlling, Finanzen, Informatik, Kommunikation, Organisationsentwicklung, Personal, Politik, Recht und Beschaffungswesen)
A2	Leitung und Koordination des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds
A3	Rechtsetzung, insbesondere in den Bereichen Planung, Bau und Umwelt
A4	Bauverfahren und Koordination Umweltschutz: Leitung Baubewilligungsverfahren; formelle/materielle Koordination Baubewilligungen; Beratung von Gemeinden und Bauherren bezüglich Bauverfahren; Erbringung von Querschnittleistungen im Bereich Umwelt; Mitberichtsverfahren UVP; Umweltberichterstattung; vollzugsunterstützende Informationen; ökologische Beschaffung, Beratung, Dokumentation

Entwicklungsschwerpunkte

 Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Konzentration auf die Kerngeschäfte / Effizienzsteigerungen / straffes Kostenmanagement Planmässig Zusammenlegung der SAP-Mandanten 800 (Baudirektion) und 100 (Rest kantonale Verwaltung) zum Mandanten 500; Auslagerung der Kreditorenprozesse der Baudirektion ins Buchungszentrum der Finanzdirektion auf den 1. Januar 2009.	2010
E2	Teilrevision Planungs- und Baurecht / IVHB Revision Bauordnungsrecht Planmässig Teilrevisionen Planungs- und Baurecht betreffen je für sich umsetzbare Teilprojekte: Verfahren und Rechtsschutz, Parkierungsregelungen und publikumsintensive Einrichtungen, hindernisfreies Bauen, private Kontrolle. Das Teilprojekt Private Kontrolle wurde abgetrennt zur vertieften Prüfung des Regelungsbedarfs. Weitere Fortschritte wurden an den übrigen Teilprojekten erzielt. Die Vernehmlassung und der Antrag an den Kantonsrat sind 2009 geplant. IVHB-Revision Bauordnungsrecht: Erste Arbeiten wurden durchgeführt, der weitere Verlauf ist offen, bis Klarheit über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe herrscht.	2009
E3	Erarbeitung und Umsetzung Personalpolitik und Personalmanagement-Strategie Abgeschlossen Wichtige Umsetzungsarbeiten im Berichtsjahr: Schulung sämtlicher Führungskräfte im Bereich Leistungsbeurteilung, Schulung von Vorgesetzten in Gesprächsführung, Weisung und Umsetzung neues Spesenreglement (einheitliche Anwendung der gesetzlichen Grundlagen in der ganzen Baudirektion)	2008
E4	Umsetzung Controllingkonzept/Indikatorenbewirtschaftungssystem Planmässig Applikationskonzept liegt vor, Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung angelaufen, Produktevaluation läuft.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,8	15,5	15,1	-0,3
Aufwand	-45,6	-46,5	-45,3	1,2
Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	-18,0	-18,0	-18,0	0,0
Saldo	-29,8	-31,1	-30,2	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,9	-1,8	-0,6	1,2
Saldo	-0,9	-1,8	-0,6	1,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	86,6	92,6	87,4	-5,2

Erfolgsrechnung

- +1,0 Geringerer Personalaufwand wegen geringeren Beschäftigungsumfangs und Rotationsgewinnen
- +0,6 Geringerer Sachaufwand für die Informatik
- 0,7 Geringerer Ertrag für die Verrechnung von Informatikaufwand

Investitionsrechnung

- +1,4 Geringere Informatikinvestitionen
- 0,2 Möbelbeschaffungen im Zuge von Umzügen und Bürumbauten

Personal

- 1,0 Verschiebung einer Stelle in die Finanzdirektion (Personaladministration)
- 4,2 Vakanzen

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1 Kundenzufriedenheit aller Dienstleistungen (Kundenbefragung alle 2 Jahre)	min.	77%	k.E.	77%	-
W2 Arbeitnehmerzufriedenheit ganze Baudirektion (Personalbefragung alle 2 Jahre)	min.	k.E.	70%	k.E.	-
W3 Standard Service und Helpdesk erfüllt (Vereinbarung mit den Ämtern)	min.	79%	80%	85%	5%
Leistungen					
L1 Einhaltung der gesetzlichen Behandlungsfrist von 60 Tagen für Rekurse und Aufsichtsbeschwerden	min.	82%	90%	82%	-8%
L2 Controllingunterstützung der Ämter (Anteil der Arbeitsstunden für die Unterstützung der Leistungsgruppen)	min.	75%	75%	71%	-4%

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
L3	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Baudirektion pro HR-Stelle (HR-Administration einschliesslich Lohnadministration/ Benchmark: schlanke Organisation > 100)	min.	117	115–120	129	9
L4	Anzahl betreuter Informatikarbeitsplätze pro Supporter-Stelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support; Benchmark: gut > 150)	min.	183	180	192	12
L5	Einhaltung der internen kantonalen Fristen für Baugesuche	min.	81%	85%	82%	–3%
L6	Einhaltung der gesetzlichen Fristen für Umweltverträglichkeitsprüfungen	min.	96%	90%	95%	5%
L7	Verhältnis der Ausbildungskosten zu den Bruttolohnkosten für die gesamte Baudirektion (Benchmark: 1–3%)	min.	1,0%	1,3%	1,1%	–0,2%

Abweichungsbegründungen

- W1 Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war keine Umfrage zur Kundenzufriedenheit geplant.
- W2 Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war eine Umfrage zur Arbeitnehmerzufriedenheit geplant. Sie wurde allerdings zugunsten einer Umfrage zur Kundenzufriedenheit verschoben.
- L1 Die Bedeutung der Baudirektion als Rekursinstanz nimmt stetig ab. Zurzeit sind durchschnittlich noch rund zehn Rekurse sowie rund zehn Aufsichtsbeschwerden pro Jahr zu bearbeiten. Schon die nicht fristgerechte Behandlung eines einzigen Falls führt infolge der geringen Gesamtanzahl zur einer grösseren Abweichung vom budgetierten Wert.
- L2 Die laufenden Projekte (Mandantenzusammenführung, Einführung von IPSAS) waren sehr zeitaufwendig. Die Controllingunterstützung konnte nicht im geplanten Umfang erbracht werden.
- L3 Wechsel der Lohnadministration im Umfang einer Stelle (Beschäftigungsgrad 100%) in die Finanzdirektion.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
431 046	–232 344	+200 000	398 703	–32 344

Auflösung Rücklagen 2008: Fr. 232 343.60

- davon Fr. 99 383.75 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 57 832 Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA
- davon Fr. 75 127.85 Übriges (Anlässe, Gesundheitsvorsorge usw.)

Bildung von Rücklagen 2008: Fr. 200 000

- Im Berichtsjahr haben verschiedene Projekte (Aufbau des Immobilienamtes, Integration des ALN, Reorganisation des TBA, Einführung von IPSAS, Systemintegration SAP) zu Mehraufwand geführt. Gleichzeitig waren in verschiedenen Abteilungen Personalstellen temporär vakant. Das bestehende Personal konnte den Mehraufwand trotz der Vakanzen und ohne Beizug zusätzlicher externer Ressourcen bewältigen. Allerdings hat dieser Einsatz teilweise zu steigenden Ferien-, Überstunden- und Gleitzeitsaldi geführt. Ende des Berichtsjahres sind ausserdem über 600 Stunden Gleitzeitguthaben entschädigungslos verfallen.

8100 Hochbauamt

Hauptereignisse

Planung und Bau

Das Auftragsvolumen mit einer hohen Zahl von Aufträgen unterschiedlichster Komplexität und Grösse war im Berichtsjahr verhältnismässig konstant mit leicht steigender Tendenz. Insgesamt betrug der Umsatz der auf den Konten der Direktionen verbuchten Bau- und Planungskosten rund 280 Mio. Franken.

Die Leistungsanforderungen sind infolge der Vorgaben aus der neuen Rechnungslegung, verbessertem Controlling sowie durch die erhöhten Anforderungen aus der Immobilienverordnung gestiegen. PPP-ähnliche Projekte wie zum Beispiel die Fachhochschule der Künste (Toni-Areal) und die Pädagogische Fachhochschule (Campus Sihlpost) erfordern einen erhöhten Betreuungsaufwand.

Im Grossprojekt Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konnten die noch vorhandenen Unklarheiten auf der Ebene des Raumprogramms und der damit verbundenen Kostenauswirkungen bereinigt werden. Das Projekt hat die Reife zur Baueingabe erreicht.

Beiträge und Beratung

Die Anzahl der behandelten Staats- und Fonds-Beitragsgesuche ist mit 465 Dossiers leicht angestiegen. Die Anlagekosten der darin enthaltenen 289 Projekte für einen Staats- bzw. Fondsbeitrag betragen rund 475 Mio. Franken.

Kunstsammlung Kanton Zürich

Die zweite Überprüfung der Vollständigkeit der Kunstsammlung (Inventar) seit Inkrafttreten der Neuregelung mit RRB Nr. 1754/2004 ist mit bisher positiven Zwischenresultaten im Gang.

Innere Veränderungen

Dem schwankenden Auftragsvolumen und den daraus sich ergebenden Spitzen konnte in der Vergangenheit jeweils mit unterschiedlicher Priorisierung und allenfalls durch Outsourcing interner Leistungen begegnet werden. Diese Möglichkeiten sind jedoch begrenzt. Dem gestiegenen Aufwand konnte bis heute durch die Prozessoptimierung im Rahmen der neu erlangten Zertifizierung des Qualitätsmanagements und des Umweltmanagements Rechnung getragen bzw. eine Effizienzsteigerung erzielt werden. Demselben Zweck dient auf organisatorischer Ebene die vorgesehene Aufteilung eines Baubereichs in zwei Einheiten. Dennoch zeichnen sich infolge der steigenden Zahl von Grossprojekten (Toni-Areal, Campus Sihlpost, Polizei- und Justizzentrum, 5. Etappe Universität Zürich-Irchel, BVK-Projekte) zunehmende Kapazitätsengpässe ab.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Gesamtes Hochbauamt: Zentrales Baufachorgan für kantonale Hochbauten und staatsbeitragsberechtigzte Bauten
A2	Planung und Bau: Projektmanagement Bauherrschaft für Neu- und Umbauten, Erneuerungen im Auftrag der Fachdirektionen Die finanziellen Mittel für Planung, Ausführung und Unterhalt sind in den Budgets der Auftraggeberinstitutionen enthalten.
A3	Werterhaltung: Unterhaltsplanung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens im Auftrag des Immobilienamtes, Betreuung der Kunstsammlung im Auftrag der Fachdirektionen Die finanziellen Mittel für Planung, Ausführung und Unterhalt sind in den Budgets der Auftraggeberinstitutionen enthalten.
A4	Begutachtung: Beurteilung der staatsbeitragsberechtigzten Vorhaben aus baulicher Sicht im Auftrag der Fachdirektionen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Bereitstellung staatlicher Hochbauten zu angemessenen Kosten, unter angemessener Berücksichtigung gesellschaftlicher, städtebaulicher, architektonischer und ökologischer Anliegen Planmässig	laufend
E2	Erstellen von Neubauten nach Minergie-Standard oder besser, Umbauten entsprechend den Möglichkeiten nach Minergie-Standard (LZ RR 9.3) Planmässig	laufend
E3	Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz Verzögert Verspätete Freigabe der erforderlichen Personalressourcen	laufend
E4	Steigern des Anteils von Recycling-Baustoffen Planmässig	laufend

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag	8,5	0,2	0,4	0,2
Aufwand	-31,7	-20,2	-18,9	1,3
Saldo	-23,1	-20,0	-18,5	1,5

Investitionsrechnung

Einnahmen	0,3			
Ausgaben	-16,4	0,0	-0,0	-0,0
Saldo	-16,2	0,0	-0,0	-0,0

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	100,8	108,8	100,0	-8,8
----------------------------------	-------	-------	-------	------

Erfolgsrechnung

- +1,0 Personalaufwand: Geringerer Personalaufwand aufgrund geringeren Beschäftigungsumfangs
- +0,3 Sachaufwand: Der vom Kantonsrat zusätzlich bewilligte Budgetkredit von 0,3 Mio. Franken zugunsten der Erfolgsrechnung HBA für Standortevaluation und Projektierung von Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden der kantonalen Verwaltung konnte infolge verspäteter Stellenbewilligung nicht beansprucht werden. Die Studie wird 2009 durchgeführt.

Personal

- 8,8 Vakanzen infolge von Zurückhaltung bei der Neubesetzung von Stellen, bis die Auswirkungen der Immobilienverordnung auf das Bestellverhalten der Direktionen, Ämter und Betriebe klarer werden.

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Leistungen						
L1	Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Ausführung): Fr. 50 000 bis 3 Mio. Franken	P	510	650	520	-130
L2	Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Ausführung): 3–20 Mio. Franken	P	53	40	51	11
L3	Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Ausführung): über 20 Mio. Franken	P	24	20	25	5
L4	Anzahl bearbeiteter staatsbeitragsberechtigter Projekte	P	400	550	465	-85

Abweichungsbegründungen

- L1–L3 Den Planungswerten lag die Annahme zugrunde, dass die Einführung des Standardprozesses gemäss Immobilienverordnung (ImV) eine Verlagerung auf Projekte unter 3 Mio. Franken zur Folge hätte. Diese Annahme hat sich nicht bestätigt.
- L4 Entgegen der Annahme, dass die Gesuche um Beiträge im Kindergarten-Bereich infolge des neuen Volksschulgesetzes im Berichtsjahr stark zunehmen würden, verteilt sich der Anstieg auf zwei Jahre.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
534 367	-247 779	+262 000	548 588	+14 221

Auflösung Rücklagen 2008: Fr. 247 779.20

- davon Fr. 123 152 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 64 290 Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA
- davon Fr. 60 337.20 Übriges

Bildung von Rücklagen 2008: Fr. 262 000

- Deutliche Steigerung der Leistungsanforderungen infolge neuer Vorgaben (CRG und FCV) und Einbindung des Immobilienamtes in die Prozessabläufe
- Effizienzsteigerung durch Prozessoptimierungen im Rahmen der neu erlangten Zertifizierung des Qualitätsmanagements und des Umweltmanagements
- Auffangen von Kapazitätsproblemen durch steigende Zahl von Grossprojekten (Toni-Areal, Campus Sihlpost, PJZ, Etappe Universität Zürich-Irchel, BVK-Projekte)

Verschiedene vakante Stellen im Hochbauamt sind nicht oder nicht sofort wiederbesetzt worden. Gleichzeitig wurde grösstenteils auf den Einsatz von Temporärpersonal verzichtet.

Dies führte zu Einsparungen bei den Personalkosten, aber auch zu einem Anstieg von Gleitzeitguthaben, die Ende 2008 teilweise entschädigungslos verfallen sind.

8300 Amt für Raumordnung und Vermessung

Hauptereignisse

50 Jahre Kantonale Archäologie und Denkmalpflege

Im Jubiläumsjahr «50 Jahre Kantonale Archäologie und Denkmalpflege» konnten Arbeit, Erfolge und künftige Aufgaben einem breiten Publikum vermittelt werden. Die verschiedenen Führungen, Publikationen und Ausstellungen fanden ein gutes Echo in den Medien. Das Jubiläum wurde überschattet vom Brand des Zunfthauses zur Zimmerleuten in der Altstadt von Zürich. Mit der Einweihung des Grand Hotel Dolder in Zürich konnte ein anspruchsvolles Renovations- und Erweiterungsprojekt, das von der kantonalen Denkmalpflege begleitet wurde, zur allseitigen Zufriedenheit abgeschlossen werden. Ebenfalls erfolgreich konnten die archäologischen Sondierungen im Zusammenhang mit der Weinlandautobahn vollendet werden.

Amtliche Vermessung

Neben der Aufschaltung des Datenportals «Amtliche Vermessung» konnte das Auskunftssystem «Grundbuch» den ersten Notariaten und Geometerbüros zur Verfügung gestellt werden. Es erleichtert den Austausch und die Aktualisierung der Informationen über die Eigentumsverhältnisse an Grundstücken und der Grundstücksbeschriebe.

Geologische Tiefenlager

Mit Bekanntgabe der möglichen Standorte für geologische Tiefenlager durch den Bund ist die Diskussion über die Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Schweiz einen grossen Schritt weitergekommen. Der Einbezug der kantonalen Stellen zur Standortwahl auf nationaler Ebene wurde intensiviert.

Planung in der Flughafenregion

Zur Beurteilung von Planungen und Baubewilligungen in der Flughafenregion wendet die Baudirektion Lärmkurven an, die sich auf das vorläufige Betriebsreglement und zusätzlich auf den Zustand des Jahres 2000 (mehr Nordausrichtung) stützen. Einzelne Gerichtsentscheide stellen diese Praxis infrage. Baudirektion und Regierungsrat unternehmen die nötigen Schritte, um die Flughafenplanung zu sichern und insbesondere zu beschleunigen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Raumplanung (Orts-, Regional- und Kantonalplanung): Sach-, Richt- und Nutzungsplanung, Ortsbild- und Landschaftsschutz; Raumbeobachtung und -controlling
A2	Vermessung/Geoinformation (Vermessung, GIS-Zentrum und Datenlogistik ZH): Amtliche Vermessung, Lage- und Höhenfixpunktnetz, Übersichts- und Spezialpläne, Geografisches Informationssystem, Datentransportsystem, Geodaten, Datenlogistik
A3	Kulturelles Erbe (Archäologie und Denkmalpflege): Inventarisierung, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, Schutzmassnahmen, Bauberatung, Untersuchungen, Begutachtungen, Studiensammlung/Bauteilelager

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Weitsichtige Raumordnung; zweckmässige, haushälterische, umweltgerechte und nachhaltige Nutzung und Entwicklung von Siedlung und Landschaft im Lebens- und Wirtschaftsraum Kanton Zürich Planmässig	2011
E2	Kulturelles Erbe: Erhalt und Schutz der historischen Ortsbilder, Baudenkmäler und des archäologischen Kulturguts Verzögert Die Wirkung der Sparmassnahmen San04 sowie die höhere Geschäftslast aufgrund der regen Bautätigkeit im Kanton Zürich bedingen eine Priorisierung der Vorhaben und damit die Vernachlässigung des gesetzlichen Auftrags zur bestmöglichen Schonung des baukulturellen Erbes. Energiesparmassnahmen und die Nutzung erneuerbarer Energien erfordern eine besonders sorgfältige Projektierung und Güterabwägung am einzelnen Schutzobjekt (Wärmedämmung, Dachgestaltung). Der Denkmalpflege fehlt als wichtigste Arbeitsgrundlage ein aktualisiertes und vervollständigtes Inventar der überkommunalen Schutzobjekte. Die Baudirektion wird die Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission zur Bereitstellung der notwendigen Ressourcen prüfen. Vgl. Legislaturziel der Direktion 4.1	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5,5	5,1	5,9	0,8
Aufwand	-23,1	-23,9	-24,4	-0,6
Abschreibungen und Zinsen	-2,0	-1,9	-1,9	0,0
Staatsbeiträge	-0,2	-0,3	-0,2	0,1
Saldo	-17,6	-18,8	-18,6	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,0	0,7	0,6	-0,1
Ausgaben	-2,1	-2,5	-1,8	0,6
Saldo	-1,1	-1,8	-1,2	0,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	101,1	102,5	101,6	-0,9

Erfolgsrechnung

- 0,6 Höherer Aufwand für Beratungsleistungen durch Dritte (vor allem Raumentwicklung Flugplatzareal Dübendorf, vgl. RRB Nr. 24/2008)
- +0,3 Höherer Ertrag aus Beiträgen von privaten Organisationen (Lotteriefondsbeitrag an Kantonsarchäologie)

Investitionsrechnung

- +0,6 Geringere Investitionsausgaben (vor allem Verzögerungen bei Investitionsvorhaben der Abteilung Datenlogistik)

Personal

- 0,9 Verzögerte Stellenbesetzungen

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Bauzonenbeanspruchung in m ²	max.	123,7	117	121,2	4,2
W2	Bauzonenmanagement in ha	max.	17,9	10	10	-
W3	Bauzonenverbrauch in ha	max.	157,9	135	153,1	18,1
W4	Kundenbeziehungen Datenmanagement	min.	53	50	61	11
W5	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Anschlüsse	min.	172	75	154	79
W6	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Datentransfers	min.	234 000	300 000	460 000	160 000
W7	Dienstleistungen Datentransport: Transfervolumen in Gigabytes	min.	234	250	900	650
W8	Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten	min.	1 277 000	1 100 000	1 545 571	445 571
W9	Anzahl Gemeinden Vermessungswerk abgeschlossen / in Arbeit	min.	129/37	139/31	140/30	1/-1
W10	Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei geplanten/ ungeplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten (in %)	min.	66/41	65/15	63/20	-2/5
W11	Kundenzufriedenheit GIS-Zentrum; Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» in % (wird nur alle 2 Jahre erhoben)	min.	-	80	85,9	5,9
W12	Kundenzufriedenheit Denkmalpflege: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» in %	min.	88	65	87	22
W13	Kundenzufriedenheit Archäologie: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» in %	min.	95	65	100	35
Leistungen						
L1	Anzahl Beteiligungen an Kooperationsprojekten	min.	8	8	8	-
L2	Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche in Bauzonen/ gesamthaft (in %)	min.	93/77	94/80	97/82	3/2
L3	Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche in % (Lagefixpunktnetz/Höhenfixpunktnetz)	min.	100/42	100/60	100/60	-/-
L4	Anzahl laufende Archäologieprojekte: nach Aufwandgruppen	min.	50/64/71	55/70/50	52/67/75	-3/-3/25
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum in %	min.	104,6	100	94,6	-5,4
B2	Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH in %	min.	100,9	100	104,1	4,1
Abweichungsbegründungen						
W3	Prägend für die Abweichung ist der Bauzonenverbrauch in den Regionen Oberland West (Uster, Hinwil, Fehraltorf, Bubikon), Glat- tal (Wangen-Brüttisellen, Opfikon) und Winterthur (Stadt Winterthur, Neftenbach) sowie in der Stadt Zürich (-14 ha zum Vor- jahr). Diese vier Regionen machen rund 50% des jährlichen gesamt kantonalen Bauzonenverbrauchs aus.					
W4	Deutliche Zunahme von Einzelprojekten					
W5	Deutliche Erhöhung aufgrund des Anschlusses der Scan-Zentren der Steuerverwaltung					
W6, W7	Zunahme aufgrund erhöhter Nachfrage der Steuerverwaltung sowie durch die Aufschaltung des Systems Amtliche Vermes- sung / Grundbuchamt (AVGBS)					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
413 260	-172 897	+200 000	440 363	+27 102

Auflösung Rücklagen 2008: Fr. 172 897.50

- davon Fr. 99 437.50 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 73 460 Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA

Bildung von Rücklagen 2008: Fr. 200 000

- Stellen wurden verzögert besetzt bzw. Stellenprozente noch nicht ausgeschöpft, obwohl der Bedarf ausgewiesen war. Weniger Einsatz von temporären Arbeitskräften. Die dadurch entstandenen Einsparungen im Personalaufwand konnten nur durch den überdurchschnittlichen Einsatz des Personals erreicht werden.

8400 Tiefbauamt

Hauptereignisse

Bau und bauliche Anpassung der Strasseninfrastruktur

Die Hauptarbeiten im Nationalstrassenbereich erfolgten an folgenden Strecken: N 4.1.4 Brunau/Üetliberg; N 4.1.5 Üetliberg Ost-Filderen; N 20.1.3 Urdorf/Limmattalerkreuz; N 20.1.4 Bergermoos/Filderen; N 4.1.6 Filderen/Knonau; N 4.1.7 Knonau-Kantonsgrenze ZG. Bei den Staatsstrassen waren die Anpassungen des Strassennetzes, die zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen (wie die Sanierung von Unfallschwerpunkten), und die Vervollständigung des Radwegnetzes (Schliessung der Lücken bis 2025 gemäss den regionalen Verkehrsrichtplänen) zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen Schwerpunkte im letzten Jahr. Die Hauptarbeiten «Glattalbahn» waren die Fertigstellung und Inbetriebnahme der zweiten Etappe zwischen Thurgauerstrasse und Flughafen, Rohbauarbeiten am Viadukt Glattzentrum sowie Trassearbeiten im Strassenbereich zwischen Auzelg und Stettbach (Dübendorf/Stadt Zürich).

Bewirtschaftung des National- und Staatsstrassennetzes

Betrieb und Unterhalt der Staats- und Nationalstrassen mittels einer kostenoptimierten Organisation zu garantieren, stand auch im Berichtsjahr im Vordergrund. Das Strasseninspektorat konnte den für die Volkswirtschaft des Kantons wichtigen Verkehrsfluss jederzeit gewährleisten. Ausserdem konnte im Berichtsjahr mit dem Bund eine Leistungsvereinbarung für den Unterhalt und Betrieb der Autobahnen abgeschlossen werden.

Verkehrstechnik Strasse

Neben dem Betrieb aller elektromechanischen Anlagen im Kanton sind unter anderem folgende Projekte bearbeitet worden: Westumfahrung Zürich, Nordumfahrung Zürich, Einhausung Schwamendingen, Gubristtunnel, regionale Verkehrsmanagementsysteme, Rettungskonzepte, übergeordnetes Leitsystem (UeLS), Verkehrsdatenaustausch mit den Städten (City-Link), Breitbandkommunikationsnetz (BKN) und verschiedene Verkehrs- und Systemüberwachungsanlagen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Bau: Ausführung von National-, Haupt- und Staatsstrassenneu- und ausbauen, einschliesslich Brücken
A2	Unterhalt und Betrieb: National- und Staatsstrassen, einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
A3	Querschnittsaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutzsanierungen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

E1	Bau: Vervollständigen des beschlossenen Autobahnnetzes zur Entlastung der Bevölkerung in den grösseren Siedlungsräumen Planmässig	bis 2020
E2	Bau: Vervollständigen des Radwegnetzes zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen Planmässig	2020

E3	Bau: Intensivierung Lärmschutzsanierungen an National- und Staatsstrassen (Einhaltung der eidg. Lärmschutzvorschriften) Planmässig	2015
E4	Bau: Erneuerung nicht mehr genügend tragfähiger Strassenoberbauten, besonders innerorts und an Kreuzungen (Unfallschwerpunkte) Planmässig	2010
E5	Unterhalt: Keine Zustandsverschlechterung bei Staatsstrassen ausserorts sowie bei Einrichtungen zur Regelung des Verkehrs Planmässig	dauernd

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	200,8	184,3	168,0	-16,4
Beiträge vom Bund	46,8	34,2	14,5	-19,7
Übertrag aus Strassenfonds	124,7	129,2	98,6	-30,6
Übrige Erträge	29,3	21,0	54,9	33,9
Aufwand	-200,8	-184,3	-168,0	16,4
Staatsbeiträge an Strassenunterhalt				
Kapitalkosten	-5,2	-5,2	-5,0	0,3
Betriebsaufwand	-195,5	-179,1	-163,0	16,1
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-1,9	-2,6	-2,5	0,1
Saldo	-1,9	-2,6	-2,5	0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	391,5	426,4	407,6	-18,8

Erfolgsrechnung

Aufwand:

- +2,0 Mio. Tieferer Personalaufwand infolge nicht besetzter Stellen. Dies vor allem wegen des Projektes «Strukturbereinigung Gesamtverkehr».
- +14,2 Mio. Tieferer Aufwand im baulichen Staatsstrassenunterhalt infolge Projektverzögerungen
- +3,0 Mio. Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter infolge Projektverzögerungen, vor allem im Bereich Lärmschutz
- +0,7 Mio. Tieferer Informatikaufwand durch gezielte Einsparungen beim Speicherplatz und den Anwendungen
- 4,6 Mio. Höherer Aufwand für Nationalstrassen

Ertrag:

- +3,5 Mio. Höherer Ertrag bei Rückerstattungen Dritter
- +2,4 Mio. Höhere Rückerstattungen von anderen Kantonen und Gemeinden
- +4,2 Mio. Höhere Rückerstattungen des Bundes infolge höherer Ausgaben für Nationalstrassenunterhalt
- +1,1 Mio. Höhere Konzessionseinnahmen
- +1,0 Mio. Höhere interne Verrechnungen an andere Amtsstellen sowie im TBA
- +0,6 Mio. Nicht budgetierte Entnahmen aus Rücklagen
- +0,5 Mio. Höhere Erträge aus Pacht- und Mietzinseinnahmen
- 30,6 Mio. Tieferer Übertrag aus dem Strassenfonds infolge tieferer Kosten sowie höherer Erträge

Personal

- 18,8 Tieferer Beschäftigungsumfang infolge nicht besetzter Stellen. Dies vor allem wegen des Projektes «Strukturbereinigung Gesamtverkehr».

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Zustand Brücken, Höchstanteil in schlechtem Zustand (Ziel: 2,5%)	max.	1,7%	2,5%	1,0%	-1,5%
W2	Entwässerungsleitungen, Höchstanteil in mangelhaftem oder schlechtem Zustand (Ziel: 1,5%)	max.	1,5%	1,5%	1,3%	-0,2%
W3	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, Höchstanteil in schlechtem oder kritischem Zustand (Ziel 2,5%)	max.	4,28%	2,5%	-	-
W4	Mitteleinsatz für baulichen Unterhalt und Erneuerung (zur Bauwerks-Erhaltung), Soll: rund 50 Mio. Franken für Strassen sowie 9 Mio. Franken für Kunstbauten (TBA + VIS)	P	62,5 Mio.	73,8 Mio.	62,9 Mio.	-10,9 Mio.
W5	Minimierung der Verkehrsbehinderung bei Bau- und Unterhaltsarbeiten auf Nationalstrassen: Baustellentage mit Fahrstreifenreduktion (Ziel: <2000 pro Jahr)	max.	2239	2000	2624	624
Wirtschaftlichkeit						
B1	Rund 92% der Ausgaben des Tiefbauamtes sind Fremdleistungen, die unter Konkurrenz offeriert und nach den Vergabekriterien normalerweise an den wirtschaftlich günstigsten Bewerber in Auftrag gegeben werden.					

Abweichungsbegründungen

- W1 Der Budgetwert gründet auf der Annahme, dass der Miteinbezug von übrigen Kunstbauten wie Stützmauern und Lärmschutzwänden zu einem Anstieg des Indikatorwertes führen wird. Da der Miteinbezug aber erst ab 2009 erfolgt, liegt der Wert für das Berichtsjahr noch wesentlich unter dem Budget.
- W3 Bis und mit 2006 erfolgte die Zustandsaufnahme visuell durch eigene Mitarbeiter (ca. 1/4 des Strassennetzes pro Jahr). Neu wird der Zustand des gesamten Strassennetzes alle drei Jahre mittels Laser erfasst. Die maschinelle Erfassung führt ausserdem zu wesentlich höheren Werten.
- W4 Verzögerungen von Projekten führten zu den tieferen Ausgaben.
- W5 Dieser Indikator bezieht sich auf die Nationalstrassen, welche seit dem 1. Januar beim Bund sind. Regere Unterhaltsarbeiten des Bundes führten zu diesen höheren Werten. Dieser Indikator wird ab 2009 nicht mehr geführt.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
2 062 724	-663 238	+750 000	2 149 486	+86 762

Auflösung Rücklagen 2008: Fr. 663 238.20

- davon Fr. 389 655.25 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 59 230 Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA
- davon Fr. 74 500 Eco-Drive-Kurse
- davon Fr. 139 852.95 Übriges (Baudirektions-Anlass Energie, Pensioniertenausflug, Energie-Paket, Obst, Pflanzen)

Bildung von Rücklagen 2008: Fr. 750 000

- Endogene Einsparungen beim Personalaufwand: Statt mit temporären Mitarbeitenden wurden die anfallenden Arbeiten durch eigene Mitarbeitende erledigt (Fr. 400 000).
- Endogene Einsparungen beim Informatikaufwand durch Verminderung Speicherplatz auf Mailservern und Verkleinerung von Anwendungen (Fr. 200 000)
- Endogene Einsparungen beim Aufwand für Dienstleistungen Dritter (Fr. 150 000)

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Hauptereignisse

Das neue Stromversorgungsgesetz des Bundes überträgt dem Kanton verschiedene Aufgaben. Deswegen war eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes erforderlich. Diese Änderung schickte der Regierungsrat Ende September in die Vernehmlassung.

Aufgrund der heute vorliegenden Kenntnisse lehnt der Regierungsrat geologische Tiefenlager auf Kantonsgebiet ab. Gleichzeitig sicherte er den betroffenen Gemeinden in den Gebieten nördlich Lägern und im Weinland seine Unterstützung zu, die er auch im Rahmen der Information und Kommunikation für die Regionen wahrgenommen hat.

Im Juni erfolgte der Spatenstich zur Umsetzung des Projekts Hochwasserschutz und Auenlandschaft Thurmündung. Die Arbeiten begannen mit dem Bau von Schutzdämmen für das Dorf Ellikon am Rhein. Im Auenwald wurden zusätzliche Auengewässer geschaffen.

Ein neues finanzielles Führungssystem gibt Zürcher Gemeinden mehr Transparenz und klare Grundlagen für das Gestalten und Kommunizieren ihrer Trinkwasser- und Abwasser-Gebühren. Es wurde vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft und vom Gemeindeamt des Kantons Zürich entwickelt und schlug schweizweit als «Bestseller» ein. Viele Gemeinden werden es nun verwenden.

Da mit den gültigen gesetzlichen Vorschriften eine Verbesserung der Luftqualität nicht erreicht wird, ist der Kanton Zürich verpflichtet, einen Massnahmenplan zur Verminderung der Luftverschmutzung zu erarbeiten. Anfang November wurde der entsprechende Massnahmenplan in die Vernehmlassung gegeben. Die darin aufgeführten neuen Massnahmen konzentrieren sich insbesondere auf die Verminderung der Feinstaubbelastung.

Im Kanton Zürich werden seit einigen Jahren Emissionskontrollen bei bestehenden Antennen durchgeführt. Zum dritten Mal wurden auf stark frequentierten Plätzen und vor Schulhäusern Mobilfunk-Immissionen gemessen. Die Grenzwerte wurden bei Weitem nicht erreicht, selbst bei der Streetparade waren die Immissionen 30-mal tiefer als der Grenzwert.

Künftig können die Städte und Gemeinden des Kantons Zürich die Umweltschutzvorschriften auf Baustellen nach einem standardisierten Verfahren kontrollieren. Dazu hat die Baudirektion in Absprache mit dem Baumeisterverband und mit Gemeindevertretern das System «Baustellen-Umwelt-Controlling» entwickelt. Es sollen alle Umweltbereiche koordiniert und auf die Bauphasen abgestimmt kontrolliert werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Das AWEL strebt einen nachhaltigen Umgang mit Abfall sowie mit den natürlichen Ressourcen Wasser, Energie und Luft an und trägt dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung. Es vollzieht seine Aufgaben im öffentlichen Interesse gemäss dem gesetzlichen Auftrag, dem Stand der Technik und dem Verhältnismässigkeitsgebot. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind kundenorientiert und bieten kompetente Auskunft.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte		
	Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar	bis
E1	Strategie Klimaschutz Abgeschlossen Siehe Broschüre «Auswirkungen des Klimawandels und mögliche Anpassungsstrategien» vom Dezember 2007.	2008
E2	Vision Zürichsee 2050 Verzögert Als Pilot wurde das Leitbild Seebecken Stadt Zürich erstellt, um den Prozess und die Inhalte für das übrige Zürichseegebiet besser vorzubereiten. Daraus ergibt sich eine zeitliche Erstreckung des Projektes ins Jahr 2009.	2008
E3	Implementierung eines Controllings für den ausgelagerten Vollzug (Sanierungsprogramm San04) Abgeschlossen Mit der Delegation von Kontrollaufgaben an Dritte wurde ein im ganzen Amt abgestimmtes Controllingssystem eingeführt. Dieses ermöglicht, die Zielerreichung mittels Kennzahlen zu erfassen. Falls notwendig, können so die erforderlichen Massnahmen in die Wege geleitet werden. Die delegierten Kontrollaufgaben laufen zur Zeit auf Kurs.	2008
E4	Hochwassermanagement Zürichsee–Sihl–Limmat Planmässig Vgl. Legislaturziel der Direktion 3.3	2010
E5	Festlegung der Anforderungen an den kantonalen Trinkwasserverbund Planmässig Das Pflichtenheft als Submissionsgrundlage ist erstellt.	2010
E6	Aufwertung Flussraum Limmattal–Sihltal Planmässig Die Renaturierungen der Sihl zwischen Zürich–Brunau und Leimbach sind abgeschlossen. Für die Renaturierung der Limmat im Bereich Werdhölzli (Auenpark) ist das Auflageprojekt in Bearbeitung.	2011
E7	Gewässerraumsicherung / Definition und Festsetzung der kantonalen und regionalen Grundwasserschutzareale Planmässig Im Jahr 2008 erfolgte die Überprüfung und Festlegung der kantonalen Grundwasserschutzareale im Rahmen der Revision des kantonalen Richtplans Ver- und Entsorgung.	2011
E8	Finanzmanagement und -controlling bei Ver- und Entsorgungsanlagen Planmässig Vgl. Legislaturziel der Direktion 2.2	2011
E9	Naturgefahrenkarten Planmässig Die laufende Bearbeitung des Limmattals, des Sihltals, des Reppischtals, der beiden Zürichseeufer und des Zürcher Oberlandes läuft programmgemäss. Für die Stadt Zürich steht die Gefahrenkarte vor der Festsetzung. Der Kredit für die Weiterbearbeitung konnte beim Regierungsrat rechtzeitig eingeholt werden.	2013

E10	Begleitete Standortsuche Endlager Planmässig				
	Mit den Gemeinden der möglichen Standortregionen (Weinland, nördlich Lägern) wurden tragfähige Organisationen für eine gute kommunikative Kompetenz im Nachgang zur öffentlichen Bekanntgabe der möglichen Lagerstandorte aufgebaut. Zusammen mit den Nachbarkantonen und dem Bund wurden die verschiedenen Koordinationsgremien und Arbeitsgruppen gegründet. Nach der öffentlichen Bekanntgabe der möglichen Lagerstandorte wurden die Haushalte der beiden Regionen mit dem Informationsbulletin der Baudirektion «Standpunkt» bedient. Die Gemeinden und die Öffentlichkeit wurden anlässlich verschiedener Veranstaltungen eingehend informiert.				2020

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	20,9	21,6	25,4	3,8
Aufwand	-86,9	-88,4	-89,8	-1,4
Abschreibungen und Zinsen	-30,6	-30,2	-30,0	0,2
Saldo	-66,1	-66,8	-64,4	2,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	10,7	9,4	4,9	-4,5
Ausgaben	-33,8	-31,9	-25,8	6,2
Saldo	-23,1	-22,5	-20,9	1,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	228,7	222,5	233,8	11,4

Erfolgsrechnung

- + 1,1 Die Heimfallverzichtentschädigung Kraftwerk Eglisau wird entsprechend dem Fortschritt beim Wasserbauprojekt Thurauen vereinnahmt. Da die Nettoinvestitionen bei diesem Projekt im Berichtsjahr höher waren als budgetiert, fiel auch die Entschädigung gegenüber Budget höher aus.
- + 1,0 Gegenüber Budget höhere Erträge bei den Gebühren/Dienstleistungen (aufgrund der Mengenzunahme z. B. bei den Bau- und Erdwärmesondenbewilligungen, siehe Indikatorenteil)

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- + 0,6 Im Berichtsjahr wurde der Vertrag für den Verkauf des Kraftwerks Pfungen unterzeichnet. Die dazu notwendige Übertragung des Buchwerts vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen war nicht budgetiert.
- 1,5 Beim Wasserbauprojekt Thurauen waren im Berichtsjahr die Ausgaben der NOK und die entsprechende Rückerstattung dieser Kosten an das AWEL budgetiert. Aus organisatorischen und finanzrechtlichen Gründen sah man in der Zwischenzeit von dieser Verrechnungsart ab. Die Baukosten, die durch die NOK zu finanzieren sind, werden nun direkt durch sie bezahlt (und nicht via AWEL).
- 3,1 Bisher hat der Bund noch keine Bundesbeiträge an Hochwasserschutzprojekte im Rahmen des NFA ausgerichtet. Ausrichtungsanträge sind seitens des Wasserbaus in Erarbeitung.
- 0,7 Die durchlaufenden Beiträge vom Bund an Gemeinden/Dritte an Abwasseranlagen und im Bereich der Energie waren geringer als budgetiert.

Ausgaben:

- + 3,8 Gegenüber Budget geringere Wasserbauinvestitionen aufgrund Projektverzögerungen (Kreditübertragung auf das Jahr 2009) und der veränderten Verrechnungsart beim Thurauenprojekt (siehe Abweichungsbegründung bei den Einnahmen)
- + 1,7 Es wurden weniger Investitionsbeiträge des Kantons an die Gemeinden und Dritte ausgerichtet als budgetiert. Die Ausrichtung erfolgt auf Antrag durch die Gemeinden/Dritten entsprechend den abgeschlossenen Projekten.
- + 0,7 Die durchlaufenden Beiträge vom Bund an Gemeinden/Dritte an Abwasseranlagen und im Bereich der Energie waren geringer als budgetiert.

Personal

- + 5,7 Bis und mit Budget 2008 wurden Mitarbeitende, die über den Sozialstellenplan angestellt, fremdfinanziert oder projektfinanziert sind, nur frankenmässig im Personalaufwand aber nicht als Stelle budgetiert. Dies wurde mit Budget 2009 geändert (Budget 2009: 228,2 Stellen).
- + 1,8 Stellenüberschneidungen im Zusammenhang mit Nachfolgeplanungen
- + 3,9 Nicht als Stellen sondern lediglich als Reserve budgetierte Aushilfen (z. B. bei Krankheit oder Mutterschaft)

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO ₂	max.	–	5%	19%	14%
W2	Anteil Trinkwasser mit rechtskräftigen Schutzzonen (Ziel 2020 = 100%)	min.	96%	96%	96%	–
W3	Verbrauchsabnahme fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich (gegenüber Vorjahre; 2003 = 16 110 GWh)	min.	–65 GWh	–20 GWh	–82 GWh	62 GWh
W4	Erhöhung Nutzung erneuerbarer Energie und Abwärme (Grundlage: 2000, Ziel pro Jahr +0,2%)	min.	4,2%	4,0%	5,8%	1,8%
W5	Die Anforderungen an oberirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt.	min.	72%	71%	75%	4%
W6	Die Anforderungen an unterirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt.	min.	79%	81%	79%	–2%
W7	Die Anforderungen an luftschadstoffemitt. Anlagen sind bis 2010 zu 85% erfüllt.	min.	73%	83%	72%	–11%
W8	Die Anforderungen an Strahlung emitt. Funkanlagen sind bis 2010 zu 98% erfüllt.	min.	–	93%	90%	–3%
W9	Verwertete und endgelagerte Abfälle / Gesamtabfall	min.	–	79%	*	–
W10	Aufwertung nicht natürlicher Fluss-, Bachabschnitte und Seeufer	min.	6,9 km	4 km	8,5 km	4,5 km
W11	Anzahl biologische oder chemische Zwischenfälle mit Folgeschäden	max.	0	4	2	–2
W12	% der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigter allgemeinen Entwässerungsplanung (GEP)	min.	75%	76%	80%	4%
W13	% der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem allgemeinen Wasserversorgungsprojekt (GWP)	min.	94%	95%	95%	–
W14	% der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigter Energieplanung (EP)	min.	61%	62%	62%	–
W15	Jährlicher Zuwachs an Minergieflächen (Ist 31.12.03 = 1 170 000 m ²)	min.	481 000 m ²	200 000 m ²	1 035 657 m ²	835 657 m ²
W16	Ausschöpfung NO _x -Emissionsplafond Flughafen (2003 = 53%)	max.	–	61%	*	–
W17	% der ARA, welche die Einleitungsbedingungen erfüllen (Ziel 2020 = 100%): org. / N / P	min.	82/75/83%	91/82/92%	83/76/94%	–8/–6/2%
Leistungen						
L1	Überprüfte Verdachtsflächen aufsummiert (Ziel 13 000)	min.	9 250	9 825	10 340	515
L2	Anzahl Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen	min.	167	100	141	41
L3	Realisierte Hochwasserschutzprojekte (Anzahl pro Jahr)	min.	2	2	2	–
L4	Produktive Stunden Gewässerunterhalt	min.	83 770 h	89 500 h	82 824 h	–6 676 h
L5	Anzahl genehmigter GEP/GWP/EP	min.	21/12/2	6/10/3	17/7/1	11/–3/–2
L6	Anzahl neue Minergie-Labels jährlich	min.	509	400	746	346
L7	Geprüfte Energiekonzepte/Jahresberichte d. Energie-Grossverbraucher	min.	69	50	73	23
L8	Anzahl Einsätze des AWEL-Piketts bei C-Schadensfällen (Gewässer- und Bodenverschmutzungen)	P	159	130	189	59
L9	Anzahl erteilte Bewilligungen BVV	P	819	750	875	125
L10	BVV-Verfahren: Einhaltung der Behandlungsfristen	min.	90%	>95%	92%	–3%
L11	Flächenrecycling (ha/J)	min.	–	25	*	–

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirtschaftlichkeit						
B1	Jährliche Kosten pro belasteter Standort (Fr./J)	max.	Fr. 1 550	Fr. 2 500	Fr. 1 940	–Fr. 560
B2	Kostenentwicklung Luftschadstoffüberwachung (Ostluft) in Fr./Einw. und Jahr	max.	–	Fr. 0.94	Fr. 1.02	Fr. 0.08
B3	Energetische Wirkung pro Fr. Subvention aus dem Förderprogramm Energie (kWh/Fr.)	min.	330 kWh/Fr.	300 kWh/Fr.	230 kWh/Fr.	–70 kWh/Fr.
B4	Förderprogramm Energie: eingesetzte Fr. pro EinwohnerIn (Durchschn. der Kantone 2002 = 4,93 Fr./EW)	min.	Fr. 2.62	Fr. 3.85	Fr. 3.29	–Fr. 0.56

*Die Ist-Werte sind immer erst zu einem späteren Zeitpunkt verfügbar, weshalb sie im Geschäftsbericht nicht ausgewiesen sind.

Abweichungsbegründungen

- W1 Der Ist-Wert ist gegenüber Budget wesentlich höher aufgrund einer veränderten Berechnungsmethode. In Zukunft werden die Modellwerte für die Prognose anders berechnet.
- W3 Die hohe Verminderung ist eine Folge der folgenden Faktoren in Kombination: Klima, hohe Energiepreise, Subvention Klimarapen.
- W5 Die Abweichung liegt im Bereich der witterungsbedingten natürlichen Streuung.
- W6 Die Nitratwerte im Grundwasser sind 2008 gegenüber dem Vorjahr kantonsweit leicht gesunken oder stabil geblieben. Da sich der Indikator aus den letzten drei Jahren berechnet, schlägt sich dies noch nicht im Indikatorwert nieder. Der Nitratgehalt im Grundwasser wird durch die landwirtschaftliche Produktion und die klimatischen Bedingungen beeinflusst. Er ist deshalb deutlichen Schwankungen unterworfen. Die seit 2004 geltende Lockerung der Richtlinien des Ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) des Bundes bezüglich Winterbegrünung führt dazu, dass die Nitratwerte auf hohem Niveau verharren.
- W7 Die Neuerfassung der Holzfeuerungen < 70 kW infolge Revision der Luftreinhalteverordnung (LRV) und der dieselbetriebenen Maschinen und Geräte mit gegenwärtig noch schlechtem Anlagenstatus ergibt für den Bereich der PM10-Emittenten einen Wert von 48%. Die Werte der Bereiche NOx und VOC betragen 84 bzw. 85%. Infolge des schlechten Status der PM10-Emittenten ergibt sich deshalb ein Wert von rund 72%.
- W8 An rund 1900 Standorten sind im Kanton Zürich Funkanlagen in Betrieb. Die Gesamtzahl der Stichkontrollen ist mit 422 etwa gleich geblieben wie im Vorjahr. Die in Betrieb stehenden Funkanlagen halten die Grenzwerte ein. Bis in einem Jahr wird die Datenbank BAKOM für die Kantone so erweitert sein, dass Stichkontrollen einfacher durchgeführt werden können. Es wurden auch zahlreiche Abnahmemessungen auf UMTS durchgeführt. Dabei wurden oft Grenzwertverletzungen festgestellt, weil die Anlagen bei der Projektierung strahlungsmässig unterschätzt werden. Es erfolgte jeweils eine sofortige Korrektur.
- W10 Renaturierungsprojekte werden sowohl vom Kanton wie auch von den Gemeinden ausgeführt. Der Kantonsanteil blieb in den letzten Jahren sehr konstant mit 3 km pro Jahr. Die Zunahme war bei den Gemeindeprojekten.
- W11 Beide Störfälle hatten keine Personen- und Umweltschäden ausserhalb des Betriebsareals zur Folge.
- W12 Es wurden mehr generelle Entwässerungspläne (GEP) zur Genehmigung eingereicht als erwartet.
- W15 Infolge der Änderung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) gelten neue Anforderungen an den Minerale-Standard ab 2009 (tieferer Grenzwert). Viele haben deshalb noch im Berichtsjahr ein Gesuch eingereicht.
- W17 Die Ziele organisch und Stickstoffumwandlung wurden aufgrund von Überlastungen der Abwasserreinigungsanlagen (ARA) nicht erreicht (ARA-Ausbauten sind im Gange oder in Planung).
- L1 Im letzten Jahr musste noch ein Rückstand aus der Bearbeitung der Betriebsstandorte (2005–2007) aufgeholt werden. Im Rahmen von Bauvorhaben wurden ebenfalls mehr Standorte abschliessend klassiert als geplant, weshalb das Gesamtziel übertroffen wurde.

- L2 Die Anzahl der Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen richten sich nach dem Bedarf.
- L4 Unfallbedingt fielen Mitarbeitende im Gewässerunterhalt über längere Zeit aus.
- L5 Es wurden mehr generelle Entwässerungspläne (GEP) und weniger generelle Wasserversorgungsprojekte (GWP) zur Genehmigung eingereicht als erwartet. Bei den Energieplanungen (EP) waren Verzögerungen in zwei Gemeinden der Grund für die Abweichung.
- L6 Infolge der Änderung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) gelten neue Anforderungen an den Minerale-Standard ab 2009 (tieferer Grenzwert). Viele haben deshalb noch im Berichtsjahr ein Gesuch eingereicht.
- L7 Die geltenden Vorschriften werden zügig umgesetzt (praktisch keine Widerstände).
- L8 Vermehrte Schadensfälle aus den Bereichen Baustellen, Landwirtschaft und Verkehr.
- L9 Der Indikator kann nicht beeinflusst werden, sondern ist konjunkturabhängig.
- L10 Die Anzahl der erteilten Bewilligungen in BVV-Verfahren ist von 817 Bewilligungen im 2007 auf 875 Bewilligungen gestiegen. Trotz dieser Mehrbelastung konnte auch die Fristeinholung von 90% auf 92% gesteigert werden.
- B1 Mit grossem Einsatz wurde versucht, den Rückstand bei den Standortabklärungen aus den Vorjahren aufzuholen (siehe Indikator L1). Für die Unfallstandorte und die Schiessanlagen wurden deutlich günstigere Fallkosten erzielt als ursprünglich geplant waren.
- B3 Neues Berechnungsmodell. Höhere Beiträge für Holzfeuerungen mit Elektrofilter und für Sonnenkollektoren.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
792 040	-472 747	+398 000	717 293	-74 747

Auflösung von Rücklagen 2008: Fr. 472 746.80

- davon Fr. 207 614.75 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 134 257 Vergünstigungen ZV-Abonement/GA
- davon Fr. 130 875.05 Übriges (Anlässe, Gesundheitsvorsorge, Eco-Drive-Kurse usw.)

Bildung von Rücklagen 2008: Fr. 398 000

- Endogene Einsparungen bei Neuanschaffungen Maschinen, Geräten und Mobilien: Fr. 168 000
- Endogene Einsparungen von Informatikaufwand (Speicherplatz auf Mailservern): Fr. 230 000

8510 Altlasten

Hauptereignisse

Nach einem planmässigen Verlauf der Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken ereignete sich am 26. Juni 2008 ein Brand in der Abbauhalle. Durch die nachfolgenden Untersuchungen und wegen der Anpassung des Rückbauprozesses konnten erste Arbeiten erst im Januar 2009 wieder aufgenommen werden. Wie weit sich dieser Vorfall auf das Terminprogramm und die Kosten auswirken wird, kann erst im vierten Quartal 2009 ausgewertet werden.

Auf der Höhe der Kläranlage in Thalwil befinden sich auf dem Grund des Zürichsees Verschmutzungen mit teerhaltigen Gaswerkrückständen. Verursacht wurden diese vom ehemaligen Gaswerk, das von 1898 bis 1930 im Bereich der heutigen Kläranlage betrieben wurde. Zum Schutz des Zürichsees als wichtigstes Trinkwasserreservoir für den Grossraum Zürich ist eine Sanierung der Rückstände trotz erheblichem Aufwand unabdingbar. Gemäss Umweltschutzgesetz steht der Kanton Zürich als Grundeigentümer des Zürichsees in erster Linie in der Verantwortung. Für die Sanierung hatte der Regierungsrat bereits im Jahr 2007 einen Kredit von 8,6 Mio. Franken bewilligt. Über die Aufteilung der Kosten zwischen dem Kanton und der Gemeinde Thalwil konnte eine Einigung erzielt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	01.01.2007: Erweiterung der Leistungsgruppe «Sondermülldeponie Kölliken» zu «Altlasten».
A2	In dieser Leistungsgruppe werden die Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung und Sanierung von Altlasten im Sinne der Umweltschutzgesetzgebung aufgeführt. Mit der Revision des Umweltschutzgesetzes sind auf den 1. November 2006 neue Bestimmungen in Kraft getreten, wonach der Kanton unter bestimmten Bedingungen nicht nur als Verhaltens- oder Zustandsstöcker Kosten zu tragen hat. Neu fallen für den Kanton auch sogenannte Ausfallkosten an, wenn die Verursacher nicht ermittelt werden können oder zahlungsunfähig sind. In der Leistungsgruppe Altlasten werden neben den Verpflichtungen für die Sanierung der Altlast in Kölliken auch die Verpflichtungen des Kantons aus der USG-Revision geführt. Beide Bereiche werden separat ausgewiesen.
A3	Die Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) stellt eine Altlast dar, die aufgrund des Umwelt- und des Gewässerschutzgesetzes sowie der Altlasten-Verordnung des Bundes zu sanieren ist. Der Kanton Zürich bildet zusammen mit dem Kanton Aargau, der Stadt Zürich und der Basler Chemischen Industrie das Konsortium SMDK. Mit Beschluss Nr. 5154/1977 hat der Regierungsrat der Gründung des Konsortiums zugestimmt. Die Beteiligung von 41,67% an der einfachen Gesellschaft SMDK ist massgeblich für den Anteil, den der Kanton Zürich an die Kosten zur Sanierung der Deponie zu tragen hat.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

Sondermülldeponie Kölliken (SMDK):

E1	– Sanierung ab 2007 Planmässig Nach dem Brand von Magnesiumspänen im Deponiebereich der Manipulationshalle am 26. Juni 2008 wurde der Rückbau bis Januar 2009 eingestellt. Ob und wie stark sich dieser Stopp auf den Zeitplan auswirkt, ist noch ungewiss.	2012
E2	– Nachsorge ab 2012 Planmässig Vom Staat verursachte Aktivitäten, die vermehrt zu Ausfallkosten Altlasten führen können:	
E3	– Durchführung der Voruntersuchungen ab 2007 Planmässig Die Arbeiten verlaufen nach Programm; im Berichtsjahr konnten 80 Voruntersuchungen ausgelöst werden.	2016
E4	– Detailuntersuchungen ab 2011 Planmässig	
E5	– Sanierungsprojekte ab 2011 Planmässig	
E6	– Untersuchungen und Sanierungen bei Zustandsänderungen oder Schutzgutbeeinträchtigungen Planmässig Im September 2008 konnte plangemäss mit den Sanierungsarbeiten der Teerablagerungen im Zürichsee bei Thalwil gestartet werden.	laufend

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,1		3,6	3,6
Aufwand	-41,5	-35,1	-38,5	-3,4
Saldo	-41,4	-35,1	-34,9	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Im Vorjahr wurden für die Sanierung der Teerablagerungen im Zürichsee Rückstellungen in der Höhe von 3,2 Mio. Franken gebildet, die entsprechend im Jahr 2008 verwendet und aufgelöst wurden (darum gegenüber Budget ein höherer Aufwand und Ertrag).

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Leistungen					
L1	– Beiträge an die SMDK (Mio. Franken)	-35,9	-29,5	-30,7	-1,2
L2	– Abschreibungen/Zinsen SMDK (Mio. Franken)	-2,2	-2,2	-2,2	0
L3	Total Aufwand SMDK (Mio. Franken)	-38,2	-31,6	-32,9	-1,3
L4	Ausfallkosten Altlasten (Mio. Franken)	-3,2	-3,5	-2,0	1,5
Abweichungsbegründungen					
L1	Sondermülldeponie Kölliken: Beiträge gemäss Sanierungsfortschritt.				
L4	Im Winterhalbjahr 2008/2009 konnte nach aufwendigen Vorbereitungsarbeiten gegenüber der ursprünglichen Planung verzögert mit der Sanierung des Teerteppichs im Zürichsee in Thalwil begonnen werden. Das zweistufige Submissionverfahren hat längere Zeit in Anspruch genommen. Da die Sanierung von Verschmutzungen unter Wasser besondere bautechnische Verfahren und unternehmerische Kenntnisse verschiedener Fachgebiete erfordert, wurde eine internationale Ausschreibung durchgeführt.				

8700 Immobilienamt

Hauptereignisse

Toni-Areal

Ab dem Jahr 2012 werden die Hochschule der Künste Zürich sowie Teile der Hochschule für Angewandte Wissenschaften rund 70 000 m² Mietflächen beziehen. Das Immobilienamt hat bei den Mietvertragsverhandlungen mit der Zürcher Kantonalbank sowie der neuen Eigentümerin Allreal die Interessen des Kantons wahrgenommen. Es hat gemeinsam mit der Bildungsdirektion und dem Hochbauamt die Standards für den Mieterausbau erarbeitet und die Bildungsdirektion während des parlamentarischen Verfahrens fachlich unterstützt.

Standardprozess für Hochbauinvestitionsvorhaben

Der Standardprozess zur Planung und Umsetzung von Hochbauinvestitionen wurde den zuständigen Investitionsverantwortlichen der jeweiligen Nutzerdirektionen im Rahmen von Schulungen vermittelt. Im Rahmen des Standardprozesses wird der Regierungsrat periodisch frühzeitig über die geplanten Investitionsvorhaben ins Bild gesetzt; diese Grundlagen stellen zudem eine wichtige Grundlage für die KEF-Planung dar. Bei Bedarf ermöglicht diese flächendeckende Transparenz rechtzeitig entsprechende Steuerungsmassnahmen (z. B. in Bezug auf Ausführungszeitpunkt oder Projektumfang). Neu werden die Investitionsvorhaben erst mit den entsprechenden Regierungsratsbeschlüssen für die weiteren – kostenwirksamen – Planungsphasen freigegeben. Insgesamt hat sich der Standardprozess im ersten Anwendungsjahr gut bewährt.

Neubewertung Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Der Regierungsrat hat die Baudirektion beauftragt, die Neubewertung der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen im Rahmen der Umstellung auf die neue Rechnungslegung nach den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) durchzuführen. Dem Immobilienamt oblag dabei die Projektleitung. Das Gesamtportfolio des Verwaltungsvermögens umfasst rund 1300 Gebäude auf 437 Grundstücken. Diese wurden einer Einzelbewertung unterzogen. Zur Anwendung gelangten die Standards nach IPSAS-Standard Nr. 17, welche eine Bewertung der Liegenschaften nach Sachwert vorsehen. Dieser Wert setzt sich zusammen aus dem Zeitwert der baulichen Anlagen einschliesslich Umgebungsarbeiten, den Baunebenkosten sowie dem zugehörigen Landwert. Der Zeitwert einer Hochbaute wird neu in vier Bauteilgruppen ausgewiesen. Neben einer Bereinigung des Liegenschaftenbestandes und der Schaffung von Transparenz steht dem Immobilienamt nach dem erfolgreichen Projektabschluss eine wertvolle Datengrundlage zur Steuerung des Immobilienportfolios zur Verfügung.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Strategieentwicklung, Steuerung und Führungsunterstützung: Als Eigentümervertretung steuert das Immobilienamt im Auftrag des Regierungsrates die Immobilieninvestitionen und Fremdmieten. Es erarbeitet Strategien, Standards und Controllinggrundlagen und betreibt zusammen mit Fachdirektionen den Standardprozess für Immobilieninvestitionen.
A2	Die Abteilung Bewirtschaftung erbringt nachhaltige Dienstleistungen als Bewirtschafter: Betriebsführung und Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, kaufmännisches Gebäudemanagement und infrastrukturelle Dienstleistungen.
A3	Die Abteilung Landerwerb bildet ein Kompetenzzentrum für Enteignungsrecht und unterstützt die Amtsstellen in juristischen Fragen.
A4	Das Controlling unterstützt die Abteilungen beim Benchmarking, koordiniert das Reporting mit den Fachdirektionen und erstattet dem Regierungsrat Bericht.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	<p>Aufbau Systematik und Nutzwertsteigerung des Verwaltungsvermögens</p> <p>Planmässig</p> <p>Projekt-Portfoliomanagement: Der im Sinne der Immobilienverordnung (ImV) ab Januar 2007 eingesetzte Standardprozess für die Nettoinvestitionen Hochbau (einschliesslich Mietvorhaben) wird von allen Beteiligten (Bauherrenvertreter, Nutzerdirektionen und Nutzer) eingehalten. Damit lassen sich die für die Betriebsliegenschaften bestimmten Nettoinvestitionen phasengerecht, wirtschaftlich und nachhaltig steuern. Weitere Kernprozesse im Sinne der ImV wurden erfolgreich erarbeitet und laufend umgesetzt. Objekt-Portfoliomanagement: Ein koordinierter Plan für den Aufbau der erforderlichen Grundlagen für das kantonale Immobilienmanagement in einzelnen, planbaren Handlungsfeldern (Teilschritten) wurde erarbeitet (Roadmap). Einzelne Teilschritte wie die Erarbeitung der Eigentümerstrategie sowie die Bereinigung der Portfoliostruktur und Liegenschaftsregister wurden bereits ausgelöst.</p>	2008
E2	<p>Produktkatalog optimieren, Dienstleistungsvereinbarungen abschliessen</p> <p>Verzögert</p> <p>Die Überarbeitung des Produktkatalogs, die Neukonzeption einer Dienstleistungsvereinbarung und deren Vernehmlassung gestalteten sich aufwendiger als geplant. Die Vernehmlassung wurde Ende Dezember 2008 abgeschlossen. Die Hinweise aus der Vernehmlassung werden nun geprüft und das Dokument dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.</p>	2008
E3	<p>Zustandswert der Immobilien im Verwaltungsvermögen eruieren und Strategie für werterhaltende Investitionen entwickeln (Investitionsplanung nächste zwölf Jahre)</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Der Zustandswert der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen wurde unter Einhaltung der Bewertungsvorgaben nach IPSAS-Standard Nr. 17 neu ermittelt (siehe Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung des Berichts des Regierungsrates zur Bilanzanpassung auf den 31. Dezember 2007).</p>	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	53,7	51,0	56,9	5,9
Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten	35,3	34,7	35,0	0,4
Aufwand	-59,6	-73,4	-70,3	3,1
Abschreibungen und Zinsen	-20,0	-22,6	-19,0	3,5
Saldo	-5,9	-22,4	-13,4	8,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,3	0,3
Ausgaben		-29,9	-19,8	10,1
Saldo		-29,9	-19,5	10,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	117,6	108,5	114,1	5,7

Erfolgsrechnung

- +7,0 Auflösungsertrag aus Rückstellungen für das PJZ
- +3,0 Wegfall des Aufwands für Fluglärmliegenschaften (Übertrag in die Leistungsgruppe 8710)
- +2,8 Weniger Aufwand für Liegenschaftenbewirtschaftung
- +1,9 Mehr Ertrag aus Mobilienverkauf
- +0,4 Mehr Ertrag aus kalkulatorischen Mieten und Nebenkosten
- 2,5 Mehr Aufwand für Mobiliareinkauf
- 3,9 Wegfall der Erträge aus Fluglärmliegenschaften (Übertrag in die Leistungsgruppe 8710)

Investitionsrechnung

- +6,9 Weniger Ausgaben infolge verschiedener verzögerter Hochbauprojekte
- +2,5 Projektverzögerung beim Neubau des Bezirksgebäudes Dietikon infolge Einsparungen
- +1,0 Verzögerung des Projekts Rechberg

Personal

- +3,5 Verschiebung von Stellen durch die Integration der Liegenschaftenverwaltung aus der Finanzdirektion in das Immobilienamt
- +1,0 Anstellung eines Amtsjuristen
- +1,1 Verzögerung des Abbaus von Reinigungspersonal

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Verhandlungserfolg Landerwerbsgeschäfte (Prozentualer Anteil an Freihandgeschäften in Enteignungsverfahren)	min.	99%	90%	100%	10%
W2	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung	min.	75,4%	78%	-	-
W3	Grad der Kundenzufriedenheit Portfoliobetreuung	min.		75%	-	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Werterhaltungsindex (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau: Gesamtinvestitionen Hochbau)	min.	-	64%	-	-
B2	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung	max.	-	19 m ²	18,5 m ²	-0,5 m ²
B3	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung	max.	-	17 m ²	18 m ²	1 m ²
Abweichungsbegründungen						
W2	Der Indikator wird entgegen der Planung nur jedes zweite Jahr erhoben (nächste Erhebung 2009).					
W3	Die Erhebung der Kundenzufriedenheit, welche mit den Dienstleistungen der neuen Abteilung Steuerung + Portfoliomanagement innerhalb des Immobilienamtes sowie mit dem neu eingeführten Standardprozess zur Steuerung der Nettoinvestitionen Hochbau zusammenhängt, konnte aus zeitlichen und operativen Gründen nicht durchgeführt werden.					
B1	Da die Rückmeldung der tatsächlichen Zahlungen nicht flächendeckend aus allen Direktionen erfolgt ist, konnte dieser Wert nicht ermittelt werden. Ein neuer Versuch ist für 2009 geplant.					
B2	Die Umsetzung des geforderten Flächenstandards von 17m ² soll etappenweise bis im Jahr 2010 erfolgen. Durch das Rochadenkonzept in der engeren Zentralverwaltung konnte der Flächenbedarf stärker als die Zielvorgabe vermindert werden.					
B3	Aufgrund der Kündigungsfristen von bestehenden Mietverträgen verzögert sich die Umsetzung des Flächenstandards.					

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
380 433	-183 917	+210 000	406 517	+26 083

Auflösung Rücklagen 2008: Fr. 183 916.55

- davon Fr. 94 514 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 50 440 für Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA
- davon Fr. 38 962.55 für Übriges (Anlässe, Abteilungsausflüge, Früchte usw.)

Bildung von Rücklagen 2008: Fr. 210 000

- Während des ganzen Jahres waren nicht alle Stellen besetzt, sodass das Lohnbudget unterschritten wurde. Dieser Unterbestand wurde durch Mehrarbeit in allen Abteilungen ausgeglichen. Es wurde davon abgesehen, für besondere Projekte temporäre Mitarbeitende einzustellen.

8710 Liegenschaftenerfolg

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe 8710, Liegenschaftenerfolg, setzt sich aus den Leistungsgruppen 4200, Liegenschaftenverwaltung, und 4940, Liegenschaftenerfolg, der Finanzdirektion zusammen. Die Mitarbeiter der Leistungsgruppe 4200 wurden in die Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt, integriert. Die Liegenschaften des ehemaligen Fluglärmfonds, bisher in der Leistungsgruppe 8700, wurden ebenfalls in Leistungsgruppe 8710 transferiert.

Fluglärm

Die Abteilung Landerwerb des Immobilienamtes vertritt den Kanton in den Fluglärmenschadigungsverfahren, die gegen die Flughafen Zürich AG und den Kanton geführt werden. Das Bundesgericht hat im Jahr 2008 in 18 Pilotfällen für die Entschädigung von fluglärmbedingten Minderwerten bei selbstgenutztem Wohneigentum sowie bei Ertragsliegenschaften und bei Bauland entschieden. Bei selbstgenutzten Liegenschaften wie Einfamilienhäusern und Stockwerkeigentum hat es eine Entschädigungspflicht bejaht und das entwickelte Minderwertbewertungsmodell «MIFLU» anerkannt. Weitere Fälle wurden zur Ermittlung des fluglärmbedingten Minderwerts an die Vorinstanz zurückgewiesen oder die erhobenen Forderungen wurden abgewiesen. Dadurch ist die Rechtslage soweit geklärt worden, dass die Flughafen Zürich AG und der Kanton mit den ersten anspruchsberechtigten Eigentümern Entschädigungsvereinbarungen abschliessen können. Mit RRB Nr.1959/2008 hat der Regierungsrat 319 Mio. Franken als Vorfinanzierung für die Auszahlung von Fluglärmenschadigungen bewilligt und die Baudirektion ermächtigt, Entschädigungsvereinbarungen und nicht letztinstanzliche Entschädigungsentscheide für alte Lärmverbindlichkeiten im Einzelfall oder im Paket zu genehmigen.

Schloss Laufen

Der Regierungsrat hat im April für die Instandstellung und Attraktivitätssteigerung des Schlosses Laufen einen Objektkredit von 12,1 Mio. Franken bewilligt, der Massnahmen für ein Besucherzentrum mit Souvenirshop und Imbiss, einen Kinderspielplatz, eine neue Ausstellung im Nordtrakt, eine Doppelaufzugsanlage, einen hindernisfreien Belvedereweg und die Renovation der Zugangswege zum Rheinfall umfasst. Mitte November erfolgte die Schliessung der Anlage und die ein Jahr dauernden Bauarbeiten wurden in Angriff genommen. Für den Neubetrieb der Tourismusdestination Schloss Laufen wird in einem öffentlichen Betreiberwahlverfahren ein geeignetes Unternehmen ermittelt, welches die Gesamtanlage wirtschaftlich erfolgreich führen kann und dazu beiträgt, das Naturschauspiel Rheinfall auch in Zukunft als Top-Destination für den Tourismus zu erhalten. Der endgültige Zeitpunkt der Wiedereröffnung hängt sowohl vom Baufortschritt als auch von den Vorstellungen des zukünftigen Pächters ab. Dieser wird nach Abschluss des Auswahlverfahrens im Februar/März 2009 aus insgesamt sechs Bewerbungen mit Geschäfts- bzw. Wohnsitz in den Kantonen Zürich und Schaffhausen bestimmt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Sicherstellung des staatlichen Liegenschaftsverkehrs: Akquisition/Veräusserung/Rechtseinräumung
A2	Strategische Liegenschaftsbewirtschaftung, einschliesslich Betreuung Bauvorhaben
A3	Raumbeschaffung in nichtstaatlichen Liegenschaften für kantonale Amtsstellen
A4	Darstellung von Aufwand und Ertrag aus der Bewirtschaftung, Akquisition und Veräusserung von Liegenschaften

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Mitwirkung bei der Portfoliobereinigung Liegenschaften im Verwaltungsvermögen und Finanzvermögen durch das Immobilienamt Planmässig Mit der Bewertung der Betriebsliegenschaften wurden neu die Kulturgutobjekte, die Objekte im Natur- und Heimatschutzfonds sowie die bisher im allgemeinen Finanzvermögen aufgeführten Objekte bereinigt und neu dem Verwaltungsvermögen zugeordnet. Rückwirkend auf den 1. Januar 2009 werden die Liegenschaften im Finanzvermögen unter Berücksichtigung von IPSAS-Standard Nr. 16 bis Ende April 2009 neu bewertet und bereinigt.	2008
E2	Mitwirkung beim Projekt Neunutzung Inselklinik Rheinau Verzögert Die Suche von potenziellen Nutzern sowie die Vertragsverhandlungen erwiesen sich als anspruchsvoller als geplant. Ein potenzieller Nutzer sprang kurz vor Vertragsabschluss ab.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2007

B 2008

R 2008

Abw. von
B 2008

Erfolgsrechnung

Ertrag		41,7	37,5	-4,2
Buchungsgewinne Liegenschaften		24,6	14,1	-10,5
Mietzinsenertrag		16,8	21,6	4,8
Aufwand		-13,5	-17,5	-4,0
Kalkulatorischer Zinsaufwand		-9,4	-11,0	-1,6
Saldo		28,2	20,0	-8,2

Investitionsrechnung

Einnahmen	
Ausgaben	
Saldo	

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

- +3,9 Neu: Ertrag aus Fluglärmliegenschaften (Übertrag aus der Leistungsgruppe 8700)
- +1,2 Auflösungsertrag aus Rückstellungen für die Projekte Schloss Laufen und Insel Rheinau
- +1,0 Mehr Erträge aus Liegenschaftsbewirtschaftung
- 0,3 Verkehrswertanpassungen von Fluglärmliegenschaften
- 0,7 Projektierungskosten für die Projekte Schloss Laufen und Insel Rheinau
- 3,0 Neu: Aufwand für Fluglärmliegenschaften (Übertrag aus der Leistungsgruppe 8700)
- 10,5 Buchgewinn, der für das Jahr 2008 geplant war, bereits im Jahr 2007 realisiert

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Wirkungen						
W1	Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV in % (vgl. A2)	P	4,4	5,5	5,3	-0,2
W2	Nettorendite aller Liegenschaften des FV in % (vgl. A2)	P	4,0	4,5	4,3	-0,2
Leistungen						
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV (in Mio. Franken, vgl. A1)	P	256	244	256	12
L2	Anzahl Liegenschaften FV (vgl. A1)	P	357	346	365	19
L3	Buchgewinne aus Veräusserung von Liegenschaften FV (in Mio. Franken, vgl. A1)	P	47,0	24,6	12,0	-12,6
L4	Anzahl betreuter Bauvorhaben Liegenschaften FV (vgl. A2)	P	0	3	2	-1
L5	Anzahl betreuter Mietverhältnisse in nichtstaatlichen Liegenschaften (vgl. A3)	P	390	410	451	41
L6	Anzahl neuer Mietverhältnisse in nichtstaatlichen Liegenschaften (vgl. A3)	P	46	20	67	47
Wirtschaftlichkeit						
B1	Aufwand für Bewirtschaftung Liegenschaften des FV/WV in % des Ertrags	P	2,86	2,75	2,90	0,15
Abweichungsbegründungen						
L3	Der geplante Verkauf eines Grundstückes wurde noch im 2007, in der Leistungsgruppe 4200, Liegenschaftenverwaltung/Finanzdirektion, vollzogen.					
L6	Im Berichtsjahr wurde eine Anzahl Mietverhältnisse der Pädagogischen Hochschule Zürich und der Hochschule der Künste ins Fremdmieten-Portfolio aufgenommen.					

8800 Amt für Landschaft und Natur

Hauptereignisse

Am landwirtschaftlichen Kompetenzzentrum Strickhof in Lindau wurden im Schuljahr 2008/2009 1480 Lernende ausgebildet. Durch die verbesserte Zusammenarbeit mit den Partnerschulen in den Kantonen Aargau, Graubünden und Zug, Bestrebungen zur verstärkten Kooperation mit dem Berufsbildungszentrum Wädenswil sowie der Erarbeitung des Projektantrags zur Prüfung eines gemeinsamen Rindviehzentrums von Strickhof, ETH und Universität Zürich wurde die Weiterentwicklung des Strickhofs zu einem überkantonalen, stufenübergreifenden landwirtschaftlichen «Kompetenzzentrum Strickhof» (gemäss RRB Nr. 40/2006) vorangetrieben.

Die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Schutzwaldausscheidung bei den Gemeinden wurden von der Abteilung Wald ausgewertet und mit den betreffenden Gemeinden bereinigt. Im Juli hat das Amt für Landschaft und Natur den Schutzwald erster und zweiter Priorität festgesetzt. Mit der Gründung einer Aktiengesellschaft wollen die ZürichHolz AG, die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) und Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) den Bau und Betrieb eines Holzheizkraftwerkes in der bestehenden ERZ-Zentrale Aubrugg ermöglichen. Das Amt für Landschaft und Natur ist Gründungsmitglied der ZürichHolz AG.

Ein Analysebericht der Fachstelle Bodenschutz und der Abteilung Wald zeigt, dass die Bodenversauerung im Wald durch die anhaltend hohe Stickstoffbelastung aus der Luft an einigen Standorten weiter zugenommen hat. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft wurden Massnahmen für den Umgang mit stark versauerten Waldstandorten erarbeitet.

Im Rahmen der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans wurde in ämterübergreifenden Arbeitsgruppen damit begonnen, die Fruchtfolgeflächen des Kantons auf der Grundlage der landwirtschaftlichen Bodenkarte zu überarbeiten. Damit wurde der Auftrag der KEF-Erklärung von 2008 «Sicherstellung von 44000 Hektaren Fruchtfolgeflächen» angegangen.

Im Naturschutz mussten aufgrund der vom Bundesrat beschlossenen Veränderungsänderungen im Rahmen der agrarpolitischen Mehrjahresplanung bis 2011 (Agrarpolitik 2011) die entsprechenden kantonalen Regelungen angepasst werden. Dazu wurden die Vernetzungsrichtlinien und die Anforderungen an die biologische Qualität von extensiven Wiesen, Streueflächen und Hecken überarbeitet und für Weiden und Rebflächen neu eingeführt.

Die kantonale Schutzverordnung für den Sihlwald wurde erlassen. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung für die Anerkennung des Sihlwalds als nationalen Naturerlebnispark erfüllt. Für die Gemeinden Bubikon und Grüningen wurden neue Schutzverordnungen in Kraft gesetzt, womit nun fünf von sechs nationalen Moorlandschaften im Kanton Zürich umfassend geschützt sind.

Für die kommenden Pachtperioden der Jagdreviere hat die Fischerei- und Jagdverwaltung ein neues Revierbewertungsmodell eingeführt und die Rahmenbedingungen für die Reviervergabe überarbeitet. Die Fischereiverordnung und das Fischereireglement wurden überarbeitet und auf den 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt. Im Projekt Wildwarnanlagen, welches gemeinsam mit dem Schweizerischen Versicherungsverband, dem Schweizer Tierschutz, RevierJagd Schweiz und dem Kanton Zürich erarbeitet wurde, konnte die wissenschaftliche Begleitstudie erste positive Ergebnisse nachweisen: Die Autounfälle mit grösseren Wildtieren konnten um 25 bis 42% gesenkt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft	
A2	Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum	
A3	Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände	
A4	Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr	

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Umsetzung und Weiterentwicklung der Ergebnisse aus dem Projekt Kompetenzzentrum Strickhof (RRB Nr. 40/2006) Planmässig	2010
E2	Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an die Ausbildungsbedürfnisse und Tierhaltungsbestimmungen Planmässig	2010
E3	Umsetzung der Massnahmen aus dem Projekt «Zukunftsfähige Landwirtschaft im Kt. Zürich»; Zwischenbilanz Verzögert Fehlende Ressourcen	2008
E4	Umsetzung der Ökoqualitätsverordnung (ÖQV) sowie der Landschaftsentwicklungskonzepte (LEK) Planmässig	2009
E5	Umsetzung der E-Government-Lösung für die Direktzahlungen Verzögert Fehlende Ressourcen	2008
E6	Entwickeln und umsetzen der Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung Planmässig	2015
E7	Erstellen des Waldentwicklungsplans für den Kanton Zürich (gem. Kt. Waldgesetz vom 7. Juli 1998) Planmässig Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 8.5	2011
E8	Förderung der eigentümerübergreifenden Holznutzung im Privatwald Planmässig	2011
E9	Langfristige und verbindliche Sicherung der bezüglich Artenvielfalt wertvollsten Lebensräume (etwa 3600 ha) Planmässig	2012
E10	Umsetzung der Massnahmen aus dem Naturschutz-Gesamtkonzept (NSGK) Planmässig	2025
E11	Übergang zum Standardvollzug bei Bodenverschiebungen, Geländeauffüllungen und Rekultivierungen Abgeschlossen	2008
E12	Festlegen der neuen Pachtbedingungen und der Kalkulation der Jagd- und Fischereirevierpreise Planmässig	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	190,3	187,6	191,5	3,9
Durchlaufende Bundesbeiträge	156,6	155,5	153,9	-1,5
Aufwand	-243,4	-242,9	-245,6	-2,7
Durchlaufende Bundesbeiträge	-156,6	-155,5	-153,9	1,5
Saldo	-53,1	-55,3	-54,1	1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	6,5	2,8	2,0	-0,8
Durchlaufende Bundesbeiträge	1,7	2,5	1,7	-0,8
Ausgaben	-19,3	-18,6	-13,9	4,7
Durchlaufende Bundesbeiträge	-1,7	-2,5	-1,7	0,8
Saldo	-12,8	-15,8	-11,9	3,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	239,4	245,1	251,5	6,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +6,4 Grössere Beiträge für eigene Rechnung vom Bund für Naturschutzleistungen, Walderhaltungsmassnahmen sowie Feuerbrand
- +1,9 Höhere Entgelte (Holzerlös, Verkauf landwirtschaftlicher Produkte, Kursgelder, Gebühren, Rückerstattungen usw.)
- +0,9 Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen
- +0,5 Höhere ALN-interne, saldoneutrale Verrechnungen
- 1,5 Niedrigere durchlaufende Beiträge
- 4,3 Kleinerer Übertrag aus dem Natur- und Heimatschutzfonds

Aufwand:

- +1,5 Niedrigere durchlaufende Beiträge
- +0,6 Geringere eigene Beiträge
- +0,6 Geringere Kapitalkosten
- 0,5 Höhere ALN-interne, saldoneutrale Verrechnungen
- 0,6 Bildung von Rücklagen und Rückstellungen
- 0,6 Höhere EDV-Kosten
- 1,4 Höherer Personalaufwand (Anstieg der Anzahl Schullektionen beim Strickhof)
- 2,5 Höherer Sachaufwand (Umsetzung Naturschutz-Gesamtkonzept, Mehrleistungen für Schnitzelherstellung, höhere Tierfutterzukäufe, Schadenersatzleistung aus Werkeigentümerhaftung usw.)

Investitionsrechnung

- +2,7 Geringere Ausgaben infolge von Verzögerungen bei Hochbauprojekten (Strickhof, Wald)
- +1,6 Geringere Ausgaben für Investitionsbeiträge (Landwirtschaft, Naturschutz)
- +0,8 Geringere Ausgaben für durchlaufende Beiträge
- 0,6 Höhere Ausgaben für Beteiligung an Aktienkapitalerhöhung ZürichHolz AG
- 0,8 Geringere Einnahmen für durchlaufende Beiträge

Personal

- +6,4 Anstieg der Anzahl Schullektionen im Umfang von etwa 6500 Lektionen

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen					
W1 Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschlossener landwirtschaftlicher Ausbildung am Strickhof	min.	68%	-	-	-
W2 Landwirtschaft: Hochbausubventionen; Kostensenkungseffekt je kg produzierte Milch	P	3,70%	3,75%	2,70%	-1,05%
W3 Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen	min.	91%	90%	90%	-
W4 Wald: Holznutzung im Privatwald (Vergleich zum Zuwachs)	min.	115%	100%	95%	-5%
W5 Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (Vergleich zum Zuwachs)	min.	103%	100%	98%	-2%
W6 Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten (Wirkungskoeffizient)	min.	1,55	1	1,61	0,61
W7 Bodenschutz: Bodenbeeinträchtigender Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5000 m ² Fläche	max.	19%	20%	22%	2%
W8 Fischerei- und Jagdverwaltung: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anzahl Rehwild	P	12 000	12 000	11 000	-1 000
Leistungen					
L1 Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung)	P	65 286	55 000	71 359	16 359
L2 Strickhof: Anzahl Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	P	47 862	27 000	67 731	40 731
L3 Naturschutz: Anteil durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume	P	78%	81%	80%	-1%
L4 Naturschutz: Anzahl Bewirtschafter von Naturschutzflächen	P	1 671	1 700	1 634	-66
L5 Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial	min.	70%	75%	78%	3%
L6 Fischerei- und Jagdverwaltung: Ausgestellte Fischereiberechtigungen	P	9 584	9 200	9 527	327
Wirtschaftlichkeit					
B1 Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtschaftliches Hochbauprojekt	P	37	40	32	-8
B2 Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald	min.	57%	50%	56%	6%
B3 Fischerei- und Jagdverwaltung: Kostendeckungsgrad	min.	83%	89%	81,5%	-7,5%

Abweichungsbegründungen

W1	Indikator wird alle vier Jahre erhoben (2007, 2011, 2015 usw.).
W2	Die Baukosten je Grossvieheinheit (GVE) waren höher als in den Vorjahren. Zudem werden immer grössere Ställe gebaut, womit der auf GVE umgerechnete Subventionsanteil abnimmt.
W4	Weniger Nutzung infolge weniger attraktiver Holzpreise/Margen im Vergleich zum Vorjahr
W6	Anhaltende positive Wirkung der Naturschutzmassnahmen des Amtes für Landschaft und Natur.
L1	Mehr Lernende aufgrund Optimierung der Angebote und des Strickhof-Marketings.
L2	Gut besuchte Weiterbildungen und Tagungen dank optimierter Angebote.
B1	2008 wurden weniger aufwendige Bauprojekte beurteilt und subventioniert als in den Vorjahren.
B2	Die Nachfrage nach Energieholz ist angestiegen.
B3	Es fielen höhere Verwaltungs- und Projektkosten an.

Rücklagen

Bestand 31.12.2007	Auflösung 2008	Antrag zur Bildung 2008	Bestand 31.12.2008	Veränderung Bestand
955 820	-477 936	+500 000	977 884	+22 064

Auflösung Rücklagen 2008: Fr. 477 936.05

- davon Fr. 244 121 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 73 453 Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA
- davon Fr. 160 362.05 Übriges (Teamentwicklung, Fest «10 Jahre ALN», BD-Anlass «Energie» Jahresessen und Infrastruktur)

Bildung Rücklagen 2008: Fr. 500 000

- Im Jahr 2008 konnte das ALN seine Produktivität trotz gleichbleibender personeller Ressourcen steigern. Insbesondere bei den landwirtschaftlichen Produkten und bei den Holzverkäufen konnten die Verkaufserträge durch geschicktes Marketing erhöht werden.
- Der Strickhof weist eine weitere Zunahme der Kursgelderträge auf. Die damit verbundenen zusätzlichen Lektionen und Kurse konnten nur durch den überdurchschnittlichen Einsatz des Lehrkörpers aufgefangen werden.

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Hauptereignisse

Im Bereich Naturschutz wurden Mittel des Fonds im Rahmen des Naturschutz-Gesamtkonzeptes eingesetzt. So wurden z.B. Projekte der Greifensee-Stiftung im Greifenseeschutzgebiet unterstützt und Massnahmen im Bereich Arten- und Biotopschutz umgesetzt (z.B. Hochmoor-Regeneration Drumlinlandschaft in Wetzikon und Hinwil). Weiter wurden Bewirtschaftungsbeiträge für die Pflege von Naturschutzgebieten von überkommunaler Bedeutung und Obstgärten ausgerichtet.

Im Bereich der Denkmalpflege wurden Eigentumsbeschränkungen entschädigt und Massnahmen für den Erhalt von Schutzobjekten finanziert (z.B. Fabrikgebäude in Neuthal). Zur Sicherung der Innenausstattung, die beim Brand des Zunfthauses «Zur Zimmerleuten» in Zürich zu Schaden kam, wurden Kosten für Sofortmassnahmen als Vorleistungen aus dem Fonds übernommen.

Bei archäologischen Vorhaben wurden Fondsmittel für Rettungsgrabungen (z.B. Kastellweg in Oberwinterhur), für Projekte der Unterwasserarchäologie (z.B. im Greifensee) und für Fundkonservierungen durch das Landesmuseum verwendet.

Der Ortsbild- und Landschaftsschutz wurde mit Fondsbeiträgen an die Freihaltung von Parzellen (z.B. in Oberstammheim), an die Signalisation der Fuss- und Wanderwege und an die Neugestaltung der Bahnhofstrasse in Wald unterstützt.

Im Immobilienbereich wurden die Liegenschaften, die kommerziell oder betrieblich genutzt werden, neu bewertet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Ausrichtung von Beiträgen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen
A2	Erwerb von Grundstücken zu Schutzzwecken (z.B. Wiesen, Moore, Erholungsgebiete mit Infrastruktur)
A3	Ausrichtung von Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen infolge von Schutzmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	20,9	19,2	20,2	1,0
Übertrag vom GS (8000)	18,0	18,0	18,0	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto	0,0			
Aufwand	-20,9	-19,2	-20,2	-1,0
Abschreibungen und Zinsen	-4,6	-4,7	-3,8	0,9
Übertrag an ALN (8800) / Fachstelle Naturschutz	-8,4	-10,0	-5,7	4,3
Einlage in Bestandeskonto	-4,2	-0,7	-6,5	-5,8
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,1			
Ausgaben	-0,6	-3,9	-1,0	2,9
Saldo	-0,5	-3,9	-1,0	2,9
Fondsbestand				
Fondsbestand	12,1	9,8	18,6	8,8

Erfolgsrechnung

- +4,3 Geringerer Nettoaufwand für den Fachbereich Naturschutz insbesondere wegen Nachzahlungen von Globalsubventionen des Bundes für das Vorjahr
- +1,0 Geringere verschiedene Erträge (Rückerstattungen, Zinserträge auf Fondskapital und andere geringfügige Ertragspositionen)
- +0,5 Geringerer Aufwand für die übrigen Fachbereiche (Archäologie, Denkmalpflege, Ortsbild- und Landschaftsschutz)
- 5,8 Höhere Einlage ins Fondskapital wegen höherem Ertragsüberschuss

Investitionsrechnung

- +3,0 Geringere Nutzungseinschränkungen (projektabhängig)

Indikatoren

	Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008	
Leistungen						
L1	Anzahl Beitragsempfänger Naturschutz	P	1671	1700	1634	-66
L2	Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzobjekte	P	1	5	0	-5
L3	Anzahl archäologische Projekte	P	192	175	190	15
L4	Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte	P	3	5	2	-3

Abweichungsbegründung

L2 Der Indikator ist in erster Linie abhängig von äusseren Faktoren. Im Berichtsjahr wurden keine Entschädigungsforderungen gestellt.

8940 Denkmalpflegefonds

Hauptereignisse

Aus dem Denkmalpflegefonds wurden Fondsmittel für Renovations- und Instandsetzungsarbeiten von denkmalgeschützten Liegenschaften privater Eigentümer verwendet. So wurden an die Sanierung der Lok-Remise I in Uster, an das Grandhotel Dolder und an das Haus zur Trülle in Zürich Fondsbeiträge geleistet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Das Auftragsschwergewicht liegt bei der Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Grundlage von Subventionen
----	---

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung					
Ertrag		9,6	9,6	9,7	0,1
Übertrag vom Lotteriefonds		7,5	7,5	7,5	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto					
Aufwand		-9,6	-9,6	-9,7	-0,1
Staatsbeiträge		-0,5	-1,8	-0,6	1,2
Abschreibungen und Zinsen		-6,6	-7,2	-6,5	0,6
Einlage in Bestandeskonto		-2,5	-0,6	-2,6	-2,0
Saldo		0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung					
Einnahmen		0,1			
Ausgaben		-5,2	-8,5	-4,9	3,6
Saldo		-5,0	-8,5	-4,9	3,6
Fondsbestand					
Fondsbestand		58,4	56,8	61,0	4,2

Erfolgsrechnung

- +1,2 Geringere Beiträge an Private in Abhängigkeit von Anträgen bzw. Projekten
- +0,6 Geringere Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) aufgrund geringerer Anlagebestände im Vorjahr
- 2,0 Höhere Einlage ins Fondskapital durch höheren Ertragsüberschuss

Investitionsrechnung

- +3,6 Geringere Investitionsbeiträge an Private in Abhängigkeit von Anträgen bzw. Projekten

Indikatoren

		Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Leistungen						
L1	Anzahl Zusicherungen von Beiträgen	P	35	50	42	-8

Abweichungsbegründung

- L1 Der Indikator ist in erster Linie abhängig von äusseren Faktoren. Im Berichtsjahr wurden leicht weniger Subventionsanträge gestellt als vorausgesagt.

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Hauptereignisse

Die jährliche Sonderabfallabgabe pro Einwohner konnte mit Beschluss des Regierungsrates vom 30. Mai 2007 auf das Berichtsjahr von Fr. 3 auf Fr. 1.20 und damit den tiefsten Wert seit Bestehen des Sonderabfallfonds gesenkt werden.

Der Ausbau der mobilen Sonderabfallsammlungen, praktische Informationen im Internet und der vermehrte Einsatz der Gemeinden von durch den Sonderabfallfonds finanzierten Kommunikationsmitteln wie Flugblätter zeigen unmittelbaren Erfolg. So erreichte die gesammelte Menge an Sonderabfällen aus Haushalten und die Anzahl Abgebender erneut Höchstwerte.

Die Anforderungen an das Personal, die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz in der kantonalen Sonderabfallsammelstelle Hagenholz wurden zusammen mit den Betreibern, Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), vertraglich festgelegt und traten Mitte Jahr in Kraft.

Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft führte für Abfalllehrer und -lehrerinnen eine halbtägige Weiterbildung zum Thema «Entsorgung von Sonderabfällen aus Haushalten» in Zusammenarbeit mit den Betreibern der kantonalen Sonderabfallsammelstelle und des Sonderabfallmobils durch. Die Veranstaltung fand guten Anklang.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Zur Finanzierung seiner Aufwendungen für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen führt der Staat einen Fonds, der durch eine jährliche Abgabe der Gemeinden je Einwohnerin und Einwohner gespeist wird. Dabei handelt es sich um die Aufwendungen für den Betrieb der kantonalen Sonderabfallsammelstelle in Zürich, bei der die aus den Haushaltungen und Kleingewerbe anfallenden Kleinmengen von Sonderabfällen gesammelt, triagiert und zur Entsorgung weitergeleitet werden, sowie um die Aufwendungen für mobile Sammlungen in den Gemeinden.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt/Kommentar

bis

E1	Optimierung Sammlung Kleinmengen Sonderabfall; Senkung der Kosten Abgeschlossen Im Berichtsjahr konnte die Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin von Fr. 3 auf Fr. 1.20 gesenkt werden.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. zu B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,8	1,6	1,6	0,0
Abgaben von Gemeinden	3,8	1,5	1,6	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-3,8	-1,6	-1,6	-0,0
Beiträge an Betriebe	-0,5	-0,7	-0,9	-0,2
Abschreibungen und Zinsen	-0,1			
Einlage in Bestandeskonto	-2,8	-0,2	-0,2	0,1
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	1,2	1,1	1,4	0,3

Erfolgsrechnung

Nur geringe Abweichungen.

Fondsbestand

Der Fondsbestand im Budget 2008 errechnete sich aus den Budgetwerten der Erfolgsrechnung 2007. Aufgrund der Budget-Ist-Abweichung in der Erfolgsrechnung 2007 ergibt sich eine Budget-Ist-Abweichung im Fondsbestand 2008.

Indikatoren		Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen						
W1	Gesammelte Abfallmenge in t	P	266	220	344	124
W2	Abgeber bei Sonderabfallsammlungen:	P	22 045	22 300	26 104	3 804
W3	– davon bei der stationären Sammelstelle Hagenholz	P	2 443	2 600	4 022	1 422
W4	– davon bei mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur	P	4 159	4 700	4 149	-51
W5	– davon bei mobilen Sammlungen im restlichen Kantonsgebiet (d. h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	15 443	15 000	17 933	2 933
Leistungen						
L1	Anzahl mobile Sammlungen jährlich:	P	268	260	271	11
L2	– davon in den Städten Zürich und Winterthur	P	42	40	39	-1
L3	– davon im restlichen Kantonsgebiet (d. h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	226	220	232	12
Wirtschaftlichkeit						
B1	Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohnerin und Einwohner	P	Fr. 3	Fr. 1.20	Fr. 1.20	-
Abweichungsbegründungen						
W1/W2	Die Zunahme der Mengen und Anzahl Abgeber sowohl bei den mobilen Sammlungen wie auch an der stationären Sammelstelle ist die Folge der intensiveren Werbung für das Sonderabfallmobil und der zusätzlichen Annahme an Samstagen im Recyclinghof Hagenholz als Annexbetrieb zur Sammelstelle.					
L1	Die durch den Fonds finanzierte höchste Anzahl Sammlungen ist aufgrund der Einwohnerzahl festgelegt. Die Teilnahme der Gemeinden an den Sammlungen ist freiwillig. Zudem können die Gemeinden auf eigene Rechnung zusätzliche Sammlungen bestellen.					

8960 Deponiefonds

Hauptereignisse

Der Regierungsrat schlug zuhanden des Kantonsrates im Teilrichtplan Versorgung und Entsorgung zur langfristigen Standortsicherung zehn neue Deponiestandorte im Ostteil des Kantons vor. Im Westteil wurden 1995 bereits fünf Standorte festgesetzt. Die acht in Betrieb stehenden Deponien wurden dem zweijährlich stattfindenden Deponierating unterzogen. Das Gesamtrating konnte gegenüber 2006 mit betrieblichen und baulichen Optimierungen verbessert werden. Am kantonalen Fonds zur Nachsorge und Sanierung von Deponien waren 2008 zehn Deponien beteiligt. Die Deponien Chüehalden in Eglisau und Chalen in Maur sind bereits abgeschlossen und in der Nachsorge. Von der Deponie Leigrueb in Lufingen wurde ein erster Teil in die Nachsorge aufgenommen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1	Der Staat übernimmt gemäss Abfallgesetz nach dem Abschluss der gegenwärtig betriebenen Deponien einen Teil der Nachsorgekosten und der Kosten der allfälligen Sanierung. Dazu äufnen die Deponiebetreiber den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das abgelagerte Material.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,8	1,1	0,8	–0,3
Beiträge von Deponiebetreibern	1,3	0,6	0,3	–0,3
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0,5	0,5	0,5	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	–1,8	–1,1	–0,8	0,3
Einlagen in Bestandeskonto	–1,8	–1,1	–0,8	0,3
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	14,6	15,0	15,4	0,4

Erfolgsrechnung

- 0,3 Mit der Betreiberin der Deponie Binzwisen in Illnau-Effretikon wurde eine neue Vereinbarung über die Höhe der Nachsorgeabgabe getroffen, weshalb die Rechnung vom Budget 2008 abweicht.
- +0,3 Die Einlage ins Bestandeskonto ergibt sich aus der Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Der Saldo der Erfolgsrechnung des Fonds muss ausgeglichen sein.

8970 Waldfonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr sind im Kantonalen Waldfonds keine Ausgaben für Walderhaltungsmassnahmen erfolgt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. zu B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0,0	0,0	0,0	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0
Einlage in Bestandeskonto	-0,03	-0,03	-0,03	-0,00
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	0,8	0,8	0,8	0,0

8980 Wildschadenfonds

Hauptereignisse

Die Bestände der Wildschweine und die von ihnen verursachten Wildschäden haben im vergangenen Jahr wieder zugenommen. Dank hohen Abschusszahlen ist es den Jagdgesellschaften gelungen, den Bestand zu stabilisieren. Es kann von einer Beruhigung im Jahr 2009 ausgegangen werden. Die Aufwendungen für Schutzmassnahmen im Wald haben erwartungsgemäss stark zugenommen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe/Kommentar

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2007	B 2008	R 2008	Abw. von B 2008
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,5	0,6	0,5	-0,1
Erträge aus Regalien	0,1	0,1	0,1	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto		0,2		-0,2
Zinsvergütungen auf dem Fondsbestand	0,1	0,0	0,1	0,0
Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0,4	0,4	0,4	0,0
Aufwand	-0,5	-0,6	-0,5	0,1
Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	-0,2	-0,6	-0,4	0,2
Einlage in Bestandeskonto	-0,3	0,0	-0,0	-0,0
Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)	-0,1	-0,1	-0,1	0,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	1,7	1,1	1,7	0,6

Erfolgsrechnung

-0,2 Geringerer Ertrag, weil im Jahr 2008 keine Entnahme aus dem Bestandeskonto des Fonds erfolgt ist.

+0,2 Geringerer Aufwand für Beiträge

Indikatoren		Art	R 2007	B 2008	GB 2008	Abw. von B 2008
Wirkungen						
W1	Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben in Fr.	P	69 361	300 000	187 755	-112 245
Leistungen						
L1	Anzahl vergütete Wildschadensfälle (einschliesslich Schäden durch Wildschweine)	P	185	450	358	-92
L2	Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	P	96	100	123	23
L3	Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	P	54	60	46	-14
Wirtschaftlichkeit						
B1	Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen	P	13,5%	35%	26,85%	-8,15%
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Wildschäden waren gegenüber den langjährigen durchschnittlichen Schadenswerten tiefer.					
L1	Die Wildschadensfälle lagen unter den langjährigen durchschnittlichen Werten.					
L3	Die Jagdprojekte wurden zurückhaltend eingeleitet und umgesetzt.					
B1	Die Wildschäden lagen tiefer als angenommen und Jagdprojekte wurden seitens der Jagdgesellschaften zurückhaltend behandelt.					